

Kurznachrichten 753

Textteil

Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen 757

Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen ... 768

Eigentums- und Besitzverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe 1989 775

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1989 781

Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Gemüse 1990 790

Ernten im Marktobstbau 1990 794

Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988 798

Sozialhilfeaufwand 1989 809

Preise im Oktober 1990 815

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge 819

Tabellenteil

Übersicht 415*

Statistische Monatszahlen 416*

Ausgewählte Tabellen 430*

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf den Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Contents

News in brief 753

Texts

Ethnic Germans from Eastern countries and Germans from the former GDR in accommodation facilities 757

Development of employment by occupations 768

Ownership and land tenure of agricultural holdings, 1989 775

Purchasing values of agriculturally used real estate, 1989 781

Cultivation and yields of field crops and vegetables, 1990 790

Yields of fruit (production for the market), 1990 .. 794

Financial assets and indebtedness of private households at the end of 1988 798

Expenditure for public assistance, 1989 809

Prices in October 1990 815

List of the contributions published in the current year 819

Tables

Summary survey 415*

Monthly statistical figures 416*

Selected tables 430*

Unless otherwise stated, data relate to the territory of the Federal Republic of Germany prior to 3 October 1990; they include Berlin (West).

Table des matières

Informations sommaires 753

Textes

Allemands ethniques venus des pays de l'Est et Allemands venus de l'ancienne RDA dans les maisons d'accueil 757

Evolution de l'emploi suivant les professions 768

Régime de propriété et mode de faire-valoir des exploitations agricoles en 1989 775

Valeurs d'acquisition des terres agricoles en 1989 781

Cultures et récoltes des fruits des champs et des légumes en 1990 790

Récoltes des fruits pour le marché en 1990 794

Moyens financiers et dettes des ménages particuliers à fin 1988 798

Dépenses d'aide sociale en 1989 809

Prix en octobre 1990 815

Liste des contributions publiées dans l'année en cours 819

Tableaux

Résumé 415*

Chiffres statistiques mensuels 416*

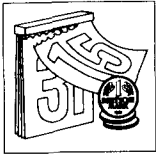
Quelques tableaux sélectionnés 430*

Sauf indication contraire, les données se rapportent au territoire de la République fédérale d'Allemagne avant le 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Kurznachrichten

Notizen

Lohn- und Gehaltsstatistik in der ehemaligen DDR



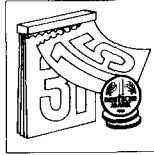
Die in der ehemaligen DDR übliche monatliche Arbeitskräfteberichterstattung, die auch die Erfassung der Arbeitseinkommen beinhaltet, wurde hinsichtlich der Erfassung der Bruttoverdienste ab dem 1. Juli 1990 auf die vierteljährliche Periodizität der bundesdeutschen Lohnstatistik umgestellt. Die Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten (zusammen) sowie die bezahlten Stunden werden ab Berichtsmonat Juli 1990 in Anlehnung an die Bundesstatistik erfaßt.

Als „vorläufig“ ist bei den zu erwartenden Ergebnissen insbesondere die Verwendung der Wirtschaftszweigsystematik der Bundesrepublik Deutschland, die Gleichsetzung des Produktions- und Handelspersonals mit der in der Bundesstatistik üblichen Beschäftigtengruppe „Arbeiter“ sowie die Vernachlässigung der unterschiedlich bezahlten Arbeitszeit anzusehen. Mit der Ausdehnung des Geltungsbereichs des Lohnstatistikgesetzes der Bundesrepublik auf das Gebiet der ehemaligen DDR und der damit verbundenen Anwendung identischer Methoden und Verfahren wird ab Berichtsmonat Januar 1991 das komplette Erfassungskonzept der laufenden Verdiensterhebungen angewendet werden.

Eine andere Möglichkeit, die Entwicklung der Arbeitseinkommen zu verfolgen, liefert die Auswertung der jeweils neu abgeschlossenen Tarifverträge. Mit ersten vierteljährlichen Ergebnissen kann ebenfalls in der ersten Jahreshälfte 1991 gerechnet werden, wenn neue Tarifverträge genügend schnell eine ausreichende Basis für den Aufbau einer Tariflohnstatistik bilden. Es bleibt abzuwarten, ob die weit aus überwiegende Mehrheit der Beschäftigten eines Wirtschaftszweiges, der nachgewiesen werden soll, bereits binnen kurzem in neue Tarifverträge einbezogen wird. Nur in diesem Fall sind ausreichend repräsentative Ergebnisse zu erwarten.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VI B, Telefon (06 11) 75 - 24 42, erhältlich.

Erhebungen über Art und Umfang der betrieblichen Altersversorgung 1990



Aufgrund der Dritten Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik über Art und Umfang der betrieblichen Alters-

versorgung, die auf der Grundlage des § 5 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz geschaffen wurde und am 8. September 1990 in Kraft getreten ist, werden für den Stichtag 31. Dezember 1990 bzw. für das Jahr 1990 zwei Erhebungen über Art und Umfang der betrieblichen Altersversorgung im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt.

Mit diesen Erhebungen sollen aktuelle und verlässliche amtliche Daten zur Beurteilung der Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung innerhalb unseres Systems der Alterssicherung ermittelt werden.

Die Erhebungen dienen ferner dem Zweck, eine geeignete Größe bereitzustellen für den Vergleich mit dem im System der gesetzlichen Rentenversicherung definierten „Standard-Rentner“. Unter diesem „künstlichen Rentner“ wird ein Rentner verstanden, dessen Rente sich nach Ablauf von 45 Versicherungsjahren ergibt, in denen er jeweils den statistischen Durchschnittsverdienst erzielt hat.

Der Erhebungsumfang erstreckt sich auf die Wirtschaftsbereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht; ausgenommen ist der öffentliche Dienst, das heißt, diejenigen Einrichtungen/Unternehmen sind nicht auskunftspflichtig, deren betriebliche Altersversorgung in einem Zusatzversorgungssystem des öffentlichen Dienstes besteht.

Die Statistik wendet sich an die Unternehmen mit drei und mehr tätigen Personen in privatrechtlicher Organisationsform. Die Auswahl der Unternehmen erfolgt nach dem Zufallsprinzip. Als Auswahlgrundlagen werden die Ergebnisse der Arbeitsstättenzahlung

1987 und die Kartei im Produzierenden Gewerbe herangezogen. Um Mehrfachbelastungen durch lohnstatistische Erhebungen möglichst zu vermeiden, wird, soweit dies unter stichprobentheoretischen Gesichtspunkten möglich ist, sichergestellt, daß die bereits zur Arbeitskostenerhebung 1988 meldenden Unternehmen nicht in die Auswahl für die Erhebungen über Art und Umfang der betrieblichen Altersversorgung gelangen.

In der ersten Erhebung werden bis zu höchstens 60 000 repräsentativ ausgewählte Unternehmen nach Grundinformationen zur betrieblichen Altersversorgung befragt, unabhängig davon, ob sie eine betriebliche Altersversorgung eingerichtet haben oder nicht.

Die zweite Erhebung richtet sich mit speziellen Fragen zur betrieblichen Altersversorgung ausschließlich an diejenigen Unternehmen, die nach Maßgabe der vorgeschalteten ersten Erhebung über eine betriebliche Altersversorgung verfügen. In die zweite Erhebung werden bis höchstens 25 000 Unternehmen einbezogen.

Derzeit werden in den statistischen Ämtern der Länder die in die Stichprobe einzubeziehenden Unternehmen ermittelt und die organisatorischen Vorbereitungen für die Durchführung der Erhebungen weitergeführt. Der Versand der Erhebungsvordrucke für die erste Erhebung wird voraussichtlich noch im Dezember 1990 abgeschlossen werden. Der Fragebogenversand zur zweiten Erhebung ist für das dritte Quartal 1991 vorgesehen.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und die Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung, die sich in der Vergangenheit mehrfach beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung für diese Erhebungen über Art und Umfang der betrieblichen Altersversorgung ausgesprochen haben, unterstützen die Erhebungen ohne Vorbehalt. Sie haben inzwischen ihre Verbandsmitglieder über die kurz bevorstehenden Erhebungen unterrichtet.

Mit ersten Ergebnissen aus diesen Erhebungen ist voraussichtlich zum Jahresbeginn 1992 zu rechnen. Ergebnisse werden ausschließlich für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 berechnet werden.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VI B, Telefon (06 11) 75 - 24 63, erhältlich.

Erfassung und Darstellung der staatlichen und kommunalen Einrichtungen mit kaufmännischem Rechnungswesen

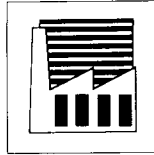


Die Aufgabe der Finanzstatistik, die Einzeldaten der verschiedenen Träger öffentlicher Aufgaben zu einem Gesamtbudget des öffentlichen Bereiches zusammenzustellen und damit ein vollständiges Bild über Umfang und Struktur der öffentlichen Finanzwirtschaft wiederzugeben, wird zunehmend dadurch erschwert, daß Einrichtungen, besonders im kommunalen Bereich, ihr Rechnungswesen auf die kaufmännische doppelte Buchführung umstellen. Diese Umstellung hat zur Folge, daß die Finanzen dieser Einrichtungen aus dem Haushalt der staatlichen (Bund/Länder) bzw. kommunalen (Gemeinden/Gemeindeverbände) Träger ausgegliedert und damit nicht mehr in direkt vergleichbarer und integrierbarer Form finanzstatistisch erfaßt werden können. In den finanzstatistischen Gremien wird gegenwärtig diskutiert, wie diese Erfassungslücke in naher Zukunft geschlossen werden kann. Einigkeit besteht darüber, zu diesem Zweck die Bilanzstatistik zu nutzen, zu der diese Einrichtungen nach Umstellung ihres Rechnungswesens grundsätzlich meldepflichtig werden. Bevor jedoch die Angaben aus der Bilanzstatistik in die Finanzstatistik integriert werden können, sind noch vielfältige Probleme zu lösen. Um eine lückenlose Berichterstattung über die öffentlichen Finanzen zu sichern, muß zunächst der Berichtskreis der Bilanzstatistik vervollständigt werden, da sie nach der zur Zeit gültigen Rechtsgrundlage nur Unternehmen und Einrichtungen bestimmter Aufgabenbereiche oberhalb einer bestimmten Bilanzsumme erfaßt. Auch ist ein Konzept zu entwickeln, wie die nach kaufmännischem Rechnungswesen verbuchten Daten aus der Bilanzstatistik in die grundsätzlich am kamerale Rechnungswesen ausgerichtete Finanzstatistik überführt werden können. Dabei wird es vor allem notwendig sein, auch die Zahlungsbeziehungen zwischen den Einrichtungen mit kaufmännischem Rechnungswesen einerseits und ihren Trägerhaushalten andererseits zu erfassen, um eine konsolidierte, von Doppelzählungen bereinigte Darstellung zu ermöglichen. Im Hinblick auf eine zeitnahe Berichterstattung ist auch zu prüfen, wie sich

die langen Liefertermine bei der Bilanzstatistik deutlich verkürzen lassen.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VII A, Telefon (06 11) 75-2552, erhältlich.

Internationale Schwerpunkte zur Weiterentwicklung der Dienstleistungsstatistiken



Die fünfte Sitzung der „Voorburg-Gruppe“, einer informellen Arbeitsgruppe des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen, fand vom 1. bis 5. Oktober 1990 in Paris statt. Diese Gruppe, die erstmals 1986 in Voorburg zusammenkam, hat sich den Auf- und Ausbau der Dienstleistungsstatistiken zum Ziel gesetzt. Während in der Vergangenheit der Schwerpunkt ihrer Arbeiten auf der Entwicklung von internationalen Klassifikationen lag, konzentrieren sich die Aktivitäten nunmehr im wesentlichen auf Statistikbereiche, die erhebliche Datenlücken aufweisen

Aufbauend auf den unterschiedlichen Aktivitäten und Erfahrungen der verschiedenen nationalen und inter- bzw. supranationalen Einrichtungen der amtlichen Statistik befaßte sich die Gruppe vor allem mit folgenden Dienstleistungsbereichen. Dienstleistungen im Rahmen der elektronischen Datenverarbeitung, Bank- und Versicherungsdienstleistungen, Vermittlungsdienstleistungen jeglicher Art (intermediär) sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen

Unter eher methodischen Gesichtspunkten stand vor allem die Diskussion um konkrete Empfehlungen — unter Berücksichtigung bereits vorliegender Erkenntnisse und Vereinbarungen — zur Preis- und Mengenbestimmung für die verschiedenen Dienstleistungsarten im Vordergrund.

Darüber hinaus beschäftigte sich die Gruppe auch mit Ansätzen zur Verbesserung der statistischen Datenlage über den internationalen Dienstleistungshandel. Vor allem von den inter- und supranationalen Organisationen wurden der Bedarf an vergleichbaren, umfassenden und tiefgegliederten Daten auf diesem Gebiet hervorgehoben und die teilweise recht erheblichen Schwächen und Lücken beklagt.

Die genannten Projekte sollen auch in der näheren Zukunft vorrangig diskutiert werden

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe IA, Telefon (06 11) 75-2082, erhältlich

Tagungsband „Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland“ erschienen



In den vergangenen Jahren ließ sich ein wachsendes Interesse der Öffentlichkeit an den Ergebnissen historisch-statistischer Forschung beobachten.

Das Statistische Bundesamt hat dies zum Anlaß genommen, gemeinsam mit dem Arbeitsbereich Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin ein wissenschaftliches Kolloquium zu veranstalten. Ausgehend von der Entwicklung des statistischen Datenangebots wurde zunächst die Geschichte der amtlichen Statistik dargestellt und die Relevanz historischer Statistikdaten für verschiedene Wissenschaftsbereiche skizziert. In den Referaten wurden zahlreiche laufende oder bereits abgeschlossene Projekte vorgestellt, mit deren Hilfe für die unterschiedlichsten Lebensbereiche statistische Informationen der Vergangenheit zusammengetragen, analysiert und kommentiert wurden. Das Spektrum reichte dabei von der preußischen Gewerbestatistik bis zur historischen Statistik des Gesundheitswesens, von der mittelalterlichen Preisstatistik bis zur Wahlstatistik im 19. und 20. Jahrhundert und von der Bildungsstatistik bis zur historischen Verkehrsstatistik

Ziel der Tagung, die Ende 1989 in Wiesbaden stattfand, war es u. a., eine Bestandsaufnahme der bisherigen Forschung zu ziehen, die Notwendigkeit und Bedeutung historischer Statistikdaten für die Gegenwart aufzuzeigen und die Perspektiven einer zukünftigen Entwicklung der Historischen Statistik zu erörtern.

Das Kolloquium diente dem Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen im Bereich der Historischen Statistik tätigen Forschungsgruppen, den in der amtlichen Statistik tätigen Personen sowie der interessierten Öffentlichkeit. Diejenigen Personen in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Presse und öffentlicher Verwaltung, die als potentielle Nutzer von historisch-statistischen Daten in Frage kommen, sollten vor allem angesprochen werden.

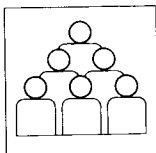
Die Referate und die Abschlusss Diskussion sind als Band 15 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ erschienen

Die Veröffentlichung soll den Fortgang der Arbeiten auf dem Gebiet der Historischen Statistik unterstützen, die Möglichkeiten der Nutzung historischer Statistikdaten für verschiedene Wissenschaftsbereiche verdeutlichen und die Ergebnisse der Tagung einem größeren Kreis von Interessenten zugänglich machen.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe IE, Telefon (06 11) 75 - 2903, erhältlich.

Aus diesem Heft

Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen



Zum Stichtag 31. Oktober 1989 führte das Statistische Bundesamt eine Erhebung gemäß § 7 Abs. 1 BStatG durch, um In-

formationen über die Verweilzeit von Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen, über die Gründe für die Verweildauer und über den Wohnraumbedarf zu erhalten.

Die überwiegende Zahl der am Erhebungsstichtag in den Unterkünften lebenden Personen waren Aussiedler aus Polen (53 %), ein Viertel waren Aussiedler aus der UdSSR (25 %), 14 % waren Übersiedler aus der ehemaligen DDR und 7 % Aussiedler aus sonstigen osteuropäischen Staaten.

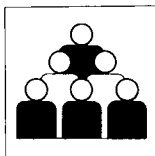
Eine Schätzung von vollendeten Verweilzeiten auf der Grundlage der bisherigen Verweilzeiten der in der Erhebung erfaßten Aus- und Übersiedler ergab, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in einer Unterkunftseinrichtung von Anfang 1988 bis Mitte 1989 kontinuierlich abnahm, wobei sich die Situation für Übersiedler durchweg günstiger darstellte als für Aussiedler. Gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern wurden dabei nicht festgestellt.

Von allen Zuwanderern hatten es Rußlanddeutsche am schwersten, in eigene Wohnungen zu wechseln, daselbe gilt für Familien mit fünf und mehr Mitgliedern. Zu den Aus- und Übersiedlerfamilien gehörten zum Teil bereits erwachsene Kinder bzw. Großeltern, so daß je 100 unterzubringende Familien ca 110 Wohnungen benötigt wurden. In Bayern und Baden-Württemberg lag dieser Durchschnitt sogar bei 121 bzw. 115 Wohnungen je 100 Familien.

Aussiedler aus Rumänien gingen zu über 80 % nach Baden-Württemberg

und Bayern. Bei den übrigen Aussiedlergruppen war eine derart starke regionale Konzentration nicht zu beobachten.

Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen



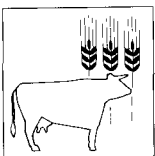
Daten über den in den letzten Jahren verstärkt festzustellenden Wandel der Berufsstrukturen und die damit verbundenen Veränderungen der beruflichen Situation der Erwerbstätigen auf dem Arbeitsmarkt finden in der Öffentlichkeit immer größeres Interesse

Der vorliegende Beitrag untersucht anhand des Mikrozensus, in welchem Umfang sich die Berufsstrukturen verändert haben bzw. wo die Schwerpunkte dieser Umschichtungen liegen und wie sie sich auf die einzelnen berufssystematischen Einheiten — Berufsbereiche, -abschnitte, -gruppen, -ordnungen — verteilen.

Die nach wie vor am stärksten besetzten Berufsbereiche sind die Dienstleistungsberufe (57 %) und die Fertigungsberufe (30 %). In diesen beiden Berufsbereichen waren im April 1989 fast 87 % aller Erwerbstätigen tätig. Von den in den letzten Jahren sich vollziehenden strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben die technischen Berufe am meisten profitiert. In den letzten 16 Jahren hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Bereich um 19 % erhöht.

Der in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang des Berufsbereichs „Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe“ hat sich auch im Jahr 1989 fortgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt waren nur noch etwas mehr als 1 Mill. Erwerbstätige mit einer ersten oder Haupttätigkeit in der Landwirtschaft tätig. Ihre Zahl hat sich seit 1973 halbiert. Im gleichen Zeitraum hat sich auch die Zahl der Erwerbstätigen in den Fertigungsberufen um 15 % reduziert.

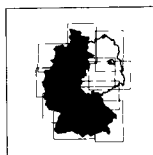
Eigentums- und Besitzverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe 1989



In diesem Beitrag werden die mit dem landwirtschaftlichen Strukturwandel einhergehenden Veränderungen der Eigentums- und Besitzverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) aufgezeigt.

Die gesamte von den Betrieben bewirtschaftete LF war mit einer Abnahme von 12,6 Mill. ha im Jahr 1971 auf 11,8 Mill. ha im Jahr 1989 rückläufig. Wesentlich stärker ist der Rückgang der Zahl der Betriebe im vergleichbaren Zeitraum (1971: 1,1 Mill.; 1989: 665 100). Außerdem sind erhebliche Verschiebungen in der Eigentums- und Besitzstruktur festzustellen. Der Anteil der eigenen LF der Betriebe an der LF insgesamt war von 71 % 1971 auf 61 % 1989 zurückgegangen, demgegenüber war der Anteil der zugepachteten LF 1989 mit 38 % deutlich höher als 1971 mit 29 %. Die Abnahme des Eigenflächenanteils bzw. die Zunahme des Pachtflächenanteils ist besonders deutlich in den Betrieben mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 30 ha und mehr zu beobachten, während die Entwicklung in den unteren Betriebsgrößenklassen eher entgegengesetzt verläuft.

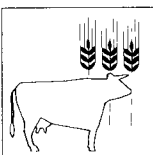
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1989



Seit 1974 werden jährlich die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke ermittelt. Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse dieser Statistik für das Jahr 1989 und die in der Zeit zwischen 1974 und 1989 eingetretenen Veränderungen dargestellt und kommentiert.

In den für 1989 registrierten rund 31 500 Veräußerungsfällen (1988: 31 700), in denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar verkauft wurde, wurden insgesamt rund 44 500 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (1988: 44 600 ha) mit einem Gesamtwert von 1,376 Mrd. DM umgesetzt. Für diese Fälle belief sich der durchschnittliche Kaufwert je ha auf 30 924 DM, das waren 1,9 % weniger als 1988. Im Vergleich zu 1981, dem Jahr mit dem bisher höchsten Durchschnittswert von 39 245 DM je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, liegt das Ergebnis für 1989 um 21 % niedriger.

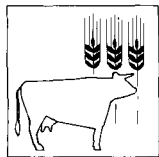
Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Gemüse 1990



Die Bodennutzungshaupterhebung im Mai, die Gemüseanbauerhebung im Juli und die Ertragsfeststellungen durch

Schätzungen von amtlichen Berichterstatern und das Verfahren der Besonderen Erntetermineitlung sind alljährlich die Voraussetzung zur Ermittlung der landwirtschaftlichen Produktion im Acker- und Gemüsebau. Der Bericht enthält Ergebnisse für die wichtigsten Kulturen des Erntejahres 1990.

Ernten im Marktobstbau 1990



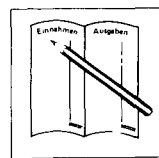
Der Nachweis der Obsternte beschränkt sich seit 1988 notgedrungen auf den Bereich Marktobstbau, obwohl dieser in der

Regel nur ein Viertel bis ein Drittel des Gesamtaufkommens an Obst hervorbringt. Die Basiszahlen für den Übrigen Anbau sind indessen so veraltet, daß dort eine Ernteberechnung nicht mehr vertretbar erscheint. Deswegen wird in diesem Herbst eine Aktualisierung der Zahlen über die Baumbestände im Streuobstbau durch eine Erhebung für besondere Zwecke gemäß § 7 (1) BStatG versucht, die aber nur in einigen hierfür wichtigen Bundesländern läuft.

Die diesjährige Obsternte im Marktobstbau ist mit rund 707 000 t insgesamt eher schwach ausgefallen (— 24 % gegenüber 1989), das geht auf starke Einbrüche beim Kernobst zurück, während Steinobst sich gegenüber den schlechten Ergebnissen des Vorjahres relativ gut behaupten konnte. Ursache des deutlichen Rückgangs — vor allem bei Äpfeln — waren Spätfroste im Norden Deutschlands, die während der Obstblüte auftraten.

Abschließend wird auf einige Probleme und Aufgaben hingewiesen, die die Obsterntestatistik methodisch und auch im Hinblick auf die neuen Bundesländer zu lösen hat.

Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988



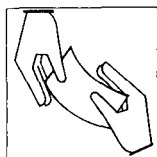
Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben werden seit vielen Jahren die beteiligten Haushalte auf freiwilliger

Basis auch nach der Höhe ihrer Vermögensbestände und Schulden befragt. Wenn auch die Haushalte von Ausländern ebensowenig in die Erhebung einbezogen sind wie die Anstaltsbevölkerung und die Haushalte mit besonders hohem Einkommen, bieten die Daten doch einen Einblick in Höhe, Struktur und Verteilung des Vermögens und der Schulden von etwa 99 % der deutschen Haushalte.

Am 31. Dezember 1988 verfügten 22,5 Mill. der in der Stichprobe repräsentierten Haushalte (91 %) über Sparguthaben, Bausparguthaben, Wertpapiere oder sonstiges Geldvermögen (Berlin-Darlehen, Festgelder, ohne Bestände an Bargeld oder auf Girokonten sowie ohne Guthaben bei Lebensversicherungsunternehmen) in einer Gesamthöhe von 634 Mrd. DM. Davon entfielen rund 271 Mrd. DM (etwa 43 %) auf Spareinlagen, 221 Mrd. DM (knapp 35 %) auf Wertpapiere, 102 Mrd. DM (16 %) auf Bausparguthaben und etwas mehr als 39 Mrd. DM (6 %) auf das erfaßte sonstige Geldvermögen. Im Durchschnitt aller privaten Haushalte ergibt sich ein Bruttogeldvermögen je Haushalt in Höhe von 25 673 DM, dem Kreditverpflichtungen aus Ratenkäufen, aufgenommenen Kleindarlehen u. ä. (ohne Hypotheken, Baudarlehen) in Höhe von 2 225 DM gegenüberstanden. Das durchschnittliche Nettogeldvermögen je Haushalt belief sich demnach auf 23 448 DM.

Allerdings war das Vermögen auch ohne Berücksichtigung der nicht erfaßten besonders begüterten Haushalte sehr ungleich verteilt. So verfügten zum Beispiel 14,5 % aller Haushalte mit Bruttogeldvermögen über Vermögensbestände von insgesamt weniger als 2 500 DM; hochgerechnet machten diese Bestände nur 0,5 % des erfaßten Bruttogeldvermögens aus. Bruttogeldvermögensbestände von 200 000 DM und mehr fanden sich nur bei 1,1 % der Haushalte; auf sie entfielen aber 13,4 % des gesamten Bruttogeldvermögens

Sozialhilfeaufwand 1989



Für Leistungen der Sozialhilfe wurden 1989 28,8 Mrd. DM, 6,5 % mehr als im Jahr zuvor, ausgegeben. Die Ausgaben verteilen

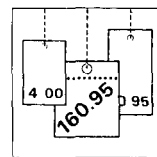
sich zu 41 % auf Hilfe zum Lebensunterhalt und zu 59 % auf Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Unter den verschiedenen Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen erforderte die Hilfe zur Pflege mit 9,1 Mrd. DM den höchsten Aufwand. Es folgen die Eingliederungshilfe für Behinderte mit 5,9 Mrd. DM und die Krankenhilfe mit 1,4 Mrd. DM.

Die Ausgabensteigerung des Jahres 1989 um insgesamt 1,8 Mrd. DM ist hauptsächlich durch Zunahmen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt um 848 Mill. DM, bei der Hilfe zur Pflege um 472 Mill. DM und bei der Eingliederungshilfe für Behinderte um 431 Mill. DM entstanden.

Den Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von 6,2 Mrd. DM gegenüber. Dies waren 5,5 % mehr als im Vorjahr. Damit verblieb als „reine Ausgabe“ ein Betrag von 22,6 Mrd. DM.

Preise im Oktober 1990



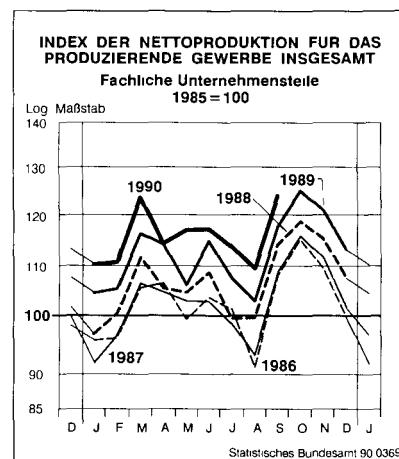
Im Oktober 1990 hat sich im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland der Preisauftrieb auf den verschiedenen Wirtschafts-

stufen fortgesetzt. Der anhaltende Preisschub bei den Mineralölprodukten hat auch diesmal den Anstieg der einzelnen Preisindizes sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat verstärkt bzw. sogar teilweise erst hervorgerufen.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der arbeitstaglich bereinigte endgültige Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des produzierenden Gewerbes lag im September



1990 mit einem Stand von 123,4 (1985 = 100) um 13,7 % höher als im Vormonat und um 5,6 % höher als im September 1989.

Außenhandel

Im September 1990 lag der Wert der Einfuhr mit 43,2 Mrd. DM um 6,6 % höher und der Wert der Ausfuhr mit 48,5 Mrd. DM um 8,5 % niedriger als im September 1989. Im Zeitraum Januar/September 1990 war die Einfuhr mit 395,6 Mrd. DM gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,6 % und die Ausfuhr mit 479,5 Mrd. DM um 0,8 % angestiegen.

Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen

Vorbemerkung

1989 wurde das Statistische Bundesamt vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit der Durchführung einer Erhebung zur Verweildauer von Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen beauftragt. Die Erhebung sollte neben einer Orientierung über die Verweilzeit von Aus- und Übersiedlern in den Unterkunftseinrichtungen auch Aufschluß über mögliche Zusammenhänge zwischen Verweilzeit und familienbezogenen Merkmalen von dort lebenden Aus- und Übersiedlern erbringen. Darüber hinaus wurde Aufschluß über die Struktur des Wohnraumbedarfs erwartet. Rechtsgrundlage der Erhebung ist § 7 Abs. 1 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG)¹⁾.

Aufgrund des vorgegebenen Zeitrahmens wurde die Erhebung als Stichtagserhebung (Stichtag 31. 10. 1989) geplant. Durchgeführt wurde sie in Form einer schriftlichen Befragung vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Berlin (West) und des Saarlandes. Dabei ist noch anzumerken, daß immer dann, wenn von der Bundesrepublik Deutschland oder dem Bundesgebiet die Rede ist, damit auf den Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 und die dazu gehörenden elf Bundesländer Bezug genommen wird.

Die vorliegende Ausarbeitung geht zunächst auf methodische Fragen dieser Erhebung ein und skizziert anschließend die wichtigsten Ergebnisse²⁾.

1 Zielgesamtheit, Auswahl- und Erhebungseinheiten

Zunächst war zu klären, welche Auswahl- und Erhebungseinheiten für die Befragung in Betracht kamen. Hierbei sind neben den gesetzlichen Vorschriften die Zielsetzung der Untersuchung und damit zusammenhängend die zu erfragenden Merkmale maßgeblich. Ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Festlegung dieser Einheiten sind aber auch praktische Erwägungen wie zum Beispiel die Bereitstellung einer Auswahlgrundlage, die die zu untersuchende Grundgesamtheit korrekt wiedergibt.

Eine Befragung von bereits in eigenen oder gemieteten Wohnungen des privaten Wohnungsmarktes lebenden

¹⁾ Siehe zu § 7 - Erhebungen Bechtold, S/Ehling, M. „Erhebungen für besondere Zwecke — Ein neues Instrument der amtlichen Statistik“ in WiSta 10/1990, S. 687 ff.

²⁾ Einzelheiten hierzu siehe: Statistisches Bundesamt, „Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen. Eine Erhebung (gem. § 7 Abs. 1 BStatG) über die Verweilzeit von Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen und über deren Wohnraumbedarf“, Wiesbaden 1990.

Aus- und Übersiedlern schied aus, da eine diesen Personenkreis repräsentierende Auswahlgrundlage nicht existiert. Eine Flächenstichprobe vergleichbar dem Mikrozensus kam ebenfalls nicht in Betracht, da der Erhebungsumfang von maximal 10 000 Erhebungseinheiten (§ 7 Abs. 4 BStatG) eine viel zu geringe Ausschöpfung der Grundgesamtheit erbracht hätte. Diese Situation führte dazu, daß die Zielgesamtheit auf Aus- und Übersiedler beschränkt wurde, die sich zum Stichtag noch in Unterkunftseinrichtungen befanden. Für die so definierte Zielgesamtheit erschien die Bereitstellung einer Auswahlgrundlage möglich.

Konzeptionell setzte sich die Erhebung aus einer Vollerhebung und einer zweistufigen Stichprobenerhebung zusammen, so daß sie insgesamt aus folgenden drei Erhebungsteilen bestand:

- einer Bestandserhebung als Vollerhebung bei Gebiets- und Kommunalverwaltungen,
- einer Verweilzeiterhebung als Stichprobenerhebung, durchgeführt bei den Verwaltungen der Unterkunftseinrichtungen und
- einer Familienerhebung als Unterstichprobe bei den Aus- und Übersiedlerfamilien selbst.

Als Familie galten alle untereinander verwandten Personen in einer Unterkunftseinrichtung, die sich zu einer Familie zugehörig fühlten. Der Familienbegriff stimmt damit nicht mit der in der Bundesstatistik angewandten Definition überein. Eine trennscharfe Abgrenzung des Familienbegriffs erschien für den befragten Personenkreis (andere Lebensverhältnisse) bei einer schriftlichen Befragung (keine Rückfragemöglichkeit) nicht praktikabel und war auch hinsichtlich der Erhebungsziele unseres Erachtens nicht notwendig.

Je nach Organisation der Unterbringung in den einzelnen Bundesländern und abhängig von der jeweiligen Stufe im Stichprobenplan waren die Auswahlseinheiten entweder Gemeinden, einzelne Unterbringungseinrichtungen oder Familien. Erhebungseinheit war bei der Verweilzeiterhebung die ausgewählte Unterkunftseinrichtung, bei der Familienbefragung die Familie.

2 Erhebungsinhalte

Im folgenden werden die Erhebungsinhalte der drei Teilerhebungen im einzelnen dargestellt.

2.1 Bestandserhebung

Die Erfassung der Gesamtzahl der in den Unterkunftseinrichtungen untergebrachten Aus- und Übersiedler war zur Anpassung der hochgerechneten Familienerhebung notwendig. Damit sollte den durch die rasche Entwicklung der Aus- und Übersiedlerzahlen verursachten Schwierigkeiten Rechnung getragen werden. Diese Schwierigkeiten lagen zum einen in der sich durch stetigen Zustrom von Aus- und Übersiedlern ständig verändernden Auswahlgrundlage, zum anderen in der sehr unterschiedlichen Organisation und Verwaltung der

Unterkunftseinrichtungen in den einzelnen Bundesländern und den sich daraus ergebenden Auswirkungen für die Erhebung.

Ziel der Erhebung war eine nach Bundesländern getrennt vorliegende **vollständige Erfassung** zum Stichtag, da die Stichprobenplanung sich aus organisatorischen Gründen auf zum Teil weniger aktuelle Auswahlgrundlagen stützen mußte³⁾. Zu diesem Zweck wurden Bestandserhebungsbogen an Gebietsverwaltungseinheiten unterschiedlicher Ebenen versandt. Die jeweilige Verwaltung sollte den Fragebogen unter Berücksichtigung aller Unterkunftseinrichtungen in ihrem Bereich zum Stichtag beantworten⁴⁾.

2.2 Verweilzeiterhebung

Die Verweilzeiterhebung wurde als Stichprobenerhebung in Unterkunftseinrichtungen durchgeführt. Der Erhebungsbogen richtete sich an deren Verwaltungen bzw. Betreiber. Die Erhebung diente zur Hochrechnung und Anpassung der Familienerhebung.

Die befragten Unterkunftseinrichtungen sollten angeben, wie viele der zum Stichtag in der Einrichtung lebenden Personen in welchen Quartalen in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren. Diese Angaben konnten auch geschätzt und auf den Ankunftszeitpunkt in der Unterkunftseinrichtung bezogen werden. Von dieser Möglichkeit wurde nach unseren Erfahrungen reger Gebrauch gemacht. Es wurden also auf diese Weise nur **bisherige Verweilzeiten** in einer relativ groben Gliederung erfaßt. Eine Erfassung von vollendeten Verweilzeiten bei den Unterkunftswohneinrichtungen schied aus, da die wenigsten Einrichtungen derartige Informationen aufzeichnen und wahrscheinlich auch dann nicht in der Lage gewesen wären, solche Einzeldaten entsprechend unseren Vorstellungen zu aggregieren

2.3 Familienerhebung

Die Familienerhebung diente der Ermittlung von möglichen Zusammenhängen zwischen Verweilzeit und persönlichen Merkmalen vorübergehend untergebrachter Aus- und Übersiedler. Ferner sollten die Ergebnisse eine Aussage über den **Wohnraumbedarf** des betroffenen Personenkreises ermöglichen.

Erhebungsmerkmale der Familienerhebung waren:

- Herkunftsland,
- aufnehmendes Bundesland,
- Datum der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland,
- Familiengröße,

³⁾ Die Stichprobenplanung erfolgte aufgrund des Informationsstandes, der zum Teil bis April 1989 zurückreichte

⁴⁾ Erfassungsstellen (z. B. Friedland, Unna-Massen, Gießen) und Landesdurchgangswohnheime, sofern letztere, wie z. B. Osthofen (Rheinland-Pfalz) aufgrund des starken Zustroms von Aus- und Übersiedlern nicht de facto bereits als Übergangswohnheime genutzt wurden, sollten ausgeklammert werden. Ebenfalls nicht in die Erhebungsgesamtheit gelangen sollten Notquartiere, die lediglich als Aufangereinrichtungen genutzt wurden, z. B. Zeitlager, die zum Zeitpunkt der Erhebung für Übersiedler, die aus Ungarn eingereist waren, eingerichtet wurden

- Zusammensetzung der Familien hinsichtlich Alter und Geschlecht,
- persönliche Bindungen zu bereits in der Bundesrepublik Deutschland in eigenen Wohnungen lebenden Personen,
- Anzahl der gesuchten Wohnungen.

3 Das Stichprobenverfahren

3.1 Die Verweilzeiterhebung

Die Verweilzeiterhebung wurde in den Ländern Hamburg und Saarland wegen der dort geringen Anzahl an Unterkunftseinrichtungen als Vollerhebung, in den übrigen Ländern als Stichprobenerhebung geplant. Je nach Organisation der Unterbringung in den einzelnen Bundesländern wurden für die Stichprobe Unterkunftseinrichtungen oder Gemeinden zufällig ausgewählt.

Die Auswahlseinheiten (Unterkunftseinrichtungen bzw. Gemeinden) wurden vor der Auswahl entsprechend den verfügbaren Informationen länderspezifisch geschichtet. Als Schichtungskriterien wurden die Art der Unterkunftseinrichtung (Übergangswohnheim, Ausweichquartier) und die Großenklassen nach der Zahl der Aus- und Übersiedler, die maximal untergebracht werden konnten, verwendet. Für Auswahlseinheiten mit fehlender Kapazitätsangabe wurden Sonderschichten gebildet.

Da über die räumliche Verteilung der Aus- und Übersiedler nach der Ankunft a priori keine Informationen vorlagen, wurde die Festlegung des Stichprobenumfangs je Bundesland hilfsweise an dem Merkmal „Gesamtaufnahmekapazität an Aus- und Übersiedlern“ des jeweiligen Bundeslandes ausgerichtet. Dabei wurde angestrebt, für den Schätzwert dieses Merkmals höchstens einen relativen Standardfehler von 2 % zuzulassen.

Innerhalb eines Landes wurde der Stichprobenumfang in der Regel proportional zur Kapazität auf die Schichten aufgeteilt, bzw. in den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Baden-Württemberg optimal nach Neymann-Tschuprow, weil für die Sonderschichten die Streuungen zum Teil sehr groß waren und sie bei einer proportionalen Aufteilung zu schwach erfaßt worden wären⁵⁾.

Vor der Auswahl wurden die Auswahlseinheiten nach regionalen Gesichtspunkten und mit Ausnahme von Bremen und Berlin (West) innerhalb jeder Region nach Gemeindegrößenklassen angeordnet. In jeder Schicht wurde eine systematische Auswahl mit Zufallsstart durchgeführt.

3.2 Familienstrukturerhebung

In den in der ersten Stufe ausgewählten Unterkunftseinrichtungen wurden nach einem einfachen Zufallsverfahren 10 000 Familien für die Familienstrukturerhebung ausgewählt. Dieser Gesamtumfang wurde nach dem „Prinzip der abgeschwächten Proportionalität“ auf die Länder verteilt⁶⁾.

⁵⁾ Siehe zu dem Vorgehen im einzelnen Statistisches Bundesamt „Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen“ a. a. O., S. 20 ff

⁶⁾ Siehe zu dem Vorgehen im einzelnen Ebenda, S. 23 ff

Innerhalb eines Bundeslandes sollte der Stichprobenumfang so auf die in der ersten Stufe ausgewählten Unterkunftseinrichtungen aufgeteilt werden, daß jede Familie in etwa mit der gleichen Wahrscheinlichkeit in die Stichprobe gelangen konnte.

Angestrebt wurde eine Zufallsauswahl, die durch die Personen, die im Rahmen der Verweilzeiterhebung Auskunft gaben, vor Ort durchgeführt werden sollte. Diese Personen wurden gebeten, sich bei der Verteilung der Fragebögen an einen vorgegebenen einfachen Begehungsplan zu halten. Diese Vorgehensweise wurde gewählt, weil einerseits zu befürchten war, daß eine Verteilung ohne jede Vorgabe zu Verzerrungen führen würde, andererseits aber kein extern überwacht Zufallsverfahren eingesetzt werden konnte, weil einheitlich aufgebaute Auswahlgrundlagen (z. B. Familienkarteien) nicht existierten. Verfahren, die ohne Auswahlgrundlage arbeiten und zum Beispiel bei der Auswahl von Haushaltsmitgliedern eingesetzt werden, erschienen als zu kompliziert, um sie ohne geschulten Interviewerstab einsetzen zu können⁷⁾.

4 Hochrechnungsverfahren für die Familienstrukturerhebung

Entsprechend dem zweistufigen Auswahlverfahren wurden zunächst die Auswahlheiten der zweiten Stufe auf die ausgewählten Einheiten der ersten Stufe hochgerechnet. Da die Zahl der Familien in den ausgewählten Unterkunftseinrichtungen unbekannt war, konnte nur eine Verhältnisschätzung mit der Zahl der Personen als Bezugsmerkmal durchgeführt werden. Anschließend wurden die auf diese Weise ermittelten Schätzwerte für die ausgewählten Unterkunftseinrichtungen frei auf die Gesamtheit hochgerechnet.

In zwei weiteren Schritten wurden die hochgerechneten Werte länderweise zum einen an die aus der Verweilzeiterhebung ermittelte Verteilung auf die Ankunftszeitintervalle und zum anderen an die mit der Bestandserhebung erfaßte Gesamtzahl der in Unterkunftseinrichtungen lebenden Aus- und Übersiedler angepaßt⁸⁾.

5 Ergebnisqualität

5.1 Rücklauf und Antwortbereitschaft

Die vollständige Erfassung der Bestandsdaten ist wegen der vergleichsweise geringen Zahl der Befragten sowie aufgrund der einfachen Fragestellung mit Hilfe einer telefonischen Nachfabaktion weitgehend gelungen. Mit Ausnahme der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen liegen die Daten auf der Ebene der Bundesländer vollständig vor.

Für die Verweilzeit- und Familienerhebung war schon aufgrund der Freiwilligkeit nicht mit einem annähernd vollständigen Rücklauf zu rechnen. Zwar wurde im Rahmen

der Verweilzeiterhebung ebenfalls eine umfangreiche Nachfabaktion (teilweise telefonisch, teilweise durch Nachversand der Erhebungsbogen) durchgeführt, jedoch war deren Hauptzweck auf die Ermittlung der unechten Antwortausfälle gerichtet. Als „unechte Antwortausfälle“ bezeichnet sind insbesondere solche Unterkunftseinrichtungen in der Stichprobe, die zum Stichtag nicht mehr bzw. noch nicht zur vorübergehenden Aufnahme von Aus- und Übersiedlern genutzt worden sind. Obwohl die Auskunftgebenden, die bis zum Zeitpunkt der Nachfabaktion noch nicht geantwortet hatten, gebeten wurden, den Verweilzeiterhebungsbogen möglichst doch noch zu beantworten, gelang es in vielen Fällen lediglich, die Gesamtbelegung zu ermitteln. Dennoch konnte mit Hilfe der Nachfabaktion die Zahl der beantworteten Erhebungsbögen, gemessen am Rücklauf bis dato, beträchtlich erhöht werden.

Aus praktischen Gründen konnte eine telefonische Nachfabaktion bei der Familienerhebung nicht durchgeführt werden. Ein Nachversand von Familienerhebungsbogen war aufgrund des Stichtagbezugs der Erhebung ausgeschlossen.

Aus den Rücklaufquoten der Verweilzeiterhebung lassen sich aufgrund der sehr unterschiedlichen Größe der Unterkunftseinrichtungen (bzw. Gemeinden in Niedersachsen und Schleswig-Holstein) keine direkten Angaben über den erfaßten Anteil der Aus- und Übersiedler ableiten. Mit Ausnahme von Hamburg⁹⁾ liegen die Rücklaufquoten der Verweilzeiterhebung zwischen 29 % für Berlin (West) und 100 % für Bremen.

Die Rücklaufquote der Familienerhebung betrug bundesweit ca. 30 %. Teilweise ist der relativ geringe Rücklauf darauf zurückzuführen, daß die Erhebungsbögen in den Unterkunftseinrichtungen nicht verteilt wurden, wie auf telefonische Nachfragen informell mitgeteilt wurde. Da es jedoch nicht gelungen wäre, die Zahl solcher Antwortausfälle sicher zu ermitteln, wurden nur die Familienerhebungsbögen, die an nicht mehr bzw. noch nicht existente Unterkunftseinrichtungen versandt wurden, als unechte Antwortausfälle betrachtet.

Ohne Zweifel sind die in einzelnen Ländern unbefriedigenden Rücklaufquoten auch auf fehlende Antwortbereitschaft seitens der befragten Aus- und Übersiedler zurückzuführen. Über die Ursachen lassen sich nur Vermutungen anstellen, die auf den Erkenntnissen aus einzelnen Gesprächen mit Mitarbeitern der Unterkunftseinrichtungen beruhen.

Inwieweit diese verminderte Teilnahmebereitschaft zu Verzerrungen in den Ergebnissen der Familienerhebung führte, konnte nicht ermittelt werden. Es lagen zumindest keine offensichtlichen Verzerrungen vor. Die durch den verminderten Rücklauf bedingte Verkleinerung der Stichprobe hatte aber in jedem Fall nachteilige Auswirkungen auf die Höhe des Zufallsfehlers, der in einigen Nachweispositionen erheblich ausgefallen ist

⁷⁾ Siehe zu dem Vorgehen im einzelnen Ebenda, S. 22f.

⁸⁾ Siehe zu dem Vorgehen im einzelnen Ebenda, S. 26ff.

⁹⁾ Von 17 versendeten Fragebogen wurde nur einer ausgefüllt zurückgesandt. Da es in diesem Fall keine unechten Antwortausfälle gab, betrug die Rücklaufquote nur 6 %.

5.2 Fehlerrechnung

5.2.1 Zufallsfehler

Um eine Beurteilung der statistischen Präzision der Ergebnisse zu ermöglichen, wurde im Anschluß an die Hochrechnung eine Abschätzung der Stichprobenzufallsfehler durchgeführt.

Wegen der Schätzungenauigkeiten bei den Fehlerwerten werden den hochgerechneten Stichprobenwerten lediglich Standardfehlerbereiche zugeordnet (siehe Übersicht). Diese Standardfehlerbereiche sind in den jeweiligen Ergebnistabellen dokumentiert.

Standardfehlerbereiche

Standardfehlerbereich	Relativer Standardfehler	Ergebnisqualität
1	0 bis unter 5 %	gut
2	5 bis unter 15 %	brauchbar
3	15 bis unter 30 %	eingeschränkt brauchbar
4	über 30 %	mangelhaft

5.2.2 Systematische Fehler

Dadurch, daß die Auswahlgrundlage den größten Teil der neu eröffneten Übergangswohneinrichtungen nicht enthielt¹⁰⁾, ist es vermutlich zu einer Unterschätzung des Anteils der in den letzten beiden Ankunftszeitintervallen eingereisten Personen gekommen, von denen angenommen werden kann, daß sie verstärkt in den neu eröffneten Unterkunftseinrichtungen untergebracht wurden. Weil in diesem Zeitraum überwiegend Übersiedler eintrafen, zieht diese Untererfassung auch eine Unterschätzung des Übersiedler- bzw. eine Überschätzung des Aussiedleranteils nach sich.

Ebenfalls zu Verzerrungen könnte die Auswahl der Familien geführt haben, die ja nicht mit Hilfe eines kontrollierten Zufallsverfahrens getroffen werden konnte, sowie möglicherweise unterschiedliche Antwortbereitschaften der verschiedenen Gruppen der Aus- und Übersiedler.

Quantitative Aussagen über den systematischen Fehler sind aufgrund der vorhandenen Informationen nicht möglich. Am stärksten von den Verzerrungen betroffen sind wohl die Aussagen über die Verteilung des Bestandes auf die Ankunftszeitintervalle sowie über den Anteil der Übersiedler. Die übrigen Angaben dürften in ihrer Genauigkeit eher geringfügig beeinträchtigt worden sein.

6 Schätzung der vollendeten Verweilzeiten

Wie bereits oben gesagt wurde, war es bei einer Stichtagerhebung in Unterkunftseinrichtungen nicht möglich, vollendete Verweilzeiten zu erheben. Es war lediglich möglich, die bisherige Verweilzeit für Aus- und Übersiedler zu erfassen. Aus diesen Informationen konnten unter gewissen Modellannahmen durchschnittliche vollendete Verweilzeiten grob geschätzt werden. Im folgenden wird die Vorgehensweise näher erläutert.

6.1 Schätzmodell

Die vollendete Verweilzeit (T_0) eines Aus- bzw. Übersiedlers in einer Unterkunftseinrichtung wurde als Zufallsvariable betrachtet. Es wurde angenommen, daß die Verweilzeit für die Angehörigen bestimmter Teilpopulationen, auf die sich der Index 0 bezieht, identisch verteilt war, daß sich jedoch diese Teilpopulationen untereinander hinsichtlich ihrer Verweilzeitverteilung unterschieden.

Als Einflußgrößen, die die Teilpopulationen gegeneinander abgrenzten, kam theoretisch eine ganze Reihe von Merkmalen in Betracht. In der Praxis konnten jedoch nur solche Merkmale Berücksichtigung finden, über die auch entsprechende Dateninformationen zur Verfügung standen. Im vorliegenden Fall waren dies neben dem Ankunftszeitpunkt die Merkmale Herkunftsland und Ziel-Bundesland. Um den Einfluß dieser Merkmale auf die Verweilzeit untersuchen zu können, wurde unterstellt, daß durch die Einflußgrößen die Verteilung der Verweilzeit lediglich in den Funktionalparametern der Verteilung, nicht aber im Verteilungstyp beeinflusst wurde.

Unter der Annahme eines konkreten Verteilungstyps konnte aus den vorliegenden Informationen für jede Population ein Schätzwert für die vollendete Verweilzeit berechnet werden. Diese Schätzwerte können aber nur zum Vergleich der Populationen untereinander herangezogen werden. Über die absolute Höhe der abgeschlossenen Verweilzeit machen sie keine gesicherte Aussage, vor allem, weil es sich bei der Unterstellung des Verteilungstyps nur um eine sehr vereinfachte Modellannahme handelt.

Ebenso ist die Annahme eines einheitlichen Verteilungstyps und damit der Vergleich zwischen den Populationen zum Teil nicht unproblematisch. Das gilt zum Beispiel für den Vergleich zwischen Bundesländern, da die Aus- und Übersiedler, was die Unterbringung anbetrifft, nicht in allen Bundesländern gleich behandelt wurden¹¹⁾. Es ist nicht auszuschließen, daß bundeslandspezifische Gegebenheiten den Verteilungstyp der Verweilzeit verändern, so daß nicht ohne weiteres für alle Bundesländer von einer Verteilungsfunktion gleichen Typs ausgegangen werden kann.

Hingegen ist es recht plausibel anzunehmen, daß das Herkunftsland einen Einfluß auf die Verweilzeit von Aus- und Übersiedlern hat, ohne daß die Ausprägung dieser Einflußgröße den Verteilungstyp selbst verändert

Die Berechnungen wurden für zwei verschiedene Verteilungstypen durchgeführt, die beide plausibel schienen und auf sehr unterschiedlichen Annahmen über die Übergangswahrscheinlichkeit aufbauen. Die Übergangswahrscheinlichkeit stellt im vorliegenden Fall die Wahrscheinlichkeit dar, am nächsten Tag eine Wohnung zu finden, also die Unterkunftseinrichtung verlassen zu können. Ein *ersets* wurde eine konstante Übergangswahrscheinlichkeit und damit eine *Exponentialverteilung* für

¹⁰⁾ Sie enthielt nur 54 % aller am Stichtag bestehenden Unterkunftseinrichtungen

¹¹⁾ So zählte z. B. Rheinland-Pfalz den Unterkunftsinsassen nach einer bestimmten Verweilzeit die Maklergebühr, falls eine Privatwohnung über die Einschaltung eines Maklers angemietet wurde

die Verweilzeit unterstellt, andererseits wurde mit einer monoton wachsenden Übergangswahrscheinlichkeit und damit einer linearen Verteilungsfunktion gearbeitet. Beide Annahmen können plausibel sein. In beiden Fällen ergibt sich die durchschnittliche vollendete Verweilzeit als Erwartungswert der Zufallsvariablen T_0 ¹²⁾.

6.2 Ergebnisse der Verweilzeitanalyse

Für die hier präsentierten Ergebnisse der Verweilzeiterhebung konnte keine Fehlerrechnung gemacht werden, da der Berechnung der vollendeten Verweilzeiten bestimmte Modellannahmen zugrunde gelegt wurden, über deren Adäquanz keine Wahrscheinlichkeitsaussagen möglich waren. Da jedoch für die Schätzung der vollendeten Verweilzeiten Ergebnisse der Erhebung über Aus- und Übersiedler verwendet wurden, konnte zumindest die Qualität dieser Daten als Gütekriterium verwendet werden. Hierbei zeigte sich, daß eine Analyse der Verweilzeit erst für den Aus- und Übersiedlerzustrom ab 1988 vertretbar war. Aufgrund der großen Erhebungsprobleme in einigen Bundesländern sehen wir auch von einer Darstellung der Ergebnisse für diesen Bereich ab.

Deutschland gekommen sind, wurde gänzlich verzichtet, da die Ergebnisse hierfür nicht ausreichend erscheinen.

Ferner ist besonders deutlich darauf hinzuweisen, daß es bei der Darstellung der vollendeten Verweilzeit nicht darum ging, die exakten Werte der Aufenthaltsdauern zu schätzen, sondern daß der Informationsgehalt der Ergebnisse lediglich zu Vergleichszwecken in der jeweiligen Tendenzaussage liegt.

Die durchschnittliche Verweilzeit hat unter den unterstellten Modellannahmen im Laufe der Zeit für die Zugangskohorten insgesamt abgenommen. Aus- und Übersiedler, die Anfang 1988 in die Bundesrepublik Deutschland kamen, mußten demnach im Durchschnitt ca. vier Monate länger in der Unterkunftseinrichtung bleiben als Personen, die erst im Frühjahr 1989 kamen (siehe Schaubild 1). Dies könnte damit zusammenhängen, daß, solange genügend Aufnahmekapazitäten in Unterkunftseinrichtungen vorhanden waren bzw. relativ schnell neu geschaffen werden konnten, sich die Wohnungssuche weder für das Verwaltungspersonal noch für die Aus- und Übersiedler selbst mit der Dringlichkeit stellte, wie dies später — insbesondere nach dem dritten Quartal 1989 —

Schaubild 1

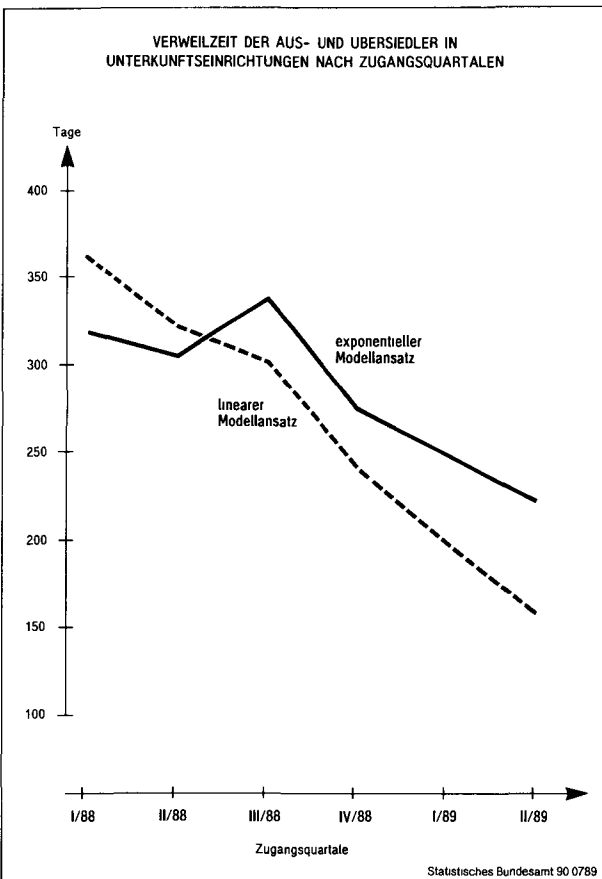
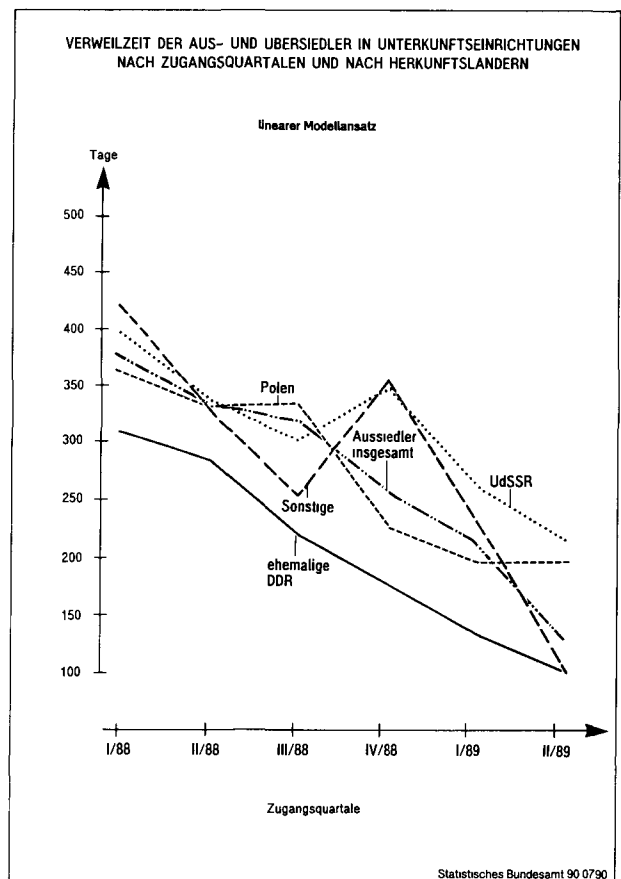


Schaubild 2



Auf eine Verweilzeitanalyse für Aus- und Übersiedlerpopulationen, die erst ab Juli 1989 in die Bundesrepublik

durch die zunehmende Überfüllung der Unterkunftseinrichtungen der Fall war. Es müssen also in dem untersuchten Zeitraum Wohnraumreserven vorhanden gewesen sein.

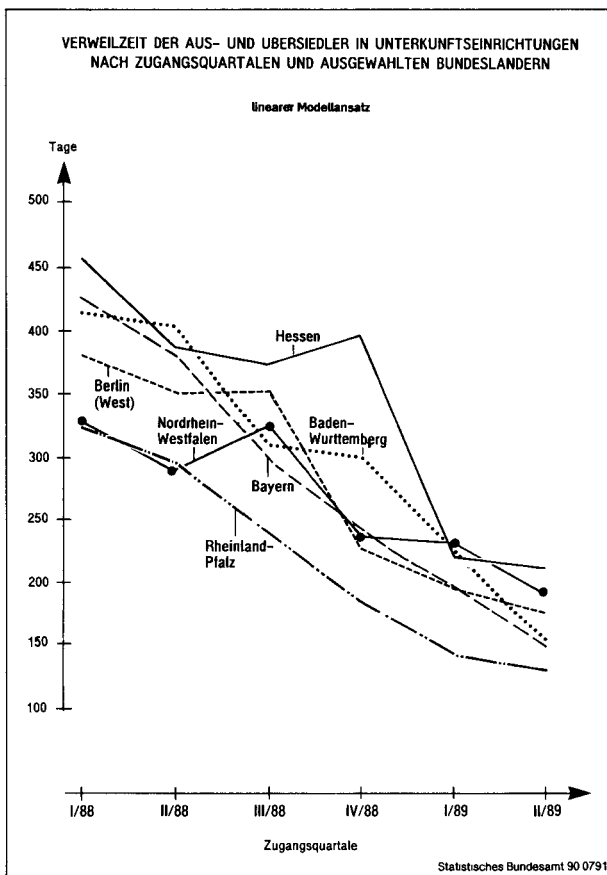
¹²⁾ Zu den formalen Eigenschaften sowie der graphischen Darstellung der beiden Verteilungen siehe Statistisches Bundesamt „Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen“, a a O, S. 42ff

Betrachtet man die Entwicklung nach Herkunftsländern (siehe Schaubild 2), so wird deutlich,

daß sich die Situation für die Übersiedler durchweg günstiger darstellt. Es fällt jedoch auf, daß die Entwicklung der Verweilzeit insgesamt sehr heterogen verläuft¹³⁾.

Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich auch für die Differenzierung nach Bundesländern. Aus diesem Grund werden in Schaubild 3 ebenfalls nur ausgewählte Länderergebnisse im linearen Modellansatz dargestellt. Es ist deutlich zu erkennen, daß sich die Entwicklung in den Bundesländern nicht erheblich voneinander unterscheidet, wenngleich die durchschnittliche Verweilzeit in Rheinland-Pfalz durchweg geringer gewesen zu sein scheint als in Hessen. Die Untersuchung deutet darauf hin, daß es für die Verweilzeiten in den Bundesländern insgesamt keine gravierenden Unterschiede gibt.

Schaubild 3



7 Analyse der familienbezogenen Merkmale

Die Familienerhebung sollte neben der Ermittlung der Verweilzeiten auch über die Zusammenhänge zwischen der Dauer des Aufenthaltes in den Unterkunftseinrichtungen und den familienbezogenen Merkmalen und über die Struktur des Wohnungsbedarfs Aufschluß geben.

¹³⁾ Im Falle der exponentiellen Modellannahmen wird dies besonders deutlich, weil dieser Ansatz bei sehr kleinen Anteilswerten sehr sensibel auf statistische Fehler reagiert. Das bedeutet, daß durch die mangelnde Genauigkeit der Abschätzung der Ergebnisse in der Gliederungstiefe nach Herkunftsländern (insbesondere für die Teilpopulationen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR, aus der UdSSR und aus sonstigen Ländern) dieser Ansatz sehr ungenau werden kann. Auf eine Darstellung dieser Ergebnisse wurde daher hier verzichtet. Siehe hierzu Statistisches Bundesamt „Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen“, a. a. O., S. 47 ff.

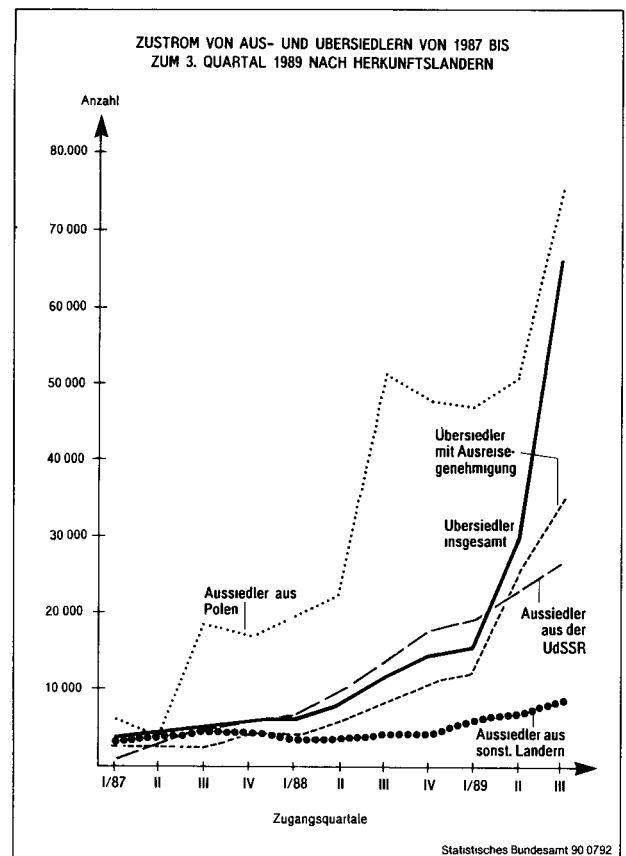
Den Erhebungsergebnissen wird jedoch zuerst eine kurze Situationsbeschreibung der Entwicklung des Aus- und Übersiedlerzustroms nach den Zahlen aus dem Bundesvergleichsamt vorangestellt.

7.1 Entwicklung des Zustroms von Aus- und Übersiedlern von 1987 bis zum dritten Quartal 1989

1987 kamen 97 480 Aus- und Übersiedler in die Bundesrepublik Deutschland, bis zum dritten Quartal 1989 waren es schon fast viermal so viel, nämlich 371 896 Personen¹⁴⁾. Schaubild 4 zeigt die Entwicklung des Zustroms getrennt nach Herkunftsländern. Es wird deutlich, daß der starke Anstieg im wesentlichen getragen wurde von deutschstämmigen Polen, die insbesondere in den dritten Quartalen der betrachteten Jahre einreisten.

Der Anstieg des Zustroms aus der Sowjetunion erfolgte im betrachteten Zeitraum fast kontinuierlich, der aus sonstigen osteuropäischen Ländern erhöhte sich erst nennenswert ab 1989, blieb insgesamt betrachtet jedoch relativ unbedeutend.

Schaubild 4



Besondere Beachtung verdient die Entwicklung der Übersiedlerzahlen. Nach einem gegenüber dem Jahr 1987 eher moderaten Anstieg 1988 kam es vom

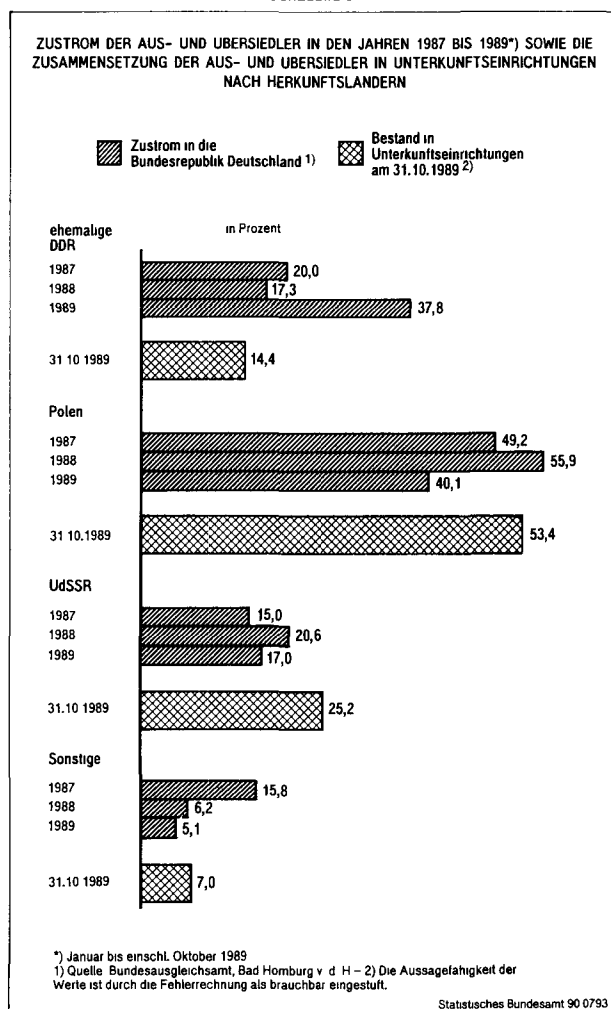
¹⁴⁾ Es werden hier nur die Daten bis zum dritten Quartal 1989 betrachtet, da sich die Situation nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze im November 1989 vollkommen änderte. Im vierten Quartal 1989 kam es fast zu einer Verdoppelung der Zahlen der Aus- und Übersiedler gegenüber den ersten drei Quartalen. Insgesamt waren es 1989 720 909 Menschen, davon allein 343 854 aus der ehemaligen DDR, die wiederum zu mehr als zwei Dritteln erst im vierten Quartal in die Bundesrepublik Deutschland kamen.

ersten bis zum zweiten Quartal 1989 fast zu einer Verdoppelung der Zahlen und vom zweiten zum dritten Quartal 1989 sogar zu einem Anstieg von knapp 130 %. Der Anteil der Übersiedler, die mit Genehmigung der ehemaligen DDR-Behörden in die Bundesrepublik Deutschland kamen, schwankte zwischen Januar 1987 und Juni 1989 zwischen 51 % (III/1987) und 86 % (II/1989). Der starke Anstieg im Frühsommer 1989 ist also auch noch bei den genehmigten Ausreisen zu beobachten. Im dritten Quartal 1989 brach jedoch diese fast parallele Entwicklung ab. Das ist zurückzuführen auf die Flucht von Einwohnern der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland über Ungarn und die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau

7.2 Zusammensetzung der Aus- und Übersiedler nach Herkunftsländern

Am 31. Oktober 1989 waren mehr als die Hälfte der ca. 220 000 in den Unterkunftseinrichtungen lebenden Personen Aussiedler aus Polen (53,4 %), ein Viertel waren Aussiedler aus der UdSSR (25,2 %), 14,4 % waren Übersiedler aus der ehemaligen DDR und 7,0 % Aussiedler aus sonstigen osteuropäischen Staaten. Schaubild 5 zeigt die Zusammensetzung der ankommenden Aus- und Übersiedler nach Herkunftsländern für die Jahre 1987, 1988 und 1989 (nur Januar bis Oktober) und die Zusammensetzung der

Schaubild 5



Aus- und Übersiedler in den Unterkunftseinrichtungen am Erhebungsstichtag. Aus dieser Gegenüberstellung des Zustroms und der Bestände erhält man Hinweise darauf, daß Übersiedler und Aussiedler aus unterschiedlichen Herkunftsländern verschieden lange in den Unterkunftseinrichtungen lebten. Der Anteil der Übersiedler war deutlich geringer, als es ihrem Einreiseanteil im Durchschnitt von 1987 bis zum Stichtag entsprach, und er war höher für polnische und russische Aussiedler. Aufgrund dieser Ergebnisse liegt die Vermutung nahe, daß es Rußlanddeutsche am schwersten hatten, aus den Unterkunftseinrichtungen in eigene Wohnungen zu wechseln

7.3 Verteilung der Aus- und Übersiedler auf die Bundesländer

Der Zustrom der Aus- und Übersiedler verteilte sich nicht proportional auf die Bundesländer in dem Sinne, daß der Anteil der Zuwanderung in ein Land in etwa dem jeweiligen Bevölkerungsanteil entsprach. Vergleicht man die Verteilung des Zustroms auf die Länder in der Zeit von Januar 1987 bis Oktober 1989 mit dem Bevölkerungsanteil des jeweiligen Bundeslandes, dann zeigt sich eine eindeutige Bevorzugung von Berlin (West), wo der Zuwanderungsanteil um 148 % höher lag als der Bevölkerungsanteil. Auch Nordrhein-Westfalen und das Bundesland Bremen wurden überproportional präferiert.

Tabelle 1 Anteil der Bundesländer an der Gesamtbevölkerung¹⁾ und Anteil am Zustrom von Aus- und Übersiedlern in die einzelnen Bundesländer am gesamten Zustrom von Januar 1987 bis Oktober 1989²⁾

Bundesland	Anteil an der Gesamtbevölkerung ¹⁾	Anteil am Zustrom von Aus- und Übersiedlern ²⁾	Differenz
Schleswig-Holstein	4,2	1,6	- 61,9
Hamburg	2,6	2,6	± 0
Niedersachsen	11,7	8,6	- 26,5
Bremen	1,1	1,3	+ 18,2
Nordrhein-Westfalen	27,3	32,8	+ 20,1
Hessen	9,0	8,8	- 2,2
Rheinland-Pfalz	5,9	4,7	- 20,3
Baden-Württemberg	15,3	16,6	+ 8,5
Bayern	17,9	13,9	- 22,3
Saarland	1,7	0,9	- 47,1
Berlin (West)	3,3	8,2	+ 148,5
Bundesgebiet	100	100	x

1) Wert von 1988 - 2) Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v d H

Einen unterproportionalen Zustrom verzeichneten vor allem Schleswig-Holstein und das Saarland, aber auch Niedersachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz. Bei den Bundesländern Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen entsprach der Anteil am Zustrom in etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung

Diese Beschreibung des disproportionalen Zustroms in die einzelnen Bundesländer berücksichtigt jedoch noch nicht die unterschiedlichen Herkunftsländer dieses Personenkreises. Aus Tabelle 2 wird deutlich, wie sich die Personen, die sich am 31. Oktober 1989 in den Unterkunftseinrichtungen befanden, auf die einzelnen Bundesländer verteilten und aus welchen Herkunftsländern sie stammten. Allerdings sollten diese Werte vor dem Hintergrund

der zum Teil unbefriedigenden Datenqualität vorsichtig interpretiert werden.

Es zeigt sich, daß es teilweise beträchtliche Abweichungen von der durchschnittlichen Zusammensetzung im gesamten Bundesgebiet gab. Als Grund für diese ungleichmäßige Verteilung der einzelnen Aussiedlergruppen und

Tabelle 2: Anteile der Aus- und Übersiedler aus den verschiedenen Herkunftsländern in den Unterkunftseinrichtungen der Bundesländer am 31. Oktober 1989¹⁾
Prozent

Bundesland	Aus dem Herkunftsland			
	ehemalige DDR	Polen	UdSSR	Sonstige
Schleswig-Holstein	48,5 (3)	44,6 (1)	6,9 (1)	—
Hamburg	—	96,3 (4)	3,7 (4)	—
Niedersachsen	16,3 (3)	42,2 (3)	40,6 (2)	0,9 (4)
Bremen	15,0 (2)	72,2 (1)	11,9 (1)	0,9 (4)
Nordrhein-Westfalen	3,6 (3)	75,9 (3)	18,6 (3)	1,9 (4)
Hessen	9,6 (3)	47,8 (2)	39,3 (2)	3,3 (3)
Rheinland-Pfalz	3,1 (3)	57,9 (2)	36,5 (2)	2,5 (3)
Baden-Württemberg	18,5 (3)	28,8 (2)	34,0 (2)	18,7 (3)
Bayern	16,2 (3)	38,4 (2)	31,6 (2)	13,8 (2)
Saarland	9,6 (3)	90,4 (2)	—	—
Berlin (West)	57,2 (2)	41,4 (2)	0,5 (4)	0,9 (4)
Bundesgebiet	14,4 (2)	53,4 (2)	25,2 (2)	7,0 (2)

¹⁾ Die Aussagefähigkeit der Werte ist bei einer Kennzeichnung durch (1) gut, durch (2) brauchbar, durch (3) eingeschränkt brauchbar und durch (4) mangelhaft

der Übersiedler auf die Bundesländer kann vermutet werden, daß die Aus- und Übersiedler ihren ersten Standort direkt nach ihrer Ankunft überwiegend aufgrund historisch gewachsener Beziehungen und familiärer Verbundenheiten wählen, und daß daher diese unterschiedlichen regionalen Präferenzen im Zeitablauf auch relativ stabil sind.

Eine ganz besonders stark ausgeprägte Präferenzlage für den süddeutschen Raum haben die Aussiedler aus sonstigen osteuropäischen Ländern. Die starke Bevorzugung von Baden-Württemberg und Bayern könnte darin begründet sein, daß es sich bei dieser Personengruppe überwiegend um Rumaniendeutsche handelt, die in ihre ursprünglichen Heimatregionen zurückkehrten.

Eine Orientierung nach dem Beruf läßt sich für die Aussiedler aus Polen vermuten, die in die Unterkunftseinrichtungen nach Nordrhein-Westfalen bzw. des Saarlandes gingen. Die Hintergründe für diese regionale Ausrichtung liegen vermutlich darin, daß in diesen Bundesländern Bergbau betrieben wird und daß dieser Industriezweig traditionell einen großen Arbeiterzustrom aus Polen hatte¹⁵⁾.

¹⁵⁾ Nähere Angaben über die regionale Verteilung des Zustroms und die regional unterschiedliche Zusammensetzung in den Unterkunftseinrichtungen am Erhebungstichtag siehe Statistisches Bundesamt „Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen“, a a O., S 54ff

7.4 Aus- und Übersiedler mit persönlichen Bindungen

Etwas mehr als zwei Drittel der befragten Aus- und Übersiedler gaben an, persönliche Bindungen zu Personen zu haben, die in der Bundesrepublik Deutschland in eigenen Wohnungen leben. Dieser Anteil war fast gleich bei Übersiedlern aus der ehemaligen DDR (71,0 %), Aussiedlern aus Polen (69,3 %) und Aussiedlern aus dem Bereich der Sowjetunion (68,3 %). Lediglich die Aussiedler aus sonstigen osteuropäischen Herkunftsländern, also überwiegend die Rumaniendeutschen, hatten etwas weniger häufig (63,2 %) solche persönlichen Bindungen (siehe Tabelle 3). Es scheint also so zu sein, daß die Bereitschaft dieser Personengruppe, ihren bisherigen Lebensraum zu verlassen, auch wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland noch keine Kontakte hatte, etwas größer war als bei den übrigen Gruppen.

Tabelle 3: Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen mit bzw. ohne persönliche Bindung nach Herkunftsland und nach Ankunftszeiträumen am 31. Oktober 1989¹⁾

Aus- und Übersiedler, die sich am 31. Oktober 1989 in Unterkunftseinrichtungen befanden	Insgesamt	Aus- und Übersiedler	
		mit persönliche(n) Bindungen zu Verwandten und/oder Bekannten mit eigener Wohnung	ohne
Insgesamt	221 161 (1)	152 480 (2)	68 682 (2)
davon aus dem Herkunftsland			
ehemalige DDR	31 870 (2)	22 636 (2)	9 234 (2)
Polen	118 167 (2)	81 903 (2)	36 264 (2)
UdSSR	55 597 (2)	38 131 (2)	17 466 (2)
Sonstige	15 527 (3)	9 809 (2)	5 718 (3)
Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland			
vor 1989	63 115 (3)*	44 142 (4)*	18 973 (3)*
Januar bis Oktober 1989	158 046 (1)	108 338 (2)	49 709 (2)

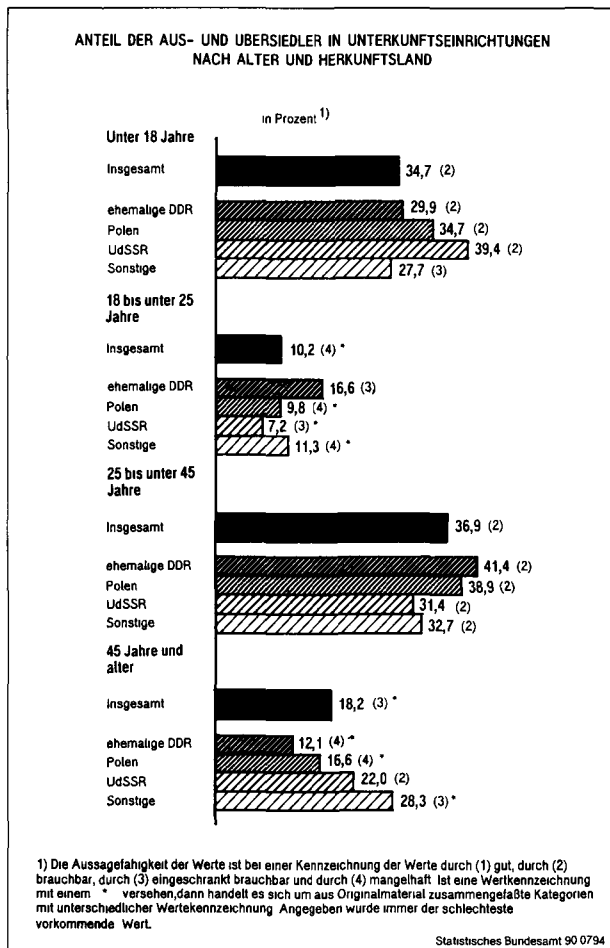
¹⁾ Die Aussagefähigkeit der Werte ist bei einer Kennzeichnung durch (1) gut, durch (2) brauchbar, durch (3) eingeschränkt brauchbar und durch (4) mangelhaft. Ist eine Wertekennzeichnung mit einem * versehen, dann handelt es sich um aus dem Originalmaterial zusammengefaßte Kategorien mit unterschiedlicher Wertekennzeichnung. Angegeben wurde immer der schlechteste vorkommende Wert

Eine weitere Frage ist, ob Personen, die bereits persönliche Bindungen zu Verwandten und/oder Bekannten mit eigenen Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland hatten, schneller die Unterkunftseinrichtungen verlassen konnten als Personen, die nicht über derartige Kontakte verfügten. Ein Vergleich der beiden Gruppen hinsichtlich des Anteils der Personen, die zum Zeitpunkt der Erhebung schon länger als zehn Monate in den Unterkünften lebten, ergibt jedoch keine Anhaltspunkte für eine kürzere Verweilzeit von Personen mit persönlichen Bindungen. 28,9 % der Personen mit Kontakten und 27,6 % der Personen ohne Kontakte kamen schon vor 1989 in die Unterkunftseinrichtungen.

7.5 Altersstruktur der Aus- und Übersiedler

Betrachtet man alle Bewohner der Unterkunftseinrichtungen unabhängig davon, woher sie kamen, dann fällt der

Schaubild 6



hohe Anteil junger Leute auf. Ein Drittel waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (34,7 %), knapp die Hälfte (44,9 %) war jünger als 25 Jahre und 81,8 % waren jünger als 45 Jahre. Besonders ausgeprägt war diese Altersstruktur bei den Übersiedlern aus der ehemaligen DDR. Hier waren 87,9 % jünger als 45 Jahre. Im Gegensatz dazu war der Anteil dieser Altersgruppe bei den Aussiedlern aus sonstigen Ländern mit 71,7 % am geringsten (siehe Schaubild 6).

Die Altersstruktur der Aus- und Übersiedler in den Unterkunftseinrichtungen, die am Befragungstichtag schon länger als zehn Monate dort lebten, unterscheidet sich kaum von der Altersstruktur der Personen, die erst im Laufe des Jahres 1989 ankamen (siehe Tabelle 4) Auf-

Tabelle 4 Altersstruktur der Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen nach Ankunftszeiträumen¹⁾

Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland	Insgesamt	Personen im Alter von bis unter Jahren			
		unter 18	18—25	25—45	45 und mehr
Vor 1989	63 115 (3)*	24 150 (4)*	6 089 (4)*	22 613 (3)*	10 263 (4)*
Januar bis Oktober 1989	158 047 (1)	52 574 (2)	16 468 (3)*	59 062 (1)	29 943 (3)*
Insgesamt	221 162 (1)	76 724 (2)	22 557 (4)*	81 675 (2)	40 206 (3)

¹⁾ Die Aussagefähigkeit der Werte ist bei einer Kennzeichnung durch (1) gut, durch (2) brauchbar, durch (3) eingeschränkt brauchbar und durch (4) mangelhaft. Ist eine Wertekennzeichnung mit einem * versehen, dann handelt es sich um aus dem Originalmaterial zusammengefaßte Kategorien mit unterschiedlicher Wertekennzeichnung. Angegeben wurde immer der schlechteste vorkommende Wert.

grund der Familienbefragung gibt es also keine Hinweise darauf, daß das Alter die Verweilzeit spürbar beeinflusste.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Altersstruktur der in die Bundesrepublik Deutschland kommenden Aus- und Übersiedler (siehe Tabelle 5). Während die Entwicklung bei den Aussiedlern relativ konstant verläuft, kann man bei den Übersiedlern ab 1988 eine Veränderung in der Altersstruktur beobachten.

Tabelle 5 Entwicklung der Altersstruktur der in die Bundesrepublik Deutschland kommenden Aus- und Übersiedler Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Personen im Alter von bis unter Jahren			
	unter 18	18—25	25—45	45 und mehr
Aussiedler insgesamt				
Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland ¹⁾				
1984	22,1	11,7	36,3	29,9
1985	23,6	11,5	35,3	29,6
1986	24,5	11,7	36,1	27,7
1987	28,5	10,4	36,9	24,2
1988	32,4	10,6	37,0	20,0
1989	31,5	13,2	36,2	19,1
Aussiedler in Unterkunftseinrichtungen am 31. Oktober 1989 ²⁾	35,5 (3)*	9,1 (4)*	36,2 (2)	19,2 (4)*
Übersiedler insgesamt				
Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland ¹⁾				
1984	26,4	12,6	43,0	18,0
1985	24,4	14,4	38,9	22,3
1986	22,7	13,2	38,4	25,7
1987	17,0	12,7	35,7	34,6
1988	20,0	12,4	40,4	27,2
Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen am 31. Oktober 1989 ²⁾	29,9 (2)	16,5 (3)	41,5 (2)	12,1 (4)*

¹⁾ Quelle: Bundesausgleichsamt, Bad Homburg v. d. H. — ²⁾ Die Aussagefähigkeit der Werte ist bei einer Kennzeichnung durch (1) gut, durch (2) brauchbar, durch (3) eingeschränkt brauchbar und durch (4) mangelhaft. Ist eine Wertekennzeichnung mit einem * versehen, dann handelt es sich um aus dem Originalmaterial zusammengefaßte Kategorien mit unterschiedlicher Wertekennzeichnung. Angegeben wurde immer der schlechteste vorkommende Wert.

7.6 Größe der Aus- und Übersiedlerfamilien

Bei der Familiengröße dominierte die Familie mit drei bis vier Personen (48,9 %), wobei ihr Anteil bei Aussiedlern aus Polen und aus sonstigen Ländern sogar mehr als die Hälfte ausmachte (51,6 und 52,8 %) (siehe Tabelle 6). Die meisten Familien mit fünf und mehr Personen gab es bei den Rußlanddeutschen mit 36,5 % gegenüber 16,9 % bei den Aus- und Übersiedlerfamilien insgesamt. Auffallend hoch war der Anteil der nur aus einer Person bestehenden „Familien“ bei den Übersiedlern mit 37,8 % gegenüber 17,9 % insgesamt. Diese zuletzt genannten Zahlen sind jedoch vor dem Hintergrund der hohen relativen Standardfehler zu sehen und werden hier nur wegen ihrer weit aus dem Rahmen fallenden Größenordnung erwähnt.

Im Durchschnitt waren 75,2 % der Familien, die am Erhebungstichtag in den Unterkünften lebten, erst 1989 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, 24,8 % kamen vor 1989. Kleinere Familien waren zu einem größeren Teil erst relativ kurze Zeit in den Einrichtungen, wobei bei diesen Werten zu berücksichtigen ist, daß diese Familien zu 30 % aus der ehemaligen DDR kamen und das im

Tabelle 6: Größe der Aus- und Übersiedlerfamilien in Unterkunftseinrichtungen nach Herkunftsland und nach Ankunftszeiträumen¹⁾

Aus- und Übersiedler, die sich am 31. 10. 1989 in Unterkunftseinrichtungen befanden	Insgesamt	Familien mit		
		1-2 Personen	3-4 Personen	5 und mehr Personen
Insgesamt	69 349 (1)	23 732 (3)*	33 899 (2)	11 718 (2)
davon aus dem Herkunftsland ehemalige DDR	13 358 (2)	7 062 (3)*	5 658 (2)	639 (4)*
Polen	38 104 (2)	13 058 (4)*	19 643 (2)	5 403 (3)
UdSSR	13 208 (2)	2 259 (4)*	6 126 (2)	4 822 (2)
Sonstige	4 679 (2)	1 354 (3)	2 471 (2)	855 (4)*
Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland vor 1989	17 193 (4)*	4 144 (4)*	8 538 (4)*	4 511 (4)*
Januar bis Oktober 1989	52 156 (2)	19 588 (3)*	25 361 (2)	7 207 (2)

¹⁾ Die Aussagefähigkeit der Werte ist bei einer Kennzeichnung durch (1) gut, durch (2) brauchbar, durch (3) eingeschränkt brauchbar und durch (4) mangelhaft. Ist eine Wertekennzeichnung mit einem * versehen, dann handelt es sich um aus dem Originalmaterial zusammengefaßte Kategorien mit unterschiedlicher Wertekennzeichnung. Angegeben wurde immer der schlechteste vorkommende Wert

wesentlichen erst in der zweiten Jahreshälfte 1989. Der Anteil der großen Familien mit fünf und mehr Personen, die zum Erhebungsstichtag bereits zehn Monate oder länger in den Unterkünften lebten, betrug 38,5 %, dagegen war dies nur bei einem Viertel der Familien mit drei bis vier Personen der Fall. Obwohl auch diese Zahlen zum Teil relativ hohe Standardfehler haben und ihnen somit keine allzu große Genauigkeit zugemessen werden kann, liefern sie doch Hinweise dafür, daß größere Familien länger in den Unterkunftseinrichtungen lebten als kleinere Familien.

7.7 Struktur des Wohnungsbedarfs

Insgesamt wurden am 31. Oktober 1989 von den im Bundesgebiet in Unterkunftseinrichtungen lebenden Aus- und Übersiedlern 76 099 Wohnungen gesucht. Der weitaus größte Anteil davon, nämlich 40 963 Wohnungen, wurde

Tabelle 7 Wohnungsbedarf der Aus- und Übersiedlerfamilien nach Herkunftsland und in Stadtstaaten und Flächenstaaten

Aus- und Übersiedlerfamilien Bundesländer	Familien insgesamt	Wohnungsbedarf insgesamt	Zahl der gesuchten Wohnungen pro 100 Familien im Durchschnitt ¹⁾
Insgesamt	69 349 ²⁾ (1)	76 099 ²⁾ (3)	110
davon aus dem Herkunftsland ehemalige DDR	13 358 ²⁾ (2)	14 012 ²⁾ (4)	105
Polen	38 104 ²⁾ (2)	40 963 ²⁾ (3)	108
UdSSR	13 208 ²⁾ (2)	16 038 ²⁾ (3)	121
Sonstige	4 679 ²⁾ (2)	5 086 ²⁾ (4)	109
Flächenstaaten	59 599 ³⁾	65 907 ²⁾	111
Stadtstaaten	9 750 ³⁾	10 192 ²⁾ (4)*	105

¹⁾ Eine Kennzeichnung über die Aussagefähigkeit ist für diese Durchschnittswerte nicht möglich — ²⁾ Die Aussagefähigkeit der Werte ist bei einer Kennzeichnung durch (1) gut, durch (2) brauchbar, durch (3) eingeschränkt brauchbar und durch (4) mangelhaft. Ist eine Wertekennzeichnung mit einem * versehen, dann handelt es sich um aus dem Originalmaterial zusammengefaßte Kategorien mit unterschiedlicher Wertekennzeichnung. Angegeben wurde immer der schlechteste vorkommende Wert — ³⁾ Für diese Zahlen liegt keine Kennzeichnung über die Aussagefähigkeit vor

benötigt von Familien aus Polen, die mit 54,9 % auch den überwiegenden Teil aller Aus- und Übersiedlerfamilien stellten (siehe Tabelle 7).

Die in der Erhebung gefundenen absoluten Zahlen für den Wohnungsbedarf der einzelnen Gruppen wurden im wesentlichen bestimmt durch die absolute Größe dieser Gruppen. Betrachtet man den Wohnungsbedarf jedoch bezogen auf die einzelne Familie, ergibt sich ein anderes Bild. Im Durchschnitt bestand ein Bedarf von 110 Wohnungen je 100 Familien. Die nach Herkunftsländern unterschiedliche Familienstruktur führt aber auch dazu, daß der durchschnittliche Wohnungsbedarf in den einzelnen Gruppen unterschiedlich war. Übersiedler mit ihrem hohen Anteil an „1-Personen-Familien“ suchten nur zu 3,8 % mehr als eine Wohnung und kamen so im Durchschnitt auf einen Wohnungsbedarf von 105 Wohnungen je 100 Familien. Dagegen suchten fast fünfmal so viele Aussiedlerfamilien aus der Sowjetunion mehr als eine Wohnung (18,1 %) und hatten daher einen durchschnittlichen Wohnungsbedarf von 121 Wohnungen.

Die Struktur der Familiengröße hat natürlich auch Auswirkungen auf die Größe der Wohnungen, die gesucht wurden. Da die Mehrzahl der Familien aus drei bis vier Personen bestand (48,9 %), wurde auch die Mehrzahl der Woh-

Tabelle 8. Aus- und Übersiedlerfamilien in Unterkunftseinrichtungen mit unterschiedlicher Größe der gesuchten Wohnungen nach Ankunftszeiträumen¹⁾

Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland	Insgesamt	Familien, die Wohnungen suchten für		
		1-2 Personen	3-4 Personen	5 und mehr Personen
Vor 1989	19 194 (3)*	6 348 (4)*	9 131 (4)*	3 715 (4)*
Januar bis Oktober 1989	56 905 (2)	24 403 (3)*	27 342 (2)	5 159 (3)*
Insgesamt	76 099 (1)	30 752 (2)	36 473 (2)	8 875 (3)*

¹⁾ Die Aussagefähigkeit der Werte ist bei einer Kennzeichnung durch (1) gut, durch (2) brauchbar, durch (3) eingeschränkt brauchbar und durch (4) mangelhaft. Ist eine Wertekennzeichnung mit einem * versehen, dann handelt es sich um aus dem Originalmaterial zusammengefaßte Kategorien mit unterschiedlicher Wertekennzeichnung. Angegeben wurde immer der schlechteste vorkommende Wert

nungen für drei oder vier Personen gesucht (47,9 %) (siehe Tabelle 8). Während 16,9 % der Familien fünf und mehr Mitglieder hatten, wurden nur 11,7 % der Wohnungen für fünf und mehr Personen gesucht. Dementsprechend wurden mehr Wohnungen für eine oder zwei Personen gesucht (40,4 %), als „1- bis 2-Personen-Familien“ in der Erhebung ermittelt wurden (34,2 %).

Auffallend ist, daß von allen Familien, die große Wohnungen für fünf und mehr Personen suchten, über 40 % am Erhebungsstichtag schon überdurchschnittlich lange in den Unterkunftseinrichtungen lebten, wogegen dieser Anteil bei den übrigen Wohnungssuchenden erheblich niedriger lag. Ein diesem Sachverhalt entsprechender Anteilswert wurde bereits oben im Zusammenhang mit der Familiengröße gefunden. Es verstärkt sich also der Eindruck, daß große Familien, die auch relativ große Wohnungen benötigen, länger in den Unterkunftseinrichtungen leben mußten als andere.

7.8 Unterschiede im Wohnungsbedarf zwischen Stadtstaaten und Flächenstaaten

Die Struktur des Wohnungsbedarfs war auch zwischen den Bundesländern unterschiedlich, wobei insbesondere die Differenzierung zwischen Stadtstaaten und Flächenstaaten interessant ist.

Der relative Wohnungsbedarf — bezogen auf die Anzahl der Familien — war danach in den Flächenstaaten mit 111 Wohnungen pro 100 Familien deutlich höher als in den Stadtstaaten mit nur 105 Wohnungen (siehe Tabelle 7). Unterschiede gab es auch bezüglich des Merkmals Wohnungsgröße. Kleinere Apartments für ein bis zwei Personen wurden überproportional in den Stadtstaaten nachgefragt, wohingegen dort nur unterproportional viele Wohnungen für fünf und mehr Personen benötigt wurden (siehe Tabelle 9).

Tabelle 9: Größe der gesuchten Wohnungen von Aus- und Übersiedlerfamilien in Unterkunftseinrichtungen in Stadtstaaten und Flächenstaaten¹⁾
Prozent

Bundesländer	Anteile der Familien, die Wohnungen suchten für		
	1—2 Personen	3—4 Personen	5 und mehr Personen
Stadtstaaten	55,3 (4)*	37,5 (4)*	7,2 (4)*
Flächenstaaten	38,1 (4)*	49,5 (3)*	12,4 (4)*
Bundesgebiet	40,4 (2)	47,9 (2)	11,7 (3)*

¹⁾ Die Aussagefähigkeit der Werte ist bei einer Kennzeichnung durch (1) gut, durch (2) brauchbar, durch (3) eingeschränkt brauchbar und durch (4) mangelhaft. Ist eine Wertekennzeichnung mit einem * versehen, dann handelt es sich um aus dem Originalmaterial zusammengefaßte Kategorien mit unterschiedlicher Wertekennzeichnung. Angegeben wurde immer der schlechteste vorkommende Wert.

8 Aufnahmefähigkeit des Wohnungsmarktes

Bereits die Schätzung der durchschnittlichen vollendeten Verweilzeit ergab, daß sich zwischen Anfang 1988 und Frühjahr 1989 die Aufenthaltsdauer der Aus- und Übersiedler in den Unterkünften um ca. vier Monate reduzierte. Dies war nur möglich bei Vorhandensein von Wohnraumreserven. Analysiert man die Ergebnisse der Familienbefragung, kommt man zu einem in dieselbe Richtung weisenden Ergebnis. Mehr als 93 % der 1987 aufgenommenen Aus- und Übersiedler lebten am Erhebungsstichtag nicht mehr in einer Unterkunftseinrichtung (siehe Tabelle 10). Von den 1988 Angekommenen hatten bereits mehr als drei Viertel die Unterkünfte verlassen und von den zwischen Januar bis einschließlich Oktober 1989 Eingereisten immerhin schon zwei Drittel. Auch dies ist wieder ein Hinweis darauf, daß im betrachteten Zeitraum Wohnraumreserven vorhanden gewesen sein müssen.

Interessant im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung ist einmal der unterschiedliche durchschnittliche Wohnungsbedarf der Aussiedler aus den verschiedenen Herkunftsländern und zum zweiten die zum Teil stark ausgeprägten regionalen Präferenzen der verschiedenen Aussiedlergruppen. So waren beispielsweise von dem starken Zustrom der Rumäniendeutschen Mitte dieses Jahres insbesondere die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg betroffen.

Dipl.-Volkswirtin Sabine Bechtold/
Dipl.-Mathematikerin Sarah Gießing/Dr. Roland Gnoss

Tabelle 10 Anteil der Aus- und Übersiedler einer Ankunftspopulation, der am 31. Oktober 1989 noch in einer Unterkunftseinrichtung lebte

Aus- und Übersiedler, die (seit)	in die Bundesrepublik Deutschland kamen	in der Unterkunftseinrichtung lebten	Spalte 2 / Spalte 1
	Anzahl		%
Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland			100
1987	97 480	6 563 ¹⁾ (2)	6,7
1988	242 505	55 458 ¹⁾ (2)	22,9
1989 ²⁾	464 617	158 046 ¹⁾ (1)	34,0

¹⁾ Die Aussagefähigkeit der Werte ist bei einer Kennzeichnung durch (1) gut, durch (2) brauchbar, durch (3) eingeschränkt brauchbar und durch (4) mangelhaft. — ²⁾ Nur Januar bis Oktober 1989

Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen

Ergebnis des Mikrozensus 1989

Vorbemerkung

Angesichts der rasanten politischen Entwicklung in der letzten Zeit, die mit dem Vollzug der Vereinigung Deutschlands vor wenigen Wochen einen Höhepunkt erreicht hat, sind zuverlässige Daten über den Wandel der Berufsstrukturen und damit verbundenen Veränderungen der beruflichen Situation der Erwerbstätigen auf dem Arbeitsmarkt von besonderer Bedeutung. Leider ist es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, bei der nachfolgenden Untersuchung auch schon die neuen Bundesländer mit einzubeziehen, da gegenwärtig die Vergleichbarkeit der vorliegenden Daten nur sehr begrenzt möglich ist¹⁾. Dies ist hauptsächlich begründet in

- unterschiedlichen Inhalten der Erhebungs- und Darstellungseinheiten (örtliche, rechtliche Einheit bzw. Betrieb/Unternehmen), unterschiedlichen wirtschaftszweigsystematischen Abgrenzungen der Erhebungsbereiche, abweichende Rechtsformen der Erhebungseinheiten (im Hinblick auf die Einbeziehung der privaten und genossenschaftlichen Wirtschaft) und schließlich andere Definitionen der Erhebungsmerkmale,
- grundlegenden Unterschieden in den Erhebungsmodalitäten sowie Erhebungsgrundlagen.

Die bisher auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durch die amtliche Statistik durchgeführten Arbeitsmarktstatistiken erfolgten nur über die Berichterstattungen der Betriebe und Einrichtungen und nicht durch Befragung von Personen, Haushalten und Familien (mit Ausnahme einer Volks- und Berufszählung). Die statistischen Daten wurden grundsätzlich für die gesamte berichtspflichtige Einheit erhoben und in den vorgesehenen Gliederungen (Wirtschaftsbereiche, -zweige, Verantwortungsorgane, Eigentumsformen u. a.) zusammengefaßt, bereitgestellt bzw. in Teilen veröffentlicht.

Der vorliegende Beitrag untersucht anhand der Ergebnisse des Mikrozensus 1989 und früherer Mikrozensus-Erhebungen, in welchem Umfang sich die Berufsstrukturen im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik verändert haben bzw. wo die Schwerpunkte dieser Umschichtungen liegen, wie sie sich auf die einzelnen berufssystematischen Einheiten — Berufsbereiche, -abschnitte, -gruppen, -ordnungen — verteilen. Der gründlichen statistischen Durchleuchtung und Differenzierung der Berufsstrukturen kommt in Anbetracht der unterschiedlichen regionalen

¹⁾ Siehe Angermann, O., „Statistik der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Weg zur Einheit“ in WiSta 8/1990, S. 524 f.

Arbeitsmarktsituation im vereinten Deutschland eine große Bedeutung zu. Aber erst mit dem Mikrozensus 1991 werden vergleichbare Ergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR vorliegen. Der Mikrozensus als jährliche Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens ist die einzige laufende und alle Erwerbstätigen umfassende Berufsstatistik. In ihr wurden erstmals im Jahr 1973 Angaben zum Beruf ausgewertet. Ab 1976 wurden dann regelmäßig im zweijährigen Abstand — mit Ausnahme der Jahre 1983 und 1984, als der Mikrozensus im Hinblick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz vom 15. Dezember 1983²⁾ ausgesetzt wurde — regelmäßig Angaben zum Beruf ausgewertet. Damit wurde die Möglichkeit geschaffen, Trendbeobachtungen durchzuführen und — auf der Basis von Längsschnittdaten — individuelle Berufsverläufe darzustellen.

Der Nachweis der Ergebnisse über Erwerbstätige in beruflicher Gliederung erfolgt auf der Grundlage der Klassifizierung der Berufe³⁾. Dieses systematische Verzeichnis erlaubt es, die verschiedenen Berufsbenennungen (rund 22 000 in der Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975) überschaubar zu machen und in eine gewisse Ordnung zu bringen.

In den nachfolgenden Ergebnissen wird zunächst die Berufsstruktur im Frühjahr 1989 und anschließend die Entwicklung seit 1973, dem Beschäftigungshöhepunkt der 70er Jahre, dargestellt.

Berufsstruktur im April 1989

87 % aller Erwerbstätigen waren 1989 in Dienstleistungs- und Fertigungsberufen tätig

Im April 1989 wurden insgesamt 27,742 Mill. Erwerbstätige festgestellt (siehe Tabelle 1), davon waren 16,948 Mill. Männer (61 %) und 10,794 Mill. Frauen (39 %)⁴⁾. In der Untergliederung nach den sechs verschiedenen Berufs-

²⁾ BwR 209/83.

³⁾ Siehe Cornelsen, C. „Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen“ in WiSta 10/1988, S. 689 f.

⁴⁾ Bei den Ergebnissen ist der durch den Stichprobenfehler bedingte Unsicherheitsbereich (Zufallsschwankungen) zu beachten. Der relative Standardfehler geht im Mikrozensus für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 für alle Merkmalsgruppen über $\pm 15\%$ hinaus. Solche Ergebnisse werden wegen ihres geringen Aussagewertes nicht nachgewiesen.

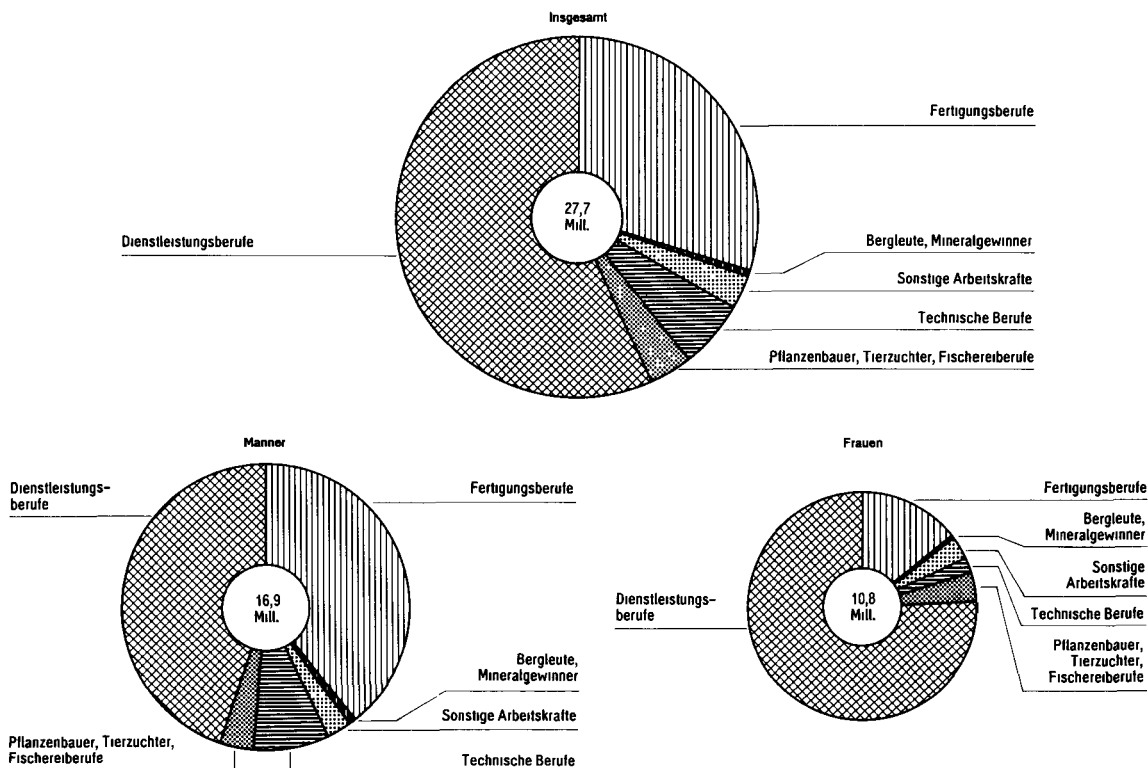
Tabelle 1 Erwerbstätige nach Berufsbereichen
Ergebnis des Mikrozensus April 1989

Berufsbereich ¹⁾	Erwerbstätige					
	insgesamt		Männer		Frauen	
	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾
Pflanzenbauer, Tierzuchter, Fischereiberufe	1 083	3,9	621	57,4	462	42,7
Bergleute, Mineralgewinner	95	0,4	94	98,9	/	/
Fertigungsberufe	8 259	29,8	6 692	81,0	1 568	19,0
Technische Berufe	1 655	5,9	1 443	87,2	212	12,8
Dienstleistungsberufe	15 785	56,9	7 605	48,2	8 180	51,8
Sonstige Arbeitskräfte	866	3,1	493	56,9	373	43,1
Insgesamt	27 742	100	16 948	61,1	10 794	38,9

¹⁾ Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975 — ²⁾ Anteil an Spalte 1

Schaubild 1

ERWERBSTÄTIGE 1989 NACH BERUFSBEREICHEN
Ergebnis des Mikrozensus



Statistisches Bundesamt 90 0795

berreichen zeigt sich, daß die meisten von ihnen in den „Dienstleistungsberufen“ (57 %) beschäftigt waren, davon waren über die Hälfte (52 %) Frauen. Der zweite stark besetzte Berufsbereich sind die „Fertigungsberufe“, in denen 30 % aller Beschäftigten festgestellt wurden. Der Anteil der Frauen betrug hier allerdings nur 19 %. Diese beiden Berufsbereiche zusammen repräsentierten im April 1989 fast 87 % aller Erwerbstätigen. Relativ unbedeutend in bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen sind dagegen die Berufsbereiche „Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe“ mit einem Anteil von 4 % und die „Technischen Berufe“ (hierzu gehören Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker, Techniker und Technische Sonderfachkräfte), die auch nur 6 % der Erwerbstätigen umfaßten. In dem Berufsbereich „Bergleute, Mineralgewinner“ sind sogar nur 0,4 % aller Erwerbstätigen im April 1989 beschäftigt gewesen.

Die in den einzelnen Berufsbereichen zusammengefaßten berufssystematischen Einheiten — Berufsabschnitte, -gruppen, -ordnungen — weichen sowohl nach der Zahl als auch nach der Besetzungszahl teilweise erheblich voneinander ab. Etwa ein Drittel aller im April 1989 festgestellten Erwerbstätigen wurden in neun der insgesamt 333 Berufsordnungen, die jeweils eine Besetzungszahl von mehr als 500 000 Personen aufwiesen, gezählt (siehe Tabelle 2). In diesen neun Berufsordnungen waren 41 % aller erwerbstätigen Frauen beschäftigt, bei den Männern liegt der entsprechende Anteil bei 30 %. Mißt man die Anteile der Männer für jede Berufsordnung, so ergibt sich eine im Vergleich zu ihrem Anteil an den Erwerbstätigen insge-

samt (61 %) besonders hohe Beteiligung bei den Elektroinstallateuren/-monteuren, Kraftfahrzeugführern und natürlich bei den Soldaten/Grenzschutz-/Polizeibediensteten. Insgesamt waren die Männer in etwa zwei Dritteln der hier ausgewählten Berufsordnungen stärker vertreten als die Frauen. Die Frauen dominierten lediglich in den

Tabelle 2 Erwerbstätige nach ausgewählten Berufsordnungen mit 500 000 und mehr Personen je Berufsordnung
Ergebnis des Mikrozensus April 1989

Berufsordnung ¹⁾	Erwerbstätige					
	insgesamt		Männer		Frauen	
	1 000	% ²⁾	1 000	% ³⁾	1 000	% ³⁾
Elektroinstallateure, -monteure	500	1,8	481	96,2	19	3,9
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	958	3,5	615	64,2	343	35,8
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäufer	698	2,5	430	61,6	268	38,4
Verkäufer	1 187	4,3	220	18,5	967	81,5
Kraftfahrzeugführer	675	2,4	651	96,4	24	3,6
Unternehmer, Geschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter	687	2,5	572	83,2	115	16,8
Bürofachkräfte	3 287	11,9	1 189	36,2	2 098	63,8
Soldaten, Grenzschutz-, Polizeibedienstete	744	2,7	731	98,4	13	1,7
Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	502	1,8	89	17,7	413	82,3
Zusammen	9 237	33,3	4 977	53,9	4 260	46,1
Übrige	18 506	66,7	11 971	64,7	6 534	35,3
insgesamt	27 742	100	16 948	61,1	10 794	38,9

¹⁾ Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975 — ²⁾ Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt — ³⁾ Anteil an Spalte 1

sogenannten klassischen Frauenberufen, wie den „Verkäufern“ (82 %), den „Krankenschwestern, -pflegern, Hebammen“ (82 %) sowie den „Bürofachkräften“ (64 %). Bei den hier betrachteten, besonders stark besetzten Berufsordnungen ist in den Berufsbereichen „Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe“ und „Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäufer“ eine eher durchschnittliche geschlechtsspezifische Erwerbsbeteiligung festzustellen.

3,3 Mill. bzw. 12 % der Erwerbstätigen arbeiten als Bürofachkraft

Während in den neun am stärksten besetzten Berufsordnungen nur eine einzige, nämlich die der Bürofachkräfte, 3,3 Mill. oder 12 % aller Erwerbstätigen enthielt, gibt es andererseits eine Reihe von Berufen, die nur von wenigen Erwerbstätigen ausgeübt werden. Dazu gehören entweder Berufe, die im Zuge der technischen und wirtschaftlichen

Tabelle 3: Berufsordnungen¹⁾ nach der Zahl der Erwerbstätigen
Ergebnis des Mikrozensus April 1989

Zahl der Erwerbstätigen je Berufsordnung von bis unter Personen	Berufsordnungen besetzt von		
	Erwerbstätigen insgesamt	Männern	Frauen
unter 5 000	56	89	196
5 000 — 20 000	106	111	65
20 000 — 100 000	109	90	50
100 000 und mehr	62	43	22
Berufsordnungen insgesamt	333	333	333

¹⁾ Einschl. einiger Unterpositionen (z. B. Berufsordnung „Schlosser“) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975

Entwicklung abnehmen, wie etwa Melker, Handschuhmacher, Stellmacher, oder um spezielle Berufe, deren Wirkungsfeld sich schon von der Aufgabenstellung her nur in bestimmten Größenordnungen bewegen kann, wie zum Beispiel Sprengmeister, Funker, Artisten, Berufssportler oder auch Naturwissenschaftler wie Biologen, Geographen, Geologen. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich, daß 56 der insgesamt 333 Berufsordnungen im April 1989 eine Besetzungszahl von weniger als 5 000 Erwerbstätigen aufwies. Für diese schwach besetzten Berufsordnungen ergibt sich in der Gliederung nach dem Geschlecht ein unterschiedliches Bild. Bei den Männern waren 89 Berufsordnungen mit weniger als 5 000 Personen besetzt, die korrespondierende Zahl für die Frauen betrug 196 (siehe Tabelle 3).

Hauswirtschaftliche Berufe und Gesundheitsdienstberufe sowie die Textilverarbeitung weiterhin eine Domäne der Frauen

Tabelle 4 zeigt, in welchen Berufsgruppen Frauen, gemessen an allen Erwerbstätigen, einen überdurchschnittlichen Anteil haben. Hierzu gehören in erster Linie die allgemein als „typische“ Frauenberufe gekennzeichneten Berufsgruppen wie die „Hauswirtschaftlichen Berufe“, „Übrige Gesundheitsberufe“, „Textilverarbeiter“, „Sozialpflegerische Berufe“, „Reinigungsberufe“ und die „Landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, Tierpfleger“. In einigen anderen Berufsgruppen erwartet man allerdings nicht von vorn-

Tabelle 4: Erwerbstätige nach ausgewählten Berufsgruppen mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Frauen
Ergebnis des Mikrozensus April 1989

Berufsgruppe ¹⁾	Erwerbstätige		
	insgesamt	darunter Frauen	
	1 000	%	
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger	400	315	78,8
Metallfeinbauer und zugeordnete Berufe	109	39	35,7
Montierer und Metallberufe, a n g	353	149	42,7
Spinnberufe	23	11	47,4
Textilhersteller	39	15	39,0
Textilverarbeiter	243	217	89,2
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	71	34	47,1
Speisenbereiter	299	188	62,8
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	353	180	50,9
Technische Sonderfachkräfte	229	121	52,8
Warenkaufleute	2 147	1 332	62,0
Bank-, Versicherungskaufleute	651	280	43,1
Berufe des Nachrichtenverkehrs	189	92	48,6
Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	719	382	53,2
Bürofachkräfte, Bürohilfskräfte	3 805	2 582	67,9
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	105	51	48,8
Übrige Gesundheitsberufe	1 065	910	85,4
Sozialpflegerische Berufe	473	378	80,0
Lehrer	777	375	48,3
Körperpfleger	238	204	85,6
Gästebetreuer	389	241	62,0
Hauswirtschaftliche Berufe	171	164	95,8
Reinigungsberufe	656	472	83,5
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft, a n g	37	31	84,9
Arbeitskräfte mit noch nicht bestimmtem Beruf	203	91	44,8
Zusammen	13 652	8 853	64,9
Ubrige Berufsgruppen	14 090	1 941	13,8
Insgesamt	27 742	10 794	38,9

¹⁾ Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975

herein, mehr erwerbstätige Frauen als Männer zu finden. Hierzu gehören beispielsweise „Warenkaufleute“, „Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute“, aber auch „Technische Sonderfachkräfte“.

In den 25 der 86 Berufsgruppen, die zusammen 13,652 Mill. Erwerbstätige (50 %) auf sich vereinigen, waren im April 1989 8,853 Mill. Frauen (82 % aller erwerbstätigen Frauen) beschäftigt.

Entwicklung der Berufsstruktur seit 1973

Wichtige Veränderungen in der Berufsstruktur der Erwerbstätigen in den letzten 16 Jahren sind aus der Darstellung der Ergebnisse nach Berufsbereichen, -abschnitten in Tabelle 5 erkennbar⁵⁾. Hier zeigt sich, daß sich im Laufe der Zeit tiefgreifende Wandlungen vollzogen haben. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung und die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt. Besonders deutlich hat sich der Rückgang in dem Berufsbereich „Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe“ vollzogen. Dieser Berufsbereich, der vor 100 Jahren noch eine dominierende Position in bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen aufwies, zählte 1973 nur noch knapp

⁵⁾ Bei der folgenden vergleichenden Gegenüberstellung der Ergebnisse aus den Mikrozensusserhebungen 1973 bis 1989 ist zu beachten, daß die Angaben für eine festgelegte Berichtswoche ermittelt werden. Die Berichtswoche liegt in der Regel Ende April, 1973 lag sie Anfang Mai und 1987 Ende März. Deshalb sind gewisse saisonale Effekte bei der Interpretation zu berücksichtigen.

2 Mill. Beschäftigte. Bis 1989 hat sich diese Zahl noch einmal halbiert. Zu diesem Zeitpunkt waren nur noch etwas mehr als 1,0 Mill. Erwerbstätige mit einer ersten oder Haupttätigkeit in der Landwirtschaft tätig. Nicht ganz so ausgeprägt verlief die Verschiebung bei den „Fertigungsberufen“. Zwar nahm die Zahl der Beschäftigten in diesem Berufsbereich in den betrachteten 16 Jahren zahlenmäßig noch stärker ab als im Bereich „Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe“ — nämlich um 1,4 Mill. Personen —, dies waren aber nur 15 % der dem Bereich Fertigungsberufe zuzurechnenden Erwerbstätigen. Ebenfalls eine rückläufige Tendenz läßt sich seit Jahren bei den „Bergleuten, Mineralgewinnern“ beobachten, die jedoch in ihrer Gesamtzahl nur 0,4 % aller Erwerbstätigen ausmachen. Hier ist zwischen Mai 1973 und April 1989 ein Minus von 61 000 Personen festzustellen, dies entspricht einer Abnahme um 39 %.

Höchste Zuwachsraten bei den Technischen Berufen

Von den in den letzten Jahren sich vollziehenden strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben eindeutig die technischen Berufe und die Dienstleistungsberufe profitiert. Der in bezug auf die Zahl der Erwerbstätigen bedeutsamste Berufsbereich „Dienstleistungsberufe“, der im April 1989 knapp 15,8 Mill. Erwerbstätige zählte, verzeichnete seit 1973 eine Zunahme um 2,3 Mill. Arbeitskräfte; das ist eine Steigerung um 17 %. Die „Technischen Berufe“ registrierten zwischen 1973 und 1989 eine Zunahme um 267 000 Beschäftigte (+ 19 %).

Wie unterschiedlich sich die Entwicklung in den einzelnen Berufsabschnitten im längerfristigen Zeitvergleich vollzogen hat, zeigt Tabelle 5. Dabei lassen insbesondere die jahresdurchschnittlichen Veränderungsquoten der Entwicklung zwischen 1973 und 1989 erkennen, ob die Zu- bzw. Abnahmen in den einzelnen Berufsabschnitten einem in eine Richtung weisenden Trend unterliegen und damit vorwiegend einen grundlegenden Strukturwandel anzeigen, oder ob konjunkturelle Schwankungen zu einem Wechsel von Zu- und Abnahmequoten innerhalb eines Berufsabschnitts im Zeitablauf führen⁶⁾.

Wie unterschiedlich sich die Entwicklung in den einzelnen Berufsabschnitten im längerfristigen Zeitvergleich vollzogen hat, zeigt Tabelle 5. Dabei lassen insbesondere die jahresdurchschnittlichen Veränderungsquoten der Entwicklung zwischen 1973 und 1989 erkennen, ob die Zu- bzw. Abnahmen in den einzelnen Berufsabschnitten einem in eine Richtung weisenden Trend unterliegen und damit vorwiegend einen grundlegenden Strukturwandel anzeigen, oder ob konjunkturelle Schwankungen zu einem Wechsel von Zu- und Abnahmequoten innerhalb eines Berufsabschnitts im Zeitablauf führen⁶⁾.

⁶⁾ Die Ergebnisse von 1973 bis 1985 sind an die Eckzahlen der Fortschreibung auf der Basis der Volkszählung 1970 angepaßt. Bei den Ergebnissen für 1987 handelt es sich um eine revidierte Hochrechnung der Mikrozensusergebnisse auf der Basis der Volkszählung 1987, die Abweichungen zu früher veröffentlichten Ergebnissen bedingen. Siehe auch Heidenreich, H.-J. „Erwerbstätigkeit im April 1988“ in WiSta 6/1989, S. 327 f.

Tabelle 5. Erwerbstätige nach Berufsbereichen, -abschnitten
Ergebnisse des Mikrozensus

Berufsbereiche, -abschnitte ¹⁾	Erwerbstätige					Veränderungen				Jährlicher Durchschnitt der Veränderungen			
	1973	1982	1985	1987 ²⁾	1989	1982 gegenüber 1973	1985 gegenüber 1982	1987 gegenüber 1985	1989 gegenüber 1987	1982 gegenüber 1973	1985 gegenüber 1982	1987 gegenüber 1985	1989 gegenüber 1987
	1 000					%							
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	1 967	1 386	1 292	1 211	1 083	- 29,5	- 6,8	- 6,3	- 10,5	- 3,3	- 2,3	- 3,2	- 5,3
Bergleute, Mineralgewinnern	156	127	118	116	95	- 18,6	- 7,1	- 1,8	- 18,3	- 2,1	- 2,4	- 1,0	- 9,2
Fertigungsberufe	9 681	8 601	8 277	8 253	8 259	- 11,2	- 3,8	- 0,3	± 0,0	- 1,2	- 1,3	- 0,1	± 0,0
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	63	42	37	30	31	- 33,3	- 11,9	- 21,4	+ 4,1	- 3,7	- 4,0	- 10,7	+ 2,1
Keramiker, Glasmacher	73	69	62	65	66	- 5,5	+ 10,1	+ 4,0	+ 2,0	- 0,6	- 3,4	+ 2,0	+ 1,0
Chemiarbeiter, Kunststoffarbeiter	293	274	260	286	277	- 6,5	- 5,1	+ 10,2	- 3,2	- 0,7	- 1,7	+ 5,1	- 1,6
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	251	212	216	218	217	- 15,5	+ 1,9	+ 1,2	- 0,7	- 1,7	+ 0,6	+ 0,6	- 0,4
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	69	55	50	51	44	- 20,3	- 9,1	+ 1,8	- 13,3	- 2,3	- 3,0	+ 0,9	- 6,7
Metallerzeuger, -bearbeiter	971	594	562	548	528	- 38,8	- 5,4	- 2,4	- 3,7	- 4,3	- 1,8	- 1,2	- 1,9
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	2 013	2 005	1 977	2 033	1 960	- 0,4	- 1,4	+ 2,8	- 3,6	± 0,0	- 0,5	+ 1,4	- 1,8
Elektriker	769	680	679	702	701	- 11,6	- 0,1	+ 3,4	- 0,2	- 1,3	± 0,0	+ 1,7	- 0,1
Montierer und Metallberufe, a n g	354	300	317	325	353	- 15,3	+ 5,7	+ 2,7	+ 8,6	- 1,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 4,3
Textil- und Bekleidungsberufe	637	396	357	329	317	- 37,8	- 9,8	- 7,8	- 3,4	- 4,2	- 3,3	- 3,9	- 1,7
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	145	98	93	83	71	- 32,4	- 5,1	- 9,9	- 14,4	- 3,6	- 1,7	- 5,0	- 7,2
Ernährungsberufe	556	605	622	628	604	+ 8,8	+ 2,8	+ 1,0	- 3,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,5	- 1,9
Bauberufe	1 057	837	772	680	698	- 20,8	- 7,8	- 11,9	+ 2,6	- 2,3	- 2,6	- 6,0	+ 1,3
Bau- und Raumausstatter, Polsterer	199	176	178	152	158	- 11,6	+ 1,1	- 14,6	+ 4,0	- 1,3	+ 0,4	+ 7,3	+ 2,0
Tischler, Modellbauer	316	320	307	302	307	+ 1,3	- 4,1	- 1,7	+ 1,8	+ 0,1	- 1,4	- 0,9	+ 0,9
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	308	282	275	281	283	- 8,4	- 2,5	+ 2,0	+ 0,6	- 0,9	- 0,8	+ 1,0	+ 0,3
Warenprüfer, Versandfertigmacher	424	367	337	347	353	- 13,4	- 8,2	+ 3,2	+ 1,7	- 1,5	- 2,7	+ 1,6	+ 0,9
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	1 181	945	833	872	958	- 20,0	- 6,6	+ 4,7	+ 9,9	- 2,2	- 2,2	+ 2,4	+ 4,9
Maschinisten und zugehörige Berufe	356	344	344	320	333	- 3,4	± 0,0	- 7,2	+ 4,1	- 0,4	± 0,0	- 3,6	+ 2,1
Technische Berufe	1 388	1 545	1 521	1 602	1 655	+ 11,3	- 1,6	+ 5,3	+ 3,3	+ 1,3	- 0,5	+ 2,7	+ 1,7
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	474	536	560	590	613	+ 13,1	+ 4,5	+ 5,2	+ 4,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,6	+ 2,0
Techniker, Technische Sonderfachkräfte	915	1 010	961	1 012	1 042	+ 10,4	- 4,9	+ 5,4	+ 3,0	+ 1,2	- 1,6	+ 2,7	+ 1,5
Dienstleistungsberufe	13 487	14 834	14 807	15 280	15 785	+ 10,0	- 0,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 1,1	- 0,1	+ 1,6	+ 1,7
Warenkaufleute	2 082	2 077	2 083	2 113	2 147	- 0,2	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,6	± 0,0	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,8
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	637	771	815	873	909	+ 21,0	+ 5,7	+ 7,1	+ 4,1	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,6	+ 2,1
Verkehrsberufe	1 723	1 599	1 512	1 529	1 522	- 7,2	- 5,4	+ 1,1	- 0,4	- 0,8	- 1,8	+ 0,6	- 0,2
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	4 774	5 281	5 193	5 368	5 670	+ 10,6	- 1,7	+ 3,4	+ 5,6	+ 1,2	- 0,6	+ 1,7	+ 2,8
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	1 022	1 102	1 126	1 165	1 173	+ 7,8	+ 2,2	+ 3,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,4
Schriftwerkschaffende, schriftwerkordnende sowie künstlerische Berufe	200	234	245	278	275	+ 17,0	+ 4,7	+ 13,5	- 1,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 6,8	- 0,6
Gesundheitsdienstberufe	767	1 089	1 190	1 272	1 334	+ 42,0	+ 9,3	+ 6,9	+ 4,8	+ 4,7	+ 3,1	+ 3,5	+ 2,4
Sozial- und Erziehungsberufe, anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	815	1 216	1 231	1 294	1 393	+ 49,2	+ 1,2	+ 5,1	+ 7,7	+ 5,5	+ 0,4	+ 2,6	+ 3,9
Allgemeine Dienstleistungsberufe	1 464	1 464	1 411	1 388	1 363	± 0,0	- 3,6	- 1,6	- 1,8	± 0,0	- 1,2	- 0,8	- 0,9
Sonstige Arbeitskräfte	387	281	611	622	866	- 27,4	- 117,4	+ 1,8	+ 39,2	- 3,0	- 39,1	+ 0,9	+ 19,6
Insgesamt	27 066	26 774	26 626	27 083	27 742	- 1,1	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 0,1	- 0,2	+ 0,9	+ 1,2

¹⁾ Klassifizierung der Berufe, Ausgaben 1970 und 1975 — ²⁾ Revidierte Hochrechnung, Basis Volkszählung 1987

Vom Strukturwandel negativ betroffen sind insbesondere die Textil- und Bekleidungsberufe. Bei den Steinbearbeitern/Baustoffherstellern und den Bauberufen kommt zusätzlich die konjunkturelle Baumarktentwicklung zum Vorschein. Positiv schlägt sich der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft — mit einer gewissen Konjunkturabhängigkeit — bei den Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufen sowie uneingeschränkt bei den Gesundheitsberufen und den Sozial- und Erziehungsberufen in den letzten 16 Jahren nieder.

Untersucht man die Änderungen in den Berufsstrukturen anhand ausgewählter Berufsordnungen, so stellt man fest, daß sich in den letzten 16 Jahren bei annähernd konstanter Zahl von Erwerbstätigen (im Mai 1973 waren 27,066 Mill. Personen erwerbstätig, im April 1989 27,742 Mill. Personen) interessante Veränderungen ergeben haben. So läßt sich eine Reihe von Berufsordnungen nachweisen, für die eine nahezu stetig steigende bzw. sinkende Tendenz im untersuchten Zeitraum festzustellen ist. Berufsordnungen, die besonders deutliche Zu- bzw. Abnahmen zu verzeichnen hatten, sind in Tabelle 6 aufgeführt. Die Auswahl der nachgewiesenen Berufsordnungen erfolgt dabei unabhängig davon, ob die Entwicklung einheitlich oder unregelmäßig verlaufen ist. Ausschlaggebend war in erster Linie die Gesamtveränderung von 1973 bis 1989. Die aufgezeig-

te Entwicklung in den einzelnen Berufsordnungen kann naturgemäß unterschiedliche Gründe haben. Sie kann Teil eines langfristigen Strukturwandels sein, der durch Konjunkturbewegungen noch verstärkt wird. Die zunehmende bzw. abnehmende Tendenz einiger Berufsordnungen kann allerdings auch das Ergebnis anderer Einflüsse, wie zum Beispiel temporärer Modeströmungen, sein. Die Entwicklung einzelner Berufsordnungen ist darüber hinaus nicht nur ein wichtiger Indikator für die sich ändernden Wirtschaftsstrukturen, sondern sie liefert auch ein Spiegelbild der jeweiligen gesellschaftspolitischen Verhältnisse.

Starker Aufwärtstrend bei Datenverarbeitungs- und Fremdenverkehrsfachleuten

Im Zeichen wachsender Computer-Technologien und deren verstärkter Anwendung ist es nicht verwunderlich, daß in den letzten Jahren die Berufsordnung „Datenverarbeitungsfachleute“ überdurchschnittlich zugenommen hat. Im Zeitraum 1987/89 lag die Zuwachsrate bei 30 %, im Zeitraum 1982/85 sogar bei 37 %. Insgesamt gab es im April 1989 282 000 Datenverarbeitungsfachleute, die entsprechende Zahl für 1973 lag bei 73 000. Stark zugenommen hat von 1973 bis 1989 auch die Zahl der „Unternehmensberater, Organisatoren“. Hier lagen die entsprechenden

Tabelle 6: Erwerbstatige in ausgewählten Berufsordnungen mit zunehmender bzw. abnehmender Tendenz
Ergebnisse des Mikrozensus

Ausgewählte Berufsordnung ¹⁾	1973	1976	1976 gegenüber 1973	1978	1978 gegenüber 1976	1980	1980 gegenüber 1978	1982	1982 gegenüber 1980	1985	1985 gegenüber 1982	1987 ²⁾	1987 gegenüber 1985	1989	1989 gegenüber 1987
	1 000		%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
mit zunehmender Tendenz															
Floristen	14	18	+ 28,6	20	+ 11,1	24	+ 20,0	29	+ 20,8	37	+ 27,6	43	+ 15,5	47	+ 11,5
Elektrogerätebauer	62	53	- 13,7	65	+ 22,3	73	+ 11,3	78	+ 7,0	92	+ 17,9	99	+ 7,7	87	- 12,0
Konditoren	25	29	+ 18,6	30	+ 3,4	58	+ 89,8	77	+ 33,2	85	+ 10,4	89	+ 4,7	71	- 20,5
Techniker des Elektrofaches	68	74	+ 8,3	89	+ 20,4	88	- 1,3	92	+ 4,2	109	+ 18,5	130	+ 19,1	127	- 12,0
Fremdenverkehrsfachleute	11	11	± 0,0	15	+ 36,4	20	+ 33,3	20	± 0,0	23	+ 15,0	28	+ 23,8	36	+ 28,5
Unternehmensberater, Organisatoren	14	18	+ 28,6	25	+ 38,9	19	- 24,0	28	+ 47,4	41	+ 46,4	47	+ 15,1	57	+ 22,1
Datenverarbeitungsfachleute	73	92	+ 26,6	102	+ 10,6	113	+ 11,0	131	+ 15,9	180	+ 37,4	217	+ 20,6	282	+ 30,0
Masseur, Krankengymnasten und verwandte Berufe	22	34	+ 50,7	40	+ 18,8	49	+ 23,8	56	+ 14,2	67	+ 19,6	73	+ 9,1	83	+ 13,6
Diätassistenten, Pharmazeutisch-technische Assistenten	5	8	+ 60,0	9	+ 12,5	10	+ 11,1	11	+ 10,0	21	+ 90,9	24	+ 13,8	29	+ 21,3
Sprechstundenhelfer	143	184	+ 28,7	205	+ 11,2	225	+ 9,6	252	+ 11,9	278	+ 10,3	292	+ 5,0	300	+ 2,7
Sozialarbeiter, Sozialpfleger	38	58	+ 50,7	73	+ 25,6	90	+ 23,4	105	+ 16,9	127	+ 21,0	153	+ 20,9	185	+ 20,8
Heimleiter, Sozialpädagogen	39	58	+ 47,6	61	+ 5,7	72	+ 18,2	77	+ 6,5	88	+ 14,3	100	+ 12,6	103	+ 3,9
Gymnasiallehrer	90	100	+ 11,7	109	+ 8,3	112	+ 3,1	121	+ 8,2	155	+ 28,1	149	- 3,7	146	- 2,5
Lehrer für musische Fächer, a n g	10	10	± 0,0	13	+ 30,0	14	+ 7,7	17	+ 21,4	19	+ 11,8	19	- 2,6	23	+ 21,2
Naturwissenschaftler, a n g	5	5	± 0,0	7	+ 40,0	8	+ 14,3	10	+ 25,0	15	+ 50,0	17	+ 11,3	17	+ 2,4
Hauswirtschaftsverwalter	38	41	+ 7,9	46	+ 12,2	48	+ 4,3	55	+ 14,6	67	+ 21,8	68	+ 2,6	63	+ 7,9
mit abnehmender Tendenz															
Landwirte	792	695	- 12,2	593	- 14,7	617	+ 4,1	577	- 6,4	485	- 15,9	456	- 5,9	371	- 18,8
Familieneigene Landarbeitkräfte, a n g	807	602	- 25,4	584	- 3,0	478	- 18,2	427	- 10,7	411	- 3,7	382	- 7,1	338	- 11,5
Stahlschmiede	40	32	- 20,1	34	+ 4,3	27	- 19,6	26	- 3,0	21	- 19,2	20	- 4,8	18	- 10,4
Feinblechner	71	67	- 6,1	60	- 10,0	61	+ 1,7	55	- 10,2	65	+ 18,2	65	- 0,8	63	- 3,4
Spuler, Zwirner, Seiler	32	20	- 37,1	15	- 27,5	17	+ 15,2	12	- 27,5	11	- 8,3	13	+ 19,1	9	- 31,3
Weber	52	34	- 34,9	32	- 4,5	28	- 14,3	25	- 10,2	25	± 0,0	24	- 6,7	25	+ 5,1
Schneider	127	103	- 18,9	101	- 1,6	92	- 9,8	88	- 4,4	85	- 3,4	81	- 4,9	81	- 0,2
Oberbekleidungsnahe	160	112	- 30,0	93	- 17,0	92	- 1,1	93	+ 1,1	74	- 20,4	62	- 15,7	63	+ 1,1
Näher, a n g	120	112	- 6,9	128	+ 14,2	112	- 12,4	93	- 16,8	85	- 8,6	77	- 9,9	74	- 3,8
Backwarenhersteller	97	92	- 5,9	102	+ 11,2	75	- 26,3	57	- 23,8	55	- 3,5	52	- 6,9	62	+ 19,8
Bauhilfsarbeiter	220	159	- 27,8	128	- 19,5	147	+ 14,7	123	- 16,1	107	- 13,0	84	- 21,9	94	+ 11,7
Tankwarte	50	31	- 39,0	34	+ 9,1	29	- 13,7	24	- 18,0	21	- 12,5	18	- 11,6	18	- 3,3
Eisenbahnbetriebsregler, -schaffner	134	138	+ 3,1	122	- 11,4	110	- 10,2	103	- 6,0	72	- 30,1	72	+ 0,8	64	- 10,9
Kalkulatoren, Berechner	38	37	- 1,6	29	- 21,9	27	- 8,6	25	- 6,0	30	+ 20,0	30	- 1,0	30	+ 2,0
Wascher, Platter	89	79	- 11,5	73	- 8,0	71	- 1,9	66	- 7,8	61	- 7,6	60	- 0,8	52	- 12,8
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft, a n g	184	133	- 28,0	57	- 57,2	82	+ 44,7	44	- 46,8	43	- 2,3	34	- 19,4	37	+ 7,6

¹⁾ Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975 — ²⁾ Revidierte Hochrechnung, Basis Volkszählung 1987

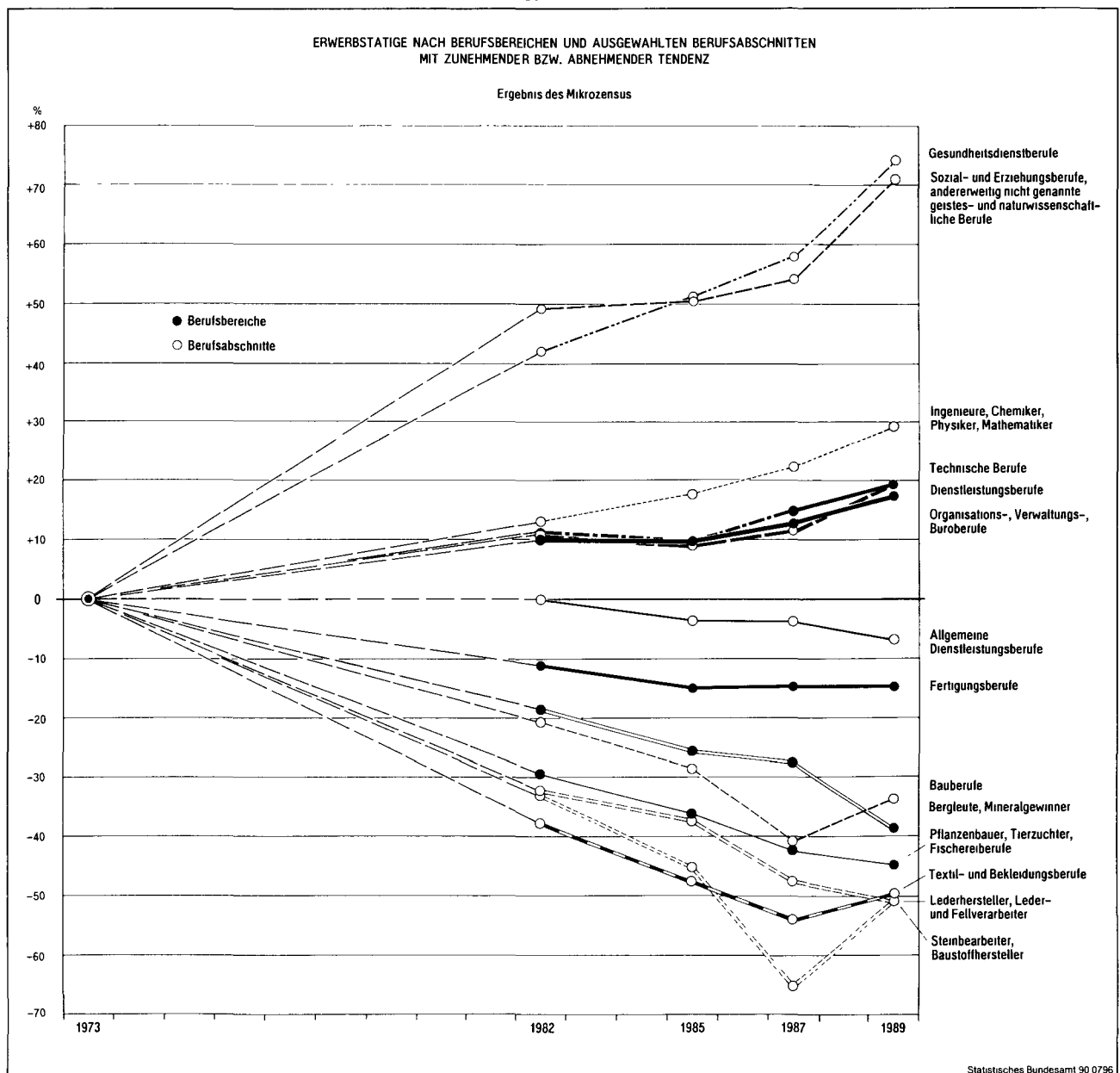
Zuwachsraten bei 15 % (1985/87) bzw. 22 % (1987/89). Im Zeitraum 1980/82 wuchs ihre Zahl sogar um 47 %. Wie stark sich das wachsende Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung auf einige Berufe auswirkt, zeigt das Beispiel der „Diätassistenten, pharmazeutisch-technischen Assistenten“. In dieser relativ gering besetzten Berufsordnung wurde zwischen 1982 und 1989 eine erhebliche Zunahme ermittelt. 1973 lag die entsprechende Zahl bei lediglich 5 000, 1989 bei 29 000. Eine positive Entwicklung wurde auch bei „Masseuren, Krankengymnasten und verwandten Berufen“ registriert. Die entsprechenden Zuwachsraten lagen 1987/89 bei 14 % und im Zeitraum 1985/87 bei 9 %. Der höchste Zuwachs in dieser Berufsordnung wurde 1973/76 mit 51 % verzeichnet. Die wachsende Reiselust der Bevölkerung findet ihren Niederschlag in der Entwicklung der Berufsordnung „Fremdenverkehrsfachleute“. So ist die Zahl der dieser Berufsordnung angehörenden im Zeitraum 1987/89 um 29 % und im Zeitraum 1985/87 um 24 % gestiegen. Ein hoher Zuwachs wurde in dieser Be-

rufsortnung auch im Zeitraum 1978 bis 1980 mit 33 % sowie auch schon 1976/78 mit 36 % beobachtet. Von einer offenbar wachsenden Freude der Bundesbürger an Pflanzen und Blumen profitierten die Floristen, deren Zahl 1989 gegenüber 1987 um 12 %, 1987 gegenüber 1985 um 16 % zunahm.

Weiterhin abnehmende Tendenz bei den landwirtschaftlichen Berufen

Zu den Berufsordnungen mit abnehmender Tendenz gehören nach wie vor die Berufsordnungen aus dem landwirtschaftlichen Bereich. So ist die Zahl der „Landwirte“ 1989 gegenüber 1987 um 19 % und im Zeitraum zwischen 1985 und 1987 um 6 % zurückgegangen. Für die „Familien-eigenen Landarbeitskräfte“ lauten die entsprechenden Zahlen — 12 bzw. — 7 %. Die Zahl der Erwerbstätigen unter den „mithelfenden Familienangehörigen außerhalb der Landwirtschaft“, die von 1982 bis 1987 kontinuierlich

Schaubild 2



abgenommen hat, hat erstmals 1989 im Vergleich zu 1987 wieder um 8 % zugenommen. Die größten Rückgänge in dieser Berufsordnung wurden in den Zeiträumen 1976 gegenüber 1978 mit — 57 % und 1982 gegenüber 1980 mit — 47 % registriert. Interessant ist, daß in dieser Berufsordnung im Zeitraum 1980 gegenüber 1978 eine Zunahme von 45 % registriert werden konnte. Die steigende Zahl von Selbstbedienungstankstellen dürfte sich auch auf die Zahl der „Tankwarte“ in den letzten Jahren ausgewirkt haben. Ihre Zahl hat von 1987 bis 1989 um 3 % und im Zeitraum 1987 gegenüber 1985 um 12 % abgenommen. Insgesamt wurden 1989 noch 18 000 Tankwarte gegenüber 50 000 1973 registriert. Eine interessante Entwicklung läßt sich bei den Bauhilfsarbeitern beobachten 1989 wurden 94 000 Personen in dieser Berufsordnung gezählt, das waren 12 % mehr als 1987. Damit hat es erstmals seit 1980 (+ 15 % gegenüber 1978) wieder eine Zunahme bei der Zahl der Bauhilfsarbeiter gegeben 1973 waren noch 220 000 Bauhilfsarbeiter registriert worden.

Dipl.-Volkswirt Carsten Cornelsen

Eigentums- und Besitzverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe 1989

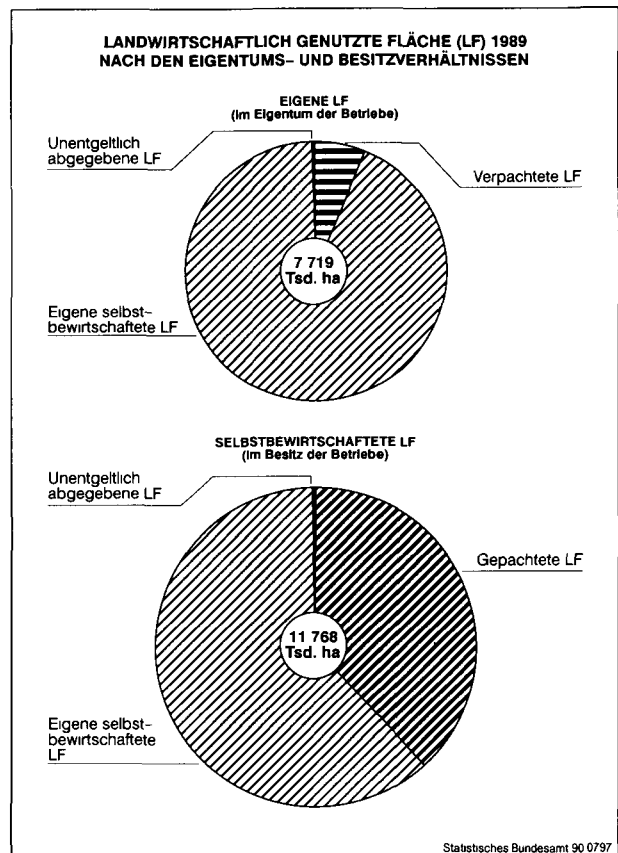
Vorbemerkung

Im Hinblick auf die angestrebte Verwirklichung des EG-Binnenmarktes sind, neben einer Reihe anderer Faktoren, strukturelle Verbesserungen in der deutschen Landwirtschaft eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Die heute existierenden Betriebsgrößen sind zwar bereits im Zuge eines permanenten, langsamen, über Jahrzehnte währenden, teils schmerzhaften Konzentrationsprozesses entstanden. Man kann aber davon ausgehen, daß das Ende dieser Entwicklung noch nicht erreicht ist, zumal die heimischen landwirtschaftlichen Betriebe großordnungsmaÙig nur im Mittelfeld der EG stehen. Um in der Konkurrenz bestehen zu können, durften daher RationalisierungsmaÙnahmen zur Aktivierung möglicher Kostenvorteile auch weiterhin im Vordergrund einzelbetrieblicher Entscheidungen stehen. Die Anpassungsprozesse, die sich in der Vergangenheit — gesteuert durch politische, ökonomische oder technische Rahmenbedingungen — in der Landwirtschaft vollzogen haben, sind vielgestaltig. Im folgenden soll speziell der Wandel der Eigentums- und Besitzverhältnisse an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) der Betriebe untersucht werden, der in engem Zusammenhang mit den Änderungen betrieblicher Größenstrukturen steht und Aussagen über die zukünftige Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe ermöglicht. Verschiebungen in der Art der Bewirtschaftung können sich durch Erbfolge, Kauf und Verkauf oder Zu- und Verpachtung von Flächen ergeben, wobei insbesondere den Zupachtungen, die in Verbindung mit der Preisentwicklung für Pachtflächen Aufschluß über die Reaktion des Pachtmarktes auf Änderungen der Wettbewerbsverhältnisse zulassen, eine größere Bedeutung zukommt. Dabei ist zu beachten, daß die Pachtentgelte nicht im preisstatistischen Sinne zu verstehen sind; sie spiegeln also keine Preis-, sondern eher Wertunterschiede wider, da das Niveau stark von den unterschiedlichen Qualitäten in der zufälligen Zusammensetzung der im jeweiligen Erhebungsjahr einbezogenen Pachtfälle bestimmt wird.

Die Beziehung zwischen Eigentum und Besitz landwirtschaftlicher Betriebsinhaber über die LF wird im Schaubild 1 verdeutlicht. Danach erstreckt sich der Besitz auf alle selbstbewirtschafteten Flächen, unterteilt in

- eigene selbstbewirtschaftete LF,
- zugepachtete LF,
- unentgeltlich erhaltene LF,

Schaubild 1



während unter den Eigentumsverhältnissen die eigene LF überhaupt gemeint ist, ohne Rücksicht darauf, ob diese Fläche vom Betrieb selbstbewirtschaftet, verpachtet oder unentgeltlich abgegeben worden ist.

Methodische Hinweise

Die Feststellung der Eigentums- und Besitzverhältnisse an der LF landwirtschaftlicher Betriebe gehört seit 1971 zum Erhebungsprogramm der totalen Landwirtschaftszählungen, wird aber angesichts der großen Bedeutung auch in der im Jahr 1975 eingeführten, im zweijährlichen Turnus stattfindenden Agrarberichterstattung — im Rahmen des Ergänzungsprogramms — regelmäßig erfragt.

Als Bestandteil des repräsentativen Erhebungsprogramms der Agrarberichterstattung 1989 basieren die Ergebnisse auf frei hochgerechneten Angaben aus maximal 100.000 Stichprobenbetrieben. Um einen zufallsbedingten Bruch in einer Ergebnisreihe zu vermeiden, der durch eine Neuauswahl von Betrieben entstehen kann, wendet man seit 1985 das Verfahren einer „kontrollierten Auswahl“ der Betriebe an. Hierbei werden mehrere, voneinander unabhängige Stichproben je Bundesland gezogen, wovon einige ausgewählte Erhebungsmerkmale (Kontrollmerkmale) jeweils aufbereitet und mit den Totalwerten der Auswahlgrundlage verglichen werden. Anhand des Gütemaßes der Summe der Absolutbeträge der relativen Abweichungen zwischen den Schätzwerten der jeweiligen Stichprobe und den entsprechenden Totalwerten der Kontrollmerkmale in der Auswahlgrundlage gilt dann diejenige Stichprobe als endgültig ausgewählt, die die Auswahlgrundlage am besten repräsentiert.

Der Nachweis bezieht sich im folgenden auf die Gesamtheit der zum Darstellungsbereich der Agrarberichterstattung 1989 bzw. der Landwirtschaftszählungen 1971 und 1979 gehörenden landwirtschaftlichen Betriebe. Als ein landwirtschaftlicher Betrieb gilt in der Abgrenzung nach der Hauptproduktionsrichtung ein Betrieb mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche, die mindestens 10 % der Waldfläche umfaßt. Die Erhebung der Eigentums- und Besitzverhältnisse der Betriebe bezog sich nur auf die LF und nicht auf andere Kategorien der Betriebsfläche (z. B. Waldfläche oder Hof- und Wegfläche)

Entwicklung der Betriebsgrößenstrukturen

Eine Form des landwirtschaftlichen Strukturwandels ist der starke Rückgang der Zahl der Betriebe bei einer weit- aus geringeren Abnahme der LF. Während die Zahl der Betriebe von 1971 bis 1989 um 38 % auf 665 100 zurück- ging, umfaßte die LF im Jahr 1989 11,77 Mill. ha und damit nur 7 % weniger als im früheren Vergleichsjahr (siehe Ta- belle 1). Die Gründe für das Ausscheiden der Betriebe sind vielschichtig, meist jedoch in der oftmals unbefriedigen- den Einkommenssituation zu suchen, die manche Be-

triebsinhaber veranlaßte, einer Beschäftigung im außer- landwirtschaftlichen Bereich mit geregelter und gesicher- tem Gehalt nachzugehen. Andere Ursachen können in der Betriebsaufgabe aus Altersgründen bei fehlendem Hof- nachfolger oder einfach an dem Wechsel der Hauptpro- duktionsrichtung von Betrieben liegen, mit der Folge, daß diese nicht mehr den landwirtschaftlichen Betrieben zuzu- ordnen waren und somit statistisch nicht mehr als solche erfaßt worden sind.

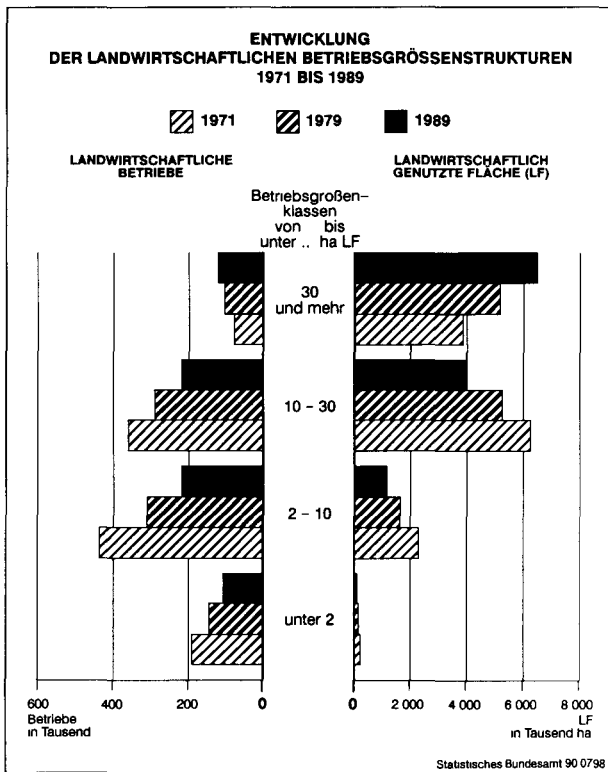
Der relativ geringe Rückgang der LF in knapp zwei Jahr- zehnten (1971 bis 1989) erklärt sich aus der Tatsache, daß die bei den Betriebsauflösungen frei werdenden Flächen größtenteils von anderen Betrieben übernommen wurden, während nur ein unbedeutender Anteil der LF (0,85 Mill. ha) in außerlandwirtschaftliche Nutzungen (z. B. Forst, bauli- che Zwecke) überging. Der Vergleich der Zahl der Betriebe nach Größenklassen (siehe Schaubild 2) zeigt, daß insbe- sondere die Zahl der kleinen und mittleren Betriebe unter 30 ha LF im Zeitablauf stark rückläufig war (1971: 988 100, 1989: 542 800). Ein Zuwachs an Betrieben ist bei dem insgesamt sonst sinkenden Trend nur in den Größenklas- sen ab 30 ha LF festzustellen. Hier stieg die Zahl der Betriebe von 79 400 im Jahr 1971 auf 122 300 im Jahr 1989

Tabelle 1. Besitzverhältnisse in landwirtschaftlichen Betrieben 1)

Gegenstand der Nachweisung ²⁾	Ein- heit	Betriebe insgesamt			Nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von bis unter ha											
					unter 2			2—10			10—30			30 und mehr		
		1971	1979	1989	1971	1979	1989	1971	1979	1989	1971	1979	1989	1971	1979	1989
Betriebe insgesamt																
Betriebe LF ³⁾	1 000	1 068	850	665	191	145	107	436	310	218	360	290	218	79	105	122
Durchschnittliche Betriebsgröße	1 000 ha/Betrieb	12 616	12 213	11 768	222	166	120	2 293	1 636	1 156	6 248	5 244	4 004	3 853	5 167	6 488
Betriebe mit Eigenfläche																
Betriebe Anteil an den Betrieben insgesamt	1 000	999	808	617	177	134	98	415	297	204	338	279	204	69	97	111
Eigenfläche Anteil an der LF insgesamt	%	94	95	93	93	92	92	95	96	93	94	96	94	87	93	91
Durchschnittliche Eigenfläche	1 000 ha/Betrieb	8 964	8 496	7 230	186	144	104	1 744	1 307	902	4 429	3 750	2 710	2 604	3 295	3 514
dar Betriebe mit nur Eigenfläche																
Betriebe Anteil an den Betrieben insgesamt	1 000	432	374	270	136	111	86	180	162	116	92	78	52	25	23	16
Eigenfläche Anteil an der LF insgesamt	%	40	44	41	71	76	80	41	52	53	25	27	24	31	22	13
Durchschnittliche Pachtfläche	1 000 ha/Betrieb	3 804	3 372	2 393	153	126	94	844	775	564	1 597	1 337	887	1 209	1 133	847
Betriebe mit Pachtfläche																
Betriebe Anteil an den Betrieben insgesamt	1 000	632	472	395	52	31	21	256	147	102	269	212	166	55	82	106
Pachtfläche Anteil an der LF insgesamt	%	59	56	59	27	21	20	59	48	47	75	73	76	69	78	87
Durchschnittliche Pachtfläche	1 000 ha/Betrieb	3 616	3 665	4 489	35	20	15	537	316	244	1 806	1 474	1 277	1 239	1 854	2 953
dar Betriebe mit nur Pachtfläche																
Betriebe Anteil an den Betrieben insgesamt	1 000	64	38	50	11	7	10	21	12	15	23	11	14	10	8	11
Pachtfläche Anteil an der LF insgesamt	%	6	4	7	6	5	9	5	4	7	6	4	6	13	7	9
Durchschnittliche Pachtfläche	1 000 ha/Betrieb	1 065	707	967	12	8	8	105	60	73	412	210	260	536	429	627
Betriebe mit unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltener LF ³⁾																
Betriebe Eigenfläche dar unentgeltlich erhalten	1 000	19	19	16	3	3	2	10	9	7	5	5	4	1	2	2
	1 000 ha	179	223	245	4	4	3	51	47	37	84	95	78	40	78	127
	1 000 ha	36	52	50	1	1	1	11	13	10	14	20	17	10	17	22

1) 1971 und 1979 Ergebnisse des totalen Teils der Landwirtschaftszählungen, 1989 Ergebnis des repräsentativen Teils der Agrarberichterstattung — 2) Der Flächennachweis ist jeweils auf die selbstbewirtschaftete Fläche bezogen — 3) LF = landwirtschaftlich genutzte Fläche

Schaubild 2



an. Während sich 1971 nur 3,9 Mill. ha LF (31 % der damaligen LF) im Besitz von Betrieben ab 30 ha LF (7 % der Betriebe) befanden, wurde 1989 mehr als die Hälfte der gesamten LF (55 % oder 6,49 Mill. ha) von Betrieben der entsprechenden Größenklasse (18 % der Betriebe) bewirtschaftet. Die Entwicklung zu größeren Betriebseinheiten belegt auch der Anstieg der durchschnittlichen Betriebsgröße von 11,8 auf 17,7 ha im vergleichbaren Zeitraum.

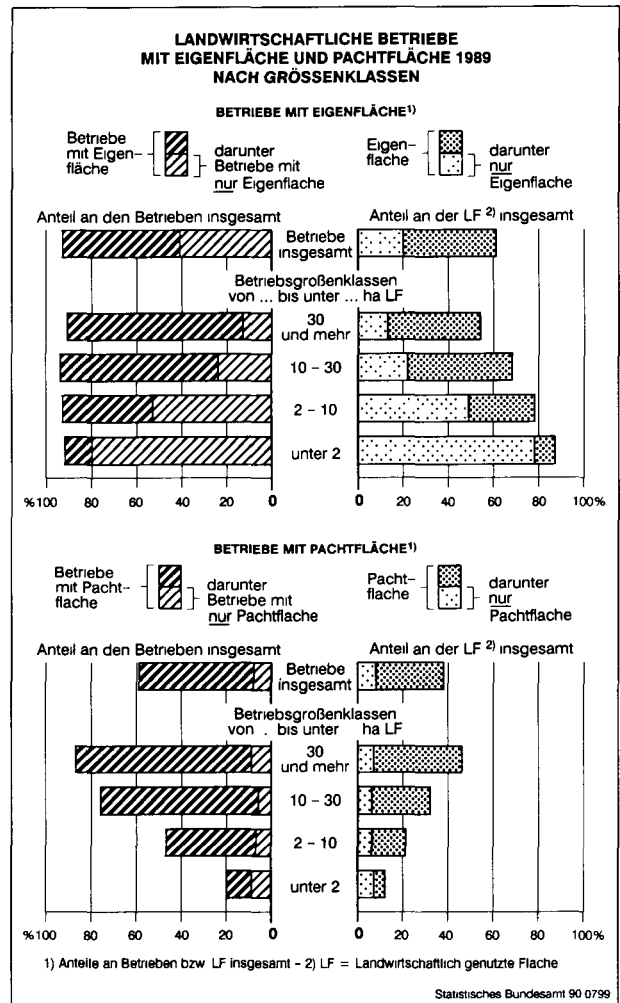
Entwicklung der Eigentums- und Besitzverhältnisse

Die dargestellten Verschiebungen der Größenstrukturen landwirtschaftlicher Betriebe sind aber auch als Resultat einzelbetrieblicher Entscheidungen über Eigentum und Besitz an der LF zu verstehen. Im folgenden soll untersucht werden, wie sich zum einen die Anteile der Betriebe mit Eigen- bzw. Pachtland, zum anderen das Verhältnis der zugehörigen Flächenarten (eigene Fläche, Pachtfläche usw.) — im Zeitablauf und innerhalb der Betriebsgrößenklassen — verändert haben.

Betriebe

Von den im Jahr 1989 festgestellten 665 100 Betrieben hatten 617 500 **Eigenland** und gegebenenfalls Pachtland (siehe Tabelle 1) Ihre Zahl ist im Vergleich zu den Erhebungsjahren 1971 und 1979 rückläufig, der Anteil an der Gesamtzahl aller Betriebe mit 93 % jedoch relativ konstant geblieben. Auch innerhalb der Betriebsgrößenklassen kann festgestellt werden, daß die Anteile größenordnungsmäßig auf dem gleichen Niveau liegen und im genannten Zeitraum kaum variierten. Unterschiede ergeben sich hingegen bei den Betrieben, die ausschließlich Eigenland bewirtschaften (1989: 41 %). Ihr Anteil an den

Schaubild 3



Betrieben insgesamt schwankt im Zeitablauf zwar nur geringfügig, jedoch nehmen die Werte mit zunehmender Betriebsgröße stark ab. Betriebe ab 30 ha LF hatten 1989 nur in 13 % der Fälle (16 100 Betriebe) ausschließlich eigene Flächen, während der entsprechende Anteil bei Betrieben unter 2 ha LF bei 80 % (85 600 Betriebe) lag (siehe Schaubild 3) Dabei ist festzustellen, daß das Eigenland in Betrieben ab 30 ha LF im Vergleichsjahr 1971 noch eine größere Bedeutung hatte (31 % = 25 000 Betriebe, die ausschließlich Eigenland bewirtschafteten).

Die Zahl der Betriebe mit **Pachtland** und gegebenenfalls Eigenland war mit einer Verringerung von 631 500 im Jahr 1971 auf 394 900 im Jahr 1989 ebenso wie die Zahl der Betriebe mit Eigenland rückläufig, ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe mit 59 % gleichfalls unverändert (siehe Tabelle 1). Geradezu gegenläufig ist der steigende Anteil mit zunehmender Betriebsgröße: Im Jahr 1989 bewirtschafteten 87 % der Betriebe ab 30 ha LF (106 200 Betriebe) Pachtland, während es 1971 erst 69 % oder 54 600 Betriebe waren. In kleineren Betrieben spielt hingegen die Zupachtung von Flächen eine geringere Rolle und verliert auch noch im Zeitablauf an Bedeutung. Beispielsweise lagen die Betriebe mit Pachtland unter 2 ha LF mit einem Anteil von 20 % um 7 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert von 1971. Offensichtlich überwiegen hier die Abstockungsprozesse, so daß die Zupachtung oder Weiterbewirtschaftung von Flächen nach Aus-

Tabelle 2: Eigenland und Pachtland der landwirtschaftlichen Betriebe in den Bundesländern 1989

Land	Betriebe insgesamt					Dar Betriebe mit 30 ha und mehr				
	Betriebe	selbstbewirtschaftete LF				Betriebe	selbstbewirtschaftete LF			
		insgesamt ¹⁾	eigene	gepachtete			insgesamt ¹⁾	eigene	gepachtete	
	1 000	1 000 ha			% ²⁾	1 000	1 000 ha			% ²⁾
Schleswig-Holstein	28,8	1 072,5	664,9	403,7	37,6	14,1	926,7	562,4	361,4	39,0
Niedersachsen	100,9	2 711,3	1 554,7	1 149,2	42,4	35,2	2 033,2	1 126,7	901,7	44,4
Nordrhein-Westfalen	83,8	1 571,2	913,1	650,2	41,4	18,2	901,1	482,2	414,9	46,0
Hessen	48,2	766,0	430,0	331,3	43,3	7,6	391,7	174,4	215,9	55,1
Rheinland-Pfalz	54,3	706,3	340,2	361,7	51,2	7,1	362,4	142,0	218,7	60,4
Baden-Württemberg	116,9	1 467,4	851,2	602,7	41,1	12,7	613,7	263,0	346,2	56,4
Bayern	226,6	3 380,6	2 432,2	941,1	27,8	26,3	1 195,4	735,6	457,8	38,3
Saarland	3,1	66,6	31,4	34,6	51,9	0,7	46,7	20,0	26,5	56,6
Stadtstaaten ³⁾	2,4	26,5	12,1	14,3	53,9	0,3	17,4	7,3	10,1	58,1
Bundesgebiet	665,1	11 768,4	7 229,9	4 488,8	38,1	122,3	6 488,3	3 513,6	2 953,2	45,5

1) Einschl. unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) — 2) Anteil an der LF insgesamt — 3) Hamburg, Bremen, Berlin (West).

laufen des Pachtvertrages vielfach nicht mehr angestrebt wird. Betriebe, die ausschließlich Pachtflächen bewirtschaften, hatten sowohl 1971 (64 300 Betriebe bzw. 6 %) als auch 1989 (49 500 bzw. 7 %) eine geringe Bedeutung. Gleiches gilt für Betriebe mit unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltener LF.

Flächen im Besitz

Die selbstbewirtschaftete LF, also die im Besitz der Betriebsinhaber befindliche Fläche, betrug im Jahr 1989 11,77 Mill. ha. Hiervon entfielen 61 % (7,23 Mill. ha) auf eigene und 38 % (4,49 Mill. ha) auf gepachtete Flächen. Nur ein unwesentlicher Teil (unter 1 %) war unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF (siehe Schaubild 1).

Die Verteilung der LF nach ihren Besitzverhältnissen fällt in den Bundesländern sehr unterschiedlich aus (siehe Tabelle 2). Während 1989 in Rheinland-Pfalz mehr als die Hälfte der LF gepachtet war (51 %), lag der entsprechende Wert in Bayern bei nur 28 %, also weit unter dem Bundesdurchschnitt von 38 %. An den Pachtanteilen in Betrieben ab 30 ha LF (im Bundesgebiet 46 %) kann die Bedeutung von Zupachtungen in größeren Betrieben abgelesen werden. Die relativ geringe Abweichung der Pachtanteile in Schleswig-Holstein in der Betriebsgrößenklasse ab 30 ha LF (39 %) gegenüber den Pachtanteilen der Betriebe insgesamt (38 %) ist ein Zeichen für die großen Betriebsstrukturen dieses Landes, wo die Schwelle, ab der die Pachtungen von Flächen stärker ins Gewicht fallen, wesentlich höher anzusetzen ist.

Im Zeitvergleich ist der Anteil der Eigenfläche an der LF rückläufig (1971: 71 %; 1989: 61 %), wobei die Verringerung in größeren Betrieben ab 30 ha LF besonders

stark ausgeprägt war (1971: 68 %, 1989: 54 %). Der Flächenanteil von Betrieben, die ausschließlich Eigenland besitzen, wurde 1989 mit 20 % an der LF festgestellt; er liegt damit um 10 Prozentpunkte unter dem vergleichbaren Wert des Jahres 1971.

Der 1989 festgestellte Anteil der Pachtfläche an der LF hat mit 38 % (4,49 Mill. ha) gegenüber früheren Erhebungszeiträumen an Bedeutung gewonnen (1971: 29 % oder 3,62 Mill. ha). Insbesondere größere Betriebe ab 30 ha LF waren an einer Zupachtung von Flächen interessiert, wobei der Anteil von 32 % (1,24 Mill. ha) im Jahr 1971 auf 46 % (2,95 Mill. ha) im Jahr 1989 anstieg. Die eingangs geschilderte, im vergleichbaren Zeitraum festgestellte Flächenzunahme in diesem Bereich (siehe Schaubild 2) ist daher nicht durch einen Zuwachs an Eigenfläche (z. B. durch Kauf oder Erbfolge), sondern in erster Linie durch Zupachtung zustande gekommen. Die Fläche von Betrieben, die ausschließlich Pachtfläche besitzen, war mit einem Anteil von 8 % an der LF von untergeordneter Bedeutung, sie variierte in größerem Rahmen weder im Zeitablauf noch in Abhängigkeit von der Größenklasse.

Die 1989 ermittelte Pachtfläche von 4,49 Mill. ha umfaßt sowohl einzeln zugepachtete Grundstücke als auch geschlossene Hofpachten, wovon lediglich 18 % (0,79 Mill. ha) von Familienangehörigen und der überwiegende Teil (82 % oder 3,7 Mill. ha) von anderen Verpächtern zur Verfügung gestellt wurde.

Die Höhe des für Pachtflächen zu entrichtenden Entgelts wird neben der Güte der Flächen und den vereinbarten Pachtmodalitäten (z. B. Dauer und Art des Vertrags) entscheidend von dem Angebot und der Nachfrage der Flächen geprägt. 1989 mußten im Bundesdurchschnitt

Tabelle 3: Durchschnittliche Pachtentgelte für zugepachtete landwirtschaftlich genutzte Flächen¹⁾

Land	1983		1985			1987			1989		
	DM/ha	Bundesgebiet = 100	DM/ha	Bundesgebiet = 100	Veränderung gegenüber 1983 in %	DM/ha	Bundesgebiet = 100	Veränderung gegenüber 1985 in %	DM/ha	Bundesgebiet = 100	Veränderung gegenüber 1987 in %
Schleswig-Holstein	451	124,2	472	122,0	+ 4,7	485	122,5	+ 2,8	498	118,9	+ 2,7
Niedersachsen	406	111,8	428	110,6	+ 5,4	443	111,9	+ 3,5	470	112,2	+ 6,1
Nordrhein-Westfalen	424	116,8	458	118,3	+ 8,0	441	111,4	- 3,7	499	119,1	+ 13,2
Hessen	230	63,4	237	61,2	+ 3,0	242	61,1	+ 2,1	255	60,9	+ 5,4
Rheinland-Pfalz	319	87,9	343	88,6	+ 7,5	359	90,7	+ 4,7	349	83,3	- 2,8
Baden-Württemberg	279	76,9	299	77,3	+ 7,2	309	78,0	+ 3,3	334	79,7	+ 8,1
Bayern	371	102,2	399	103,1	+ 7,5	417	106,3	+ 4,5	434	103,6	+ 4,1
Saarland	155	42,7	228	58,9	+ 47,1	164	41,4	- 28,1	169	40,3	+ 3,0
Stadtstaaten ²⁾	339	93,4	346	89,4	+ 2,1	367	92,7	+ 6,1	391	93,3	+ 6,5
Bundesgebiet	363	100	387	100	+ 6,6	396	100	+ 2,3	419	100	+ 5,8

1) Ohne Pachtungen von Familienangehörigen — 2) Hamburg, Bremen, Berlin (West)

Tabelle 4: Landwirtschaftliche Betriebe mit Neupachtungen¹⁾

Land	1983			1985			1987			1989		
	Be- triebe	Pacht- fläche	Veränderung der Fläche ge- genüber 1981	Be- triebe	Pacht- fläche	Veränderung der Fläche ge- genüber 1983	Be- triebe	Pacht- fläche	Veränderung der Fläche ge- genüber 1985	Be- triebe	Pacht- fläche	Veränderung der Fläche ge- genüber 1987
	1000	1000 ha	%	1000	1000 ha	%	1000	1000 ha	%	1000	1000 ha	%
Schleswig-Holstein	4,3	33,2	+ 4,7	3,3	27,0	- 18,7	3,8	34,6	+ 28,2	3,4	34,1	- 1,7
Hamburg	0,1	1,1	+ 571,4	0,1	0,9	- 22,6	0,1	0,5	- 47,5	0,1	0,7	+ 60,0
Niedersachsen	11,0	54,5	- 1,5	11,4	67,0	+ 22,8	14,4	98,0	+ 46,4	13,7	108,4	+ 10,6
Bremen	0,0	0,2	+ 6,7	0,1	0,9	+ 391,9	0,1	0,4	- 54,8	0,0	0,3	- 30,7
Nordrhein-Westfalen	5,0	21,3	- 30,3	4,5	22,5	+ 5,5	7,9	38,8	+ 72,5	5,8	29,1	- 25,0
Hessen	3,5	12,0	- 16,2	5,0	19,6	+ 65,5	5,6	28,6	+ 46,0	5,5	34,7	+ 21,4
Rheinland-Pfalz	5,0	16,0	+ 7,7	6,3	22,9	+ 43,1	6,2	23,9	+ 4,3	6,2	26,5	+ 10,8
Baden-Württemberg	13,1	31,8	- 17,2	15,6	40,7	+ 28,2	17,4	61,5	+ 51,0	16,3	63,9	+ 4,0
Bayern	15,0	43,2	- 46,5	22,8	70,3	+ 62,7	21,6	84,1	+ 19,6	26,9	112,1	+ 33,4
Saarland	0,2	1,7	+ 18,0	0,3	1,6	- 6,7	0,4	4,2	+ 163,6	0,5	5,1	+ 20,5
Berlin (West)	—	—	—	0,0	0,0	—	0,0	0,0	+ 383,3	0,0	0,0	- 10,3
Bundesgebiet	57,2	214,9	- 19,7	69,3	273,2	+ 27,2	77,3	374,5	+ 37,1	78,2	414,9	+ 10,8

¹⁾ Betriebe mit in den letzten beiden Jahren vor der Erhebung neu gepachteten Einzelgrundstücken (ohne geschlossene Hofpacht) — Nur Betriebe, die auch Angaben über die Höhe des Jahrespachtentgeltes gemacht haben

419 DM/ha für zugepachtete LF gezahlt werden (siehe Tabelle 3). Das waren 6 % mehr als zwei Jahre zuvor. Im Zeitablauf ist das Niveau der Pachtpreise im Bundesgebiet kontinuierlich, aber nicht gleichmäßig gestiegen, wobei dieser Trend allerdings nicht in allen Bundesländern festzustellen ist. Beispielsweise lag das Preisniveau in Rheinland-Pfalz mit 349 DM/ha um 3 % unter dem Wert des Jahres 1987. Generell gibt es regional erhebliche Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Pachtentgelten: Während das Preisniveau in Nordrhein-Westfalen 1989 am höchsten war (499 DM/ha) und wie in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern oberhalb des Bundesdurchschnitts lag, wurden in Ländern mit überwiegend kleinbetrieblichen Strukturen unterdurchschnittliche Preise gezahlt. Dort werden vermutlich die vergleichsweise günstigeren außerbetrieblichen Einkommensmöglichkeiten eine entsprechend geringe Flächennachfrage und damit einen niedrigeren Pachtpreis zur Folge gehabt haben.

Aufschluß über die kurzfristigen Änderungen des Pachtmarktes geben die Veränderungen von „neu“ gepachteten landwirtschaftlichen Einzelgrundstücken, die jeweils im Zeitraum von zwei Jahren vor der jeweiligen Erhebung vorgenommen wurden. War ab 1983 zunächst ein starker Anstieg der Zahl der Betriebe mit Neupachtungen festzustellen, ist die steigende Tendenz zwischen den Jahren 1987 und 1989 erheblich abgeschwächt (siehe Tabelle 4).

Im Jahr 1989 hatten 78200 Betriebe neugepachtete Flächen mit einer LF von 414900 ha. Das waren nur 1 % mehr Betriebe bzw. 11 % höhere Pachtflächenanteile gegenüber den entsprechenden Ergebnissen des Jahres 1987. In dem davor liegenden Vergleichszeitraum 1985 bis 1987 lagen dagegen die Zunahmen der Zahl der Betriebe bei 12 bzw. 37 % in den entsprechenden Pachtflächen.

Ob diese Entwicklung insgesamt an einer geringeren Verfügbarkeit pachtbarer Flächen liegt, welche durch die Inanspruchnahme der im Jahr 1988 eingeführten Prämienregelung für die Stilllegung von Flächen zustande gekommen sein mag, läßt sich lediglich vermuten. Sicher ist nur, daß sich ein Betriebsinhaber bezüglich der Disposition seiner Flächen jeweils für das lukrativste Angebot entscheidet, und das mag in einigen Fällen durchaus der Ertrag aus der Flächenstilllegung sein.

Flächen im Eigentum

Von der im Jahr 1989 festgestellten selbstbewirtschafteten, also im Besitz befindlichen LF (11,77 Mill. ha) lagen zwei Drittel (7,72 Mill. ha) im Eigentum der Betriebe (siehe Schaubild 1). Hiervon wurde der überwiegende Teil selbst bewirtschaftet (7,23 Mill. ha oder 93,6 %), 476300 ha (6,2 %) verpachtet und nur ein unbedeutender Teil (0,2 %) unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegeben (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5 Eigentumsverhältnisse in landwirtschaftlichen Betrieben
Ergebnisse der Agrarberichterstattung 1989

Selbstbewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche von bis unter ha	Insgesamt ¹⁾		Darunter Betriebe mit eigener LF ²⁾											
	Be- triebe	Selbst- bewirt- schaftete LF ¹⁾	zusammen				und zwar mit							
			Betriebe		eigene LF		selbstbewirtschafteter eigener LF				verpachteter eigener LF			
			1000	% ³⁾	1000 ha	ha je Betrieb	Betriebe	selbstbewirt- schaftete eigene LF	Betriebe	verpachtete eigene LF				
1000	1000 ha	1000	% ³⁾	1000 ha	ha je Betrieb	1000	% ³⁾	1000 ha	ha je Betrieb	1000	% ³⁾	1000 ha	% ⁴⁾	
unter 1	33,6	17,1	29,4	87,4	59,6	2,0	28,5	84,7	14,8	0,5	8,5	25,4	44,0	73,8
1 — 2	73,3	103,3	68,8	93,8	206,9	3,0	68,6	93,6	89,6	1,3	22,5	30,7	114,2	55,2
2 — 5	109,8	365,8	101,9	92,8	398,4	3,9	101,8	92,7	293,6	2,9	23,0	21,0	101,7	25,5
5 — 10	108,4	790,2	102,0	94,1	672,4	6,6	101,8	94,0	608,3	6,0	16,5	15,2	62,8	9,3
10 — 20	134,6	1961,3	126,5	94,0	1436,0	11,4	126,3	93,8	1384,6	11,0	12,6	9,3	50,2	3,5
20 — 30	83,1	2042,4	77,6	93,5	1353,9	17,4	77,5	93,3	1325,4	17,1	7,0	8,4	27,5	2,0
30 — 50	76,7	2917,6	70,2	91,5	1706,7	24,3	70,1	91,4	1678,7	24,0	7,4	9,6	27,0	1,6
50 und mehr	45,6	3570,8	41,1	90,3	1885,1	45,8	41,0	90,0	1834,9	44,7	7,0	15,3	49,0	2,6
Insgesamt	665,1	11768,4	617,5	92,8	7718,9	12,5	615,6	92,6	7229,9	11,7	104,5	15,7	476,3	6,2

¹⁾ Einschl. der Betriebe, die nur Pachtfläche oder nur unentgeltlich erhaltene LF bewirtschaften sowie einschl. der Betriebe ohne LF — ²⁾ LF = landwirtschaftlich genutzte Fläche — ³⁾ Anteil an den Betrieben insgesamt — ⁴⁾ Anteil an der gesamten eigenen LF

Über LF im Eigentum verfügten 1989 617 500 Betriebe oder 93 % aller Betriebe. Die auch in früheren Erhebungen festgestellte geringe Bedeutung der Verpachtung eigener LF ist der Ausdruck betrieblicher Bestrebungen, ein Höchstmaß an Dispositionsfreiheit über die landwirtschaftlich genutzte Fläche zu bewahren. Flächenverpachtung lohnt sich offensichtlich nur in Betrieben, deren Inhaber aus Alters- bzw. Krankheitsgründen oder aufgrund höherer Einkommen im außerlandwirtschaftlichen Bereich den Betrieb nebenberuflich bewirtschaften. Dies trifft in erster Linie auf kleine Betriebe zu. Hier hatten die verpachteten Flächen von Betrieben bis 5 ha LF einen Anteil von 40 % an der LF im Eigentum. Mit zunehmender Betriebsgröße verringerte sich dieser Anteil; er stieg jedoch in Betrieben ab 50 ha LF wieder an, wofür betriebsorganisatorische Gründe, wie zum Beispiel der Zwang zur Spezialisierung, als Ursache in Frage kommen können.

Insgesamt ist die Verpachtung von Flächen landwirtschaftlicher Betriebe nur von untergeordneter Bedeutung, denn die im Jahr 1989 festgestellte verpachtete LF von 476 300 ha stellt nur 11 % des Anteils der gepachteten Flächen von 4,49 Mill. ha.

Fazit

Die strukturellen Anpassungsprozesse der Landwirtschaft haben in der Vergangenheit zu zahlreichen Betriebsstillegungen geführt. Dabei hat die Zahl der Betriebe wesentlich stärker abgenommen als die LF. Denn die bei den Auflösungsprozessen freiwerdenden Flächen wurden überwiegend von anderen Betrieben übernommen und führten somit zu größeren Betriebseinheiten. Die Flächenaufstockung erfolgte in erster Linie durch Zupachtung von Flächen, deren Anteil im Berichtszeitraum stark zugenommen hat und bundesweit im Jahr 1989 38 % betrug. Die Pachtflächen stammten überwiegend von Verpächtern außerhalb der Landwirtschaft oder von Bewirtschaftern von Kleinstflächen außerhalb des Darstellungsbereichs der Agrarberichterstattung. Der Anteil der Eigenfläche an der selbstbewirtschafteten LF war rückläufig und hatte im Jahr 1989 einen Anteil von 61 % an der LF. Verpachtete oder unentgeltlich abgegebene bzw. erhaltene Flächen sind von untergeordneter Bedeutung.

Die zukünftige Entwicklung wird neben dem fortschreitenden Größenwachstum der Betriebe bei rückläufigen Betriebszahlen vermutlich in einer weiteren Zunahme des Pachtflächenanteils bei anhaltender Abnahme der Eigenfläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche liegen. Allerdings ist die Geschwindigkeit dieses Wandels nicht absehbar, zumal das Ausmaß der Pachtungen landwirtschaftlich genutzter Flächen entscheidend vom Pachtpreinsniveau und den alternativen Möglichkeiten der Flächendisposition abhängt.

Dipl.-Ing. agr. Claudia Brunner

Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1989

Vorbemerkung

Die Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke wird seit 1974 geführt¹⁾. Ihre Ergebnisse werden jährlich veröffentlicht. Einbezogen in die Kaufwertestatistik für landwirtschaftlichen Grundbesitz sind alle Kauffälle mit mindestens 0,1 ha veräußerter Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, von der angenommen wird, daß sie in der übersehbaren Zeit weiterhin in landwirtschaftlicher Nutzung verbleibt. Die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) umfaßt nur diejenigen Flächen eines Veräußerungsfalles, die nach den Rechtsvorschriften für die Einheitsbewertung²⁾ zur landwirtschaftlichen Nutzung gehören und einer Pauschalbewertung unterliegen; im wesentlichen sind es die Flächen des Ackerlandes und des Dauergrünlandes. Die Abgrenzung der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung deckt sich nicht voll mit der in der Agrarstatistik üblichen landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF); denn u. a. zählen diejenigen Flächen, die bei der Einheitsbewertung einer Sonderbewertung unterliegen (u. a. garten- und weinbaulich genutzte Flächen), zur LF, aber nicht zur FdIN³⁾.

Die Abgrenzung der Veräußerungs-/Kauffälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung von der Statistik der

Kaufwerte für Bauland, über die seit 1961 Vierteljahres- und Jahresergebnisse veröffentlicht werden⁴⁾, stützt sich — da Angaben über die weitere Nutzung der Fläche in den notariellen Kaufverträgen in der Regel nicht enthalten sind — im wesentlichen auf die Belegenheit der betreffenden Flächen innerhalb der Katasterfläche der Gemeinden. Flächen, die außerhalb der in den genehmigten Flächennutzungs- und Bebauungsplänen als Bauland ausgewiesenen Areale belegen sind, können angesichts der vielfältigen Auflagen, die einer Nutzungsänderung entgegenstehen, in der Regel der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke zugeordnet werden.

Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für das Jahr 1989⁵⁾ und die in der Zeit zwischen 1974 und 1989 eingetretenen Veränderungen dargestellt und kommentiert. Gegenüber den vorangegangenen Berichtsjahren hat sich hinsichtlich der Art und Weise, wie die Daten erhoben und aufbereitet werden, nichts geändert. Auch die Definitionen und Abgrenzungen wurden beibehalten; deshalb wird hinsichtlich der methodischen und definitorischen Fragen auf die Darlegungen im Einführungsaufsatz zu diesem Thema für das Berichtsjahr 1974 verwiesen⁶⁾.

Überblick über die Ergebnisse für das Jahr 1989

Im Berichtsjahr 1989 sind insgesamt rund 32 100 Veräußerungs-/Kauffälle⁷⁾, die rund 49 100 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung betrafen und einen Gesamtwert von 1,591 Mrd. DM darstellten, in die Statistik einbezogen worden (siehe Tabelle 1). Daraus resultiert ein durchschnittlicher Kaufwert von 32 398 DM je ha FdIN (— 2,6 % gegenüber 1988).

Diese Zahlen enthalten auch die Angaben zu 594 Kauffällen mit rund 4 600 ha FdIN (7,81 ha je Veräußerungsfall), bei

1) Rechtsgrundlage dieser Statistik sind § 2 Nr 5 und § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9 August 1958 (BGBl. I S. 605).

2) Bewertungsgesetz (BewG) in der Fassung vom 30 Mai 1985 (BGBl. I S. 845) und Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Richtlinien zur Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens (BewRL) vom 17 November 1967 (BSiBl. I S. 397) bzw. vom 17 Januar 1968 (BSiBl. I S. 223).

3) Die Zuordnung der Flächenkategorien der Agrarstatistik zu denen der Einheitsbewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ist der Übersicht in Fachserie 3, Reihe 24, „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1989“, S. 6f., zu entnehmen.

4) Siehe Fachserie 17, Reihe 5, „Kaufwerte für Bauland“.

5) Siehe auch Fachserie 3, Reihe 24, „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1989“.

6) Siehe „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1974“ in WiSta 7/1976, S. 428ff.

7) Die Begriffe „Veräußerungsfall“ und „Kauffall“ werden nachstehend synonym verwendet.

Tabelle 1 Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung 1989

Land	Veräußerungsfälle insgesamt						Darunter Veräußerungsfälle ohne Gebäude und ohne Inventar					
	Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Kaufwert		durchschnittliche		Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Kaufwert		durchschnittliche	
			insgesamt	je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Fläche der landw. Nutzung je Veräußerungsfall	Ertragsmeßzahl ¹⁾ je ha Fläche der landw. Nutzung			insgesamt	je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Fläche der landw. Nutzung je Veräußerungsfall	Ertragsmeßzahl ¹⁾ je ha Fläche der landw. Nutzung
Schleswig-Holstein	1 683	9 136	188 444	20 626	5,43	44,7	1 628	7 770	145 666	18 746	4,77	44,9
Niedersachsen	6 566	18 381	516 356	28 092	2,80	41,4	6 105	15 879	389 322	24 518	2,60	41,3
Nordrhein-Westfalen	2 925	5 707	268 210	46 994	1,95	47,3	2 883	5 158	237 256	46 002	1,79	46,9
Hessen	2 806	2 449	63 853	26 070	0,87	47,0	2 805	2 433	63 603	26 141	0,87	47,0
Rheinland-Pfalz	6 084	3 560	75 585	21 233	0,59	45,7	6 083	3 560	75 520	21 216	0,59	45,7
Baden-Württemberg	7 357	4 437	179 487	40 453	0,60	49,8	7 339	4 398	176 170	40 057	0,60	49,9
Bayern	4 030	5 209	293 103	56 263	1,29	46,9	4 014	5 045	281 694	55 835	1,26	46,9
Saarland	624	243	6 428	26 462	0,39	40,3	624	243	6 428	26 462	0,39	40,3
Bundesgebiet ²⁾	32 075	49 123	1 591 466	32 398	1,53	44,6	31 481	44 485	1 375 659	30 924	1,41	44,7

1) Die Ertragsmeßzahl (EMZ) wird anhand der Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung (Gesetz über die Schätzung des Kulturbodens vom 16 Oktober 1934, RGBl. I S. 1050) berechnet und kennzeichnet die naturale Ertragsfähigkeit des Bodens aufgrund der natürlichen Ertragsbedingungen (sie wird üblicherweise in Hundert angegeben) — 2) Ohne Hamburg, Bremen und Berlin

denen neben der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung auch Gebäude mit oder ohne Inventar erworben wurden. Dabei handelt es sich im allgemeinen um geschlossen verkaufte landwirtschaftliche Betriebe oder um Restbetriebe. Solche Eigentumsübertragungen werden vor allem in den norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen registriert, in denen sie 15 bzw. 13 % der jeweils in den „Veräußerungsfällen insgesamt“ umgesetzten Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung darstellten. Auf diese beiden Länder zusammen entfielen 87 % der Veräußerungsfälle und 83 % der veräußerten FdIN, die im Bundesgebiet bei den im Jahr 1989 getätigten Verkäufen landwirtschaftlich genutzter Grundstücke mit Gebäuden und mit/ohne Inventar insgesamt festgestellt wurden. Im folgenden bleiben die Veräußerungs- bzw. Kauffälle mit Gebäuden und mit/ohne Inventar, für die 1989 eine Kaufsumme von rund 220 Mill. DM bei einem durchschnittlichen Kaufwert von 46 530 DM je ha FdIN bezahlt wurde, außer Betracht, weil bei ihnen der erzielte Kaufpreis von dem Wert der miterworbenen Gebäude bzw. des miterworbenen Inventars, über deren Größe, Qualität und Wert keine Angaben vorliegen, beeinflusst wird

In den rund 31 500 Veräußerungsfällen, in denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar verkauft wurde, wurden insgesamt rund 44 500 ha FdIN mit einem Gesamtwert von 1,376 Mrd. DM umgesetzt (siehe Tabelle 1). Für diese Fälle wurde der durchschnittliche Kaufwert mit 30 924 DM je ha FdIN errechnet, die durchschnittliche Flächengröße je Veräuße-

rungsfall betrug 1,41 ha FdIN, das ist geringfügig mehr als im Vorjahr (1,40 ha).

Die Aufgliederung der durchschnittlichen Kaufwerte nach Klassen der Ertragsmeßzahlen (siehe Tabelle 2) zeigt über den Beobachtungszeitraum von 15 Jahren deren deutliche, wenn auch keineswegs ausschließliche Abhängigkeit von der Ertragsfähigkeit des Bodens (Bodengüte), die ihrerseits durch die Ertragsmeßzahlen (EMZ) je ha FdIN gekennzeichnet ist. Für Flächen mit Böden geringerer Ertragsfähigkeit (EMZ unter 30 [in Hundert] je ha FdIN) wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von 22 455 DM je ha FdIN errechnet, der 73% des durchschnittlichen Ergebnisses für das Bundesgebiet — bezogen auf alle Bodengüteklassen — von 30 924 DM je ha FdIN entspricht. Für Flächen mit guten und sehr guten Böden (EMZ 60 und mehr [in Hundert] je ha FdIN) wurden durchschnittlich 45 575 DM je ha FdIN aufgewendet, das sind 147 % des Bundesdurchschnitts. Der für die oberste Ertragsmeßzahlklasse errechnete Durchschnittswert belief sich somit auf das zweifache des für die unterste Ertragsmeßzahlklasse nachgewiesenen Wertes; für das Vorjahr war eine Vergleichszahl von 2,2 ermittelt worden.

Veränderungen gegenüber 1988

Die Zahl der in die Kaufwertestatistik einbezogenen Veräußerungs-/Kauffälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar nahm von rund 31 700 im Jahr 1988 um 0,8 % auf rund 31 500 im Jahr 1989 ab. Bei der verkauften Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung war ebenfalls ein geringfügiger Rückgang gegenüber dem Vorjahr festzustellen, und zwar von rund 44 600 ha um 0,2 % auf 44 500 ha (siehe Tabelle 2). Die für Kauffälle ohne Gebäude und ohne Inventar bezahlte Kaufsumme ermäßigte sich von 1,404 Mrd. DM (1988) um 2,0 % auf 1,376 Mrd. DM (1989). Aus dem um 0,2 % kleineren Flächenverkauf und der um 2,0 % niedrigeren Kaufsumme errechnet sich für das Jahr 1989 der bereits genannte durchschnittliche Kaufwert von 30 924 DM je verkauftem ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung, der das Vorjahresergebnis von 31 511 DM je ha FdIN um 1,9 % unterschreitet.

Beim Vergleich der Veränderungen der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz im Zeitablauf ist zu berücksichtigen, daß den für jedes der Berichtsjahre berechneten Durchschnittswerten die Angaben der jeweiligen in diese Statistik einbezogenen Veräußerungsfälle — ohne Gewichtung nach preisbeeinflussenden Qualitätskriterien — zugrunde liegen. Weil jedes landwirtschaftlich genutzte Grundstück sich nach Größe, Bodengüte, Lage in der Feldmark, Nähe zu Verkehrswegen usw. von jedem anderen landwirtschaftlich genutzten Grundstück unterscheidet und alle diese kauffallspezifischen Eigenschaften sich auf den jeweiligen Preis auswirken, darüber hinaus die Kaufpreise auf dem Grundstücksmarkt Angebot und Nachfrage unterliegen, die örtlich und regional sehr unterschiedlich sein können, werden anhand der vorliegenden Unterlagen aus methodischen Gründen bisher nur durchschnittliche Kaufwerte, nicht jedoch Indizes wie bei Preisstatistiken, errechnet und nachgewiesen. Die Ergebnisse lassen daher nicht die echten Preisveränderungen im Zeitablauf erkennen.

Tabelle 2 Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Ertragsmeßzahlklassen

Ertragsmeßzahl in Hundert von unter je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung bis	Jahr	Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Kaufwert	
				insgesamt	je ha Fläche der landw. Nutzung
unter 30	1974	2 972	4 409	47 417	10 756
	1980	3 006	3 909	107 946	27 613
	1985	4 547	8 062	208 485	25 860
	1988	4 148	7 641	164 316	21 503
	1989	4 254	7 726	173 477	22 455
30—40	1974	5 450	6 310	73 734	11 686
	1980	6 577	7 257	206 222	28 417
	1985	8 896	12 355	334 328	27 061
	1988	7 923	12 283	288 436	23 482
	1989	8 200	12 550	296 977	23 663
40—50	1974	5 235	5 612	90 070	16 050
	1980	6 431	5 981	202 308	33 825
	1985	7 917	9 381	338 687	36 103
	1988	7 367	9 453	294 748	31 181
	1989	7 464	9 713	291 349	29 995
50—60	1974	3 432	4 063	79 575	19 584
	1980	4 327	3 666	158 110	43 125
	1985	5 167	5 863	268 501	45 798
	1988	5 228	7 159	272 092	38 006
	1989	4 976	6 819	263 984	38 713
60 und mehr	1974	5 267	4 562	125 165	27 435
	1980	5 656	4 337	231 732	53 432
	1985	7 788	7 783	451 509	58 013
	1988	7 056	8 027	384 639	47 916
	1989	6 587	7 677	349 872	45 575
Insgesamt	1974	22 356	24 955	415 962	16 668
	1980	25 997	25 151	906 319	36 036
	1985	34 315	43 444	1 601 510	36 864
	1988	31 722	44 564	1 404 231	31 511
	1989	31 481	44 495	1 375 659	30 924

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin — Ohne Gebäude und Inventar

Die Aktivitäten auf dem Markt für landwirtschaftlichen Grundbesitz blieben im Jahr 1989 im Vergleich zu den Vorjahren auf einem relativ hohen Niveau. Sowohl der Rückgang der Veräußerungs-/Kauffälle als auch der Rückgang der verkauften Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung waren nur geringfügig. Im Hinblick auf die wesentlichen Faktoren, die auf die Preisgestaltung auf dem landwirtschaftlichen Grundstücksmarkt Einfluß nehmen, ergaben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen. Insbesondere die nach wie vor unsicheren Einkommenserwartungen der Landwirte fanden ihren Niederschlag in einem Überhang des Angebots von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung. Hingegen durfte sich die seit 1987 zu beobachtende Festigung der Baulandpreise⁸⁾ stabilisierend auch auf die Verkaufswerte der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke ausgewirkt haben. Eine stabilisierende Wirkung auf die Kaufwerte dürfte auch von den für Flächenstilllegungen im Rahmen eines EG-Programms gezahlten Prämien ausgegangen sein.

Die Durchschnittsgröße der 1989 verkauften landwirtschaftlichen Grundstücke ist mit 1,41 ha FdIN praktisch auf dem Niveau des Vorjahres geblieben, so daß von diesem Bestimmungsfaktor kein nennenswerter Einfluß auf die erzielbaren Verkaufspreise ausgehen konnte. Dagegen dürfte die Verminderung der durchschnittlichen Ertragsmeßzahl der veräußerten Grundstücke von 45,06 (in Hundert) je ha FdIN im Jahr 1988 um 0,8 % auf 44,71 (in Hundert) je ha FdIN im Jahr 1989 zum eingetretenen Rückgang der durchschnittlichen Kaufwerte beigetragen ha-

ben. Allerdings hat sich die durchschnittliche Bonität der verkauften Parzellen regional recht unterschiedlich entwickelt (siehe Abschnitt „Regionale Unterschiede der Kaufwerte“ auf S. 785 ff.).

Entwicklung seit 1974

Aus der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz liegen Ergebnisse für die Berichtsjahre 1974 bis 1989 vor, die auf S. 432* f. (ab 1978) und auszugsweise in Tabelle 3 in der Gliederung nach Größenklassen der Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung und nach Ertragsmeßzahlklassen wiedergegeben werden.

Der Zeitraum 1974 bis 1989 kann hinsichtlich der Entwicklung des durchschnittlichen Kaufwertes je ha FdIN im Bundesgebiet in zwei unterschiedliche Abschnitte eingeteilt werden. Von 1974 bis 1981 war die Entwicklung relativ gleichmäßig aufwärts verlaufen. In dieser Zeitspanne erhöhte sich der durchschnittliche Kaufwert für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke von 16 668 DM (1974) um 135 % auf 39 245 DM je ha FdIN (1981), das heißt mit einer jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate von 13,0 % nach Zinseszins. In den darauffolgenden acht Jahren (bis 1989), also während der Zeit der relativen Preisstabilität in der Bundesrepublik Deutschland und der schwieriger gewordenen Finanzierung der Agrarpolitik im Gemeinsamen Markt, sind die durchschnittlichen Kaufwerte für das Bundesgebiet zurückgegangen, zunächst verhältnismäßig wenig, dann in den Jahren 1985 bis 1987 etwas deutlicher. In den letzten beiden Jahren 1988 und 1989 ergaben sich noch relativ geringe Abschläge vom durchschnittlichen Kaufwert für das Bundesgebiet (ohne Stadtstaaten). Im

⁸⁾ Siehe Fachserie 17, Reihe 5, „Kaufwerte für Bauland“, 1987 bis 1989

Tabelle 3 Durchschnittliche Kaufwerte je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Flächengrößen- und Ertragsmeßzahlklassen

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von unter bis ha	Jahr	Davon Veräußerungsfälle mit Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung mit Ertragsmeßzahlen (in Hundert) von bis unter je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung											
		Insgesamt		unter 30		30—40		40—50		50—60		60 und mehr	
		Kaufwert											
		DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100	DM	1974 = 100
Insgesamt	1974	16 668	100	10 756	100	11 686	100	16 050	100	19 584	100	27 435	100
	1980	36 036	216	27 613	257	28 417	243	33 825	211	43 125	220	53 432	195
	1985	36 864	221	25 860	240	27 061	232	36 103	225	45 798	234	58 013	211
	1988	31 511	189	21 503	200	23 482	201	31 181	194	38 006	194	47 916	175
	1989	30 924	186	22 455	209	23 663	202	29 995	187	38 713	198	45 575	166
0,1—0,25	1974	27 501	100	16 840	100	16 172	100	20 651	100	31 361	100	42 751	100
	1980	38 601	140	25 935	154	24 952	154	32 268	156	44 119	141	54 936	129
	1985	49 583	180	28 716	171	30 274	187	38 376	186	54 518	174	75 733	177
	1988	43 313	157	22 302	132	28 658	177	34 703	168	47 826	153	65 460	153
	1989	40 010	145	21 853	130	24 668	153	31 759	154	45 714	146	62 774	147
0,25—1	1974	19 881	100	12 358	100	12 601	100	16 857	100	22 495	100	34 410	100
	1980	33 833	170	23 001	186	23 388	186	29 991	178	38 992	173	53 392	155
	1985	41 205	207	26 806	217	27 914	222	36 492	216	49 084	218	64 177	187
	1988	36 891	186	21 871	177	25 263	200	33 670	200	45 424	202	56 331	164
	1989	34 607	174	21 914	177	24 200	192	30 988	184	42 479	189	54 120	157
1—2	1974	17 396	100	12 421	100	11 762	100	16 702	100	21 153	100	28 268	100
	1980	34 533	199	26 735	215	27 181	231	32 911	197	40 933	194	52 720	187
	1985	39 849	229	26 964	217	28 878	246	39 112	234	52 609	249	63 228	224
	1988	35 700	205	23 913	193	25 943	221	35 435	212	45 073	213	53 476	189
	1989	34 384	198	23 183	187	25 719	219	32 817	196	43 810	207	53 479	189
2—5	1974	15 519	100	11 045	100	12 022	100	16 155	100	18 108	100	23 659	100
	1980	36 417	235	28 853	261	30 399	253	34 826	216	43 968	243	52 561	222
	1985	37 090	239	27 849	252	28 190	234	39 176	243	45 995	254	54 958	232
	1988	32 478	209	23 457	212	25 398	211	33 050	205	40 820	225	46 571	197
	1989	31 526	203	24 196	219	24 631	205	32 110	199	39 625	219	46 201	195
5 und mehr	1974	13 800	100	8 557	100	10 232	100	14 405	100	17 198	100	20 321	100
	1980	38 588	280	29 731	347	32 070	313	38 599	268	48 130	280	54 791	270
	1985	31 134	226	23 198	271	24 119	236	30 789	214	38 010	221	49 599	244
	1988	25 917	188	18 891	221	20 201	197	25 827	179	30 183	176	39 480	194
	1989	26 623	193	21 015	246	21 579	211	26 030	181	33 880	197	34 987	172

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin — Ohne Gebäude und ohne Inventar

Vergleich zu 1981, dem Jahr mit dem bisher höchsten durchschnittlichen Kaufwert, liegt das Ergebnis für 1989 mit 30 924 DM je ha FdIN um 21 % niedriger.

Die nach Größenklassen der veraußerten Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung gegliederten Ergebnisse für den Zeitraum 1974 bis 1989 (siehe Tabelle 3 und Schaubild 1) lassen erkennen, daß die Kaufwerte für kleine Flächen meist — mit Ausnahme der Jahre 1979 bis 1981 — erheblich höher lagen als die für größere Grundstücke. Wie im Vorjahr war allerdings auch 1989 eine Tendenz zu einer deutlichen Verringerung der Preisspanne für unterschiedlich große Grundstücke zu beobachten. Bei der untersten Größenklasse (Veräußerungsfälle von 0,1 bis unter 0,25 ha FdIN) wurde die größte Einbuße an Kaufwert gegenüber dem Vorjahr verzeichnet, und zwar um 7,6 % auf 40 010 DM je ha FdIN. Bei Veräußerungsfällen von 0,25 bis unter 1 ha FdIN wurden durchschnittlich 34 607 DM je ha (— 6,2 %) bezahlt, bei Veräußerungsfällen von 1 bis unter 2 ha FdIN waren es 34 384 DM je ha (— 3,7 %) und bei Veräußerungsfällen von 2 bis unter 5 ha FdIN 31 526 DM je ha (— 2,9 %). Der durchschnittliche Kaufwert in der obersten Größenklasse (Veräußerungsfälle mit 5 ha FdIN und mehr) erhöhte sich demgegenüber um 2,7 % auf 26 623 DM je ha FdIN; auf diese Größenklasse entfielen 37 % der insgesamt verkauften Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (siehe Tabelle auf S. 432* f.). Der Abstand im durchschnittlichen Kaufwert zugunsten der untersten Größenklasse hat sich — wie bereits 1988 — spürbar verringert. Für derartige Grundstücke wurden im Jahr 1989 Preise je Flächeneinheit bezahlt, die um 50 % (zum Vergleich 1987: um 75 %) höher lagen als für Grundstücke der obersten Größenklasse.

In der Gliederung der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz nach Ertragsmeßzahlklassen zeigte sich in den Jahren bis 1980 eine Tendenz

zur Verringerung der zugunsten der Grundstücke mit höheren Bonitätszahlen bestehenden relativen Unterschiede (siehe Tabellen 3 und 4, Tabelle auf S. 432* f. sowie Schaubild 2). In den darauffolgenden Jahren bis 1985 ergaben sich für Grundstücke in den Ertragsmeßzahlklassen über 40 (in Hundert) je ha FdIN Steigerungen der durchschnittlichen Kaufwerte, während Parzellen mit Ertragsmeßzahlen unter 40 (in Hundert) je ha FdIN in dieser Zeit an Wert verloren. In den Jahren 1986 bis 1988 wurden rückläufige Kaufwerte in allen Ertragsmeßzahlklassen registriert. Bemerkenswerterweise konnte im Jahr 1989 eine Entwicklung beobachtet werden, die der Tendenz der Jahre 1981 bis 1985 entgegengesetzt war; während sich die Grundstücke mit Ertragsmeßzahlen unter 40 (in Hundert) je ha FdIN etwas verteuerten, ermäßigten sich die durchschnittlichen Kaufwerte in den Ertragsmeßzahlklassen über 40 (in Hundert) je ha FdIN.

Schaubild 1

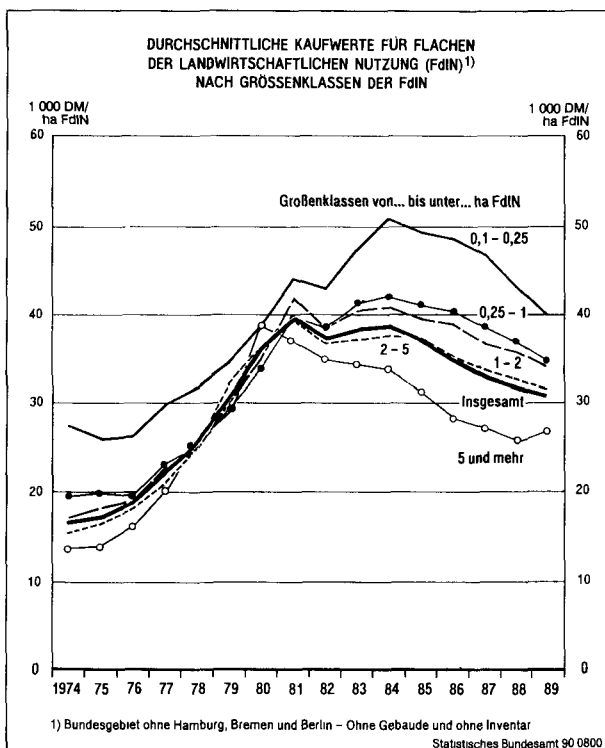
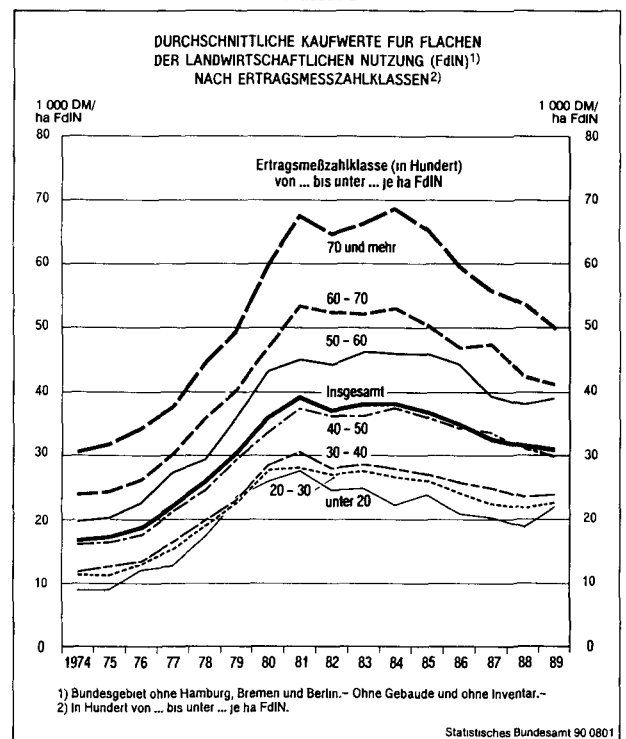


Schaubild 2



In Tabelle 4 werden die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke in einer im Vergleich zu Tabelle 3 und der Tabelle auf S. 432* f. tiefer gehenden Gliederung nach Ertragsmeßzahlklassen nachgewiesen. In der untersten Klasse mit EMZ unter 20 (in Hundert) je ha FdIN, das sind im allgemeinen die sogenannten Grenzertragsböden, wurden im gesamten Berichtszeitraum von 1974 bis 1989 relativ wenige Veräußerungsfälle mit entsprechend geringer verkaufter Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung registriert. Die nächsthöhere Klasse mit EMZ von 20 bis unter 30 (in Hundert) je ha FdIN ist hingegen durchweg stärker und im Zeitablauf ausgeglichener besetzt. Bemerkenswerte Ergebnisse liefern die Untergliederungen mit EMZ von 60 bis unter 70 (in Hundert) je ha FdIN sowie 70 und mehr (in Hundert) je ha FdIN. Der Durchschnittskaufwert in der letzten, nach oben bis zur maximal möglichen EMZ von 100 (in Hundert) je ha FdIN offenen Bodengüteklasse übersteigt den Durchschnitts-

Tabelle 4 Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Ertragsmeßzahlklassen in erweiterter Gliederung

Jahr	Veräußerungsfälle							
	insgesamt	davon Veräußerungsfälle mit Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung mit Ertragsmeßzahlen (in Hundert) von bis unter je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung						
		unter 20	20 — 30	30 — 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 und mehr
Veräußerungsfälle								
Anzahl								
1974	22 356	666	2 306	5 450	5 235	3 432	2 423	2 844
1975	25 015	480	2 570	6 201	6 083	3 943	2 669	3 069
1976	28 564	455	2 794	7 032	7 025	4 785	2 961	3 512
1977	30 319	360	3 121	7 562	7 177	4 990	3 228	3 881
1978	29 068	307	2 983	7 376	6 990	4 664	3 220	3 528
1979	27 922	298	2 923	7 026	6 749	4 585	3 000	3 335
1980	25 997	155	2 851	6 577	6 431	4 327	2 693	2 963
1981	25 853	207	3 051	6 562	6 118	4 185	2 708	3 022
1982	27 316	242	3 401	7 477	6 381	4 186	2 696	2 933
1983	29 652	338	3 552	7 806	6 903	4 530	3 025	3 498
1984	31 423	428	3 642	8 239	7 331	4 914	3 177	3 692
1985	34 315	431	4 116	8 896	7 917	5 167	3 687	4 101
1986	35 281	462	4 068	8 958	8 005	5 637	3 869	4 282
1987	32 349	418	3 719	8 361	7 572	5 223	3 459	3 597
1988	31 722	461	3 687	7 923	7 367	5 228	3 461	3 595
1989	31 481	462	3 792	8 200	7 464	4 976	3 171	3 416
Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung								
ha								
1974	24 955	916	3 493	6 310	5 612	4 063	2 100	2 462
1975	28 124	975	3 976	7 334	6 386	3 994	2 646	2 813
1976	29 016	537	4 006	7 897	6 668	4 550	2 646	2 712
1977	30 173	445	4 622	8 258	6 783	4 472	2 576	3 016
1978	27 324	427	4 024	7 749	6 259	3 925	2 419	2 521
1979	26 070	384	3 793	7 181	6 013	3 838	2 261	2 600
1980	25 151	185	3 724	7 257	5 981	3 666	2 130	2 207
1981	27 955	300	4 629	7 849	5 913	4 109	2 490	2 663
1982	32 888	508	5 593	9 490	6 777	4 779	2 757	2 984
1983	35 800	580	5 914	10 183	7 500	5 041	3 052	3 533
1984	38 268	667	6 103	10 937	8 027	5 659	3 189	3 685
1985	43 444	711	7 351	12 355	9 381	5 863	3 854	3 929
1986	45 275	706	7 509	12 958	9 485	6 212	4 220	4 184
1987	45 751	528	8 050	13 551	9 539	6 468	3 889	3 724
1988	44 564	799	6 843	12 283	9 453	7 159	4 108	3 920
1989	44 485	676	7 049	12 550	9 713	6 819	3 814	3 863
Durchschnittliche Kaufwerte je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung								
DM								
1974	16 668	8 899	11 243	11 686	16 050	19 584	23 780	30 552
1975	17 193	8 908	11 150	12 539	16 312	20 155	24 277	31 876
1976	18 723	11 828	12 879	13 274	17 441	22 520	26 107	34 159
1977	22 160	12 739	15 094	16 470	21 225	27 280	30 065	37 724
1978	25 732	17 060	18 871	19 904	24 386	29 346	35 594	44 318
1979	30 474	23 303	22 561	23 141	29 323	35 947	40 177	49 476
1980	36 036	25 991	27 694	28 417	33 825	43 125	46 837	59 795
1981	39 245	27 585	28 053	30 561	37 520	44 887	53 174	67 712
1982	37 105	24 428	26 828	27 953	36 086	44 197	52 273	64 576
1983	38 103	24 914	27 469	28 603	36 129	46 090	52 000	66 239
1984	38 265	22 242	26 531	27 852	37 572	45 872	52 868	68 696
1985	36 864	23 806	26 059	27 061	36 103	45 798	50 441	66 439
1986	34 825	20 980	24 136	25 779	34 250	44 266	46 871	59 501
1987	32 700	20 451	22 470	24 842	33 674	39 407	47 302	55 748
1988	31 511	18 906	21 807	23 482	31 181	38 006	42 419	53 677
1989	30 924	21 665	22 530	23 663	29 995	38 713	41 246	49 850

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin — Ohne Gebäude und ohne Inventar

wert je Flächeneinheit in der Klasse von 60 bis unter 70 Ertragsmeßzahlen (in Hundert) je ha FdIN in allen Jahren mit Ausnahme von 1987 um mehr als 20 % (1987: um 17,9 %; 1989: um 20,9 %). Dabei sind diese beiden Klassen im Hinblick auf die verkauften Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung durchweg etwa gleichmäßig besetzt.

Die Häufigkeitsverteilung der nach der Höhe des Kaufwertes je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung gegliederten Veräußerungs-/Kauffälle (siehe Tabelle 5 auf S. 786) läßt insbesondere zwischen 1974 und 1980 (bzw. 1981) eine kräftige Verlagerung der auf die einzelnen Kaufwertklassen entfallenden Besetzungen von den unteren nach den oberen Kaufwertklassen erkennen. Diese Tendenz setzte sich, wenngleich abgeschwächt, noch bis 1985 fort, wurde dann aber im Zuge des allgemeinen Rückgangs der durchschnittlichen Kaufwerte im Bundes-

gebiet ins Gegenteil verkehrt. Verglichen mit 1985 erhöhte sich der Anteil der Kaufwertklassen unter 40 000 DM je ha FdIN an den Veräußerungsfällen insgesamt von 61 auf 70 % im Jahr 1989, während der Anteil der Kaufwertklassen über 40 000 DM je ha FdIN im gleichen Zeitraum von 39 auf 30 % sank.

Regionale Unterschiede der Kaufwerte

In der Gliederung nach Bundesländern (ohne Stadtstaaten) entwickelten sich die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke im Jahr 1989 uneinheitlich. Auffällig ist, daß die Kaufwerte in den nördlichen Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen entgegen der Tendenz der letzten vier Jahre leicht zugenommen haben, während sie in den südlicher gelegenen Bundesländern

Tabelle 5 Veräußerungsfälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Kaufwertklassen

Kaufwert von bis unter DM je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	Veräußerungsfälle				
	1974	1980	1985	1988	1989
	Prozent				
unter 10 000	37,1	15,0	8,6	10,4	11,9
10 000 — 20 000	29,2	21,7	20,8	24,0	25,8
20 000 — 30 000	14,3	17,8	18,3	19,0	19,4
30 000 — 40 000	6,8	13,1	13,0	13,5	12,7
40 000 — 50 000	3,8	9,4	9,7	9,5	9,0
50 000 — 60 000	2,3	7,0	7,3	7,0	6,3
60 000 — 80 000	2,3	7,6	9,7	7,4	6,9
80 000 — 100 000	1,4	3,4	4,9	3,5	3,0
100 000 — 150 000	1,7	3,6	5,4	3,8	3,4
150 000 und mehr	1,1	1,4	2,3	1,9	1,6
Insgesamt	100	100	100	100	100
	Anzahl				
Insgesamt	22 356	25 997	34 315	31 722	31 481

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin — Ohne Gebäude und ohne Inventar

(mit Ausnahme des Saarlandes) wie im Vorjahr recht deutlich zurückgegangen sind. Die Ergebnisse der Kaufwertestatistik nach Bundesländern und Regierungsbezirken sind in Tabelle 6 nachgewiesen.

Obwohl das Bundesland Bayern einen überdurchschnittlichen Rückgang (— 5,1 %) des mittleren Kaufwertes hinnehmen mußte, blieb es mit 55 835 DM je ha FdIN (81 %

über dem Bundesdurchschnitt) bereits im siebten aufeinanderfolgenden Jahr an der Spitze der Länderskala. Nur zwei weitere Länder weisen durchschnittliche Kaufwerte auf, die ebenfalls über dem Ergebnis für das Bundesgebiet liegen. In Nordrhein-Westfalen wurde nach einer Zunahme um 0,8 % ein durchschnittlicher Kaufwert von 46 002 DM je ha FdIN errechnet, der das Bundesergebnis um 49 % übersteigt. Für Baden-Württemberg ergab sich nach einer Einbuße um 5,7 % ein mittlerer Kaufwert von 40 057 DM je ha FdIN, der um 30 % über dem Bundesdurchschnitt angesiedelt blieb. Zwar mit deutlichem Abstand, aber erstmals auf Rang vier unter den Bundesländern ist das Saarland zu finden, in dem der durchschnittliche Kaufwert nach einem Anstieg um 7,0 % nunmehr 26 462 DM je ha FdIN (86 % des Bundesdurchschnitts) erreicht. In Hessen, wo der durchschnittliche Kaufwert seit 1984 kontinuierlich zurückgegangen ist, wurden im Jahr 1989 nach einem Rückgang der Kaufwerte um 3,5 % noch 26 141 DM je ha FdIN (85 % des Bundesdurchschnitts) bezahlt. Für Niedersachsen wurde nach einem geringfügigen Anstieg um 0,7 % ein durchschnittlicher Kaufwert von 24 518 DM je ha FdIN (79 % des Bundesergebnisses) ermittelt. Auf Niedersachsen entfielen 36 % der gesamten verkauften Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (nach 33 % im Vorjahr). Der größte Rückgang des durchschnittlichen Kaufwertes wurde 1989 in Rheinland-Pfalz verzeichnet, und zwar um 9,5 %

Tabelle 6 Durchschnittliche Kaufwerte von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach Ländern und Regierungsbezirken

Land Regierungsbezirk	Veräußerungsfälle			Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung			Kaufwert je ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung			
	1988	1989	1989 gegenüber 1988	1988	1989	1989 gegenüber 1988	1988	1989	1989 gegenüber 1988	1989
	Anzahl		%	ha		%	DM		%	Bundesgebiet = 100
Schleswig-Holstein	1 753	1 628	— 7,1	8 846	7 770	— 12,2	18 369	18 746	+ 2,1	61
Niedersachsen	5 663	6 105	+ 7,8	14 846	15 879	+ 7,0	24 348	24 518	+ 0,7	79
Braunschweig	958	1 001	+ 4,5	2 006	2 256	+ 12,5	27 371	26 728	— 2,3	86
Hannover	1 293	1 409	+ 9,0	3 111	3 262	+ 4,9	29 841	29 253	— 2,0	95
Lüneburg	1 720	1 809	+ 5,2	5 667	5 237	— 7,6	17 852	17 424	— 2,4	56
Weser-Ems	1 692	1 886	+ 11,5	4 062	5 124	+ 26,2	27 708	27 782	+ 0,3	90
Nordrhein-Westfalen	2 922	2 883	— 1,3	5 432	5 158	— 5,0	45 658	46 002	+ 0,8	149
Düsseldorf	347	336	— 3,2	790	597	— 24,4	56 277	57 783	+ 2,7	187
Köln	786	820	+ 4,3	869	982	+ 13,0	48 382	56 088	+ 15,9	181
Münster	694	639	— 7,9	1 777	1 839	+ 3,5	47 119	43 982	— 6,7	142
Detmold	666	625	— 6,2	1 329	966	— 27,3	38 141	36 704	— 3,8	119
Arnsberg	429	463	+ 7,9	666	772	+ 15,9	40 606	40 510	— 0,2	131
Hessen	2 789	2 805	+ 0,6	2 227	2 433	+ 9,3	27 102	26 141	— 3,5	85
Darmstadt	937	849	— 9,4	590	546	— 7,5	45 242	44 601	— 1,4	144
Gießen	966	983	+ 1,8	734	832	+ 13,4	19 709	19 587	— 0,6	63
Kassel	886	973	+ 9,8	903	1 055	+ 16,8	21 263	21 758	+ 2,3	70
Rheinland-Pfalz	5 546	6 083	+ 9,7	3 232	3 560	+ 10,1	23 433	21 216	— 9,5	69
Koblenz	2 276	2 488	+ 9,3	1 366	1 526	+ 11,7	18 356	17 615	— 4,0	57
Trier	1 222	1 445	+ 18,3	786	969	+ 23,3	14 668	14 560	— 0,7	47
Rheinhesen-Pfalz	2 048	2 150	+ 5,0	1 080	1 064	— 1,5	36 230	32 444	— 10,4	105
Baden-Württemberg	8 381	7 339	— 12,4	5 043	4 398	— 12,8	42 471	40 057	— 5,7	130
Stuttgart	2 661	2 226	— 16,3	1 686	1 252	— 25,7	52 584	52 292	— 0,6	169
Karlsruhe	1 894	1 688	— 10,9	826	743	— 10,0	35 137	33 332	— 5,1	108
Freiburg	1 987	1 717	— 13,6	1 103	987	— 10,5	32 432	31 368	— 3,3	101
Tübingen	1 839	1 708	— 7,1	1 427	1 416	— 0,8	42 528	38 822	— 8,7	126
Bayern	3 975	4 014	+ 1,0	4 688	5 045	+ 7,6	58 839	55 835	— 5,1	181
Oberbayern	627	605	— 3,5	785	741	— 5,6	88 979	83 715	— 5,9	271
Niederbayern	695	739	+ 6,3	1 057	1 172	+ 10,9	66 924	63 655	— 4,9	206
Oberpfalz	227	390	+ 71,8	312	510	+ 63,5	45 620	40 885	— 10,4	132
Oberfranken	325	337	+ 3,7	328	388	+ 18,3	25 523	26 310	+ 3,1	85
Mittelfranken	420	373	— 11,2	464	432	— 6,9	49 256	47 558	— 3,4	154
Unterfranken	889	752	— 15,4	728	691	— 5,1	34 733	37 249	+ 7,2	120
Schwaben	792	818	+ 3,3	1 014	1 111	+ 9,6	63 586	60 925	— 4,2	197
Saarland	693	624	— 10,0	249	243	— 2,4	24 734	26 462	+ 7,0	86
Bundesgebiet ²⁾	31 722	31 481	— 0,8	44 564	44 485	— 0,2	31 511	30 924	— 1,9	100

¹⁾ Ohne Gebäude und ohne Inventar — ²⁾ Ohne Hamburg, Bremen und Berlin

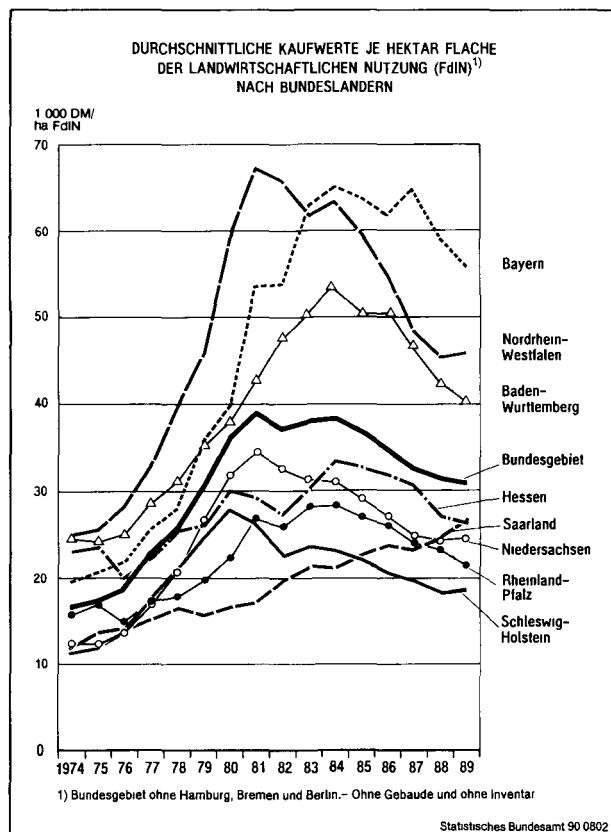
auf 21 216 DM je ha FdIN (69 % des Bundesdurchschnitts). Den achten Rang hinsichtlich des durchschnittlichen Kaufwertes nimmt seit 1985 Schleswig-Holstein ein, obwohl in diesem Bundesland erstmals seit sechs Jahren wieder eine Zunahme um 2,1 % auf 18 746 DM je ha FdIN (61 % des Bundesergebnisses) registriert wurde. Der Vergleich von Schleswig-Holstein mit Bayern, also der Bundesländer mit dem niedrigsten und mit dem höchsten Kaufwert je ha FdIN, ergibt für Bayern den dreifachen Kaufwert je Flächeneinheit gegenüber Schleswig-Holstein (55 835 DM zu 18 746 DM).

In Schaubild 3 wird die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz nach Bundesländern im Zeitraum 1974 bis 1989 dargestellt. Aus dem Schaubild werden sowohl die Verschiebungen in der Reihenfolge der Bundesländer nach der Höhe des durchschnittlichen Kaufwertes als auch die im Laufe der Zeit eingetretene Vergrößerung des Abstands zwischen den Bundesländern mit relativ hohen und mit relativ niedrigen Kaufwerten für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung deutlich⁹⁾.

Die durchschnittliche Bodengüte der veräußerten Grundstücke, gemessen in Ertragsmeßzahlen (in Hundert) je ha FdIN, erfuhr im Vergleich der Jahre 1988 und 1989 nur in einigen Bundesländern größere Veränderungen¹⁰⁾. Deutlich gestiegen ist die durchschnittliche Ertragsmeßzahl der

⁹⁾ Das Zahlenmaterial zu den durchschnittlichen Kaufwerten nach Bundesländern (und nach Regierungsbezirken) im Zeitablauf wird regelmäßig in Fachserie 3, Reihe 24, „Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz“, veröffentlicht
¹⁰⁾ Siehe die jeweilige Tabelle 1 in diesem Aufsatz und im Aufsatz „Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1988“ in WiSta 10/1989, S. 642

Schaubild 3



Parzellen nur in Schleswig-Holstein, und zwar von 43,8 auf 44,9 (in Hundert) je ha FdIN. In diesem Land ist gleichzeitig die durchschnittliche Flächengröße der veräußerten Grundstücke von 5,05 auf 4,77 ha FdIN, das heißt um 5,5 %, zurückgegangen. Da in Schleswig-Holstein der durchschnittliche Kaufwert im Vergleich der beiden letzten Jahre um 2,1 % zugenommen hat, ergibt sich für dieses Bundesland durchaus eine Übereinstimmung der kurzfristigen Preisbildung auf dem landwirtschaftlichen Grundstücksmarkt mit ihren beiden quantifizierbaren Einflußfaktoren. Eine solche Übereinstimmung, wenngleich in stärkerem Maße überlagert durch die Einwirkungen anderer nicht quantifizierbarer Einflußfaktoren wie des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, kann noch bei Rheinland-Pfalz beobachtet werden, wo der deutliche Rückgang des durchschnittlichen Kaufwertes je Flächeneinheit um 9,5 % mit der Abnahme der mittleren Ertragsmeßzahl der veräußerten Grundstücke von 46,7 auf 45,7 (in Hundert) je ha FdIN und einem geringfügigen Anstieg der durchschnittlichen Flächengröße einhergeht. In einigen Bundesländern (Baden-Württemberg, Saarland) ergibt sich nur eine marginale Übereinstimmung der Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte mit der Entwicklung der quantifizierbaren Einflußfaktoren, während in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen der spurbare Verminderung der durchschnittlichen Ertragsmeßzahlen der veräußerten Parzellen ein leichter Anstieg der durchschnittlichen Kaufwerte je ha FdIN gegenübersteht.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz wird in Tabelle 6 auch für die 26 Regierungsbezirke, vervollständigt durch die Ergebnisse des Landes Schleswig-Holstein und des Saarlandes, nachgewiesen. In den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ergab sich in allen Regierungsbezirken ein Rückgang der durchschnittlichen Kaufwerte, der aber unterschiedlich hoch ausfiel (von - 0,6 bis - 10,4 %). In den übrigen nach Regierungsbezirken gegliederten Bundesländern war die Entwicklung eher uneinheitlich. Der höchste Anstieg wurde im Regierungsbezirk Köln (+ 15,9 %) verzeichnet, gefolgt von Unterfranken (+ 7,2 %). Zweistellige Prozentualeinbußen wurden nur für die Regierungsbezirke Rheinhessen-Pfalz und Oberpfalz mit jeweils - 10,4 % errechnet. Der niedrigste Durchschnittswert wurde nach wie vor für den Regierungsbezirk Trier mit 14 560 DM je ha FdIN ermittelt. Dagegen wurde im Regierungsbezirk Oberbayern - trotz eines Rückganges um fast 6 % - mit 83 715 DM je ha FdIN erneut der höchste Kaufwert registriert, der das Ergebnis des Regierungsbezirks Trier um das 5,7fache übertraf.

Wie in den meisten Vorjahren, war die Entwicklung auf dem Grundstücksmarkt im Jahr 1989 durch regional sehr unterschiedliche Zu- bzw. Abnahmen der veräußerten Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung gekennzeichnet. Im Vergleich zum Vorjahr größere Flächenausdehnung hatten die Verkäufe in den Bundesländern Rheinland-Pfalz (+ 10 %), Hessen (+ 9 %), Bayern (+ 8 %) und Niedersachsen (+ 7 %), weniger Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung wurden in Baden-Württemberg (- 13 %), Schleswig-Holstein (- 12 %), Nordrhein-Westfalen (- 5 %) und dem Saarland (- 2 %) verkauft. Von den Regierungsbezirken wies die Oberpfalz den größten Anstieg der verkauften

FdIN (+ 64 %) auf, gefolgt von Weser-Ems (+ 26 %) und Trier (+ 23 %). Deutlich abgenommen haben die veräußerten Flächen in den Regierungsbezirken Detmold (— 27 %), Stuttgart (— 26 %) und Düsseldorf (— 24 %).

Kaufwerte nach der Rechtsform des Veräußerers und der des Erwerbers

Bei der Erhebung der Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung wird auch die Rechtsform des Veräußerers und des Erwerbers ermittelt. Erhoben werden die Merkmale „natürliche Person“, „juristische Person des öffentlichen Rechts“ und „juristische Person des privaten Rechts“. Nach dem Darstellungsprogramm werden nur die Ergebnisse für „Veräußerungsfälle insgesamt“ und für „Veräußerungsfälle von natürlichen Personen an natürliche Personen“ nachgewiesen. Durch eine Differenzbildung lassen sich auch Ergebnisse für „sonstige Veräußerungsfälle“ errechnen; diese Veräußerungsfälle schließen folgende Beziehungen zwischen Veräußerer und Erwerber ein

- Veräußerer ist natürliche Person, Erwerber ist juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts (und umgekehrt);
- Veräußerer und Erwerber sind juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts.

Die Veräußerungsfälle von einer juristischen Person als Veräußerer an eine natürliche Person als Erwerber dürften in der Praxis relativ selten anzutreffen sein; das Gros der „sonstigen Veräußerungsfälle“ entfällt mit großer Wahrscheinlichkeit auf Käufe landwirtschaftlich genutzter Grundstücke durch juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, bei denen natürliche Personen als Veräußerer auftreten.

Die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für landwirtschaftlichen Grundbesitz in der Gliederung nach der Rechtsform des Veräußerers und des Erwerbers für die Jahre 1974 bis

1989¹¹⁾ (siehe Tabelle 7) zeigen, daß der durchschnittliche Kaufwert je Flächeneinheit für die „Veräußerungsfälle von natürlichen Personen an natürliche Personen“ im Berichtszeitraum stets niedriger als der durchschnittliche Kaufwert für „sonstige Veräußerungsfälle“ lag. Setzt man den Bundesdurchschnitt (Durchschnittskaufwert für „Veräußerungsfälle insgesamt“) des jeweiligen Jahres gleich 100, ergeben sich folgende Vergleichszahlen:

- für Veräußerungsfälle von natürlichen Personen an natürliche Personen: 1974 96,9; 1980 94,9; 1985 94,7; 1989 92,0 und
- für sonstige Veräußerungsfälle: 1974 111,3; 1980 119,7; 1985 123,1; 1989 127,8.

Während der durchschnittliche Kaufwert für „Veräußerungsfälle insgesamt“ im Jahr 1989 gegenüber 1988 um 1,9 % zurückging, sank der Durchschnittskaufwert je Flächeneinheit für „Veräußerungsfälle von natürlichen Personen an natürliche Personen“ etwas deutlicher, und zwar um 2,9 %. Das durchschnittliche Ergebnis für die „sonstigen Veräußerungsfälle“ verminderte sich im Vergleich der Jahre 1988 und 1989 lediglich um 0,3 %. Der Anteil der verkauften FdIN der „sonstigen Veräußerungsfälle“ an der gesamten umgesetzten Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung belief sich im Jahr 1989 allerdings nur auf 22 %; den höchsten Anteil von 24 % erreichten diese Veräußerungsfälle im Jahr 1987.

In der Gliederung nach Bundesländern lassen die Ergebnisse der Kaufwertestatistik nach der Rechtsform des Veräußerers und des Erwerbers (siehe Tabelle 8) erkennen, daß die durchschnittlichen Kaufwerte für die „sonstigen Veräußerungsfälle“ in Schleswig-Holstein in allen Jahren unter den Durchschnittskaufwerten für die „Veräußerungsfälle von natürlichen Personen an natürliche Personen“ lagen. In den übrigen Bundesländern (mit Ausnahme von

¹¹⁾ Die erstmalige Veröffentlichung der Ergebnisse der Kaufwertestatistik in der Gliederung nach der Rechtsform des Veräußerers und des Erwerbers erfolgte im Aufsatz „Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1987“ in WiSta 10/1988, S. 715f

Tabelle 7 Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach der Rechtsform des Veräußerers und des Erwerbers

Jahr	Veräußerungsfälle											
	insgesamt				von natürlichen Personen an natürliche Personen				sonstige			
	Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN)	Kaufwert je ha FdIN		Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN)	Kaufwert je ha FdIN		Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN)	Kaufwert je ha FdIN	
			Anzahl	DM			1974 = 100	Anzahl			DM	1974 = 100
1974	22 356	24 955	16 668	100	19 463	19 657	16 159	100	2 893	5 299	18 556	100
1975	25 015	28 124	17 193	103,1	22 019	23 144	16 920	104,7	2 996	4 980	18 466	99,5
1976	28 564	29 016	18 723	112,3	25 630	24 442	18 534	114,7	2 934	4 573	19 731	106,3
1977	30 319	30 173	22 160	132,9	27 309	26 156	21 405	132,5	3 010	4 017	27 079	145,9
1978	29 068	27 324	25 732	154,4	25 930	22 588	24 686	152,8	3 138	4 736	30 719	165,5
1979	27 922	26 070	30 474	182,8	24 605	21 249	29 493	182,5	3 317	4 821	34 796	187,5
1980	25 997	25 151	36 036	216,2	22 547	19 972	34 193	211,6	3 450	5 179	43 141	232,5
1981	25 853	27 955	39 245	235,5	22 316	22 338	37 530	232,3	3 537	5 616	46 068	248,3
1982	27 316	32 888	37 105	222,6	23 710	26 371	35 656	220,7	3 606	6 517	42 968	231,6
1983	29 652	35 800	38 103	228,6	25 811	29 357	36 482	225,8	3 841	6 444	45 487	245,1
1984	31 423	38 268	38 265	229,6	26 775	30 791	36 606	226,5	4 648	7 477	45 096	243,0
1985	34 315	43 444	36 864	221,2	29 521	35 354	34 919	216,1	4 794	8 090	45 366	244,5
1986	35 281	45 275	34 825	208,9	29 983	35 786	33 198	205,4	5 298	9 489	40 961	220,7
1987	32 349	45 751	32 700	196,2	26 935	34 794	30 875	191,1	5 414	10 957	38 493	207,4
1988	31 722	44 564	31 511	189,1	26 289	35 054	29 305	181,4	5 433	9 510	39 640	213,6
1989	31 481	44 485	30 924	185,5	26 067	34 535	28 445	176,0	5 414	9 950	39 527	213,0

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin — Ohne Gebäude und ohne Inventar

Tabelle 8. Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung¹⁾ nach der Rechtsform des Veräußerers und des Erwerbers und nach Ländern

Land	Jahr	Veräußerungsfälle											
		insgesamt				von natürlichen Personen an natürliche Personen				sonstige			
		Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdlN)	Kaufwert je ha FdlN		Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdlN)	Kaufwert je ha FdlN		Veräußerungsfälle	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdlN)	Kaufwert je ha FdlN	
				Anzahl	ha			DM	1974 = 100			DM	1974 = 100
Schleswig-Holstein	1974	1 306	5 839	11 215	100	1 014	3 782	11 635	100	292	2 057	10 444	100
	1980	1 077	3 791	27 851	248,3	830	2 648	29 848	256,5	247	1 143	23 226	222,4
	1985	1 704	7 461	22 176	197,7	1 365	5 772	23 053	198,1	339	1 689	19 180	183,6
	1988	1 753	8 846	18 369	163,8	1 371	6 502	18 790	161,5	382	2 344	17 200	164,7
	1989	1 628	7 770	18 746	167,2	1 273	5 551	18 922	162,6	355	2 219	18 308	175,3
Niedersachsen	1974	2 750	6 482	12 455	100	2 398	5 457	12 086	100	352	1 026	14 423	100
	1980	3 319	6 165	31 853	255,7	2 879	4 983	31 629	261,7	440	1 181	32 797	227,4
	1985	7 008	16 284	29 165	234,2	6 173	13 743	28 764	238,0	835	2 541	31 338	217,3
	1988	5 663	14 846	24 348	195,5	4 835	12 070	23 933	198,0	828	2 776	26 151	181,3
	1989	6 105	15 879	24 518	196,9	5 147	12 589	23 444	194,0	958	3 289	28 632	198,5
Nordrhein-Westfalen	1974	1 672	2 706	25 118	100	1 446	2 112	24 248	100	226	594	28 211	100
	1980	2 427	3 618	60 190	239,6	2 033	2 563	53 891	222,2	394	1 056	75 483	267,6
	1985	3 027	4 762	59 565	237,1	2 461	3 562	54 814	226,1	566	1 200	73 670	261,1
	1988	2 922	5 432	45 658	181,8	2 273	4 031	41 454	171,0	649	1 401	57 753	204,7
	1989	2 883	5 158	46 002	183,1	2 286	3 879	40 317	166,3	597	1 278	63 257	224,2
Hessen	1974	1 624	1 031	23 134	100	1 399	789	21 724	100	225	242	27 742	100
	1980	2 334	1 445	30 109	130,2	2 007	1 216	27 775	127,9	327	229	42 488	153,2
	1985	2 866	2 140	32 849	142,0	2 458	1 784	30 662	141,1	408	356	43 809	157,9
	1988	2 789	2 227	27 102	117,2	2 276	1 845	23 647	108,9	513	382	43 784	157,8
	1989	2 805	2 433	26 141	113,0	2 268	1 964	23 304	107,3	537	469	38 023	137,1
Rheinland-Pfalz	1974	4 354	1 970	15 844	100	3 963	1 772	14 913	100	391	198	24 192	100
	1980	5 759	2 879	22 358	141,1	5 234	2 638	20 974	140,6	525	241	37 516	155,1
	1985	6 582	3 656	27 046	170,7	5 816	3 167	24 998	167,6	766	489	40 322	166,7
	1988	5 546	3 232	23 433	147,9	4 759	2 834	21 035	141,1	787	398	40 491	167,4
	1989	6 083	3 560	21 216	133,9	5 325	3 113	18 506	124,1	758	447	40 107	165,8
Baden-Württemberg	1974	5 622	2 548	24 493	100	4 924	2 120	22 388	100	698	427	34 938	100
	1980	5 686	2 519	38 115	155,6	5 059	2 175	37 660	168,2	627	344	40 993	117,3
	1985	8 280	4 639	50 519	206,3	7 420	3 840	46 555	207,9	860	799	69 575	199,1
	1988	8 381	5 043	42 471	173,4	7 332	4 125	39 522	176,5	1 049	918	55 721	159,5
	1989	7 339	4 398	40 057	163,5	6 400	3 554	37 512	167,6	939	844	50 767	145,3
Bayern	1974	4 499	4 214	19 541	100	3 857	3 499	18 300	100	642	715	25 609	100
	1980	4 686	4 434	40 071	205,1	3 901	3 556	37 661	205,8	785	879	49 822	194,5
	1985	4 008	4 183	63 759	326,3	3 182	3 248	59 541	325,4	826	934	78 424	306,2
	1988	3 975	4 688	58 839	301,1	2 970	3 482	51 602	282,0	1 005	1 206	79 730	311,3
	1989	4 014	5 045	55 835	285,7	2 923	3 735	49 808	272,2	1 091	1 310	73 021	285,1
Saarland	1974	529	165	11 800	100	462	125	11 214	100	67	39	13 661	100
	1980	709	299	16 718	141,7	604	193	16 617	148,2	105	106	16 900	123,7
	1985	840	318	22 734	192,7	646	236	20 373	181,7	194	82	29 540	216,2
	1988	693	249	24 734	209,6	473	165	19 250	171,7	220	84	35 497	259,8
	1989	624	243	26 462	224,3	445	149	20 381	181,7	179	94	36 146	264,6

¹⁾ Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin — Ohne Gebäude und ohne Inventar

Niedersachsen im Jahr 1987) war der durchschnittliche Kaufwert für die „sonstigen Veräußerungsfälle“ jedoch stets höher. Die höchste Relation zwischen dem durchschnittlichen Kaufwert für die „sonstigen Veräußerungsfälle“ und demjenigen für die „Veräußerungsfälle von natürlichen Personen an natürliche Personen“ (der letztere gleich

100) weist im Jahr 1989 das Bundesland Rheinland-Pfalz mit 217 auf, gefolgt vom Saarland mit 177 und Hessen mit 163. Die niedrigsten Relationen liegen in den nördlichen Bundesländern Schleswig-Holstein mit 97 und Niedersachsen mit 122 vor.

Dr. Vladislav Bajaja

Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Gemüse 1990

Vorbemerkung

Obwohl seit der politischen Vereinigung am 3. Oktober dieses Jahres die Statistischen Gesetze der Bundesrepublik prinzipiell auch für die neuen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gelten, beziehen sich die dieser Veröffentlichung zugrunde liegenden Daten und ihre Kommentierung ausschließlich auf den vor dem 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West). Selbstverständlich wurden auch auf dem Gebiet der neuen Bundesländer Anbau und Ernte landwirtschaftlicher Kulturen statistisch erhoben, jedoch mit anderen Verfahren und häufig anderer Zielrichtung hinsichtlich der Ergebnisse und ihrer Verwendung. Eine einfache Zusammenfassung der verschiedenen Ergebnisse ist deshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Auch die Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften an bestimmte Daten, wie zum Beispiel die der Getreideproduktion im Hinblick auf Marktordnungsmechanismen und Interventionspreise des kommenden Erntejahres — die bereits jetzt diskutiert werden — beziehen sich nur auf die Ergebnisse des Gebiets der Bundesrepublik vor dem 3. Oktober dieses Jahres.

Dies alles wird sich vermutlich im nächsten Jahr ändern, so daß davon auszugehen ist, daß die vorliegende Darstellung statistischer Ergebnisse über Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Gemüse die letzte in einer fast 40 Jahre langen Reihe ist.

Die zur Ermittlung der Anbauflächen landwirtschaftlicher Kulturen vorgesehene Bodennutzungshaupterhebung fand im Mai als Stichprobe mit einem Auswahlatz von knapp 11 % statt. Etwa 91 000 Betriebe wurden in die Erhebung einbezogen. Ebenfalls repräsentativ fand die Gemüseanbauerhebung im Juli dieses Jahres statt, bei der die Anbauflächen der wichtigsten Gemüsearten festgestellt wurden. Die Ermittlung der Ernteerträge erfolgt durch Ertragsschätzungen der amtlichen Ernteberichtersteller, die bei Getreide und Kartoffeln zusätzlich durch das schon mehrfach beschriebene Verfahren der Besonderen Erntemittlung¹⁾ ergänzt wird.

Die Ernte einiger in diesem Bericht angeführten Kulturen — Ruben, Mais und späte Gemüsearten — ist noch nicht abgeschlossen. Auch die Ergebnisse der Anbauflächen-erhebung haben noch vorläufigen Charakter. Die bislang vorliegenden Daten reichen jedoch aus, Erntemengen relativ sicher zu berechnen.

Die endgültigen Ergebnisse für Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Gemüse werden in der Fachserie 3, Reihe 3, „Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung 1990“, veröffentlicht.

Ergebnisse

Rund 7,3 Mill. ha wurden 1990 als Ackerland genutzt, etwa 46 000 ha mehr als im Jahr zuvor. Davon wurden 211 000 ha — knapp 3 % — im Rahmen des Flächenstilllegungsprogramms gegen Entschädigung aus der Produktion genommen. Den größten Anteil hatte mit fast 62 % wie stets der Getreideanbau, der allerdings gegenüber

Tabelle 1. Anbau auf dem Ackerland

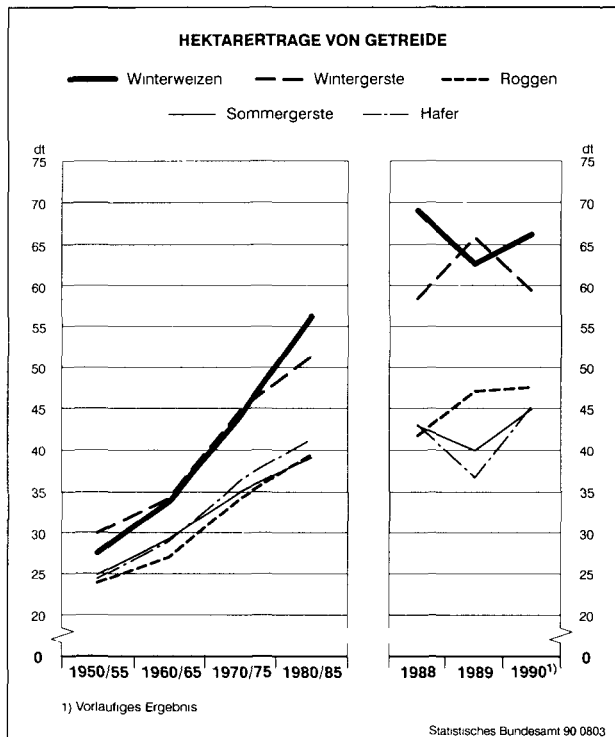
Fruchtart	Fläche			1990 ¹⁾ gegenüber	
	1984/89 D	1989	1990 ¹⁾	1984/89 D	1989
	1 000 ha			%	
Ackerland	7 253	7 273	7 319	+ 0,9	+ 0,6
Getreide	4 785	4 639	4 490	- 6,2	- 3,2
Brotgetreide	2 103	2 169	2 106	+ 0,2	- 2,9
Winterweizen	1 603	1 714	1 632	+ 1,8	- 4,7
Sommerweizen ²⁾	80	50	39	- 51,7	- 23,1
Hartweizen (Durum)		13	9	x	- 30,4
Roggen	409	382	415	+ 1,5	+ 8,4
Wintermengengetreide	11	10	11	+ 3,6	+ 12,8
Futtergetreide	2 490	2 261	2 158	- 13,3	- 4,5
Wintergerste	1 198	1 064	1 091	- 8,9	+ 2,5
Sommergerste	691	682	608	- 12,0	- 10,8
Hafer	499	419	340	- 31,8	- 18,7
Sommermengengetreide ³⁾	102	67	56	- 44,8	- 16,9
Triticale		29	63	x	+ 114,2
Körnermais ⁴⁾	192	131	148	x	+ 13,3
Corn-Cob-Mix		78	77	x	- 1,4
Hulsenfrüchte	66	72	50	- 24,7	- 30,9
darunter					
Futtererbsen		20	17	x	- 11,5
Ackerbohnen	35	47	28	- 20,7	- 40,8
Hackfrüchte	692	653	682	- 1,5	+ 4,4
darunter					
Kartoffeln	209	201	214	+ 2,1	+ 6,5
Zuckerruben ⁵⁾	389	383	410	+ 5,2	+ 6,8
Gemüse, Erdbeeren und andere Gartengewächse	61	65	67	+ 8,4	+ 2,4
Handelsgewächse	387	486	643	+ 65,9	+ 32,3
darunter					
Raps, Ruben	345	429	573	+ 66,2	+ 33,6
Flachs (Lein)		3	3	x	- 1,5
Kornersonnenblumen		15	24	x	+ 63,7
Futterpflanzen	1 216	1 202	1 177	- 3,2	- 2,1
dar Silomais (einschl. Lieschkolbenschrot)	923	924	895	- 3,0	- 3,1
Flächen, für die eine Stilllegungsprämie gezahlt wird ⁶⁾	44	155	211	x	+ 36,1

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis — ²⁾ 1984/89 z T einschl. Hartweizen — ³⁾ 1984/89 z T einschl. Triticale — ⁴⁾ 1984/89 z T einschl. Corn-Cob-Mix — ⁵⁾ Zur Rubengewinnung — ⁶⁾ Z T einschl. „Zum Unterpflügen bestimmte Hauptfrüchte als Grundung und Schwarzbrache“

1989 eingeschränkt wurde. Deutlich zurück gingen die Anbauflächen von Hafer (-19%) und Sommergerste (-11%), aber auch von Weizen (-5,5%). Zugenommen haben der Roggenanbau (+8,4%) und der Anbau von Wintergerste (+2,5%). Auch die Flächen von Körnermais wurden um über 13% ausgedehnt. Bemerkenswert ist die Entwicklung bei Triticale: Die Anbauflächen dieser erst seit wenigen Jahren etablierten Getreideart wurden von einem Jahr zum anderen mehr als verdoppelt. Bis auf Wintergerste und Körnermais brachten alle wichtigen Getreidearten im Bundesdurchschnitt hohe Erträge, vor allem Weizen, Sommergerste und Hafer. Für Getreide insgesamt wurde

¹⁾ Siehe hierzu Ruß, E. „Bestimmung der Ernteerträge landwirtschaftlicher Fruchtarten“ in WiSta 1/1985, S. 16 ff.

Schaubild 1



mit 57,7 dt/ha der bislang höchste Durchschnittsertrag erreicht. Durch die hohen Hektarerträge wurde die Einschränkung der Anbauflächen weitgehend kompensiert. Die Erntemenge von 25,9 Mill. t entspricht annähernd der des Vorjahres sowie dem Durchschnittswert der Jahre 1984/89.

Bei Kartoffeln wurde 1990 mit etwas über 7 Mill. t nur eine mäßige Erntemenge erzielt. Zwar wurden die Anbauflächen etwas erweitert, die unterdurchschnittlichen Hektarerträge konnten damit aber nicht ausgeglichen werden. Auch der Anbau von Zuckerrüben wurde im Vergleich zum Vorjahr um fast 7% ausgedehnt. Die von der

Schaubild 2

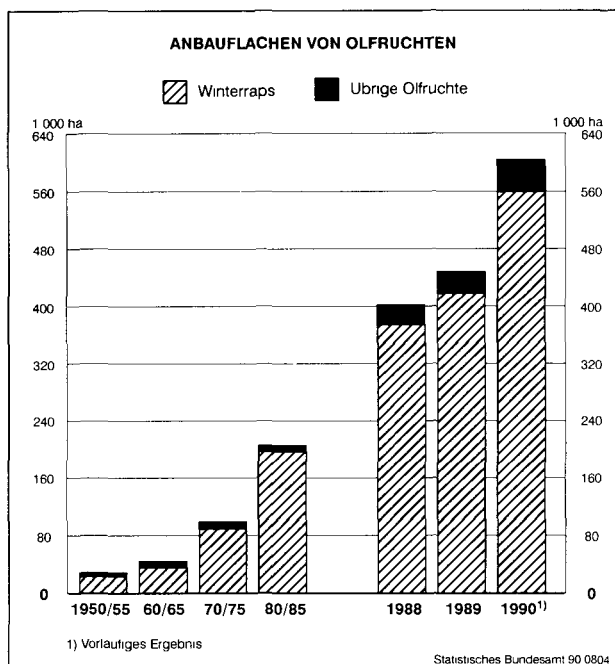


Tabelle 2: Hektarerträge und Erntemengen

Fruchtart	1984/89 D	1989	1990 ¹⁾	1990 ¹⁾ gegenüber	
				1984/89 D	1989
				%	
	dt/ha				
Getreide	54,0	56,3	57,7	+ 6,9	+ 2,5
Brotgetreide	58,8	59,4	62,1	+ 5,6	+ 4,5
Futtergetreide	48,8	51,6	52,4	+ 7,4	+ 1,6
Kornermais (einschl. Corn-Cob-Mix)	68,8	75,9	66,5	- 3,3	- 12,4
Kartoffeln	352,9	371,3	329,8	- 6,5	- 11,2
Frühkartoffeln	283,3	285,9	287,2	+ 1,4	+ 0,5
Spätkartoffeln ²⁾	360,5	381,0	334,6	- 7,2	- 12,2
Zuckerrüben	511,5	541,6	545,7	+ 6,7	+ 0,8
Runkelrüben	1 031,2	1 021,7	950,4	- 7,8	- 7,0
Futtererbsen		35,1	34,8	x	- 0,9
Ackerbohnen	36,3	35,2	35,8	- 1,4	+ 1,7
Raps und Rübsen	30,8	33,8	30,1	- 2,3	- 10,9
Wintereraps	31,0	34,1	30,3	- 2,3	- 11,1
Sommerraps ³⁾	22,8	23,9	23,2	+ 1,8	- 2,9
Silomais (einschl. Lieschkolbenschrot ⁴⁾)	466,9	484,0	440,4	- 5,7	- 9,0
	1 000 t				
Getreide	25 831,5	26 113,1	25 894,7	+ 0,2	- 0,8
Brotgetreide	12 363,7	12 877,6	13 084,7	+ 5,8	+ 1,6
Futtergetreide	12 158,2	11 662,3	11 312,4	- 7,0	- 3,0
Kornermais (einschl. Corn-Cob-Mix)	1 309,6	1 573,3	1 497,6	+ 14,4	- 4,8
Kartoffeln	7 381,4	7 450,6	7 044,6	- 4,6	- 5,4
Frühkartoffeln	578,9	585,0	621,8	+ 7,4	+ 6,3
Spätkartoffeln ²⁾	6 802,6	6 865,7	6 422,8	- 5,6	- 6,5
Zuckerrüben	19 923,2	20 767,0	22 354,9	+ 12,5	+ 7,6
Runkelrüben	9 097,1	6 569,7	5 239,7	- 42,4	- 20,2
Futtererbsen		68,9	60,4	x	- 12,4
Ackerbohnen	127,5	165,5	99,7	- 21,8	- 39,8
Raps und Rübsen	1 060,7	1 450,2	1 726,4	+ 62,8	+ 19,0
Wintereraps	1 039,3	1 424,9	1 695,6	+ 63,1	+ 19,0
Sommerraps ³⁾	21,4	25,2	30,8	+ 44,2	+ 22,1
Silomais (einschl. Lieschkolbenschrot ⁴⁾)	43 184,7	44 815,0	39 430,3	- 8,7	- 12,0

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Einschl. mittelfrühe — ³⁾ Einschl. Winter- und Sommereraps — ⁴⁾ In Grünmasse

Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker e. V. Mitte Oktober geschätzte Gesamternte fällt mit 22,4 Mill. t voraussichtlich um 7,6% größer aus als im Verarbeitungszeitraum 1989/90.

Kräftige Steigerungen im Anbau waren bei den Ölfrüchten zu beobachten. Gegenüber dem Vorjahr wurden allein 140 000 ha mehr Wintereraps angebaut (+ 34%). Auch der Anbau von Sonnenblumen, zwar insgesamt noch nicht sehr bedeutend, nahm relativ stark zu (+ 64%). Hingegen stagniert anscheinend der Flachsanbau bei 2500 ha im Bundesgebiet. Die ursprünglich hohen Ertragserwartungen bei Raps und Rübsen mußten infolge der verbreiteten Trockenheit zurückgenommen werden und blieben nicht nur deutlich (- 11%) hinter der guten Vorjahresernte zurück, sondern erreichten auch den langjährigen Durchschnittswert nicht.

Besonders hohe Anbaueinschränkungen waren — wie bereits im vergangenen Jahr — bei Hülsenfrüchten festzustellen. Der ohnehin nicht sehr bedeutende Anbau ging um fast ein Drittel zurück (- 41% bei Ackerbohnen).

Leicht rückläufig war auch wiederum der Ackerfutterbau, in erster Linie bedingt durch einen verminderten Anbau von Silomais, der weitaus wichtigsten Ackerfutter-

Tabelle 3: Anbauflächen von Gemüse auf dem Freiland¹⁾

Land	1988	1989	1990	1990 gegenüber	
				1988	1989
	ha			%	
Bundesgebiet	50 445	49 811	49 133	- 2,6	- 1,4
Schleswig-Holstein	4 830	4 714	4 568	- 5,4	- 3,1
Hamburg	773	645	730	- 5,6	+ 13,2
Niedersachsen	9 022	9 586	8 511	- 5,7	- 11,2
Bremen	9	9	9	± 0	± 0
Nordrhein-Westfalen	12 537	11 969	12 613	+ 0,6	+ 5,4
Hessen	4 487	4 470	4 450	- 0,8	- 0,4
Rheinland-Pfalz	5 607	5 819	5 697	+ 1,6	- 2,1
Baden-Württemberg	5 968	5 600	5 565	- 6,8	- 0,6
Bayern	6 963	6 755	6 742	- 3,2	- 0,2
Saarland	207	202	206	- 0,5	+ 2,0
Berlin (West)	42	42	42	± 0	± 0

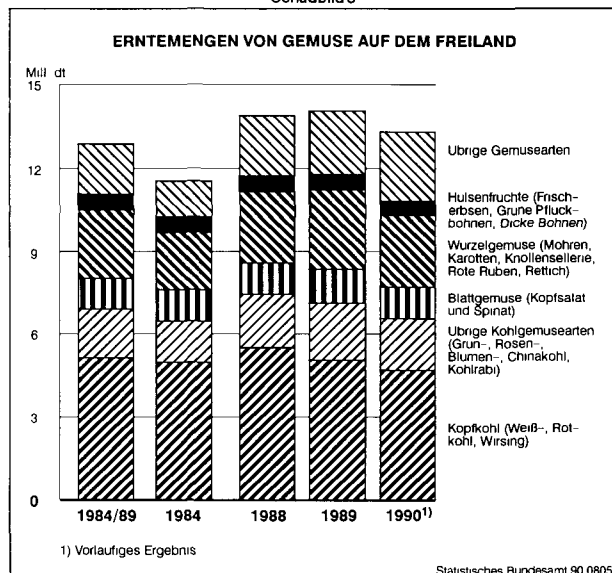
¹⁾ Einschl. nicht ertragfähiger Anbauflächen von Spargel

kultur. Auch der Hektarertrag von Silomais blieb infolge Trockenheit bundesweit deutlich unter dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre.

Als Ergebnis der diesjährigen Gemüseanbauerhebung wurde für die wichtigeren Gemüsearten eine Anbaufläche im Freiland von 49 133 ha ermittelt. Diese Fläche ist geringfügig kleiner als die des Vorjahres (- 678 ha oder - 1,4%), entspricht aber annähernd (+ 0,6%) dem Durchschnittswert der Jahre 1984/89. In den meisten Bundesländern gingen die Anbauflächen etwas zurück, am deutlichsten in Niedersachsen (- 11%). Nur in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und im Saarland waren die Anbauflächen etwas größer als 1989

Auch innerhalb der einzelnen Gemüsearten lagen die Veränderungen im Rahmen der üblichen jährlichen Schwankungen. Mit Ausnahme von Wirsing nahmen die Anbauflächen

Schaubild 3



chen aller Kohlarten ab, auch die von Kohlrabi und Chinakohl. Ebenfalls rückläufig waren die Flächen mit Spinat, Möhren und Karotten, Knollensellerie, Grünen Bohnen und Gurken. Dagegen wurden mehr Salat, Porree, Speisewiebeln und Frischerbsen angebaut. Auch die Spargelflächen wurden etwas ausgedehnt.

Die Hektarerträge lagen bei vielen Gemüsearten etwas niedriger als im sehr guten Vorjahr, namentlich bei den Kohlarten und Salat. Die langjährigen Durchschnittswerte wurden jedoch fast bei allen Kulturen erreicht oder übertroffen.

Tabelle 4 Anbau und Ernte von Gemüse auf dem Freiland

Gemüseart	Anbaufläche			1990 gegenüber		Hektarertrag			1990 gegenüber		Erntemenge			1990 gegenüber	
	1984/89	1989	1990	1984/89	1989	1984/89	1989	1990 ¹⁾	1984/89	1989	1984/89	1989	1990 ¹⁾	1984/89	1989
	ha			%		dt			%		1000 dt			%	
Kopfkohl	10 025	9 015	8 854	- 11,7	- 1,8	514,2	561,4	530,8	+ 3,2	- 5,5	5 154	5 061	4 700	- 8,8	- 7,1
Weißkohl	6 106	5 391	5 300	- 13,2	- 1,7	596,7	652,2	616,8	+ 3,4	- 5,4	3 644	3 515	3 269	- 10,3	- 7,0
Rotkohl	2 377	2 229	2 132	- 10,3	- 4,4	452,3	503,7	474,4	+ 4,9	- 5,8	1 075	1 122	1 011	- 5,9	- 9,9
Wirsing	1 542	1 395	1 422	- 7,8	+ 1,9	282,6	303,7	295,0	+ 4,4	- 2,9	436	423	419	- 3,7	- 0,9
Übrige Kohlgemüsearten	7 452	8 072	7 699	+ 3,3	- 4,6	237,8	257,9	242,8	+ 2,1	- 5,9	1 772	2 082	1 869	+ 5,5	- 10,2
Gruntkohl	930	817	704	- 24,3	- 13,8	183,7	189,0	172,8	- 5,9	- 8,6	171	154	122	- 28,8	- 21,2
Rosenkohl	441	384	348	- 21,1	- 9,4	129,0	131,6	122,0	- 5,4	- 7,3	57	51	42	- 25,4	- 16,0
Blumenkohl	3 588	4 241	4 217	+ 17,5	- 0,6	240,3	254,4	245,3	+ 2,1	- 3,6	862	1 079	1 034	+ 20,0	- 4,1
Chinakohl	947	1 012	833	- 12,0	- 17,7	332,8	380,8	328,8	- 1,2	- 13,7	315	385	274	- 13,1	- 28,9
Kohlrabi	1 546	1 618	1 597	+ 3,3	- 1,3	237,1	254,9	248,6	+ 4,9	- 2,5	367	412	397	+ 8,3	- 3,7
Blattgemüse	6 329	6 253	6 092	- 3,7	- 2,6	178,5	198,6	191,6	+ 7,3	- 3,5	1 130	1 242	1 167	+ 3,3	- 6,0
Kopfsalat	3 613	3 588	3 924	+ 8,6	+ 9,4	202,6	229,4	223,8	+ 10,5	- 2,4	732	823	878	+ 20,0	+ 6,7
Spinat	2 716	2 665	2 168	- 20,2	- 18,6	146,6	157,2	133,1	- 9,2	- 15,3	398	419	289	- 27,5	- 31,1
Wurzelgemüse	7 521	8 244	7 795	+ 3,6	- 5,4	331,6	349,6	336,4	+ 1,4	- 3,8	2 494	2 882	2 622	+ 5,1	- 9,0
Möhren	3 686	4 393	4 203	+ 14,0	- 4,3	384,4	402,0	379,1	- 1,4	- 5,7	1 417	1 766	1 594	+ 12,5	- 9,8
Karotten	932	990	869	- 6,8	- 12,2	221,3	211,2	211,1	- 4,6	- 0,0	206	209	183	- 11,1	- 12,2
Knollensellerie	1 468	1 489	1 362	- 7,2	- 8,5	297,2	320,3	314,6	+ 5,9	- 1,8	436	477	429	- 1,8	- 10,2
Rote Rüben	642	666	590	- 8,1	- 11,4	338,5	355,3	369,9	+ 9,3	+ 4,1	217	237	218	+ 0,4	- 7,8
Rettich		706	771		+ 9,2		274,9	257,4		- 6,4		193	198		+ 2,7
Hulsenfrüchte	6 924	5 973	6 002	- 13,3	+ 0,5	80,1	86,5	81,1	+ 1,2	- 6,2	554	516	487	- 12,2	- 5,7
Frischerbsen	2 494	1 706	1 874	- 24,9	+ 9,8	49,8	48,2	49,6	- 0,4	+ 2,9	124	82	93	- 25,2	+ 12,9
Grüne Pflückbohnen	3 603	3 574	3 415	- 5,2	- 4,4	108,0	112,0	103,1	- 4,5	- 7,9	389	400	352	- 9,5	- 12,0
Dicke Bohnen	827	693	713	- 13,8	+ 2,9	49,8	49,1	58,8	+ 18,1	+ 19,8	41	34	42	+ 1,8	+ 23,2
Übrige Gemüsearten	9 620	11 174	11 512	+ 19,7	+ 3,0	184,6	204,2	213,4	+ 15,6	+ 4,5	1 776	2 282	2 457	+ 38,3	+ 7,7
Porree	1 634	1 605	1 656	+ 1,3	+ 3,2	256,3	270,6	267,2	+ 4,3	- 1,3	419	434	442	+ 5,7	+ 1,9
Speisewiebeln	2 317	3 107	3 369	+ 45,4	+ 8,4	372,3	389,7	410,8	+ 10,3	+ 5,4	863	1 211	1 384	+ 60,4	+ 14,3
Spargel ²⁾	4 246	4 790	4 914	+ 15,7	+ 2,6	34,0	36,8	38,1	+ 12,1	+ 3,5	144	176	187	+ 29,6	+ 6,1
Gurken	1 423	1 672	1 573	+ 10,5	- 5,9	246,1	275,1	281,5	+ 14,4	+ 2,3	350	460	443	+ 26,5	- 3,7
Insgesamt ²⁾	47 871	48 734	47 957	+ 0,2	- 1,6	x	x	x	x	x	12 881	14 065	13 302	+ 3,3	- 5,4

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Ohne nicht ertragfähige Anbauflächen von Spargel

Die Gesamterntemenge der wichtigen Gemüsearten im Freilandanbau wird in diesem Jahr voraussichtlich etwa 13,3 Mill. dt betragen. Sie wird damit etwas kleiner (— 5,4 %) sein als im vorigen Jahr, aber den Durchschnitt der Jahre 1984/89 um 3,3 % übertreffen.

Der Gemüseanbau unter Glas belief sich in diesem Jahr auf 1 135 ha, das sind 11 % weniger als 1989. Von dem Rückgang waren außer Radies alle erfaßten Kulturen betroffen.

Dr. Eike Ruß

Ernten im Markto Obstbau 1990

Vorbemerkung

Obstbau wird in Deutschland in den vielfältigsten Erscheinungsformen betrieben. Sie reichen von

- intensiv bewirtschafteten Anlagen mit nur einer Obstart und ausgesuchtem Sortenspiegel nach einheitlichem System zur selben Zeit auf gleicher Unterlage gepflanzt über
- den Streuobstanbau, der sich aus unterschiedlichen Obstarten, Baumformen und Altersklassen der Bäume zusammensetzen kann und meist, wenn überhaupt noch, als Nebennutzung dient, bis hin zum
- individuellen, privaten Selbstversorgeranbau in Haus- und Kleingärten.

Die amtliche Statistik beschränkt sich seit 1988 aus bereits zu früherer Zeit in diesem Heft dargelegten Gründen¹⁾ darauf, nur noch die Ernten im Markto Obstbau nachzuweisen, für einen Bereich also, der lediglich Betriebe mit einer Anbaufläche von 15 Ar und mehr umfaßt, sofern darauf Obstbäume angepflanzt sind und das erzeugte Obst vollständig oder überwiegend für den Verkauf bestimmt ist. Dieser Bereich entspricht im wesentlichen dem eingangs geschilderten Anlagenobstbau mit — regional unterschiedlichen — Übergängen hin zum Streuobstanbau.

Da jedoch aus dem eigentlichen Streuobstanbau, der vornehmlich aus ökologischen Gründen in jüngerer Zeit wieder an Bedeutung gewinnt, nicht unbeträchtliche Obstmengen als Wirtschaftsobst der Verarbeitungsindustrie zugeführt werden, erweckt er zunehmend öffentliches Interesse. Vor diesem Hintergrund wird die Entscheidung des Bundeslandwirtschaftsministeriums, eine Erhebung des Streuobstbaus gemäß § 7 Abs. 1 BStatG in diesem Herbst durchführen zu lassen, verständlich. Zwar beteiligen sich an der Obstbaumzählung nur die Bundesländer, in denen der Streuobstanbau eine besondere Rolle spielt, doch ist anzunehmen, daß die Ergebnisse hinreichend zuverlässig Aufschluß darüber geben, wie die Entwicklung dieses Sektors seit seiner letzten Untersuchung vor 25 Jahren verlaufen und seine Bedeutung heute einzuschätzen ist. Danach wird sich auch richten, ob und wenn ja, welche Konsequenzen die amtliche Erntestatistik zu ziehen hat.

Die folgenden Ausführungen über Entwicklung und Höhe der Obsternte 1990 basieren auf dem Stand von Ende August, das bedeutet, die Angaben für Steinobst sind — mit gewissen Einschränkungen bei Pflaumen — endgültig, die für Kernobst zwar noch vorläufig, aber bei normalem Witterungsverlauf kaum noch größeren Änderungen unter-

worfen. Die Ergebnisse beschränken sich, wie gesagt, auf den Bereich „Markto Obstbau“ und beziehen sich mit Ausnahme von Äpfeln auf den vor dem 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland; sie schließen Berlin (West) ein.

Ergebnisse

Die gesamte Obsternte im Markto Obstbau (ohne Walnüsse und Strauchbeerenobst) wird nach den vorliegenden Ergebnissen auf rund 707 000 t geschätzt, das wären fast 24 % weniger als im allerdings recht guten Obstjahr 1989. Ein Vergleich mit einem mehrjährigen Durchschnitt kann wegen eines Bruchs in der Reihe der Baumbestandszahlen erst wieder 1991 vorgenommen werden, wenn wenigstens die Ergebnisse von drei Jahren für eine Mittelbildung vorliegen (siehe hierzu auch den in der Fußnote 1 zitierten Beitrag). Zwar ist ein solcher summarischer Vergleich über sämtliche Obstarten noch nicht sehr aussagekräftig, doch liefert er eine für die landwirtschaftlichen Gesamtrechnungen hilfreiche erste Orientierung.

Die insgesamt eher schwache Obsternte dieses Jahres geht auf starke Einbrüche beim Kernobst zurück, während Steinobst sich gegenüber dem schlechten Vorjahr ziemlich gut behaupten konnte. Die Gründe für diese Entwicklung waren, wie so oft, hauptsächlich witterungsbedingt. Nach einem sehr milden und niederschlagsarmen Winter, der von einem ebenfalls trockenen, sonnigen, aber kühlen Frühjahr abgelöst wurde, trafen vor allem im Norden Deutschlands Spätfröste die Baumblüte und machten etwaige optimistische Ertragsersparungen zunichte. Die anhaltende Trockenheit wurde nur im Juni unterbrochen, wobei es regional recht unterschiedliche und extreme Witterungsabläufe gab. Das wiederum heiße und trockene Wetter im Juli und August war der weiteren Entwicklung der Obsternte so wenig zuträglich, wie der niederschlagsarme Herbst. 1990 war alles in allem kein sonderlich gutes Obstjahr.

Obsternte im Markto Obstbau nach Arten

Obstart	Erntemenge			1990 gegenüber 1989
	1988	1989	1990 ¹⁾	
	t			%
Apfel ¹⁾	766 468	765 583	553 733	— 27,7
Birnen ¹⁾	33 223	28 647	20 135	— 29,7
Saukirschen	21 472	21 516	21 375	— 0,7
Sauerkirschen	38 210	29 177	33 973	+ 16,4
Pflaumen/Zwetschen ¹⁾	28 886	23 158	24 501	+ 5,8
Mirabellen/Reuekloden	1 564	1 418	1 839	+ 29,7
Aprikosen	67	100	108	+ 7,7
Pfirsiche	577	589	614	+ 4,3
Erdbeeren ¹⁾	54 968	53 629	50 545	— 5,8
Insgesamt ²⁾	945 434	923 817	706 822	— 23,5

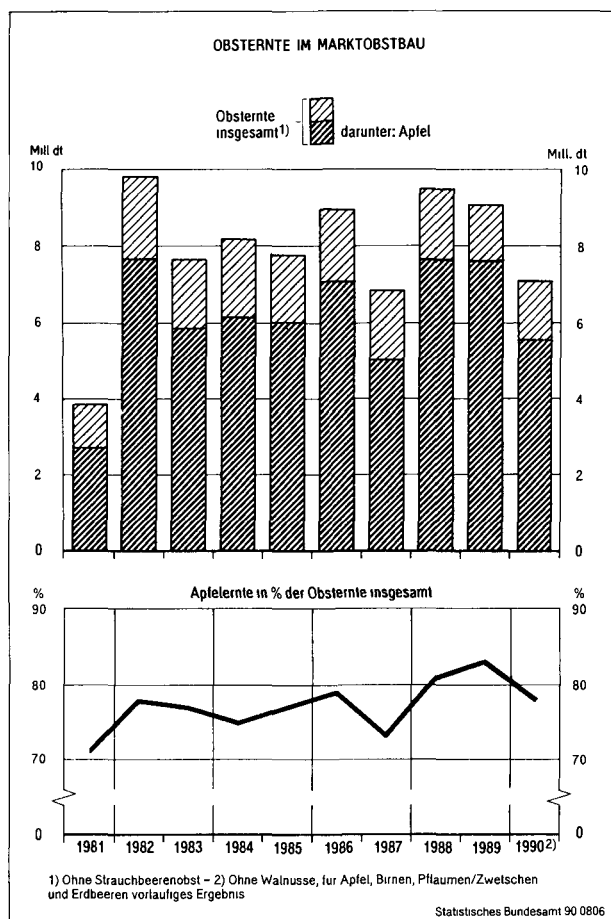
¹⁾ Vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Ohne Strauchbeerenobst und ohne Walnüsse

Kernobst

Wie bei der heimischen Anbaustruktur nicht anders zu erwarten, wird die Höhe der Obsternte wesentlich vom Ausfall der Apfel-ernte bestimmt. Das gilt trotz der relativ niedrigen Baumerträge auch in diesem Jahr, wo 78 % der Obstmenge auf Äpfel entfallen (siehe Schaubild 1).

¹⁾ Siehe hierzu auch „Ernten im Markto Obstbau 1989“ in WiSta 11/1989, S. 717 ff

Schaubild 1



1990 können in den bisherigen Ländern der Bundesrepublik etwa 554 000 t Äpfel im Marktobstbau geerntet werden, das sind fast 28 % weniger als im ziemlich guten Apfeljahr 1989. Dabei sind die regionalen Unterschiede bemerkenswert: In Norddeutschland ist mit Ertragsrückgängen von zum Teil mehr als 60 % gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, im mittleren Bereich betragen die Einbußen um 30 %, in Baden-Württemberg wird sogar eine geringe Zunahme (rd. 6 %) erwartet, die restlichen Gebiete haben um etwa 14 % niedrigere Baumerträge.

Für Äpfel sind auch schon Schätzungen aus den neuen Ländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR verfügbar (siehe Schaubild 2 auf S. 796). Danach werden insgesamt knapp 270 000 t aus landwirtschaftlichen Gütern und Genossenschaften erwartet, einem Bereich, der mit vielen noch nicht näher zu quantifizierenden Vorbehalten, aber trotzdem halbwegs vertretbar, dem eingangs definierten Marktobstbau gegenübergestellt werden kann²⁾. Auch hier ist ein erheblicher Ertragsrückgang gegenüber dem Vorjahr zu erwarten, der im Durchschnitt 50 % beträgt und seine Extrempunkte in Sachsen-Anhalt (−36 %) und Mecklenburg-Vorpommern (−79 %) hat. Dabei sind die nördlichen Regionen durch Spätfröste besonders geschädigt worden.

Die diesjährige Birnen-ernte ist ebenfalls sehr niedrig, sie erreicht mit rund 20 000 t voraussichtlich nur 70 % des

ohnehin nicht hohen Vorjahresniveaus. Im Vergleich zu Äpfeln ist das regionale Ertragsbild noch uneinheitlicher. Abnahmen von 75 bis 80 % in Hamburg und Niedersachsen, sowie von etwas mehr als 50 % in Nordrhein-Westfalen stehen Zunahmen von knapp 25 % in Baden-Württemberg gegenüber. Die genannten Flächenländer bilden die Anbauschwerpunkte des Birnenanbaus.

Steinobst

Wie die Schilderung des Witterungsablaufs schon zeigte, waren in Norddeutschland während der Baumblüte Spätfröste aufgetreten, die zwar mehr die Kernobstarten schädigten, aber auch die Steinobstarten beeinträchtigten. Ihre Auswirkungen auf die regionalen Ertragsverhältnisse sind durchgehend und deutlich erkennbar.

Für Süßkirschen ist mit gut 21 000 t eine fast ebenso große Ernte wie 1989 eingebracht worden, wobei die Erträge in der Nordhälfte des früheren Bundesgebietes zwischen 10 und 44 % unter denen von 1989 lagen, während im Süden zum Teil bis zu 36 % höhere Baumerträge erzielt wurden. Die Extremwerte lagen auch hier in den Hauptanbauländern Niedersachsen und Baden-Württemberg.

Bei Sauerkirschen waren die Verhältnisse noch extremer. Insgesamt konnten mit knapp 34 000 t rund 16 % mehr Früchte eingebracht werden, doch die Erträge erreichten in Schleswig-Holstein nur gut ein Drittel und in Niedersachsen knapp zwei Drittel der Vorjahreshöhe, während im Südwesten und Süden durchgängig, in Rheinland-Pfalz sogar um gut die Hälfte mehr als 1989 geerntet wurde.

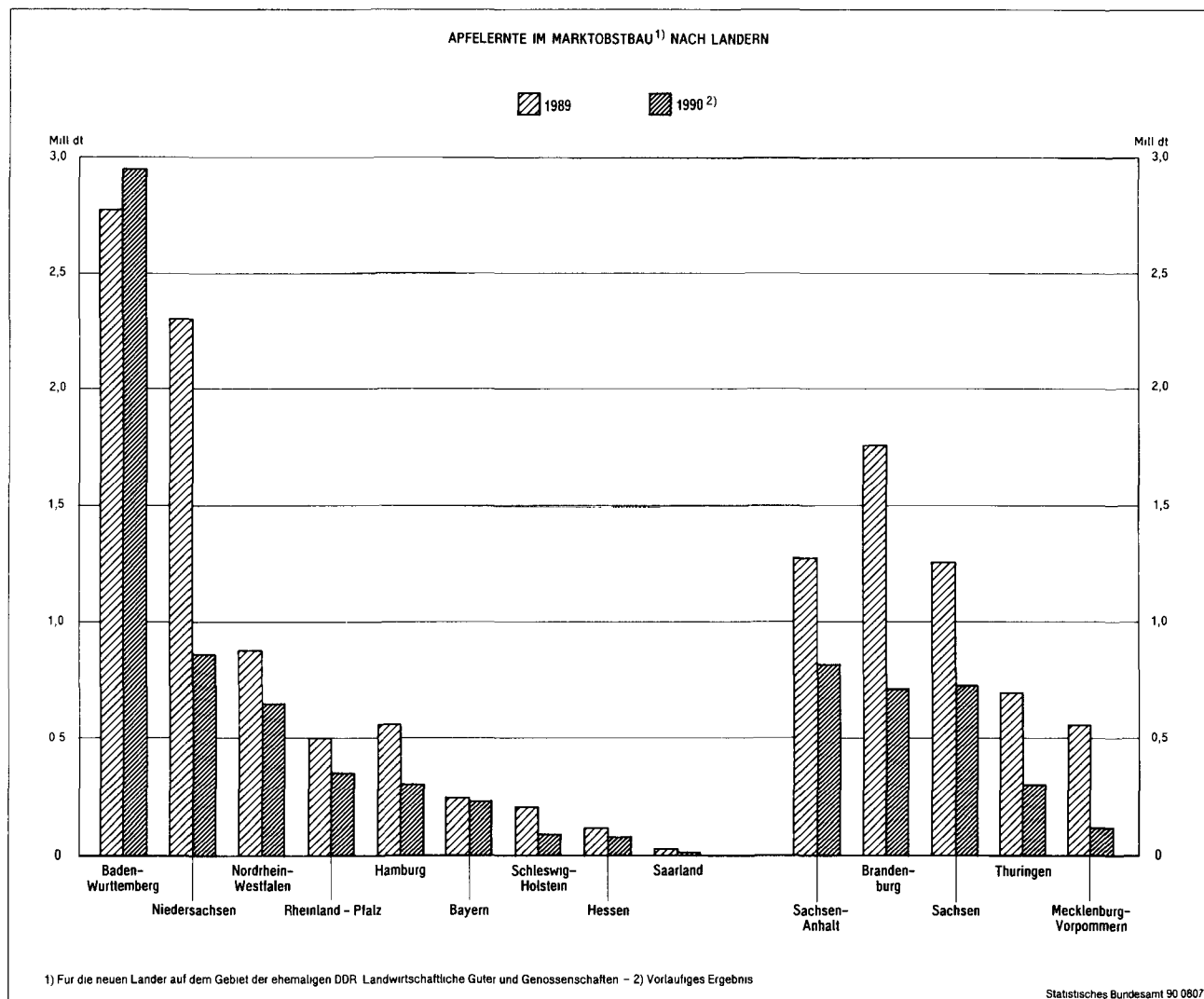
Auch bei Pflaumen und Zwetschen, im Marktobstbau nur schwach vertreten, sind die Baumerträge im Bundesdurchschnitt etwas besser (+ 6 %) als im Vergleichsjahr ausgefallen; die Erntemenge beläuft sich auf 24 500 t. Die starken relativen Ertragsrückgänge in den standortmäßig allerdings weniger bedeutenden nördlichen und westlichen Regionen — sie reichen von einem Drittel bis zu annähernd 60 % — wurden durch die günstigen Bedingungen im anbaustarken Baden-Württemberg (+ 27 %) mehr als ausgeglichen.

Die ebenfalls zur Pflaumengruppe gehörenden Mirabellen und Renekloden haben nur im süd- und südwestdeutschen Raum eine gewisse Bedeutung. Die diesjährige Erntemenge von gut 1 800 t bringt eine Steigerung von 30 % gegenüber dem Vorjahr, die vornehmlich auf die erheblich gestiegenen Baumerträge in Baden-Württemberg (+ 75 %) und Rheinland-Pfalz (+ 17 %) zurückgeht.

Der Inlandsanbau von Pfirsichen und Aprikosen, wegen der besonderen klimatischen Ansprüche ohnehin mehr auf die Weinstandorte konzentriert, geht seit Jahren zurück und spielt praktisch kaum noch eine Rolle. So wurden an Pfirsichen gut 600 t und an Aprikosen etwas über 100 t geerntet, geringfügig mehr als 1989, aber gemessen am gesamten Inlandsverbrauch, der hauptsächlich aus Importen gedeckt wird, eine vernachlässigungswürdige Menge.

²⁾ Genauere Aufschlüsse über die Anbaustruktur des dortigen Obstbaus wird die Obstbauerhebung 1992 liefern

Schaubild 2



Beerenobst

Der Verkaufsanbau von Erdbeeren war 1990 mit rund 5 000 ha gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (-2 %), auch seine Erträge lagen mit 101 dt/ha etwas niedriger (-4 %), so daß die Erntemenge mit ungefähr 50 600 t ebenfalls geringer ausfiel als 1989.

Die Erträge beim Strauchbeerenobst blieben je Strauch mit 3,2 kg für Johannisbeeren und 3,1 kg für Stachelbeeren, wie schon im vergangenen Jahr, hinter den entsprechenden Vorjahreswerten (jeweils 3,4 kg) zurück. Der Ertrag an Himbeeren hat sich mit 1,9 kg je m² gegenüber 1989 (2,3 kg je m²) sogar noch deutlicher vermindert.

Übriger Anbau

Obwohl sich der mengenmäßige Nachweis der Obsternte derzeit aus schon an anderer Stelle genannten Gründen (siehe Fußnote 1) auf den Marktobstbau beschränken muß, soll aus den sonst verfügbaren Informationen versucht werden, eine ungefähre Vorstellung über die Entwicklung im Übrigen Anbau zu vermitteln. Schließlich bringt der Marktobstbau im Durchschnitt nur ein Viertel bis ein Drittel des Gesamtaufkommens an Obst hervor.

Nach den Beobachtungen der Berichtersteller wird im Übrigen Anbau — im Gegensatz zum Marktobstbau — 1990 insgesamt etwas mehr (etwa 5 %) Obst anfallen als im Vorjahr. Die unterschiedliche Entwicklung beider Bereiche wird besonders bei Äpfeln, der auch im Übrigen Anbau bei weitem wichtigsten Obstart, deutlich, wo die Baumerträge voraussichtlich um etwa 15 % über denen von 1989 liegen werden — im Marktobstbau sind sie dagegen um 28 % geringer!

Die Ursachen für dieses scheinbar widersprüchliche Phänomen — die Witterung war dieselbe — liegen wohl in den unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten beider Bereiche und ihrer sortenmäßigen Zusammensetzung. Der Streuobstbau ist in den von Spätfrösten dieses Frühjahrs besonders betroffenen Gebieten kaum vertreten, hat dadurch wenig gelitten, und vielleicht ist durch die enorme Sortenvielfalt des Übrigen Anbaus in Verbindung mit der größeren Robustheit alterer, meist hochstämmiger Bäume die einschneidende Trockenheit dieses Sommers besser als im Marktobstbau verkraftet worden. Allerdings bedeutet eine große Sortenvielfalt, wie die Vergangenheit bewiesen hat, nicht automatisch auch eine Ertragsstabilisierung; es gibt eine Vielzahl physiologischer Wechselwirkungen, die die Höhe der Ernte bestimmen

Bei den anderen Obstarten im übrigen Anbau entsprechen die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in der Tendenz denen im Marktobstbau. Nur bei Sauerkirschen sowie Pflaumen und Zwetschen liegen die Baumerträge, anders als die in den Anlagen, etwas niedriger als 1989.

Schlußbemerkung

Die derzeitige Situation der amtlichen Obsterntestatistik ist in mehrerlei Hinsicht unbefriedigend. Der Beobachtungsbereich „Marktobstbau“ ist nicht so präzise abgegrenzt, wie es der Name vorgibt. Auch aus dem Übrigen Anbau kommen mehr oder minder regelmäßig Früchte als Frischobst oder als Verarbeitungsware zum Verkauf, wobei es sich je nach Marktlage um in Umfang, artenweiser Zusammensetzung und regionaler Herkunft variierende Partien handelt. Diese Eigenheit legt nahe, den Streuobstbau als potentiellen Marktlieferanten wieder stärker in die statistische Beobachtung mit einzubeziehen. Zwar läßt sich dadurch der tatsächlich zum Verkauf gelangende Anteil der Obsterzeugung auch nicht ermitteln, aber man hätte eine genauere Vorstellung vom verfügbaren Produktionsumfang und damit einen oberen Orientierungswert. Die eingangs erwähnte Erhebung des Streuobstbaus in diesem Herbst soll, wenn auch nur auf einige Bundesländer begrenzt, der Aktualisierung der Erzeugungskapazität dieses Bereiches dienen.

Weit größere Schwierigkeiten bereitet die Ertragsermittlung. Die Heterogenität der Bestände, die Variabilität der dort als einziger einsetzbaren Bezugsgröße „Baum“ lassen nur sehr grobe, mit vielen Vorbehalten versehene Schätzungen zu. Dennoch sind selbst vage Informationen hilfreicher als überhaupt keine, wie vor allem die Ernährungswirtschaft immer wieder bestätigt.

Schließlich bleibt noch zu klären, wie die Situation im Gebiet der ehemaligen DDR ist: Welche Strukturen hat der dortige Obstbau, gibt es nennenswerte Bestände außerhalb der Großplantagen, wie kann eine vergleichbare Obsterntestatistik aufgebaut werden? Diesen Fragen und Aufgaben muß sich die amtliche Statistik in den nächsten Jahren stellen.

Dr. Stefan Massante

Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Vorbemerkung

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben in der Bundesrepublik Deutschland zeichnen sich gegenüber der Praxis in anderen Ländern dadurch aus, daß neben den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte auch deren Vermögensbestände und Schulden erhoben werden¹⁾. Die Gründe für die Zurückhaltung einer gleichzeitigen Erfassung von sowohl der Einnahmen und Ausgaben als auch der Vermögen und Schulden der privaten Haushalte liegen auf der Hand: Befragungen über so heikle Themen wie Einkommen und Verbrauch sind ohnehin schwierig genug, weil sie tiefer als andere Untersuchungen in die Privatsphäre der einbezogenen Haushalte eindringen; in vielen Ländern — auch im Bereich der Europäischen Gemeinschaften — wird deshalb schon das Einkommen in der Regel nur nach Größenklassen und ohne Aufteilung nach Quellen oder Einkommensbeziehern erhoben. Auf der anderen Seite ist die Erfassung der Vermögensbestände und Schulden dann erforderlich, wenn das Haushaltseinkommen möglichst genau dargestellt und das Verbrauchsverhalten der Haushalte möglichst gründlich untersucht werden soll. Häufig stellen die Einkommen aus Vermögen, insbesondere aus Geldvermögen, einen nicht unerheblichen Teil des primären Einkommens der privaten Haushalte dar. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes beliefen sich zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland 1987 die empfangenen Vermögenseinkommen der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Personen in Gemeinschaftsunterkünften) auf 104 Mrd. DM²⁾, das waren etwa 7 % der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie der empfangenen Übertragungen. Bleiben die Vermögenseinkommen in Einkommens- und Verbrauchsstichproben unberücksichtigt oder werden nur unvollständig erfaßt, läßt sich die Finanzierung der Ausgaben zwangsläufig ebensowenig erklären, wie es nicht ohne den Nachweis der neu aufgenommenen und bereits vorhandenen Schulden möglich ist. Allerdings werden die meisten Einkommen aus Geldvermögen von den befragten Haushalten nicht

genannt oder angeschrieben, weil zum Beispiel Zinsen aus Spar- oder Bausparguthaben in der Regel nicht unmittelbar nach ihrem Eingang abgehoben werden, sondern lediglich zu einer Erhöhung der Kontenbestände führen³⁾. Eine einigermaßen genaue Erfassung setzt also voraus, daß man aufgrund der Höhe und Art der Vermögensbestände die daraus fließenden Erträge schätzungsweise berechnen und damit die Angaben der Haushalte kontrollieren und notfalls korrigieren kann.

Die mit der Erfassung der Vermögensbestände und Schulden verbundene Problematik hat auch innerhalb der Einkommens- und Verbrauchsstichproben in der Bundesrepublik Deutschland zu erheblichen Schwierigkeiten geführt und zwangsläufig ein äußerst behutsames Vorgehen erforderlich gemacht. Bei der ersten Erhebung im Jahr 1962/63 war den Haushalten zu Beginn der Anschreibungen ein sogenannter Veränderungsbogen der Geld- und Finanzkonten ausgehändigt worden, auf dem sie die vorhandenen Guthaben und Verpflichtungen eintragen sollten⁴⁾. Am Ende der Erhebung sollten diesen Anfangsbeständen die Endbestände gegenübergestellt und nur die im Laufe des Erhebungsjahres erfolgten **V e r ä n d e r u n g e n** den statistischen Ämtern der Länder mitgeteilt werden. Trotz dieser Beschränkung auf den Nachweis der Veränderungen lieferte etwa ein Drittel der beteiligten Haushalte den dafür vorgesehenen Abschnitt nicht ab, so daß auf die Aufbereitung ganz verzichtet wurde⁵⁾. Bei der nächsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Jahr 1969 wurden die beteiligten Haushalte am Ende der Erhebung im Rahmen eines sogenannten Schlußinterviews nach ausgewählten Vermögensbeständen gefragt, wobei relativ grob gegliederte Größenklassen vorgegeben waren⁶⁾. Erst 1973 wagte man es, zusätzlich zu den vorgegebenen Größenklassen nach dem genaueren Betrag der jeweiligen Bestände und erstmals auch nach Konsumentenschulden u. ä. zu fragen⁷⁾. 1983 wurde der wachsenden Bedeutung des Wertpapiersparens Rechnung getragen und eine Aufgliederung der Gesamtsumme des vorhandenen Wertpapiervermögens auf einzelne Wertpapierarten vorgenommen⁸⁾. Nur wenige Haushalte haben die ab 1973 zusätzlich gestellten Fragen über Vermögensbestände und Kreditverpflichtungen nicht beantwortet; allerdings mußte das Frageprogramm des Schlußinterviews an anderen Stellen gekürzt werden, um die Geduld und Belastbarkeit der Haushalte nicht über Gebühr zu beanspruchen und damit den Erfolg des ganzen Interviews in Frage zu stellen.

Im Grunde ist die Erfassung der Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte im Rahmen der Einkom-

¹⁾ Siehe Euler, M. „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988“ in WiSta 8/1987, S. 664

²⁾ Siehe Schuler, K. „Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen 1972 bis 1987“ in WiSta 12/1988, Tabelle 1, S. 885. Ferner Bedau, K.-D. „Die Verteilung der Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im Jahr 1987“, Wochenbericht des DIW 38/1988, S. 506 ff.

³⁾ Siehe Euler, M. „Verteilung und Schichtung der Einkommen aus Geldvermögen 1983“ in WiSta 8/1988, S. 565 ff.

⁴⁾ Siehe Fachserie Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 18, Einkommens- und Verbrauchsstichproben „Aufgabe, Methode und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63“, S. 58.

⁵⁾ Siehe Fachserie Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 18, Einkommens- und Verbrauchsstichproben „Aufgabe, Methode und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63“, S. 35.

⁶⁾ Siehe Fachserie Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 18, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Heft 6 „Aufgabe, Methode und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969“, S. 76 f.

⁷⁾ Siehe Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973, Heft 7 „Aufgabe, Methode und Durchführung“, S. 72 ff.

⁸⁾ Siehe Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Heft 2 „Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte“, S. 536.

mens- und Verbrauchsstichproben nur deshalb möglich, weil sich an diesen Erhebungen Haushalte auf freiwilliger Grundlage beteiligen und weil während des Erhebungsjahres ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Haushalt und dem ihn betreuenden Mitarbeiter des jeweiligen Statistischen Landesamtes aufgebaut wird, das dem Haushalt die Gewißheit vermittelt, daß seine Angaben ausschließlich statistischen Zwecken dienen und nur mit Hilfe dieser Angaben ein genaues und hinreichend zuverlässiges Bild der wirtschaftlichen und sozialen Lage der verschiedensten Bevölkerungsgruppen in unserem Land gezeichnet werden kann. Daß die Beschränkung auf freiwillig mitarbeitende Haushalte und der Verzicht auf eine Zufallsauswahl gerade für eine amtliche Statistik untypisch und methodisch trotz der Anpassung der Stichprobenergebnisse an die Grundgesamtheit mit Hilfe des Mikrozensus nicht unproblematisch ist, bedarf kaum der näheren Begründung.

Andererseits sollte aber auch nicht übersehen werden, daß zum Beispiel ein international so renommierter Statistiker wie Dr. Wetzel vom U. S. Bureau of the Census bei Zufallsstichproben eine höhere Ausfallquote als 5 % als bedenklich ansieht⁹⁾, während in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel beim sozioökonomischen Panel eine Stichprobenausschöpfung von 60 % noch als „vergleichsweise sehr zufriedenstellend“ angesehen wird¹⁰⁾. Die Tatsache, daß Haushalte nach einem Zufallsverfahren ausgewählt worden sind, schließt allein nicht die Möglichkeit aus, daß die Ergebnisse bei hohen und in eine bestimmte Richtung tendierenden Ausfallquoten ähnliche systematische Fehler aufweisen können wie Stichproben mit einem Quotenverfahren auf freiwilliger Grundlage

Frageprogramm, erfaßte und hochgerechnete Haushalte

Im Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 wurden — jeweils zum Stand 31. Dezember 1988 — folgende Angaben zum vorhandenen Vermögen und den noch bestehenden Kreditverpflichtungen erhoben¹¹⁾:

1. Grundvermögen nach Einheitswert, laufenden Kosten, Herkunft des Grundvermögens (selbstgebaut oder gekauft, ererbt), Restschuld aus Hypotheken, Baudarlehen u. ä., Einkünfte aus Grundvermögen.
2. Guthaben auf Sparkonten nach Höhe der Guthaben.
3. Wertpapiere (einschl. Sparbriefe) nach Art der Wertpapiere und deren Tageswerten.
4. Nichtausgezahlte Bausparverträge nach Bausparsummen und -guthaben sowie Einzahlungen im Jahr 1988.

5. Sonstiges Geldvermögen (z. B. Festgeld, Berlin-Darlehen, ohne Bestände an Bargeld, Guthaben auf Girokonten und Forderungen an Dritte).
6. Lebens-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungsverträge nach Versicherungssummen und Beitragshöhe im Jahr 1988.
7. Kreditverpflichtungen (ohne Hypotheken, Baudarlehen u. ä.) nach Höhe der Restschuld.

Vom Geldvermögen der privaten Haushalte, wie es von der Deutschen Bundesbank nachgewiesen wird¹²⁾ (siehe auch Tabelle 1 auf S. 800), sind also Bargeld und Sichteinlagen sowie sonstige Forderungen nicht erfaßt, der Wert der Geldanlage bei Versicherungen kann mit den erhobenen Daten nicht quantifiziert werden. Allein deshalb werden mithin knapp 37 % des von der Deutschen Bundesbank ermittelten Geldvermögens in die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht einbezogen. Hinsichtlich weiterer Probleme bei Erfassung, Abgrenzung und Bewertung von Vermögensbeständen und Schulden im Rahmen von Einkommens- und Verbrauchsstichproben wird auf frühere Beiträge in dieser Zeitschrift verwiesen¹³⁾.

Am Schlußinterview beteiligt waren rund 45 000 deutsche Haushalte (ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr sowie ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften), die mit Hilfe des Mikrozensus 1987 schichtenspezifisch, das heißt unter Berücksichtigung der Schichtmerkmale Soziale Stellung der Bezugsperson, Haushaltsgröße und Haushaltsnettoeinkommen, auf die Grundgesamtheit von 24,7 Mill. Haushalten hochgerechnet wurden. Wenn im folgenden bei der Analyse von Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 von „den“ oder „allen“ privaten Haushalten gesprochen wird, sind immer die Haushalte in der vorstehend genannten Abgrenzung gemeint. Sie repräsentieren etwa 99 % aller deutschen Haushalte. Dieser hohe Prozentsatz schließt jedoch nicht aus, daß insbesondere die Nichtberücksichtigung von Haushalten mit außergewöhnlich hohen Einkommen (und vermutlich in der Regel entsprechend hohem Vermögen) mit einer deutlichen Untererfassung von Geldvermögensbeständen verbunden ist; zudem ist bei Selbständigen eine exakte Aufteilung von Privat- und Betriebsvermögen nicht immer möglich, was ebenfalls zu Schwierigkeiten beim Nachweis nach Sektoren führt, und zwar in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wie auch im Ausweis der Deutschen Bundesbank.

Erstmals haben 1988 auch rund 1 000 ausländische Haushalte probeweise an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und damit auch am Schlußinterview teilgenommen, um Erhebungspapiere und -verfahren zu testen. Repräsentative Ergebnisse sind freilich nicht zu erwarten, die gesammelten Erfahrungen sollen es jedoch ermöglichen, die Haushalte von Ausländern in die nächste Stichprobe im Jahr 1993 endgültig zu integrieren.

⁹⁾ Siehe Wetzel, J. R. „The United States Current Population Survey“ in: Methodische Fragen bevölkerungsstatistischer Stichproben am Beispiel des Mikrozensus. Bericht zur Konferenz vom 10. und 11. Juni 1988, Heft 9 der Schriftenreihe „Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik“, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), S. 260, 266, 267.

¹⁰⁾ Siehe Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt/Main und Mannheim, DIW, Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Teilprojekt B-5 „Das Sozioökonomische Panel“, Februar 1985, S. 28.

¹¹⁾ Ausführliche Ergebnisse werden demnächst in der Fachserie 15, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, „Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte“ veröffentlicht.

¹²⁾ Siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1990, S. 52.

¹³⁾ Siehe z. B. Euler, M. „Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen in privaten Haushalten im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben“ in: WiSta 4/1981, S. 252 ff.

Gesamthöhe des Bruttogeldvermögens privater Haushalte

Von den rund 24,7 Mill. in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 repräsentierten privaten Haushalten verfügten 22,5 Mill., also rund 91 %, über Geldvermögen in mindestens einer der hier nachgewiesenen Formen, 2,2 Mill. (9 %) hatten kein Geldvermögen der jeweiligen Art nachgewiesen. Der Anteil der Haushalte ohne Geldvermögen hat sich damit in den letzten zehn Jahren etwas erhöht.

Rechnet man die je Haushalt ermittelten Vermögensbestände auf die Gesamtheit aller privaten Haushalte hoch, so belief sich das in der Stichprobe repräsentierte Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte auf 634 Mrd. DM, das sind 24,2 % des von der Deutschen Bundesbank für das Jahresende 1988 ermittelten Geldvermögens privater Haushalte¹⁴⁾ (siehe Tabelle 1). Diese relativ niedrige Nachweisquote ist im wesentlichen zum einen darin begründet, daß — wie bereits erwähnt — rund 37 % des von der Deutschen Bundesbank dargestellten Geldvermögens in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht erfaßt bzw. nicht bewertet werden; dabei kommt der Geldanlage bei Versicherungen größenordnungsmäßig eine besondere Bedeutung zu, auf die mehr als ein Fünftel des von der Deutschen Bundesbank errechneten Geldvermögens entfällt. Zum anderen sind im Nachweis der Deutschen Bundesbank auch das Geldvermögen privater Organisationen ohne Erwerbszweck und die Geldvermögen der Haushalte von Ausländern, der Anstaltsbevölkerung und der Haushalte mit besonders hohen Einkommen enthalten, bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe dagegen nicht. Besonders nachhaltig dürfte sich die Nichterfassung der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, kommunale

Spitzenverbände) und der besonders einkommensstarken Haushalte auf die Höhe des nachgewiesenen Geldvermögens auswirken, zumal schon für die in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe repräsentierten Haushalte eine deutliche Ungleichverteilung des Vermögens in der Vergangenheit nachgewiesen wurde und später in diesem Beitrag erneut nachgewiesen werden wird.

Wie hoch die durch die andere Abgrenzung des Berichtskreises der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bedingten Abweichungen vom Ergebnis der Deutschen Bundesbank sind, läßt sich auch schätzungsweise nicht quantifizieren. Hinzu kommen Erhebungsfehler infolge fehlender oder ungenauer Angaben der Haushalte, die in der Tendenz zu einer Untererfassung des Geldvermögens führen dürften. So ist zum Beispiel nicht nachvollziehbar, ob bei den angegebenen Sparguthaben tatsächlich die Guthaben auf allen im Haushalt vorhandenen Sparbüchern, also auch der Kinder, genannt wurden, wie es in der Fragestellung ausdrücklich vorgegeben war. Mit großer Wahrscheinlichkeit sind auch bei den Sparguthaben die für 1988 gezahlten Zinsen in Höhe von rund 21 Mrd. DM nicht enthalten, weil sie zum Zeitpunkt des Interviews noch nicht bekannt waren.

Haushalte mit ausgewählten Formen des Geldvermögens

Von den hier dargestellten Formen des Geldvermögens privater Haushalte waren Ende 1988 Sparguthaben nach wie vor am meisten verbreitet.

In 87,9 % aller privaten Haushalte war mindestens ein Sparbuch vorhanden (siehe Tabelle 2). Selbst 72,1 % der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1 200 DM, die damit unterhalb oder am Rand der Sozialhilfeschwelle lagen¹⁵⁾, verfügten über Sparguthaben. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Einkommensangaben auf einer Selbsteinstufung der Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößenklassen im Rahmen des Grundinterviews beruhen; bei derartigen Selbsteinstufungen wird das tatsächliche Einkommen häufig unterschätzt¹⁶⁾. Mit der Höhe des Einkommens stieg in der Regel auch der Anteil der Haushalte mit Sparbüchern; lediglich bei Haushaltsnettoeinkommen ab 5000 DM fiel der Anteilswert etwas zurück, in den höchsten nachgewiesenen Einkommensgrößenklassen sogar deutlich. Das Alter der Bezugsperson war offensichtlich für das Vorhandensein von Sparbüchern von untergeordneter Bedeutung.

Nach den Sparbüchern waren Lebensversicherungsverträge die zweitbeliebteste Form der Geldanlage 63,7 % aller privaten Haushalte verfügten am 31. Dezember 1988 über mindestens einen Lebensversicherungsvertrag. Den Lebensversicherungsverträgen wurden auch Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen zugerechnet.

¹⁴⁾ Siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1990, S. 52

Tabelle 1 Geldvermögen privater Haushalte am 31. Dezember 1988

Art des Geldvermögens	Deutsche Bundesbank ¹⁾		Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ²⁾		
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	% von Spalte 1
Bargeld und Sichteinlagen	205,4 ³⁾	7,9	—	—	—
Termingelder	276,6 ⁴⁾	10,6	39,3 ⁵⁾	6,2	14,2
Spareinlagen	714,6	27,3	270,1	42,6	37,8
Geldanlage bei Bausparkassen	118,1	4,5	101,6	16,0	86,0
Geldanlage bei Versicherungen ⁶⁾	542,2	20,7	—	—	—
Geldanlage in Geldmarktpapieren	1,3	0,0	—	—	—
Geldanlage in festverzinslichen Wertpapieren ⁷⁾	396,1	15,1	171,3 ⁴⁾	27,0	43,2
Geldanlage in Aktien ⁷⁾	156,0	6,0	51,4	8,1	32,9
Sonstige Forderungen	207,6	7,9	—	—	—
Geldvermögen insgesamt	2 617,9	100	633,1	100	24,2

¹⁾ Deutsche Bundesbank alle privaten Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck, Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1990, S. 52 — ²⁾ Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 private Haushalte ohne Haushalte von Ausländern, ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr, ohne Personen in Anstalten und in Gemeinschaftsunterkünften, ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck — ³⁾ Einschl. eines Teilbetrags der schwebenden Verrechnungen zwischen Kreditinstituten und nichtfinanziellen Sektoren — ⁴⁾ Einschl. Sparbriefen und Inhabersparschuldschreibungen — ⁵⁾ Ohne Sparbriefe und Inhabersparschuldschreibungen, einschl. Festgeld, Berlin-Darlehen u. a. — ⁶⁾ Einschl. Pensions- und Sterbekassen sowie berufsständischen Versorgungswerken — ⁷⁾ Zu Tageskursen

¹⁵⁾ Für 1983 hat der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge bereits eine Sozialhilfeschwelle von 765 DM ermittelt (siehe seine Gutachtliche Äußerung Neues Bedarfsbemessungssystem für die Regelsätze in der Sozialhilfe - Abteilung der Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige, Frankfurt/Main 1989, S. 42 f.)

¹⁶⁾ Siehe Euler, M. „Genauigkeit von Einkommensangaben in Abhängigkeit von der Art der statistischen Erfassung“ in WiSta 10/1983, S. 813 ff.

Tabelle 2 Private Haushalte¹⁾ insgesamt und mit ausgewählten Formen des Geldvermögens am 31. Dezember 1988

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte insgesamt	Darunter Haushalte mit				
		Sparbüchern	Bausparverträgen	Wertpapieren	Sonstigem Geldvermögen ²⁾	Lebensversicherungen
	1 000	%				
Haushalte insgesamt	24 684	87,9	38,6	32,4	5,3	63,7
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ³⁾						
von bis unter DM						
unter 1 200	3 655	72,1	13,1	13,8	2,0	32,4
1 200 — 1 600	2 870	83,1	21,0	21,6	2,8	47,7
1 600 — 2 000	3 294	86,4	27,4	27,1	3,8	59,1
2 000 — 2 500	3 842	91,7	38,2	31,9	4,7	67,6
2 500 — 3 000	2 929	93,3	48,1	37,1	4,7	73,2
3 000 — 4 000	3 989	93,9	55,7	40,9	6,0	77,9
4 000 — 5 000	1 913	94,5	58,8	47,9	8,6	81,0
5 000 — 8 000	1 605	92,3	60,3	52,4	12,9	83,8
8 000 — 25 000	245	88,1	49,3	62,4	22,4	83,5
nach dem Alter der Bezugsperson						
von bis unter Jahren						
unter 35	4 743	88,0	51,9	28,9	4,5	62,3
35 — 45	4 122	88,8	54,1	33,9	5,7	76,8
45 — 55	4 717	86,6	48,8	36,5	6,4	77,3
55 — 65	4 224	87,2	33,9	34,3	6,0	67,2
65 — 70	2 108	90,1	24,7	36,2	6,6	51,2
70 und älter	4 770	87,6	12,2	27,1	3,6	42,8

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und in Gemeinschaftsunterkünften — ²⁾ Festgeld, Berlin-Darlehen u. a., ohne Bestände an Bargeld und auf Girokonten sowie ohne Forderungen an Dritte — ³⁾ Selbsteinstufung der Haushalte vom Januar 1988, ohne Landwirte

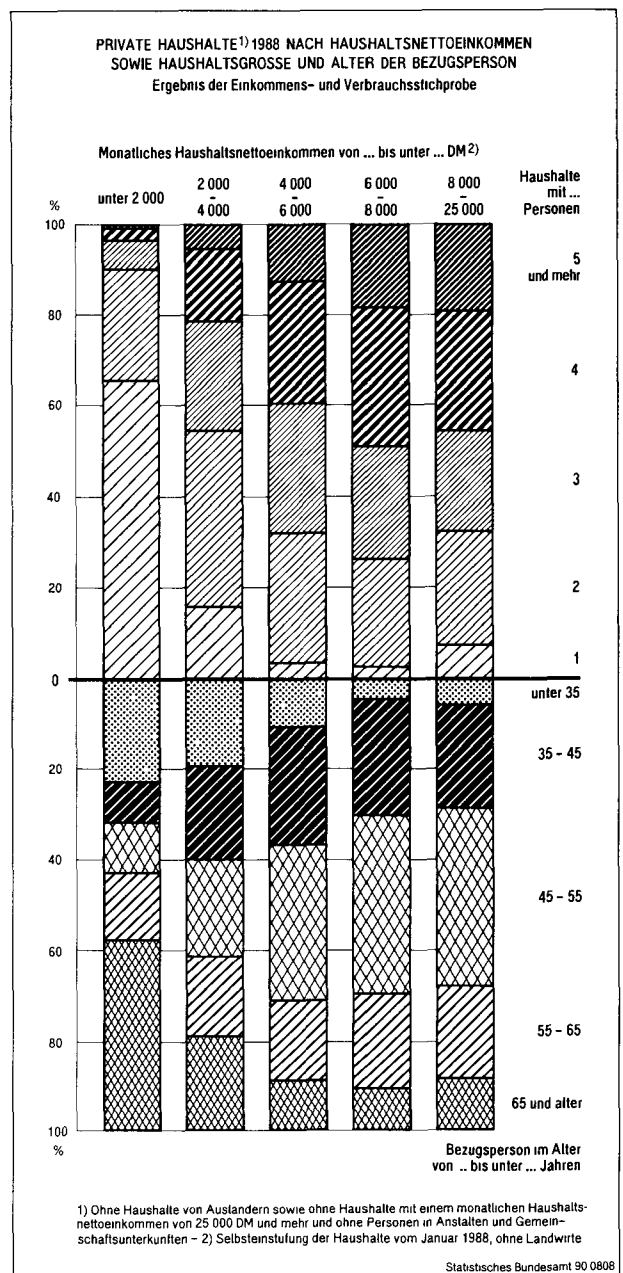
Im Rahmen des ohnehin an die Grenzen der Belastbarkeit der Haushalte und der Interviewer reichenden Schlußinterviews konnte nicht, wie es sicherlich wünschenswert und für eine Bewertung des angesammelten Guthabens bei Versicherungen zwingend notwendig gewesen wäre, nach Versicherungen im Todesfall (Risikoversicherungen) und im Todes- oder Erlebensfall getrennt werden

Der Anteil der Haushalte mit Lebensversicherungsverträgen wächst mit der Höhe des verfügbaren Einkommens. Von 100 Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1 200 DM hatten nur 32 einen oder mehrere Lebensversicherungsverträge, von 100 Haushalten mit einem Nettoeinkommen von 8 000 bis unter 25 000 DM dagegen knapp 84. Zum Teil mag das damit zusammenhängen, daß der Anteil der Selbständigen, die in der Regel nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflicht- oder freiwillig versichert sind und selbst Vorsorge für den eigenen Lebensabend bzw. den der Familie treffen müssen, in den oberen Einkommensgrößenklassen besonders hoch ist.

Am stärksten abgesichert durch Lebensversicherungsverträge waren Haushalte mit Bezugspersonen im Alter zwischen 35 und 55 Jahren (jeweils rund 77 %), am seltensten Haushalte mit 70jährigen und älteren Bezugspersonen (42,8 %). Besonders alte Bezugspersonen finden sich anteilmäßig am stärksten bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 2 000 DM (siehe Schaubild 1), der relativ geringe Prozentsatz von Haushalten mit Lebensversicherungsverträgen in dieser Gruppe ist also offensichtlich nicht nur einkommens-, sondern auch altersbedingt

An dritter Stelle nach Sparbüchern und Lebensversicherungsverträgen rangierten in der Gunst der Sparer die Bausparverträge 38,6 % aller privaten Haushalte besaßen mindestens einen noch nicht zugeteilten Bausparvertrag.

Schaubild 1



Im Gegensatz zu den Sparbüchern hing die Häufigkeit der Verbreitung von Bausparverträgen offensichtlich wesentlich von der Höhe des verfügbaren Einkommens ab. Von den Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1 200 DM hatten 13,1 % Bausparverträge nachgewiesen, von den Haushalten mit einem Einkommen von 5 000 bis unter 8 000 DM dagegen 60,3 %. Allerdings war der Anteil der Bausparer in den oberen nachgewiesenen Einkommensgruppen (ab 7 000 DM) gegenüber den darunter liegenden Einkommensgruppen leicht rückläufig; vermutlich ist das darauf zurückzuführen, daß die meisten Haushalte mit besonders hohen Einkommen bereits über ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung verfügen und deshalb für sie der Anreiz, Bausparverträge neu abzuschließen, geringer ist als bei Haushalten ohne Grundvermögen.

Von ähnlicher Bedeutung für das Vorhandensein von Bausparverträgen wie das Haushaltsnettoeinkommen ist das

Alter der Bezugsperson, das in der Regel auch Rückschlüsse auf das Alter der übrigen Haushaltsmitglieder ermöglicht. Wenn einmal die Grundausstattung eines neu aufzubauenden Haushalts finanziert ist, kann man daran denken, die ersten Schritte für die Verwirklichung des weitverbreiteten Traums vom eigenen Heim zu verwirklichen und Bausparverträge abzuschließen, während mit zunehmendem Alter diese Form der Vermögensanlage im allgemeinen weder sinnvoll noch lukrativ erscheinen mag.

Tatsächlich fand sich die höchste Quote der Haushalte mit Bausparverträgen bei den 35- bis unter 45jährigen Bezugspersonen (54,1 %), die niedrigste bei den 70jährigen und älteren (12,2 %).

Über festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Sparbriefe¹⁷⁾, Investmentzertifikate u. ä. verfügten 32,4 % aller privaten Haushalte; damit standen die Wertpapiere in ihrer Verbreitung bei den Haushalten den Bausparverträgen kaum nach. Die Wahl dieser Anlageform hing — wie bei den Bausparverträgen — entscheidend von der Höhe des Einkommens ab. Der Anteil der Haushalte mit Wertpapieren stieg kontinuierlich von 13,8 % bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1200 DM bis auf 62,4 % bei einem Einkommen von 8000 bis unter 25000 DM. Dagegen spielte das Alter der Bezugsperson eine

wesentlich geringere Rolle als bei den Bausparverträgen. Daß von den Haushalten mit unter 35jährigen Bezugspersonen angesichts der in der Regel bescheidenen Mittel und dem hohen Liquiditätsbedarf nur 28,9 % Wertpapiere besaßen, ist nicht verwunderlich, bei den übrigen Altersgruppen sind die Unterschiede im Anteil der Wertpapier-sparer relativ gering; lediglich bei den 70jährigen und älteren Bezugspersonen sinkt dieser Anteil stark ab.

Übrige Geldvermögensbestände, wie Berlin-Darlehen, Festgelder, waren — gemessen an Sparbüchern und Lebensversicherungen — nur in relativ wenigen Haushalten zu finden (5,3 %). Am häufigsten hatten Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 8000 bis unter 25000 DM diese Vermögensform nachgewiesen (22,4 %), am seltensten Haushalte der unteren Einkommensgruppen (etwa 2 %) und Haushalte mit 75jährigen und älteren Bezugspersonen (3,6 %).

In der Tabelle 3 findet sich nicht nur eine Gliederung der Ergebnisse aus dem Schlußinterview 1988 nach der sozialen Stellung der Bezugsperson und nach der Zahl der Haushaltsmitglieder, sondern auch ein Vergleich mit den Ergebnissen der vorangegangenen Erhebungen. Auf die Ergebnisse der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sei hier nur kurz eingegangen. In der Regel verfügten die Haushalte mit nichterwerbstätigen Bezugspersonen und die Einpersonenhaushalte deutlich seltener über Vermögen in den ausgewählten Vermögensformen

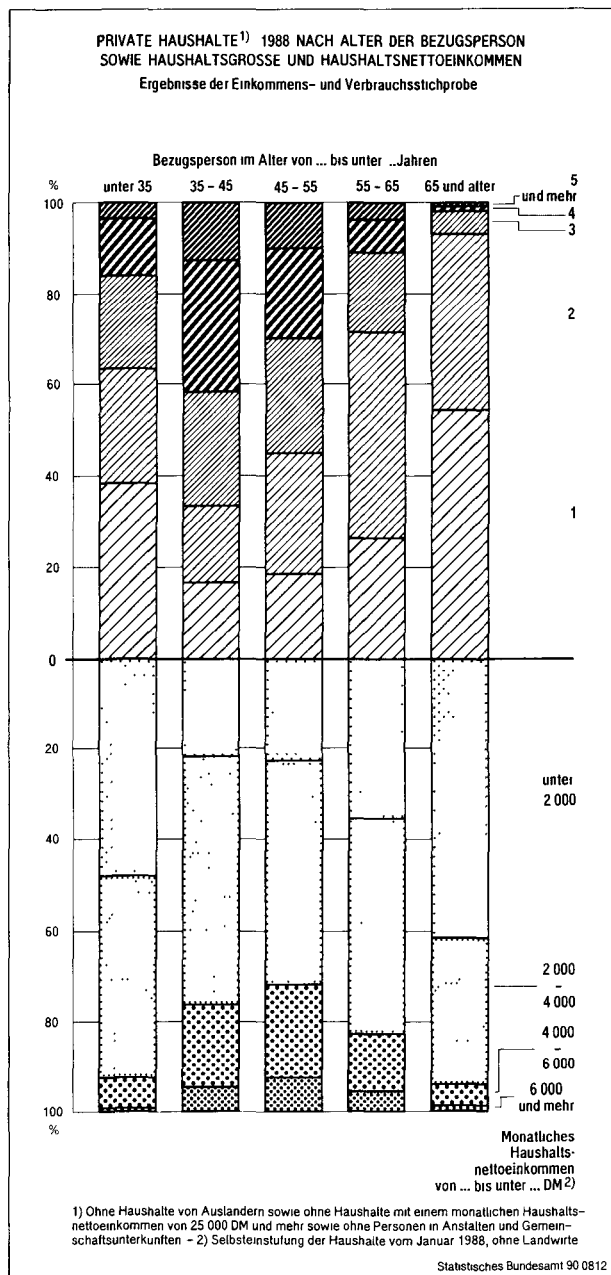
¹⁷⁾ Die Deutsche Bundesbank ordnet die Sparbriefe den Termingeldern zu (siehe auch Tabelle 1, Anmerkung 4).

Tabelle 3 Anteil der Haushalte mit der jeweiligen Form des Geldvermögens an allen privaten Haushalten¹⁾ 1962/63 bis 1988
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben
Prozent

Jahresende	Haushalte insgesamt	Bezugsperson war						Haushalte mit Personen				
		Landwirt	Selbstständiger ²⁾	Beamter	Angestellter	Arbeiter	Nicht-erwerbstätiger ³⁾	1	2	3	4	5 und mehr
Sparbücher												
1962/63	60,3	63,0	65,1	71,7	72,6	56,7	53,8	55,1				
1969	88,1	88,7	91,3	97,3	95,0	89,8	80,6	77,0	88,0	93,4	94,6	92,7
1973	90,9	89,4	90,7	96,4	96,0	94,1	84,4	82,2	91,3	94,6	95,6	94,1
1978	91,1	91,7	90,3	96,8	95,7	94,7	86,0	84,8	91,6	94,7	95,3	94,9
1983	90,3	92,6	88,4	95,8	93,5	92,8	86,6	84,7	91,4	93,6	94,9	93,2
1988	87,9	91,3	84,1	95,7	93,0	88,8	84,1	82,5	89,2	90,8	93,7	91,8
Bausparverträge												
1962/63	11,9	11,1	29,1	23,1	17,0	8,8	5,2	5,6				
1969	22,8	31,4	45,3	43,8	33,4	19,6	10,1	8,9	19,0	29,4	33,5	33,5
1973	35,4	47,4	57,8	62,4	49,0	36,6	16,1	14,4	29,0	47,3	51,9	50,4
1978	37,3	52,8	56,2	67,0	52,6	47,1	15,8	15,1	30,5	52,1	60,7	60,3
1983	40,0	60,0	55,6	68,2	54,1	54,0	18,4	17,6	34,3	57,4	66,9	69,6
1988	38,6	67,6	51,0	67,7	51,4	52,9	19,2	19,9	34,0	55,7	66,0	70,7
Wertpapiere												
1962/63 ⁴⁾	8,0	4,5	15,0	13,0	16,0	2,5	9,0	7,0				
1969	19,6	14,6	34,1	27,7	30,6	10,7	17,8	15,3	21,4	22,3	21,4	17,2
1973	23,6	14,0	36,7	30,1	35,2	14,5	21,5	18,9	25,3	26,6	25,7	21,4
1978	26,3	19,1	39,2	31,9	36,8	19,6	22,6	20,0	28,6	30,0	29,5	25,4
1983	29,6	28,2	41,1	33,9	36,7	24,4	26,4	23,1	31,5	33,9	34,3	31,3
1988	32,4	37,2	41,9	39,7	41,0	28,6	27,4	24,9	34,0	38,0	39,5	37,6
Lebensversicherungen												
1962/63	39,6	32,6	61,4	48,0	46,9	45,0	22,1	18,5				
1969	76,5	66,1	87,3	78,7	80,1	83,6	66,3	59,7	76,7	82,8	85,9	85,4
1973	75,8	67,9	88,1	79,6	80,5	84,3	63,7	57,5	73,5	84,2	87,7	87,2
1978	70,0	67,9	86,1	78,7	78,4	81,9	55,3	50,8	67,8	81,8	86,3	85,5
1983	66,8	77,4	83,8	77,1	74,7	80,9	51,2	46,0	67,1	80,9	86,0	86,7
1988	63,7	81,4	83,8	78,7	73,0	78,0	47,6	44,1	64,9	80,0	84,7	84,1
Sonstiges Geldvermögen ⁵⁾												
1983	5,8	10,9	12,9	7,3	6,7	4,8	4,4	3,7	6,2	7,2	7,0	7,4
1988	5,3	13,3	11,3	6,8	6,4	4,1	4,1	3,5	5,6	6,5	6,7	8,1

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit besonders hohem Einkommen (monatliches Haushaltsnettoeinkommen 1988 25 000 DM und mehr) und ohne Personen in Anstalten und in Gemeinschaftsunterkünften — ²⁾ Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger — ³⁾ Einschl. Arbeitsloser — ⁴⁾ Geschätzt — ⁵⁾ Festgeld, Berlin-Darlehen u. a., ohne Bestände an Bargeld und auf Girokonten sowie ohne Forderungen an Dritte. 1983 erstmals erhoben

Schaubild 2



als alle anderen Haushaltsgruppen. Wie Schaubild 2 zeigt, waren fast zwei Drittel aller alleinlebenden Personen nicht oder nicht mehr erwerbstätig bzw. arbeitslos, knapp die Hälfte war 65 Jahre und älter. Der deutliche Abstand zwischen Einpersonenhaushalten mit Lebensversicherungen und vor allem mit Bausparverträgen und vergleichbaren Mehrpersonenhaushalten ist also — wie schon Tabelle 2 zeigte — auch altersbedingt, wenngleich der aus Schaubild 1 erkennbare hohe Anteil der Alleinlebenden und der 65-jährigen und älteren Bezugspersonen an den Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 2000 DM darauf hindeutet, daß neben dem Alter der alleinlebenden Personen auch deren relativ geringe finanzielle Leistungsfähigkeit das Vorhandensein von Bauspar- und Lebensversicherungsverträgen negativ beeinflusst.

Besonders interessant in Tabelle 3 sind die Veränderungen der einzelnen Formen des Geldvermögens im Zeitab-

lauf. Beschränkt man sich auf die Betrachtung der Gesamtheit der privaten Haushalte, so fällt vor allem der stetige Anstieg der Anteile der Haushalte mit Wertpapieren ins Auge. 1962/63 verfügten 8 von 100 Haushalten über Wertpapiere. 1988 hatte fast jeder Dritte Wertpapiere nachgewiesen. In dem genannten Zeitraum haben sich demnach die Anteile der Wertpapiersparer an allen Haushalten etwa vervierfacht, während der Anteil der Haushalte mit Lebensversicherungen seit 1969 rückläufig war, und zwar am stärksten bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen. Möglicherweise ist dieser Rückgang darauf zurückzuführen, daß zunehmend beim Ausscheiden der Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben deren Lebensabend weitestgehend durch die gesetzliche Rentenversicherung oder durch Pensionsansprüche gesichert erscheint und ein Neuabschluß von privaten Lebensversicherungen wegen der altersbedingt hohen Prämien unrentabel ist.

Zusammensetzung des erfaßten Bruttogeldvermögens

Für Sparguthaben, Bausparguthaben, Wertpapierbestände und das erfaßte sonstige Geldvermögen ist die Höhe des jeweiligen Bestandes für jeden Haushalt bekannt. Man kann also für beliebige Gruppen von Haushalten berechnen, wie hoch der Wert des Vermögens im Durchschnitt je Haushalt mit Vermögen der jeweiligen Art und im Durchschnitt aller Haushalte der jeweils nachgewiesenen Schicht ist und wie sich die für alle Haushalte ermittelten Durchschnittswerte zum gesamten erfaßten Bruttogeldvermögen addieren.

Eine derartige Berechnung in der Gliederung nach der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und nach dem Alter der Bezugsperson findet sich in der Tabelle 4 auf S. 804. Im Durchschnitt aller privaten Haushalte belief sich das gesamte hier erfaßte Bruttogeldvermögen am Jahresende 1988 je Haushalt auf 25 673 DM; davon entfielen 10 943 DM (42,6 %) auf Sparguthaben, 4 114 DM (16,0 %) auf Bausparguthaben, 9 024 DM (35,1 %) auf Wertpapiere und 1 592 DM (6,2 %) auf sonstiges Geldvermögen. Bezogen nur auf Haushalte, die Vermögen in der jeweiligen Form besaßen, ergeben sich Durchschnittswerte, die um so höher über den Durchschnittswerten für alle Haushalte liegen, je seltener die Form der Vermögensanlage war. Extremes Beispiel dafür ist das sonstige Geldvermögen, das nur 5,3 % aller Haushalte nachgewiesen hatten (siehe Tabelle 2). Im Durchschnitt aller Haushalte ergab sich dafür nur der oben genannte Wert von 1 592 DM; dagegen belief sich der durchschnittliche Vermögensbestand der Haushalte, die sonstiges Geldvermögen nachgewiesen hatten, auf 29 981 DM, das ist der höchste Durchschnittswert von allen erfaßten Vermögensformen. Nicht ganz so groß, aber doch beachtlich, waren auch die Unterschiede beider Durchschnittswerte bei den Wertpapieren. Hier ergab sich im Durchschnitt aller Haushalte ein Vermögensbestand von 9 024 DM, im Durchschnitt der Haushalte mit Wertpapieren ein solcher von 27 851 DM.

Bezogen auf Haushalte mit der jeweils dargestellten Vermögensform ergibt sich die aus Schaubild 3 ersichtliche Verteilung nach Vermögensgrößenklassen. Von jeweils

Tabelle 4 Bruttogeldvermögen privater Haushalte¹⁾ am 31. Dezember 1988

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
DM je Haushalt

Haushalte nach dem Einkommen und Alter jeweils von bis unter	Sparguthaben im Durchschnitt		Bausparguthaben im Durchschnitt		Wertpapierbestände im Durchschnitt		Sonstiges Geldvermögen ²⁾ im Durchschnitt		Erfasstes Bruttogeldvermögen im Durchschnitt aller Haushalte
	aller Haushalte	der Haushalte mit Sparkonten	aller Haushalte	der Haushalte mit Bausparverträgen	aller Haushalte	der Haushalte mit Wertpapieren	aller Haushalte	der Haushalte mit sonstigem Geldvermögen	
Haushalte insgesamt	10 943	12 454	4 114	10 661	9 024	27 851	1 592	29 981	25 673
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ³⁾									
unter 1 200	4 986	6 915	587	4 481	2 587	18 775	306	(15 139)	8 465
1 200 — 1 600	7 330	8 812	1 272	6 059	4 310	19 914	535	(18 848)	13 446
1 600 — 2 000	9 161	10 602	2 053	7 500	5 863	21 646	692	18 357	17 769
2 000 — 2 500	11 158	12 164	3 172	8 307	7 129	22 378	1 124	23 714	22 583
2 500 — 3 000	12 430	13 322	4 817	10 018	8 872	23 927	965	20 337	27 085
3 000 — 4 000	13 201	14 062	6 500	11 668	10 437	25 490	1 469	24 631	31 608
4 000 — 5 000	15 100	15 979	7 686	13 059	15 172	31 713	3 153	36 519	41 111
5 000 — 8 000	16 988	18 399	10 121	16 779	23 087	44 008	5 514	42 923	55 710
8 000 — 10 000	26 656	30 267	12 231	24 847	55 344	88 703	20 077	(89 524)	114 308
nach dem Alter der Bezugsperson									
unter 35	6 248	7 137	5 240	10 093	3 548	12 259	1 058	23 568	16 130
35 — 45	8 828	9 940	6 490	11 999	6 740	19 858	1 772	31 138	23 831
45 — 55	11 347	13 096	5 395	11 060	10 243	28 026	1 886	29 679	28 872
55 — 65	13 814	15 833	3 512	10 368	11 463	33 467	1 856	30 902	30 646
65 — 70	15 054	16 706	2 330	9 417	14 612	40 347	1 828	27 559	33 824
70 und älter	12 643	14 432	997	8 187	10 605	39 174	1 337	37 577	29 583

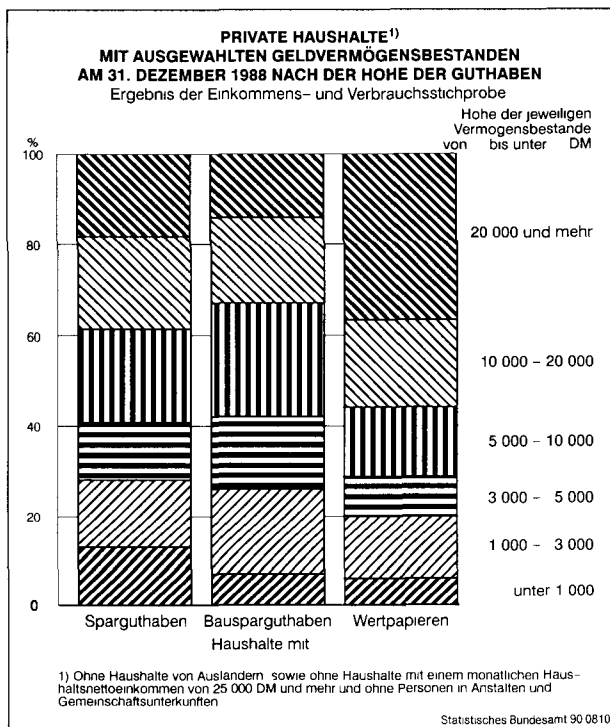
¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und in Gemeinschaftsunterkünften — ²⁾ Festgeld, Berlin-Darlehen u. a., ohne Bestände an Bargeld und auf Girokonten sowie ohne Forderungen an Dritte — ³⁾ Selbsteinstufung der Haushalte vom Januar 1988, ohne Landwirte

100 Haushalten mit Sparguthaben verfügten 13 über Guthaben von weniger als 1 000 DM, 18 über solche von 20 000 DM und mehr. Deutlich anders strukturiert ist das Wertpapiervermögen. Wertpapiere mit einem Tageswert

Personengruppen, die bereit sind, zum Teil erhebliche Beträge in Form von Aktien, festverzinslichen Wertpapieren, Investmentfonds u. ä. zu investieren¹⁸⁾.

Erwartungsgemäß war das vorhandene Bruttogeldvermögen um so höher, je höher das verfügbare Einkommen war. Es stieg von 8 465 DM in Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1 200 DM auf 114 308 DM in Haushalten mit einem Einkommen von 8 000 bis unter 25 000 DM. Mit zunehmendem Einkommen veränderte sich auch die Struktur des Bruttogeldvermögens, wie Schaubild 4 zeigt: Der Anteil der Sparguthaben am Gesamtvermögen sank von rund 54 % in Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 2 000 DM auf etwa 23 % in Haushalten mit einem Nettoeinkommen von 8 000 bis unter 25 000 DM, der Anteil der Bausparguthaben stieg von etwa 10 % in der untersten nachgewiesenen Einkommensgrößenklasse bis auf 19 % in Haushalten mit einem Einkommen von 4 000 bis unter 6 000 DM; der deutliche Abfall bei Haushalten der höchsten nachgewiesenen Einkommensgrößenklasse dürfte, wie bereits aufgeführt, darauf zurückzuführen sein, daß der größte Teil dieser Haushalte bereits Grundvermögen besaß. Der Anteil des Wertpapiervermögens am Bruttogeldvermögen steigt mit der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens. Bei einem Einkommen von 8 000 bis unter 25 000 DM bildeten die vorhandenen Wertpapierbestände knapp die Hälfte des nachgewiesenen Bruttogeldvermögens. Dieser Tatbestand erscheint jedoch weniger überraschend als die Feststellung, daß die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 2 000 DM fast ein Drittel ihres Geldvermögens in Form von festverzinslichen Wertpapieren, Aktien u. ä. angelegt hatten.

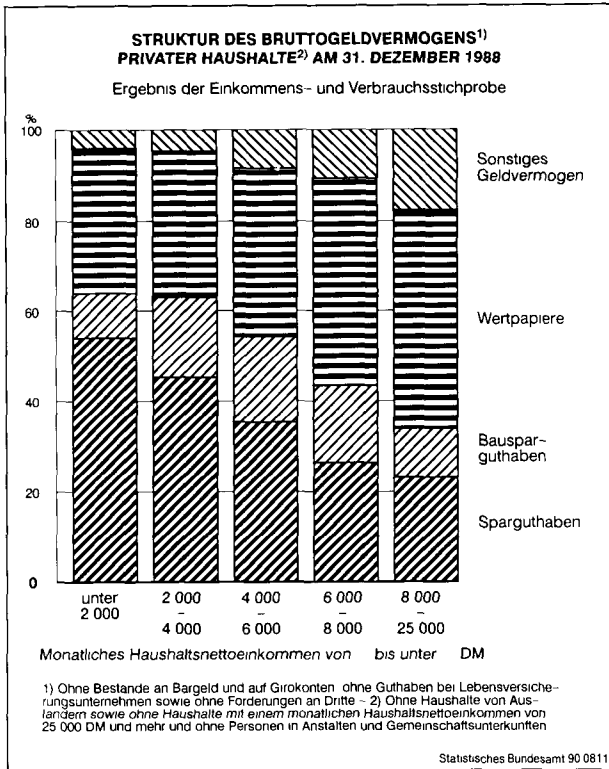
Schaubild 3



von 1 000 DM wurden nur von rund 6 % der Wertpapiersparer nachgewiesen, solche mit einem Tageswert von 20 000 DM und mehr dagegen von fast 37 %. Ganz offensichtlich handelt es sich bei einem relativ großen Teil der Haushalte, die Wertpapiere besitzen, um finanzkräftige

¹⁸⁾ Mit dem Wertpapiersparen wird sich ein gesonderter Beitrag in dieser Zeitschrift beschäftigen

Schaubild 4

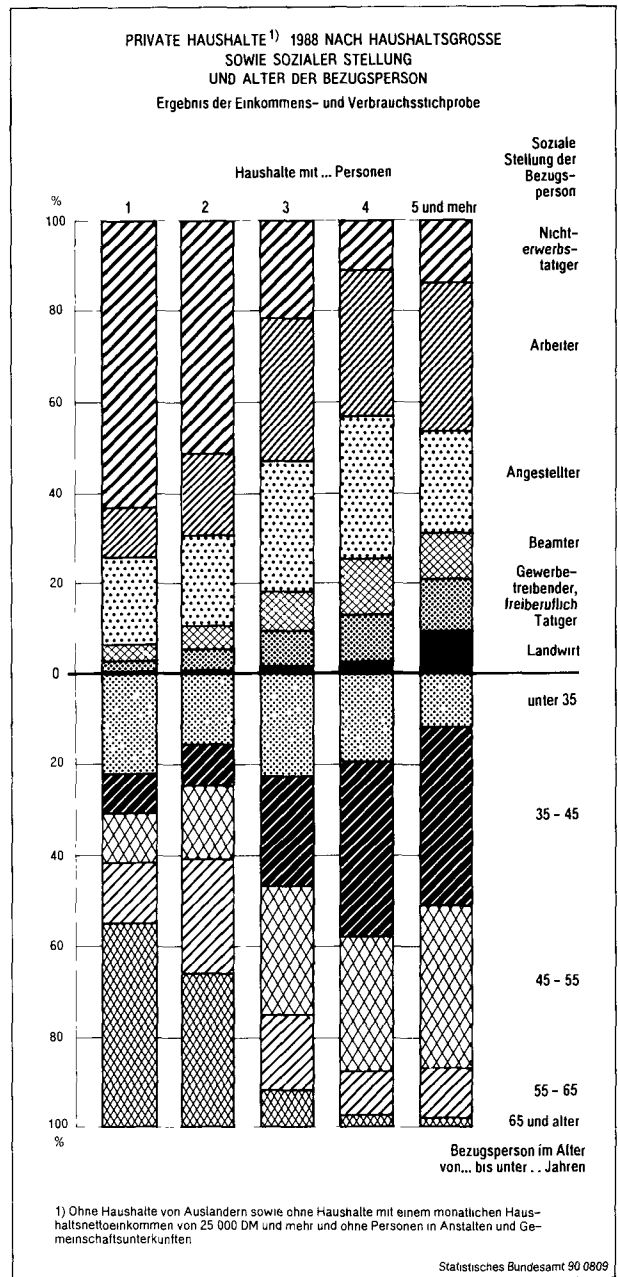


Bei der Gliederung nach dem Alter der Bezugsperson nimmt zunächst der Durchschnittswert des vorhandenen Bruttogeldvermögens mit dem Alter der Bezugsperson zu und erreicht bei Haushalten mit 65- bis unter 70jährigen Bezugspersonen mit 33 824 DM den höchsten Stand, um danach bis auf 25 583 DM bei den Haushalten mit 70jährigen und älteren Bezugspersonen abzusinken. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß innerhalb der Altersgruppen der Bezugspersonen erhebliche Unterschiede in der Haushaltsgröße und im Haushaltsnettoeinkommen festzustellen sind (siehe Schaubild 5). So bestanden knapp 55 % der Haushalte mit 65jährigen und älteren Personen aus einer, rund 39 % aus zwei Personen; 61 % hatten im Monat weniger als 2 000 DM zur Verfügung, rund 33 % 2 000 bis unter 4 000 DM. Haushalte mit 45- bis unter 55jährigen Bezugspersonen bestanden nur zu knapp einem Fünftel aus alleinlebenden Personen, zu etwas mehr als einem Viertel aus zwei Personen, 21 von 100 Haushalten verfügten über ein monatliches Nettoeinkommen von 4 000 bis unter 6 000 DM, knapp 8 von 100 Haushalten über ein solches von 6 000 bis unter 25 000 DM.

Die zunehmende Bedeutung der Wertpapiere im Rahmen des Gesamtvermögens ist auch dem Zeitvergleich in Tabelle 5 auf S. 806 zu entnehmen, in dem allerdings das sonstige Geldvermögen nicht berücksichtigt werden konnte, weil es 1983 erstmals erhoben wurde. Der Anteil der Wertpapiere an dem nachgewiesenen Bruttogeldvermögen lag für die Gesamtheit der privaten Haushalte 1973 bei 18,8 %, 1988 hatte er sich fast verdoppelt. Erheblich stärker war der Zuwachs bei den Haushalten von Landwirten und von Arbeitern.

Den Vermögensbeständen stehen die Kreditverpflichtungen der Haushalte gegenüber. Im folgenden werden darunter persönliche Kleinkredite, Anschaffungs- und Über-

Schaubild 5



ziehungskredite verstanden, Hypotheken, Baudarlehen u. ä. sind darin nicht enthalten. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 waren am 31. Dezember 1988 rund 4,9 Mill. Haushalte, also ein rundes Fünftel aller privaten Haushalte, verschuldet (siehe Tabelle 6 auf S. 806). Im Durchschnitt der Schuldnerhaushalte waren zu diesem Zeitpunkt noch 11 280 DM an die Kreditgeber zu zahlen. Wie Schaubild 6 auf S. 806 zeigt, war die Schuldenlast bei vielen Haushalten wesentlich höher. Knapp 8 % der Haushalte mit Kreditverpflichtungen hatten Ende 1988 noch 15 000 bis unter 20 000 DM zurückzahlen, rund 17 % sogar 20 000 DM und mehr.

Ein vom Bundesminister für Justiz und der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in Auftrag gegebenes und kürzlich veröffentlichtes Forschungsvorhaben¹⁹⁾ kommt für das Jahr 1989 zu einer wesentlich

¹⁹⁾ Siehe den Beitrag „Engelhard will Beratung der Schuldner verbessern“ im „Handelsblatt“ vom 25. 10. 1990, S. 9

Tabelle 5: Anteil der Sparguthaben, Bausparguthaben und Wertpapierbestände am Bruttogeldvermögen¹⁾ privater Haushalte²⁾

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Prozent

Jahresende	Haushalte insgesamt	Bezugsperson war						Haushalte mit Personen				
		Landwirt	Selbständiger ³⁾	Beamter	Ange-stellter	Arbeiter	Nicht-erwerbs-tätiger ⁴⁾	1	2	3	4	5 und mehr
Sparbücher												
1973	55,3	66,5	42,9	44,0	48,2	63,4	63,8	63,8	58,6	52,0	49,5	52,4
1978	52,9	64,2	37,1	42,9	46,2	60,6	60,6	60,6	54,7	50,5	46,6	49,3
1983	44,9	54,6	32,6	35,6	39,0	51,8	50,5	50,5	47,3	40,8	39,4	42,2
1988	45,4	37,9	33,3	39,4	41,2	51,3	50,2	49,5	47,5	43,3	39,6	39,0
Bausparverträge												
1973	25,9	26,3	28,9	40,3	31,6	29,2	12,5	13,3	20,0	31,1	34,9	31,7
1978	21,6	20,5	21,5	38,9	29,0	28,4	8,4	10,1	16,2	27,4	32,4	28,6
1983	22,0	21,8	22,9	41,5	30,4	31,1	8,4	9,9	15,8	29,9	35,1	32,4
1988	17,1	17,7	19,0	33,7	23,0	26,0	7,1	9,4	12,6	23,3	27,1	28,5
Wertpapiere												
1973	18,8	7,2	28,3	15,8	20,2	7,3	24,4	22,9	21,4	16,9	15,6	15,9
1978	25,6	15,4	41,3	18,2	24,8	11,0	30,9	29,3	29,2	22,1	21,0	22,1
1983	33,1	23,6	44,5	22,9	30,6	17,1	41,1	39,6	36,9	29,3	25,5	25,4
1988	37,5	44,5	47,8	27,0	35,8	22,7	42,7	41,1	39,9	33,4	33,3	32,5

¹⁾ Sparguthaben, Bausparguthaben, Wertpapierbestände (ohne sonstiges Geldvermögen) — ²⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und in Gemeinschaftsunterkünften — ³⁾ Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger — ⁴⁾ Einschl. Arbeitsloser

höheren Quote verschuldeter Haushalte. Ohne eine genauere Analyse der verwendeten Definitionen und Verfahren ist ein Vergleich der Ergebnisse nicht möglich. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß im Rahmen eines sehr breit angelegten Interviews, in dem die Frage nach den bestehenden Verpflichtungen nur eine unter vielen ist, von den Befragten kleinere Kredite, zum Beispiel aus Ratenkäufen, mitunter vergessen werden. Am 31. Dezember 1983 hatten im Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 17,2 % der Haushalte angegeben, noch Kredite abzahlen zu müssen. Aufgrund der während des ganzen Jahres geführten Anschreibungsbücher wurde jedoch festgestellt, daß im Laufe des Jahres rund ein Viertel der Haushalte mindestens einmal Kredite zurückgezahlt hatte.

Wie Tabelle 6 zeigt, fanden sich relativ am häufigsten Haushalte mit Kreditverpflichtungen nicht bei den Haushalten der unteren Einkommensgrößenklassen, sondern bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen. Knapp ein Viertel der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3 000 und 5 000 DM waren verschuldet, bei einem Einkommen unter 1 200 DM lag der Anteil der Schuldnerhaushalte bei rund 13 %. Allerdings stieg bis auf einige Ausnahmen die durchschnittliche Summe der noch zu zahlenden Kreditverpflichtungen tendenziell mit der Höhe des Einkommens.

Ganz offensichtlich wird die Häufigkeit der Kreditaufnahme wesentlich durch die jeweilige Entwicklungsphase des Haushalts bestimmt, die in der Regel am Alter der Bezugs-

Tabelle 6 Kreditverpflichtungen¹⁾ privater Haushalte²⁾ insgesamt am 31. Dezember 1988

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte		Durchschnittliche Verpflichtungen je Haushalt mit Verpflichtungen	
	insgesamt	mit Kreditverpflichtungen		
	1 000	%	DM	
Haushalte insgesamt	24 684	4 868	19,7	11 280
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ³⁾				
von bis unter DM				
unter 1 200	3 655	463	12,7	7 523
1 200 — 1 600	2 870	456	15,9	7 149
1 600 — 2 000	3 294	638	19,4	9 247
2 000 — 2 500	3 842	780	20,3	9 890
2 500 — 3 000	2 929	626	21,4	11 417
3 000 — 4 000	3 990	973	24,4	11 998
4 000 — 5 000	1 913	457	23,9	14 041
5 000 — 8 000	1 606	369	23,0	16 370
8 000 — 25 000	245	51	21,0	30 595
nach dem Alter der Bezugsperson				
von bis unter Jahren				
unter 35	4 743	1 587	33,5	9 827
35 — 45	4 122	1 274	30,9	12 856
45 — 55	4 717	1 077	22,8	12 962
55 — 65	4 224	582	13,8	10 130
65 — 70	2 108	170	8,1	9 994
70 und älter	4 770	177	3,7	7 744

¹⁾ Ohne Hypotheken, Baudarlehen u. a. Kredite — ²⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und in Gemeinschaftsunterkünften — ³⁾ Selbsteinstufung der Haushalte vom Januar 1988, ohne Landwirte

Schaubild 6

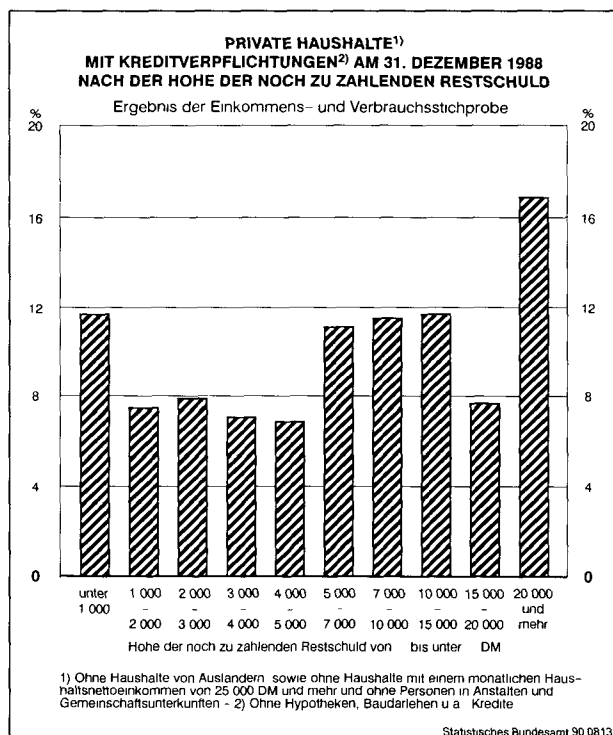


Tabelle 7 Bruttogeldvermögen, Kreditverpflichtungen und Nettogeldvermögen privater Haushalte¹⁾ am 31. Dezember 1988

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Bruttogeldvermögen		Kreditverpflichtungen ²⁾		Nettogeldvermögen	
	im Durchschnitt aller Haushalte					
	DM je Haushalt				% ³⁾	
Haushalte insgesamt	25 673	2 225	23 448	91,3		
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ⁴⁾						
von bis unter DM						
unter 1 200	8 465	953	7 512	88,7		
1 200 — 1 600	13 446	1 135	12 311	91,6		
1 600 — 2 000	17 769	1 792	15 977	89,9		
2 000 — 2 500	22 583	2 009	20 574	91,1		
2 500 — 3 000	27 085	2 439	24 646	91,0		
3 000 — 4 000	31 608	2 923	28 684	90,8		
4 000 — 5 000	41 111	3 355	37 756	91,8		
5 000 — 8 000	55 710	3 762	51 948	93,2		
8 000 — 25 000	114 308	6 422	107 886	94,4		
nach dem Alter der Bezugsperson						
von bis unter Jahren						
unter 35	16 130	3 289	12 841	79,6		
35 — 45	23 831	3 975	19 856	83,3		
45 — 55	28 872	2 960	25 912	89,7		
55 — 65	30 646	1 396	29 250	95,4		
65 — 70	33 824	806	33 017	97,6		
70 und älter	25 583	287	25 296	98,9		

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und in Gemeinschaftsunterkünften — ²⁾ Ohne Hypotheken, Baudarlehen u a Kredite — ³⁾ Bezogen auf das Bruttogeldvermögen — ⁴⁾ Selbsteinstufung der Haushalte vom Januar 1988, ohne Landwirte

person gemessen werden kann. Jeder dritte Haushalt mit einer Bezugsperson unter 35 Jahren hatte sich zur Gründung einer Familie und zum Auf- und Ausbau einer angemessenen Ausstattung verschuldet, während bei den 70jährigen und älteren Bezugspersonen nur etwa jeder 27. Haushalt Kreditverpflichtungen nachgewiesen hatte.

Zieht man die Kreditverpflichtungen von dem erfaßten Geldvermögen ab, erhält man das Nettogeldvermögen. Die aus Tabelle 7 ersichtlichen Durchschnittswerte sind auf die Gesamtheit aller privaten Haushalte bezogen (wie in Tabelle 4), schließen also die Haushalte ohne Geldvermögen und ohne Kreditverpflichtungen ein.

Im Durchschnitt aller Haushalte belief sich am 31. Dezember 1988 das Bruttogeldvermögen auf 25 673 DM, die

Verschuldung auf 2 225 DM. Für das Nettogeldvermögen ergibt sich demnach ein Betrag von 23 448 DM, der um rund 9 % unter dem Bruttogeldvermögen liegt. Diese Marge zwischen Brutto- und Nettogeldvermögen bleibt auch bei Haushalten unterschiedlicher Einkommensgrößenklassen weitgehend gleich; lediglich bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 8 000 bis unter 25 000 DM war das Ausmaß der Belastung des Bruttogeldvermögens durch Kreditverpflichtungen etwas niedriger als im Durchschnitt der übrigen Haushalte. Ganz entscheidend wurde dagegen der Anteil des Nettogeldvermögens am Bruttogeldvermögen durch das Alter der Bezugsperson bestimmt. Bei Bezugspersonen unter 35 Jahren war das Nettogeldvermögen um mehr als 20 % niedriger als das Bruttogeldvermögen, bei 70jährigen und älteren Bezugspersonen machte der Unterschied ein Prozent aus.

Wie bereits ausgeführt wurde, verfügten von den 24,7 Mill. privaten Haushalten 2,2 Mill., das sind rund 9 %, über kein Geldvermögen in der hier dargestellten Form. So wichtig und interessant die bisher dargestellten Angaben über durchschnittliche Höhe und Struktur des Geldvermögens in Haushalten mit unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Gegebenheiten auch sein mögen, so unstrittig dürfte die Feststellung sein, daß für den Sozialpolitiker und -wissenschaftler die Verteilung des Vermögens von fundamentaler Bedeutung ist.

In der Tabelle 8 werden die Haushalte mit Geldvermögen nach Größenklassen des Brutto- und Nettogeldvermögens nachgewiesen und der auf sie entfallende Anteil am jeweiligen Gesamtvermögen dargestellt. Betrachtet man zunächst einmal das Bruttogeldvermögen, so kann man aus der Tabelle ablesen, daß 14,5 % aller Haushalte mit Geldvermögen über einen Bruttogeldvermögensbestand von weniger als 2 500 DM verfügten, 10,8 % über einen solchen von 2 500 bis unter 5 000 DM. Rund ein Viertel aller Haushalte mit Geldvermögen in der hier dargestellten Form hatte also ein Bruttogeldvermögen von weniger als 5 000 DM. Multipliziert man die Zahl dieser Haushalte mit den errechneten Durchschnittswerten je Haushalt, kommt

Tabelle 8: Höhe und Verteilung des Brutto- und Nettogeldvermögens privater Haushalte¹⁾ am 31. Dezember 1988
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Haushalte mit Brutto- bzw Nettogeldvermögensbeständen je Haushalt von bis unter DM	Haushalte mit				Durchschnittliches		Bruttogeldvermögen insgesamt		Nettogeldvermögen insgesamt		Nachrichtlich	
	Brutto-		Netto-		Brutto-	Netto-					Brutto-	Netto-
	geldvermögen		geldvermögen		geldvermögen ²⁾						geld-	geld-
	1000	%	1000	%	DM		Mill DM	%	Mill DM	%	vermögen 1983	vermögen 1983
unter 2 500	3 260	14,5	4 528	20,1	1 000	-4 671	3 259	0,5	-21 151	-3,6	0,6	-2,8
2 500 — 5 000	2 436	10,8	2 133	9,5	3 563	3 567	8 679	1,4	7 608	1,3	1,8	1,7
5 000 — 7 500	1 900	8,4	1 695	7,5	6 067	6 067	11 526	1,8	10 284	1,8	2,2	2,2
7 500 — 10 000	1 567	7,0	1 419	6,3	8 618	8 615	13 506	2,1	12 228	2,1	2,8	2,8
10 000 — 15 000	2 577	11,4	2 368	10,5	12 175	12 160	31 378	5,0	28 797	4,9	6,3	6,4
15 000 — 20 000	1 939	8,6	1 828	8,1	17 162	17 189	33 280	5,3	31 421	5,4	6,1	6,3
20 000 — 25 000	1 355	6,0	1 280	5,7	22 110	22 125	29 964	4,7	28 316	4,8	5,8	5,9
25 000 — 30 000	1 005	4,5	958	4,3	27 062	27 089	27 209	4,3	25 952	4,4	5,5	5,7
30 000 — 35 000	844	3,7	805	3,6	31 962	31 989	26 977	4,3	25 763	4,4	5,3	5,4
35 000 — 40 000	976	4,3	949	4,2	36 524	36 517	35 639	5,6	34 640	5,9	4,5	4,6
40 000 — 50 000	1 154	5,1	1 115	5,0	44 326	44 326	51 168	8,1	49 438	8,5	8,1	8,6
50 000 — 75 000	1 668	7,4	1 620	7,2	59 786	59 752	99 704	15,7	96 798	16,6	14,1	14,6
75 000 — 100 000	742	3,3	715	3,2	85 545	85 607	63 449	10,0	61 191	10,5	8,8	9,4
100 000 — 200 000	847	3,8	825	3,7	133 723	133 815	113 222	17,9	110 395	18,9	14,8	15,5
200 000 und mehr	241	1,1	235	1,0	352 238	351 206	84 737	13,4	82 590	14,1	13,1	13,7
Insgesamt	22 511	100	22 474	100	28 151	25 998	633 697	100	584 270	100	100	100

¹⁾ Ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 DM und mehr — ²⁾ Je Haushalt mit Brutto- bzw Nettogeldvermögen

man zu dem Ergebnis, daß auf die 25,3 % der Haushalte mit einem Bruttogeldvermögen unter 5 000 DM lediglich 1,9 % des gesamten Bruttogeldvermögens in Höhe von 634 Mrd. DM entfielen. Auf die 241 000 Haushalte mit Bruttogeldvermögen von 200 000 DM und mehr, die 1,1 % aller Haushalte mit Geldvermögen repräsentierten, entfielen dagegen 13,4 % des gesamten Bruttogeldvermögens. Diese Ungleichheit in der Verteilung des Geldvermögens wäre noch wesentlich ausgeprägter, wenn in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auch die Haushalte mit über 25 000 DM Haushaltsnettoeinkommen im Monat berücksichtigt worden wären, die sicherlich zu den besonders „reichen“ Haushalten zählen.

In gleicher Weise läßt sich auch die Verteilung des Nettogeldvermögens nachweisen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß in der Bestandsgrößenklasse unter 2 500 DM auch alle Haushalte nachgewiesen sind, in denen die Verpflichtungen höher waren als das vorhandene Bruttogeldvermögen. Je Haushalt ergibt sich deshalb in dieser Größenklasse ein negativer Wert von 4 671 DM, für die Gesamtheit aller Haushalte dieser Größenklasse ein negativer Wert (Saldo aus Vermögen und Kreditverpflichtungen) von knapp 21,2 Mrd. DM. Die Ungleichverteilung ist also beim Nettogeldvermögen zwangsläufig noch größer als beim Bruttogeldvermögen.

Nachrichtlich ist in Tabelle 8 auch die Verteilung des Brutto- und Nettogeldvermögens am 31. Dezember 1983 nachgewiesen. Der Vergleich mit den Werten vom Jahresende 1988 zeigt, daß auch innerhalb des hier repräsentierten Teils der privaten Haushalte — also ohne die Großverdiener — innerhalb von fünf Jahren eine zwar nicht allzu ausgeprägte, aber doch deutlich erkennbare Verschiebung von den unteren und mittleren Größenklassen des Brutto- und Nettogeldvermögens zu den oberen und damit ein verstärktes Ungleichgewicht in den Verteilungskurven eingetreten ist.

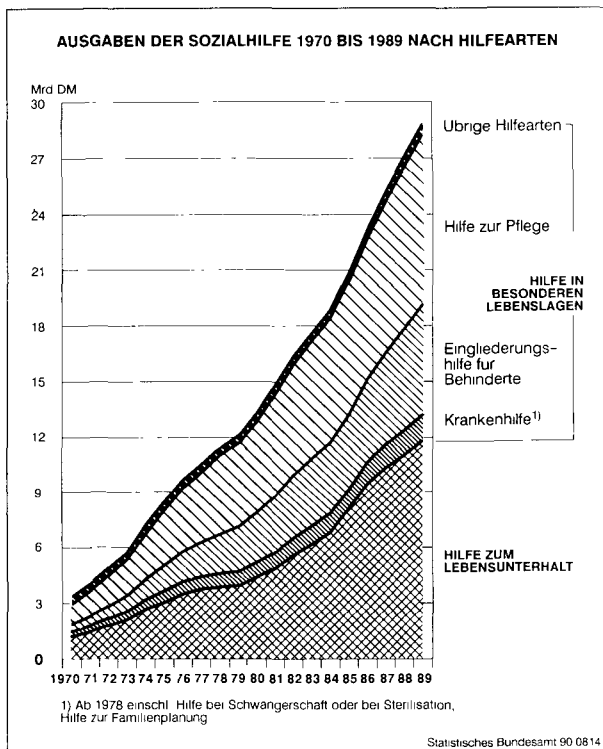
Dipl.-Volkswirt Manfred Euler

Sozialhilfeaufwand 1989

Ausgabenanstieg um 6,5 %

Für Leistungen der Sozialhilfe wurden in der Bundesrepublik Deutschland 1989 28,8 Mrd. DM ausgegeben, das sind 6,5 % mehr als im Vorjahr und gut das Doppelte des Betrages von 1980¹⁾. Im gleichen Zeitraum stieg das Bruttoinlandsprodukt nur um 52 % und die gesamten Sozialleistungen stiegen lediglich um 42 %. Die Bedeutung der Sozialhilfe im System der sozialen Sicherung ist damit gewachsen: Der Anteil des Aufwands für Sozialhilfe am Sozialbudget betrug 1980 noch 3,1 %, neun Jahre später dagegen schon 4,8 %.

Schaubild 1



Die Sozialhilfeausgaben verteilten sich 1989 zu 45,3 % auf Hilfen außerhalb von Einrichtungen und zu 54,7 % auf Hilfen in Einrichtungen, zum Beispiel in Altenheimen oder in Werkstätten für Behinderte. Wenn damit auch der Hilfe in Einrichtungen quantitativ eine größere Bedeutung zukommt als den Hilfen außerhalb von Einrichtungen, so hat sich doch der Abstand zwischen beiden Leistungsarten im Zeitverlauf deutlich verringert: Seit 1980 sind die Ausgaben für die Leistungen in Einrichtungen um 90 %, außerhalb von Einrichtungen dagegen fast doppelt so stark, nämlich um 162 % gestiegen. Diese Tendenz prägt auch die Entwicklung im Berichtsjahr: Die Ausgaben für Leistungen in Einrichtungen stiegen um 5,0 %, die für außerhalb von Einrichtungen dagegen um 8,4 %.

¹⁾ Siehe auch die Tabelle auf S. 438*

Tabelle 1. Sozialhilfeausgaben

Jahr	Ins-gesamt	Und zwar					Reine Aus-gaben
		außer-halb von Einrichtungen	in Einrichtungen	Hilfe zum Lebens-unterhalt	Hilfe in be-sonderen Lebens-lagen	Ein-nahmen	
Mill. DM							
1980	13 265,9	4 970,4	8 295,6	4 338,7	8 927,3	3 113,7	10 152,3
1981	14 782,6	5 506,5	9 276,2	4 795,4	9 987,2	3 385,9	11 396,7
1982	16 329,1	6 084,3	10 244,8	5 520,7	10 808,4	3 783,0	12 546,1
1983	17 569,5	6 648,0	10 921,5	6 122,8	11 446,7	4 119,4	13 450,0
1984	18 783,7	7 266,0	11 517,6	6 751,5	12 032,2	4 299,7	14 484,0
1985	20 845,6	8 576,8	12 268,8	8 024,6	12 821,0	4 553,9	16 291,6
1986	23 196,8	10 084,6	13 112,2	9 395,4	13 801,4	5 072,8	18 124,0
1987	25 199,0	11 150,5	14 048,5	10 269,6	14 929,4	5 504,7	19 694,3
1988	27 009,7	12 018,8	14 990,9	10 962,3	16 047,4	5 866,3	21 143,4
1989	28 774,5	13 030,9	15 743,6	11 810,7	16 963,8	6 186,1	22 588,4
Zunahme in %							
1980	9,4	9,7	9,2	10,7	8,8	9,7	9,3
1981	11,4	10,8	11,8	10,5	11,9	8,7	12,3
1982	10,5	10,5	10,4	15,1	8,2	11,7	10,1
1983	7,6	9,3	6,6	10,9	5,9	8,9	7,2
1984	6,9	9,3	5,5	10,3	5,1	4,4	7,7
1985	11,0	18,0	6,5	18,9	6,6	5,9	12,5
1986	11,3	17,6	6,9	17,1	7,6	11,4	11,2
1987	8,6	10,6	7,1	9,3	8,2	8,5	8,7
1988	7,2	7,8	6,7	6,7	7,5	6,6	7,4
1989	6,5	8,4	5,0	7,7	5,7	5,5	6,8

Ähnliches gilt für die Gliederung der Leistungen nach ihrer Zweckbestimmung: Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen, die überwiegend in Einrichtungen entstehen, sind seit 1980 um 90 % (1989: + 5,7 %), Ausgaben für Hilfen zum Lebensunterhalt mit überwiegendem Anteil von Leistungen außerhalb von Einrichtungen dagegen um 172 % (1989: + 7,7 %) gestiegen. Ein Grund für diese unterschiedliche Entwicklung liegt darin, daß die Zahl der Hilfeempfänger laufender Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt wesentlich stärker gestiegen ist — von 1980 bis 1988 um 90 % — als die der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen, die im gleichen Zeitraum nur um ein Fünftel zugenommen hat. Dabei ist unter den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt besonders die Zahl von Bedürftigen im jüngeren und mittleren Lebensalter angewachsen.

Im Zusammenhang mit der Sozialhilfegewährung hatten die Sozialhilfeträger 1989 Einnahmen in Höhe von 6,2 Mrd. DM (+ 5,5 %), u. a. durch Kostenbeiträge der Hilfeempfänger selbst bzw. ihrer Unterhaltsverpflichteten oder aus Erstattungen bzw. Auszahlungen anderer Sozialleistungsträger. Saldiert man Einnahmen und Ausgaben, so verbleibt als „reine Ausgabe“ ein Betrag von 22,6 Mrd. DM, der um 6,8 % über dem des Vorjahres liegt.

9,1 Mrd. DM für Hilfe zur Pflege

Die Ausgaben für Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt verteilten sich 1989 zu 91,5 % auf Leistungen außerhalb von Einrichtungen und zu 8,5 % auf Leistungen in Einrichtungen. Von den außerhalb von Einrichtungen gewährten Leistungen in Höhe von 10,8 Mrd. DM wurden 84 % als laufende Leistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs in Form von Regelsätzen und zur Bestreitung der Kosten der Unterkunft, 16 % als einmalige Leistungen, zum Beispiel als Kleider-, Hausrat- und Brennstoffbeihilfen, gewährt.

Unter den Arten der Hilfen in besonderen Lebenslagen erforderte die Hilfe zur Pflege mit 9,1 Mrd. DM im Berichts-

Tabelle 2: Ausgaben der Sozialhilfe nach Hilfearten

Hilfeart	Insgesamt				Außerhalb von Einrichtungen				In Einrichtungen			
	1988		1989		1988		1989		1988		1989	
	Mill DM		%		Mill DM		%		Mill DM		%	
Hilfe zum Lebensunterhalt zusammen	10 962,3	11 810,7	41,0	+ 7,7	10 007,0	10 806,3	82,9	+ 8,0	955,3	1 004,4	6,4	+ 5,1
Laufende Leistungen					8 376,2	9 072,5	69,6	+ 8,3				
Einmalige Leistungen					1 630,7	1 733,8	13,3	+ 6,3				
Hilfe in besonderen Lebenslagen zusammen	16 047,4	16 963,8	59,0	+ 5,7	2 011,9	2 224,7	17,1	+ 10,6	14 035,6	14 739,1	93,6	+ 5,0
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	9,7	7,8	0,0	-20,0	9,7	7,8	0,1	-20,0	—	—	—	—
Beihilfen	2,1	2,0	0,0	-1,9	2,1	2,0	0,0	-1,9	—	—	—	—
Darlehen	7,6	5,7	0,0	-24,9	7,6	5,7	0,0	-24,9	—	—	—	—
Vorbeugende Gesundheitshilfe	89,9	78,4	0,3	-12,8	6,8	6,1	0,0	-10,5	83,1	72,3	0,5	-13,0
Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung	1 404,9	1 381,2	4,8	-1,7	508,3	578,9	4,4	+ 13,9	896,7	802,3	5,1	-10,5
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	18,3	18,2	0,1	-0,8	4,3	3,4	0,0	-20,7	14,0	14,8	0,1	+ 5,3
Eingliederungshilfe für Behinderte	5 436,6	5 868,0	20,4	+ 7,9	219,6	243,6	1,9	+ 10,9	5 217,0	5 624,4	35,7	+ 7,8
Ärztliche Behandlung, Versorgung mit Körperersatzstücken	410,2	428,9	1,5	+ 4,5	34,5	29,9	0,2	-13,3	375,7	398,9	2,5	+ 6,2
Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	350,2	380,1	1,3	+ 8,5	56,1	64,6	0,5	+ 15,1	294,1	315,5	2,0	+ 7,3
Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	991,3	935,1	3,2	-5,7	48,5	25,8	0,2	-46,8	942,8	909,3	5,8	-3,6
Berufsausbildung, Fortbildung und Hilfe zur Erlangung eines geeigneten Arbeitsplatzes	146,6	139,4	0,5	-4,9	3,2	2,3	0,0	-29,7	143,4	137,2	0,9	-4,3
Hilfe zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	1 585,9	1 773,5	6,2	+ 11,8	—	—	—	—	1 585,9	1 773,5	11,3	+ 11,8
Sonstige Eingliederungshilfe	1 952,4	2 211,0	7,7	+ 13,2	77,2	121,0	0,9	+ 56,7	1 875,1	2 090,0	13,3	+ 11,5
Blindenhilfe	5,6	6,2	0,0	+ 9,3	3,3	3,7	0,0	+ 12,4	2,4	2,5	0,0	+ 4,9
Hilfe zur Pflege	8 675,1	9 147,6	31,8	+ 5,4	1 137,0	1 244,0	9,5	+ 9,4	7 538,1	7 903,6	50,2	+ 4,8
Pflegegeld nach § 69 Abs 3 Satz 1 BSHG	938,8	1 016,2	3,5	+ 8,2	938,8	1 016,2	7,8	+ 8,2	—	—	—	—
Sonstige Hilfe zur Pflege (einschl. der Alterssicherung der Pflegepersonen)	7 736,3	8 131,3	28,3	+ 5,1	198,2	227,7	1,7	+ 14,9	7 538,1	7 903,6	50,2	+ 4,8
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	61,5	69,1	0,2	+ 12,4	60,0	67,9	0,5	+ 13,2	1,5	1,2	0,0	-21,3
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	301,3	336,2	1,2	+ 11,6	29,4	32,8	0,3	+ 11,7	271,9	303,4	1,9	+ 11,6
Altenhilfe	31,7	32,2	0,1	+ 1,5	27,2	27,8	0,2	+ 2,2	4,5	4,4	0,0	-2,5
Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen	12,7	19,0	0,1	+ 49,4	6,3	8,7	0,1	+ 38,1	6,4	10,3	0,1	+ 60,5
Insgesamt	27 009,7	28 774,5	100	+ 6,5	12 018,8	13 030,9	100	+ 8,4	14 990,9	15 743,6	100	+ 5,0
davon ortliche Träger	12 441,0	13 246,7	46,0	+ 6,5	10 226,3	10 998,9	84,4	+ 7,6	2 214,7	2 247,9	14,3	+ 1,5
überörtliche Träger	14 568,7	15 527,8	54,0	+ 6,6	1 792,5	2 032,1	15,6	+ 13,4	12 776,2	13 495,7	85,7	+ 5,6

jahr den höchsten Aufwand; davon hatte das zur Bestreitung der häuslichen Pflegekosten gewährte Pflegegeld einen Anteil von 1,0 Mrd. DM oder 11,1 %. Für die häusliche Pflege wurden außerdem 228 Mill. DM, zum Beispiel als Beiträge zur Alterssicherung der Pflegepersonen, ausgegeben. Den bei weitem größten Aufwand erforderte die Pflege in Pflegeheimen und anderen Einrichtungen. Insgesamt mußten die Sozialhilfeträger hierfür 7,9 Mrd. DM aufwenden, 27 % des gesamten Sozialhilfeaufwands.

Ein Fünftel der Sozialhilfeausgaben des Jahres 1989 entfiel auf Leistungen der Eingliederungshilfe für Behinderte oder von Behinderung bedrohte Personen (5,9 Mrd. DM). Die Hilfe erstreckt sich dabei ebenso auf die soziale wie auf die medizinische und berufliche Rehabilitation

Zur medizinischen Rehabilitation gehören ambulante und stationäre Behandlung und ärztliche bzw. ärztlich verordnete Maßnahmen sowie die Versorgung mit Körperersatzstücken und orthopädischen oder anderen Hilfsmitteln. Die Ausgaben entstanden überwiegend für stationär gewährte Maßnahmen (399 Mill. DM) und nur in geringem Umfang im ambulanten Sektor (30 Mill. DM).

Zu den Leistungen der Sozialhilfe für behinderte oder von Behinderung bedrohte junge Menschen gehören heilpädagogische Maßnahmen (Aufwand 1989: 380 Mill. DM) sowie Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung einschließlich der erforderlichen Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Schulbesuch (935 Mill. DM).

Während für Berufsausbildung, Fortbildung, Umschulung und Hilfe zur Erlangung eines geeigneten Arbeitsplatzes

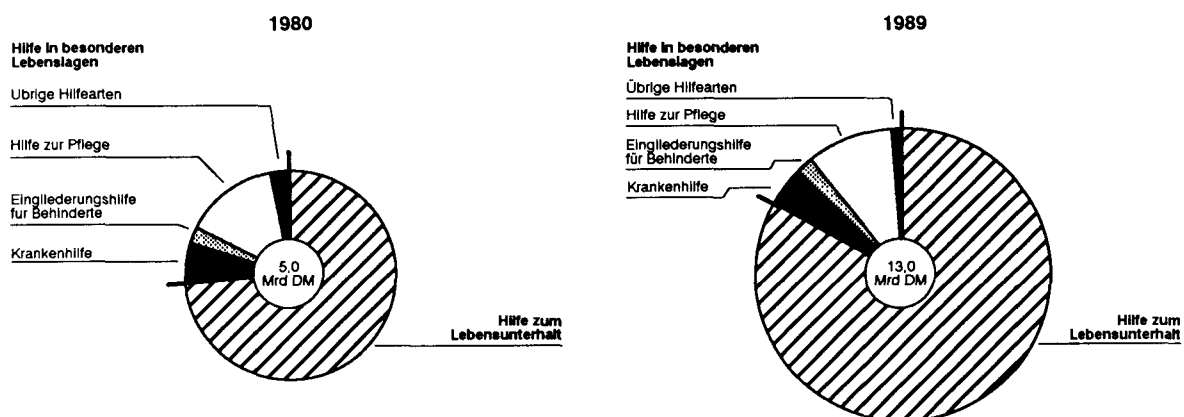
ein verhältnismäßig geringer Betrag aufgewendet wurde (139 Mill. DM), erforderten Hilfen zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte einen beträchtlichen Mittelaufwand (1,8 Mrd. DM). Noch höher waren die Ausgaben für „sonstige Eingliederungshilfe“ (2,2 Mrd. DM), die u. a. der Beschaffung und Erhaltung behindertengerechter Wohnungen, der Sicherung der vorausgegangenen Eingliederungshilfe und der Beteiligung des Behinderten am Leben in der Gemeinschaft dienen.

Leistungen der Krankenhilfe sind für Personen bestimmt, die entweder gar keinen oder keinen ausreichenden Krankenschutz haben. Gemeinsam mit den Ausgaben für Krankenhilfe werden die Ausgaben für nicht rechtswidrige Schwangerschaftsabbrüche und nicht rechtswidrige Sterilisationen sowie zur Familienplanung erfaßt. Für die genannten Hilfearten wurden 1989 1,4 Mrd. DM ausgegeben, davon 58,1 % für Leistungen in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen zur Gesundheitspflege, die übrigen 41,9 % für ambulante ärztliche und zahnärztliche Behandlungen sowie ärztlich verordnete Maßnahmen. Ebenfalls gesundheitlichen Zwecken dienen die Leistungen der vorbeugenden Gesundheitshilfe, für die 1989 78 Mill. DM aufgewendet wurden und die Hilfen für werdende Mütter und Wöchnerinnen (18 Mill. DM).

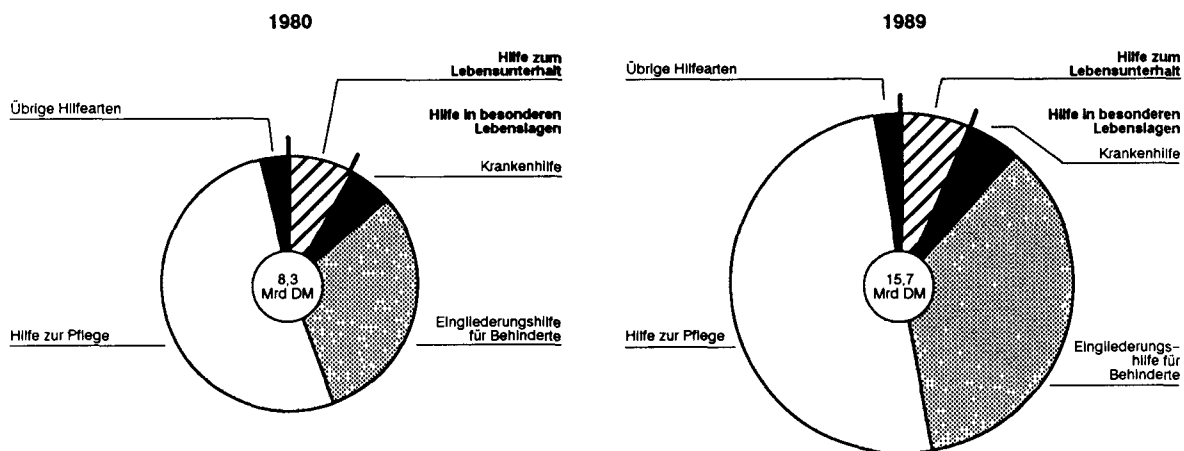
Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, insbesondere solche, die den steigenden Anforderungen der modernen Industriegesellschaft aus eigener Kraft nicht gerecht werden können, haben Anspruch auf speziell für diesen Fall gedachte Hilfeleistungen, soweit nicht eine

AUSGABEN DER SOZIALHILFE

HILFE AUSSERHALB VON EINRICHTUNGEN



HILFE IN EINRICHTUNGEN



Statistisches Bundesamt 90 0815

andere Sozialhilfeleistung, zum Beispiel Eingliederungshilfe für Behinderte, vorrangig zu gewähren ist. Der Aufwand für Leistungen dieser Hilfeart belief sich 1989 auf 336 Mill. DM, die zu neun Zehnteln auf die Betreuung Hilfebedürftiger in Einrichtungen entfielen. Die verbleibenden Hilfearten — Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, Blindenhilfe, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe und Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen — erforderten insgesamt nur einen Aufwand von 134 Mill. DM bzw. knapp 0,5 % des gesamten Sozialhilfeaufwands.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben für Eingliederungshilfe überdurchschnittlich stark gestiegen (7,9 %); bei der Hilfe zur Pflege lag die Ausgabenzunahme mit 5,4 % knapp unter der durchschnittlichen Ausgabensteigerung bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen in Höhe von 5,7 %. Im übrigen verlief die Entwicklung uneinheitlich: Leichte Ausgabenrückgänge gab es bei den Hilfearten mit gesundheitlicher Zweckbestimmung, Ausgabenzuwächse dagegen bei der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und der Hilfe zur Weiterführung des Haushalts.

6,2 Mrd. DM Einnahmen der Sozialhilfeträger

Von den Einnahmen (Kostenbeiträge, Aufwandsersatz, Leistungen Dritter) in Höhe von insgesamt 6,2 Mrd. DM entstanden 2,6 Mrd. DM (42,3 %) bei der Hilfestellung außerhalb von Einrichtungen und 3,6 Mrd. DM (57,7 %) bei der Hilfestellung in Einrichtungen. Der sich nach Saldierung mit den Einnahmen ergebende Nettoaufwand (reine Ausgaben) betrug damit wie im Vorjahr rund 78 % der Gesamtausgaben.

Im Berichtsjahr 1989 sind die Einnahmen bei der Hilfestellung außerhalb von Einrichtungen wesentlich stärker (+ 9,3 %) als bei der Hilfestellung in Einrichtungen (+ 2,8 %) gestiegen. Diese Entwicklung des Jahres 1989 bestätigt einen seit Jahren bestehenden Trend. Seit 1980 haben die Einnahmen bei der Hilfe außerhalb von Einrichtungen um 158 %, bei der Hilfe in Einrichtungen dagegen nur um 70 % zugenommen. Während sich die Einnahmen bei der Hilfe außerhalb von Einrichtungen im Gleichschritt mit den Ausgaben entwickelt haben, sind sie bei den Hilfen in Einrichtungen hinter diesen zurückgeblieben. So machten die reinen Ausgaben bei den Hilfen in Einrichtungen 1980 nur 74,7 % aus, 1989 dagegen 77,3 %.

Tabelle 3: Einnahmen der Sozialhilfe

Einnahmeart	Insgesamt			Außerhalb von Einrichtungen			In Einrichtungen		
	1988	1989	1989 gegenüber 1988	1988	1989	1989 gegenüber 1988	1988	1989	1989 gegenüber 1988
	Mill DM	%		Mill DM	%		Mill DM	%	
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz	1 940,0	2 030,6	32,8 + 4,7	383,2	450,7	17,2 + 17,6	1 556,8	1 579,9	44,3 + 1,5
Kostenersatz	151,9	158,2	2,6 + 4,1	92,2	100,5	3,8 + 9,0	59,7	57,6	1,6 - 3,4
Leistungen Dritter zusammen aufgrund übergeleiteter Ansprüche, insbesondere Leistungen Unterpflichtiger	3 730,6	3 948,8	63,8 + 5,8	1 884,6	2 027,0	77,4 + 7,6	1 846,0	1 921,8	53,9 + 4,1
aufgrund gesetzlich übergegangener Ansprüche gegen Arbeitgeber und Schadensersatzpflichtige	499,7	501,7	8,1 + 0,4	227,6	235,5	9,0 + 3,5	272,0	266,3	7,5 - 2,1
aus Erstattungen oder Auszahlungen anderer Sozialleistungsträger	2 954,3	3 117,2	50,4 + 5,5	1 540,9	1 648,6	62,9 + 7,0	1 413,4	1 468,5	41,2 + 3,9
aus sonstigen Erstattungen, z. B. aufgrund des Artikels 3 der deutsch-schweizerischen Fürsorgevereinbarung	254,1	259,2	4,2 + 2,0	101,8	88,2	3,4 - 13,3	152,2	171,0	4,8 + 12,3
Tilgung von Darlehen	43,2	48,0	0,8 + 11,0	37,0	41,0	1,6 + 11,0	6,3	7,0	0,2 + 11,1
Zinsen für Darlehen	0,5	0,5	0,0 + 3,7	0,4	0,5	0,0 + 7,2	0,1	0,0	0,0 - 23,8
Einnahmen insgesamt	5 866,3	6 186,1	100 + 5,5	2 397,5	2 619,7	100 + 9,3	3 468,8	3 566,4	100 + 2,8

Die Einnahmen setzten sich zu einem Drittel aus Kostenbeiträgen und Aufwendungsersatz durch den Hilfeempfänger selbst bzw. seine Angehörigen und zu knapp zwei Dritteln aus Leistungen Dritter, insbesondere anderer Sozialleistungsträger, zusammen. Während die Einnahmen aus Leistungen Dritter etwa zu gleichen Teilen im Zusammenhang mit außerhalb und innerhalb von Einrichtungen gewährten Hilfen entstanden (51,3 bzw. 48,7 %), verein-

nahmen die Sozialhilfeträger Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz der Hilfeempfänger selbst und ihrer Angehörigen überwiegend (zu 77,8 %) bei Hilfen in Einrichtungen.

Ausgaben und Einnahmen in den Ländern

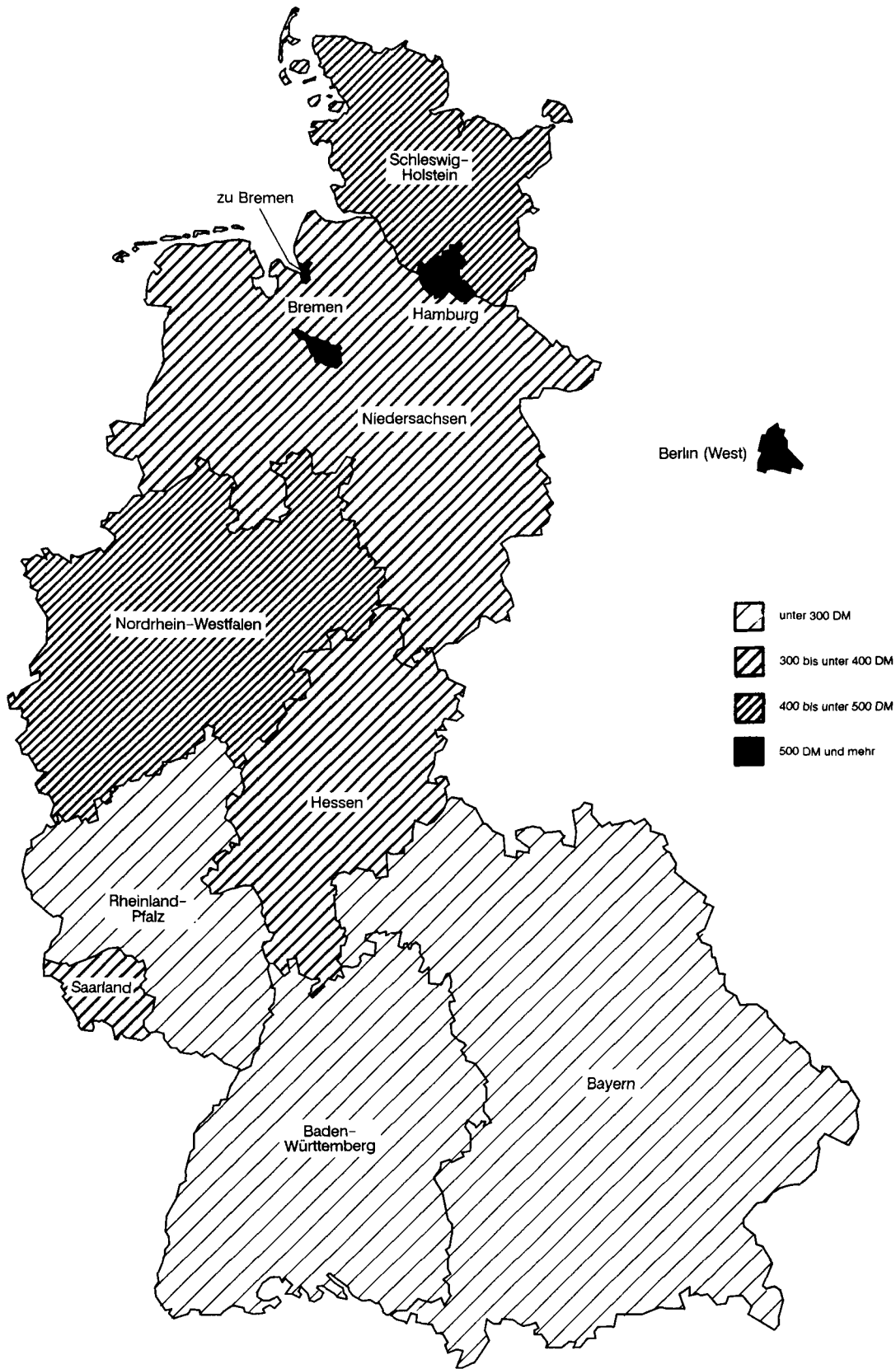
Die Sozialhilfeausgaben verteilen sich nicht gleichmäßig auf die Bundesländer. Dies zeigt ein Vergleich der um die Einnahmen saldierten Ausgaben. Die reinen Ausgaben je

Tabelle 4: Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe in den Ländern

Art der Ausgaben Einnahmen	Jahr	Einheit	Länder											
			Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Ausgaben insgesamt	1988	Mill DM	27 009,7	1 311,1	1 461,4	3 302,5	554,4	8 638,7	2 500,6	1 251,0	2 890,5	2 942,4	448,1	1 709,0
	1989	Mill DM	28 774,5	1 420,4	1 564,4	3 459,0	612,8	9 119,2	2 644,9	1 343,1	3 056,7	3 144,2	486,9	1 922,8
	1988	%	100	4,9	5,4	12,2	2,1	32,0	9,3	4,6	10,7	10,9	1,7	6,3
	1989	%	100	4,9	5,4	12,0	2,1	31,7	9,2	4,7	10,6	10,9	1,7	6,7
	1989	%	6,5	8,3	7,0	4,7	10,5	5,6	5,8	7,4	5,8	6,9	8,7	12,5
Zunahme gegenüber 1988 (je Einwohner ¹)	1988	DM	439,54	512,21	914,92	460,51	839,61	514,19	451,00	343,45	308,22	267,62	425,31	834,81
1989	DM	468,26	554,88	979,37	482,33	928,05	542,78	477,03	368,75	325,95	285,98	462,15	939,28	
Hilfe zum Lebensunterhalt	1988	Mill DM	10 962,3	514,9	631,3	1 286,2	286,7	3 816,6	1 085,7	477,5	984,1	968,2	235,6	675,4
	1989	Mill DM	11 810,7	566,9	686,6	1 369,9	324,0	4 019,1	1 154,1	510,8	1 067,6	1 024,3	255,2	832,2
	1988	%	100	4,7	5,8	11,7	2,6	34,8	9,9	4,4	9,0	8,8	2,1	6,2
	1989	%	100	4,8	5,8	11,6	2,7	34,0	9,8	4,3	9,0	8,7	2,2	7,0
	1989	%	7,7	10,1	8,8	6,5	13,0	5,3	6,3	7,0	8,5	5,8	8,3	23,2
Zunahme gegenüber 1988 (je Einwohner ¹)	1988	DM	178,39	201,16	395,26	179,35	434,20	227,17	195,82	131,09	104,93	88,07	223,62	329,90
1989	DM	192,20	221,45	429,86	191,02	490,72	239,22	208,15	140,25	113,84	93,17	242,24	406,50	
Hilfe in besonderen Lebenslagen	1988	Mill DM	16 047,4	796,2	830,1	2 016,3	267,7	4 822,1	1 414,9	773,5	1 906,4	1 974,1	212,5	1 033,6
	1989	Mill DM	16 963,8	853,5	877,7	2 089,1	288,8	5 100,1	1 490,8	832,3	1 989,2	2 119,9	231,7	1 090,7
	1988	%	100	5,0	5,2	12,6	1,7	30,0	8,8	4,8	11,9	12,3	1,3	6,4
	1989	%	100	5,0	5,2	12,3	1,7	30,1	8,8	4,9	11,7	12,5	1,4	6,4
	1989	%	5,7	7,2	5,7	3,6	7,9	5,8	5,4	7,6	4,3	7,4	9,0	5,5
Zunahme gegenüber 1988 (je Einwohner ¹)	1988	DM	261,15	311,06	519,66	281,16	405,41	287,02	255,19	212,36	203,29	179,56	201,69	504,90
1989	DM	276,06	333,43	549,51	291,31	437,33	303,57	268,88	228,50	212,12	192,82	219,92	532,78	
Einnahmen	1988	Mill DM	5 866,3	300,5	191,7	656,5	107,6	2 015,6	562,5	247,9	684,2	649,7	97,1	353,0
	1989	Mill DM	6 186,1	328,5	200,2	698,9	116,6	2 142,7	564,6	268,5	712,6	679,1	104,1	370,3
	1988	%	100	5,1	3,3	11,2	1,8	34,2	9,4	4,2	11,8	11,1	1,3	10,0
	1989	%	100	5,1	3,3	11,2	1,8	34,2	9,4	4,2	11,8	11,1	1,3	10,0
	1989	%	5,5	9,3	4,4	6,5	8,4	6,3	0,4	8,3	4,1	4,5	7,2	4,9
Zunahme gegenüber 1988 (je Einwohner ¹)	1988	DM	95,46	117,38	120,04	91,54	162,97	119,97	101,45	68,07	72,96	59,09	92,12	172,44
1989	DM	100,67	128,32	125,34	97,46	176,58	127,54	101,83	73,72	75,99	61,77	98,79	180,89	
Anteil der Einnahmen an den Ausgaben	1988	%	21,7	22,9	13,1	19,9	19,4	23,3	22,5	19,8	23,7	22,1	21,7	20,7
	1989	%	21,5	23,1	12,8	20,2	19,0	23,5	21,3	20,0	23,3	21,6	21,4	19,3
Reine Ausgaben	1988	Mill DM	21 143,4	1 010,7	1 269,7	2 646,1	446,8	6 623,1	1 938,1	1 003,0	2 206,3	2 292,6	351,1	1 355,9
	1989	Mill DM	22 588,4	1 091,9	1 364,1	2 760,1	496,2	6 976,5	2 080,3	1 074,6	2 344,2	2 465,2	382,8	1 552,5
	1988	%	100	4,8	5,3	12,5	2,1	31,3	9,1	4,1	10,3	10,1	2,6	10,0
	1989	%	100	4,8	5,3	12,3	2,1	31,1	9,0	4,1	10,1	10,1	2,6	10,0
	1989	%	6,8	8,0	7,4	4,3	11,1	5,3	7,3	7,1	6,3	7,5	9,1	14,5
Zunahme gegenüber 1988 (je Einwohner ¹)	1988	DM	344,08	394,83	794,88	368,97	676,64	394,22	349,56	275,39	235,26	208,53	333,20	662,36
1989	DM	367,59	426,56	854,03	384,87	751,46	415,25	375,20	295,03	249,97	224,22	363,36	758,39	

¹) Bevölkerungsstand Durchschnitt des Jahres 1988

REINE AUSGABEN DER SOZIALHILFE 1989
JE EINWOHNER (INNEN)¹⁾



1) Bevölkerungsstand Durchschnitt des Jahres 1988.

Einwohner waren mit 854 DM am höchsten in Hamburg. Es folgten die beiden anderen Stadtstaaten Berlin (West) mit 758 DM und Bremen mit 751 DM. Unter den Flächenländern lagen Schleswig-Holstein mit 427 DM und Nordrhein-Westfalen mit 415 DM am weitesten über dem Durchschnitt der Flächenländer von 336 DM, Bayern mit 224 DM und Baden-Württemberg mit 250 DM am weitesten darunter.

Die reinen Sozialhilfeausgaben haben am stärksten in Berlin (West) (+ 14,5 %) und in Bremen (+ 11,1 %) zugenommen, am schwächsten in Niedersachsen (+ 4,3 %) und in Nordrhein-Westfalen (+ 5,3 %). Diese divergierenden Entwicklungen sind hauptsächlich auf die unterschiedliche Zunahme der Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt zurückzuführen, in Niedersachsen außerdem auf eine erheblich unter dem Durchschnitt liegende Zunahme der Ausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Neben den Ausgaben nach dem Bundessozialhilfegesetz erbrachten die Länder Leistungen für Zwecke der Sozialfürsorge aufgrund von landesrechtlichen Regelungen, und zwar in Höhe von etwa 1,1 Mrd. DM. Solche Leistungen sind gegenüber Sozialhilfeleistungen vorrangig und entlasten somit die Sozialhilfe, die sonst zuständig wäre. Bei diesen Ausgaben handelt es sich zu rund vier Fünfteln um Landesblindengeld und zu knapp einem Fünftel um Landespflegegeld; letzteres wird bisher nur von drei Ländern — Bremen, Rheinland-Pfalz und Berlin (West) — gewährt.

Dr. Dieter Deininger

Preise im Oktober 1990

Im Oktober 1990 hat sich im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland der seit August 1990 zu beobachtende monatliche Preisauftrieb auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen — zum Teil verstärkt — fortgesetzt, wobei insbesondere auf der Einzelhandelsstufe die Teuerung deutlich zugenommen hat. Wie schon in den beiden vergangenen Monaten hat auch diesmal der anhaltende Preisschub bei den Mineralölprodukten, der teilweise zweistellige Zuwachsraten erreichte, den Anstieg der für die verschiedenen Wirtschaftsstufen berechneten Preisindizes verstärkt bzw. sogar erst hervorgerufen.

Hinsichtlich der Veränderung zum entsprechenden Vorjahreszeitraum hat sich der Abstand bei den Indizes der Großhandelsverkaufspreise, der Einzelhandelspreise und der Preise für die Lebenshaltung — ebenfalls als Folge der starken Verteuerung von Mineralölprodukten — recht deutlich erhöht, während die Jahresrate beim Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte trotz der deutlichen Preisanhebungen bei Mineralölprodukten in etwa gleich geblieben ist.

	Veränderungen Oktober 1990 gegenüber	
	September 1990	Oktober 1989
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,4	+ 2,0
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,1	+ 1,2
Mineralölzeugnisse	+ 8,4	+ 23,9
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,6	+ 1,6
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,5	- 0,7
Mineralölzeugnisse	+ 10,9	+ 27,2
ohne Saisonwaren	+ 0,8	+ 1,4
Saisonwaren	- 4,1	+ 9,0
Index der Einzelhandelspreise		
insgesamt	+ 0,7	+ 2,9
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,3	+ 2,1
Heizöl und Kraftstoffe	+ 14,2	+ 31,2
ohne Saisonwaren	+ 0,7	+ 2,6
Saisonwaren	+ 0,3	+ 8,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,7	+ 3,3
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,3	+ 2,5
Heizöl und Kraftstoffe	+ 9,6	+ 26,0
ohne Saisonwaren	+ 0,7	+ 3,2
Saisonwaren	+ 1,2	+ 8,1

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) stieg von September bis Oktober 1990 — wie schon vorher von August bis September — um 0,4 %. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat lag der Index im Oktober 1990 um 2,0 % höher (nach + 2,1 % im Vormonat).

Der monatliche Preisanstieg betrug bei den Mineralölzeugnissen 8,4 %. Unter Ausschluß der Mineralölzeugnisse blieb der gewerbliche Erzeugerpreisindex nahezu unverändert (+ 0,1 %). Von den größeren Produktberei-

Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Groß- hand- ver- kaufs- preise ¹⁾	Einzel- hand- ver- kaufs- preise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	ins- ge- samt	darunter				ins- ge- samt	ohne Saison- waren ⁴⁾
		Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾				
1985 = 100				1980 = 100	1985 = 100		
1985 D	100	100	100	100	117,5	100	100
1986 D	97,5	102,6	94,8	92,6	117,3	99,9	99,9
1987 D	95,1	104,9	95,1	89,2	117,8	100,1	100,1
1988 D	96,3	107,0	95,5	89,9	118,5	101,4	101,4
1989 D	99,3	109,7	100,1	94,5	121,1	104,2	104,2
1989 Aug	99,4	109,9	99,9	94,1	121,2	104,2	104,4
Sept	99,6	110,1	100,5	95,1	121,2	104,4	104,6
Oktober	100,1	110,5	100,9	94,9	121,5	104,7	104,9
Nov	100,0	110,5	100,4	94,6	121,7	104,9	105,0
Dez	100,0	110,5	101,1	94,9	122,2	105,2	105,3
1990 Jan	100,1	111,2	101,4	94,7	122,5	105,8	105,7
Febr	100,1	111,6	101,1	94,1	123,0	106,2	106,0
März	100,2	111,8	101,1	94,7	123,0	106,3	106,2
April	100,7	112,4	101,3	95,0	123,3	106,5	106,3
Mai	100,8	112,7	101,3	95,3	123,9	106,7	106,4
Juni	100,8	112,9	101,3	95,0	123,8	106,8	106,5
Juli	100,7	113,2	101,6	94,7	123,4	106,8	106,7
Aug	101,3	113,5	104,0	95,5	123,8	107,1	107,1
Sept.	101,7	113,6	105,6	95,8	124,1	107,5	107,6
Oktober	102,1	113,9	106,8	96,4	125,0	108,2	108,3
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1989 Aug	+ 0,1	—	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1
Sept	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	—	+ 0,2	+ 0,2
Oktober	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Nov	- 0,1	—	- 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Dez	—	—	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
1990 Jan	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4
Febr	—	+ 0,4	- 0,3	- 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
März	+ 0,1	+ 0,2	—	+ 0,6	—	+ 0,1	+ 0,2
April	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Mai	+ 0,1	+ 0,3	—	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1
Juni	—	+ 0,2	—	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Juli	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	- 0,3	—	+ 0,2
Aug	+ 0,6	+ 0,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Sept	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5
Oktober	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1985 D	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 9,1	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0
1986 D	- 2,5	+ 2,6	- 5,2	- 7,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1
1987 D	- 2,5	+ 2,2	+ 0,3	- 3,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
1988 D	+ 1,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3
1989 D	+ 3,1	+ 2,5	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8
1989 Aug	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,2	+ 4,6	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,8
Sept	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,8	+ 5,7	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,9
Oktober	+ 3,4	+ 2,6	+ 5,4	+ 5,1	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0
Nov	+ 3,1	+ 2,5	+ 4,7	+ 4,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8
Dez	+ 2,9	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,9
1990 Jan	+ 1,9	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,5
Febr	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,5
März	+ 1,5	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6
April	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,2
Mai	+ 1,5	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1
Juni	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,7	- 0,2	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,2
Juli	+ 1,4	+ 3,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,3
Aug	+ 1,9	+ 3,3	+ 4,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,6
Sept	+ 2,1	+ 3,2	+ 5,1	+ 0,7	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,9
Oktober	+ 2,0	+ 3,1	+ 5,8	+ 1,6	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,2

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — ²⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter — ³⁾ Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer — ⁴⁾ Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfisch und Blumen

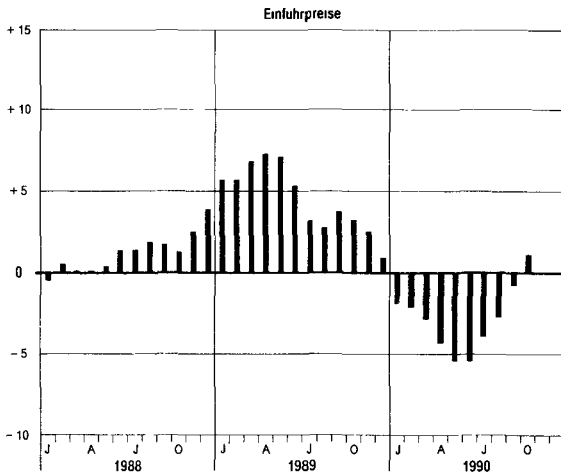
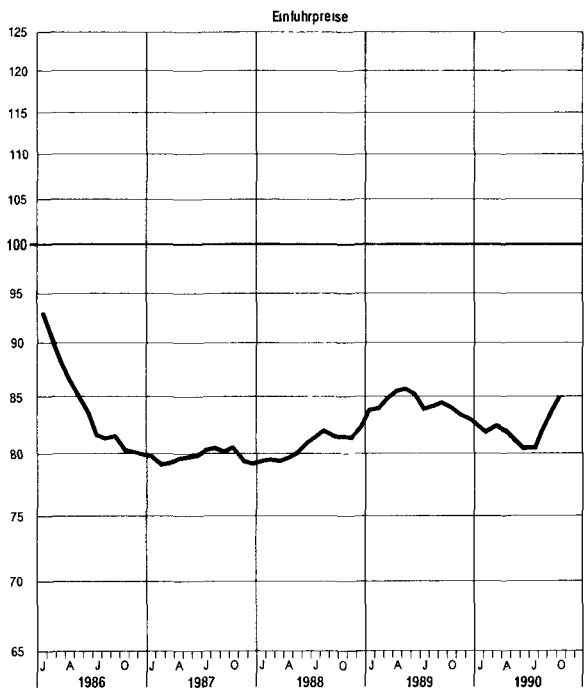
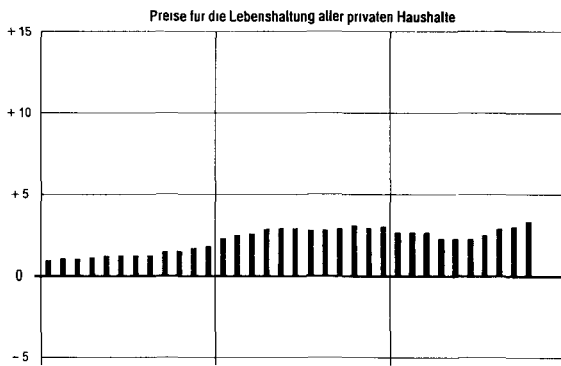
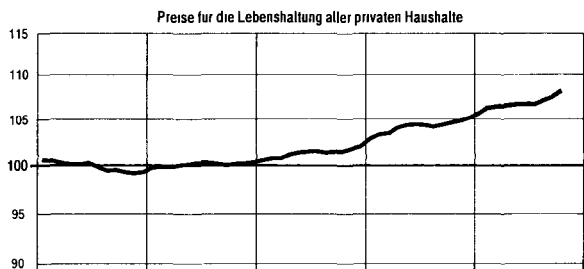
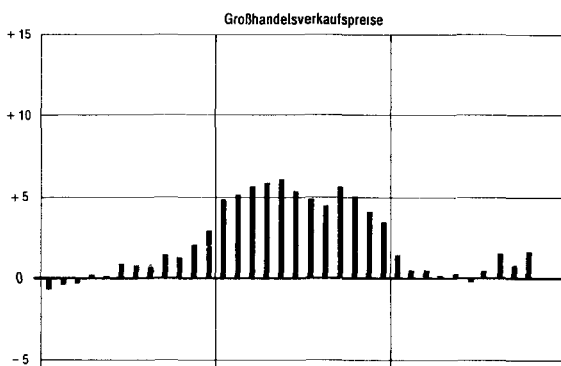
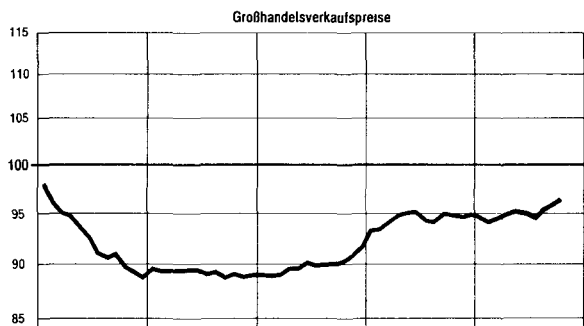
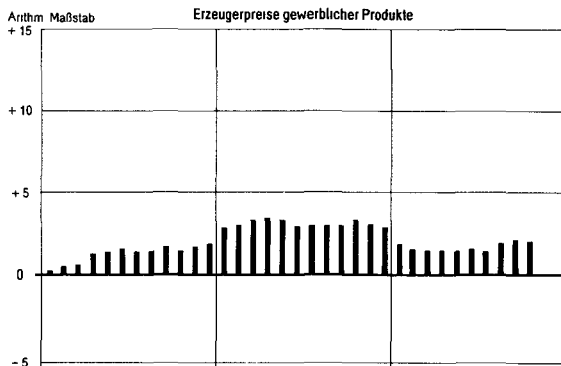
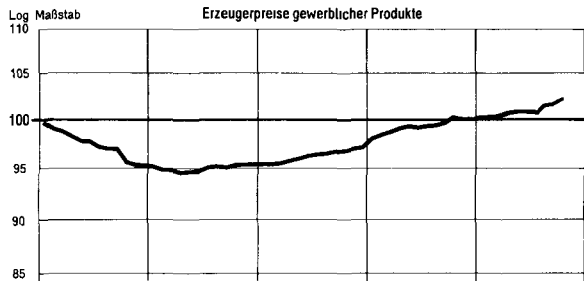
chen haben sich nur „Bergbauliche Erzeugnisse“ verbilligt (— 3,3 %; und zwar wegen der Verbilligung von Erdgas um 5,8 %), während sich „Elektrizität, Fernwärme, Wasser“ geringfügig (0,1 %) und „Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes“ deutlich (0,7 %) verteuerten. Beim letztgenannten großen Güterbereich wiesen „Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes“ mit + 2,0 % (darunter — neben den bereits erwähnten Mineralölzeugnissen mit + 8,4 % — die Warengruppe „Chemische Er-

Schaubild 1

AUSGEWALTE PREISINDIZES

PREISINDEX
1985 = 100

VERÄNDERUNG GEGENÜBER DEM VORJAHR IN %



zeugnisse“ mit + 2,5 %) den stärksten Preisanstieg auf, gefolgt von „Erzeugnissen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes“ (+ 0,4 %; darunter Kunststoffherzeugnisse + 1,1 %) sowie „Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes“ (+ 0,2 %; darunter Fertigteilbauten im Hochbau + 0,9 %), wohingegen „Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes“ geringfügig im Preis nachgaben (— 0,1 %).

Unter den Fertigerzeugnissen (+ 0,7 %) erhöhten sich die Preise für die „reinen“ Investitionsgüter mit + 0,3 % — wie schon in den beiden Vormonaten — sehr viel geringer als die Preise für die „reinen“ Verbrauchsgüter mit + 1,1 %, auf die sich die fortdauernde kräftige Verteuerung der Mineralölherzeugnisse deutlich auswirkte. Ohne Mineralölherzeugnisse verzeichneten die Verbrauchsgüter mit nur noch + 0,3 % die gleiche Preiserhöhung wie die Investitionsgüter.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich im Oktober 1990 gegenüber dem Vormonat mit + 0,6 % doppelt so stark wie im September 1990 (+ 0,3 %), jedoch weniger stark als im August 1990 (+ 0,8 %), und lag zuletzt um 1,6 % höher als vor Jahresfrist (nach + 0,7 % im vorangegangenen Monat). Ohne Mineralölherzeugnisse, die sich gegenüber dem Vormonat um 10,9 % und gegenüber dem Vorjahr um 27,2 % verteuerten, kam es beim Großhandelsindex im Oktober 1990 sogar zu einem recht deutlichen Rückgang sowohl gegenüber dem Vormonat (— 0,5 %) als auch gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat (— 0,7 %). Mäßigend auf den Indexanstieg im Vergleich zum Vormonat haben sich vor allem die Saisonwaren ausgewirkt, ohne deren Verbilligung (— 4,1 %) der Index mit + 0,8 % noch stärker gestiegen wäre. Von den beiden Wirtschaftsunterabteilungen des Großhandels (2-Steller der Systematik der Wirtschaftszweige) wies der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren einen kräftigen Preisanstieg von 2,1 % auf. Obwohl hier verschiedene Wirtschaftsgruppen recht deutliche Preisrückgänge verzeichneten (Großhandel mit Altmaterial, Reststoffen — 7,9 %, mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw. — 5,5 %, mit Erzen, Stahl, NEMetallen usw. — 1,1 %), wurden diese vor allem durch die starke Verteuerung beim Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralölherzeugnissen (+ 8,7 %) kompensiert. Bei der anderen Wirtschaftsunterabteilung des Großhandels, dem Großhandel mit Fertigwaren, gaben die Preise um durchschnittlich 0,4 % nach, was besonders auf die Verbilligung bei der großen Wirtschaftsgruppe des Großhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (— 1,0 %) zurückzuführen ist.

Beim Index der Einzelhandelspreise betrug der Anstieg gegenüber dem Vormonat im Oktober 1990 0,7 %, nachdem er sich im September 1990 auf Monatsbasis nur um 0,2 % erhöht hatte. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum erhöhte sich der Index zuletzt um 2,9 % (nach + 2,4 % im September 1990).

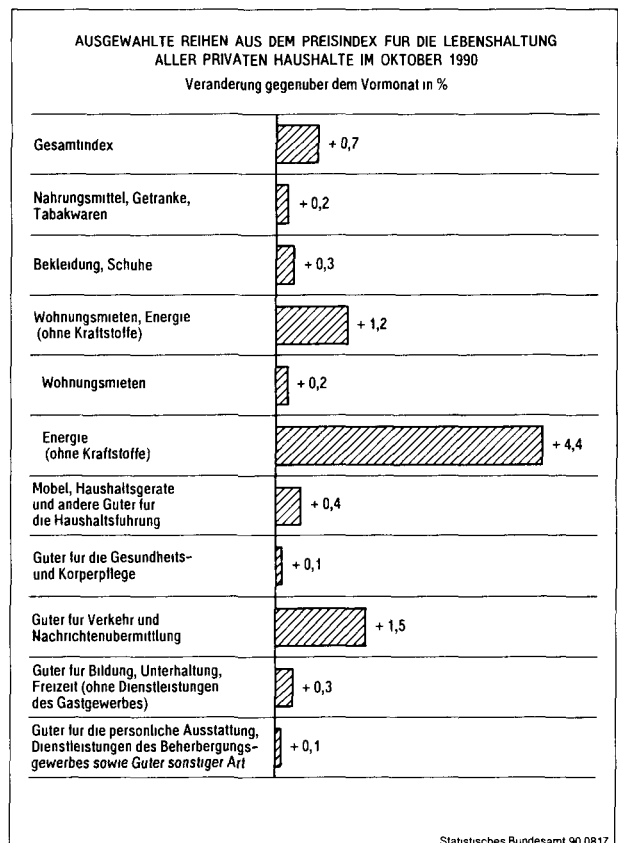
Der Preisschub im Mineralölbereich schlug sich im Oktober 1990 auf der Einzelhandelsstufe mit einem monatlichen Anstieg von zusammen 14,2 % bei den Preisen für Heizöl und Kraftstoffe besonders stark nieder. In der Berechnung ohne Heizöl und Kraftstoffe ergab sich für den

Einzelhandelspreisindex mit + 0,3 % ein noch nicht einmal halb so starker Anstieg wie beim Gesamtindex. Ohne Einfluß auf die Veränderungsrate des Index der Einzelhandelspreise blieb die verhältnismäßig geringfügige Verteuerung der Saisonwaren (+ 0,3 %)

Von den Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels verzeichneten erwartungsgemäß der Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen an Tankstellen (+ 3,2 %) sowie der Einzelhandel mit sonstigen Waren, Waren verschiedener Art — dem u. a. der Einzelhandel mit Brennstoffen zuzurechnen ist — (+ 1,6 %) die stärksten Preissteigerungen. Stärker haben sich daneben noch die Preise beim Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen (+ 1,1 %) erhöht, während die Preiserhöhungen bei den anderen Wirtschaftsgruppen nicht über + 0,3 % hinausgingen (darunter der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren + 0,1 %).

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im Oktober 1990 ebenfalls um 0,7 % höher als im Vormonat (nach + 0,4 % im September 1990) und um 3,3 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat (nach + 3,0 % im Vormonat). Auch hier waren es wieder vor allem Mineralölprodukte, welche die Teuerungsrate nach oben trieben. Ohne Heizöl und Kraftstoffe, die sich zusammen gegenüber dem Vormonat um 9,6 % verteuerten, ergab sich mit + 0,3 % ein spürbar niedrigerer Anstieg als beim vollständigen Index. Wie beim Einzelhandelspreisindex ergab sich dagegen auch beim Preisindex für die Lebenshaltung keine abweichende Veränderung des Index einschließlich und ohne Saisonwaren, die hier um 1,2 % im Preis anzogen.

Schaubild 2



Während sich die Teilindizes für Nahrungsmittel, für Dienstleistungen und Reparaturen sowie auch für Wohnungs- und Garagennutzung mit jeweils + 0,2 % deutlich geringer als der Gesamtindex erhöhten, stieg der Teilindex für andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter (ohne Nahrungsmittel) mit + 1,2 % überdurchschnittlich stark an, da sich hier die kräftige Verteuerung von Heizöl (+ 23 %) und Kraftstoffen (+ 4,5 %) auswirkte.

In der Berechnung für Hauptgruppen und Gruppen nach dem Verwendungszweck ergaben sich für Energie (ohne Kraftstoffe) mit + 4,4 % sowie für Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit + 1,5 % die stärksten Preis-erhöhungen, wohingegen Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (+ 0,2 %) sowie diesmal auch die Wohnungsmieten (+ 0,2 %) zu den Gruppen mit dem geringsten Indexanstieg zählten.

Bei den Indizes für spezielle Haushaltstypen wurden im Oktober 1990 folgende monatliche bzw. jährliche Veränderungs-raten festgestellt:

Preisindex für	Veränderungen Oktober 1990 gegenüber	
	September 1990	Oktober 1989
	%	
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	+ 0,6	+ 3,1
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	+ 0,6	+ 3,4
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	+ 0,4	+ 3,1
Einfache Lebenshaltung eines Kindes	+ 0,5	+ 3,0

Der im Rahmen des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte berechnete Preisindex für Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung („Kraftfahrer-Preisindex“) erhöhte sich im Oktober 1990 sowohl gegenüber dem Vormonat (+ 1,6 %; darunter Kraftstoffe + 4,5 %) als auch gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (+ 6,5 %; darunter Kraftstoffe + 20,0 %) wegen des Preisschubs im Kraftstoffbereich wiederum überdurchschnittlich stark.

Im einzelnen sind im Oktober 1990 folgende größere Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. Vergleichsmonat des Vorjahres auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen hervorzuheben:

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Veränderungen Oktober 1990 gegenüber	
	September 1990	Oktober 1989
	%	
Flussiggas	+ 40,1	+ 87,9
Leichtes Heizöl	+ 22,5	+ 40,4
Schweres Heizöl	+ 17,4	+ 14,8
Organische Grundstoffe und Chemikalien	+ 12,1	+ 2,0
Dieselmotoren	+ 11,8	+ 21,1
Polyäthylen	+ 9,9	+ 9,5
Braunkohlenbriketts	+ 6,7	+ 3,6
Bituminöse Dach- und Dichtungsmaterialien	+ 6,6	+ 4,4

Veränderungen
Oktober 1990
gegenüber
September
1990 Oktober
1989
%

noch. Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Bitumen	+ 5,4	+ 18,7
Kunststoffe auf Zellulosebasis	+ 4,6	+ 5,1
Beutel aus Kunststoff	+ 3,5	+ 5,7
Polyvinylchlorid	+ 3,5	- 6,3
Folien aus Kunststoff	+ 3,4	+ 4,0
Kartoffelerzeugnisse	+ 2,6	+ 4,0
Obst- und Gemusekonserven	+ 2,5	+ 3,9
Landmaschinen	+ 2,4	+ 4,2
Frisches Schweinefleisch	- 2,1	- 5,0
Kabel	- 3,2	- 7,4
Oberleder	- 3,5	- 0,7
Fruchtsäfte und Fruchtnektare	- 4,4	+ 6,2
Betonstahl	- 4,4	- 6,5
Erdgas	- 5,8	+ 4,3
Halbzeug aus Kupfer und Kupferlegierungen	- 6,3	- 14,3
Blei	- 12,0	- 17,4
Elektrolytkupfer	- 12,2	- 21,6
Feinzink	- 14,6	- 31,9
Großhandelsverkaufspreise		
Heizöl	+ 18,6	+ 37,1
Dieselmotoren	+ 10,4	+ 22,7
Ölkuchen und -schrote	+ 5,6	- 21,1
Schokoladenerzeugnisse	+ 2,7	- 0,4
Frische Eier	+ 2,6	+ 1,8
Brotgetreide	+ 1,9	- 4,0
Anorganische Grundstoffe und Chemikalien	+ 1,4	+ 8,1
Backwaren	+ 1,3	+ 3,0
Motorenbenzin	+ 0,7	+ 17,5
Lebendes Schlachtvieh	- 1,6	- 14,2
Gekühltes Fleisch	- 2,5	- 15,4
Seefische	- 2,5	- 8,7
Frischobst	- 4,2	+ 21,8
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	- 4,8	- 15,7
Rohkaffee	- 7,8	+ 2,3
Stahlschrott	- 9,2	- 27,4
Frischgemüse	- 10,4	+ 8,4
Verbraucherpreise		
Leichtes Heizöl	+ 23,3	+ 42,1
Frischgemüse	+ 7,3	+ 14,9
Kraftstoffe	+ 4,5	+ 20,0
Fische und Fischfilets, frisch oder tiefgefroren	+ 2,4	+ 7,1
Krafträder und Fahrräder mit Hilfsmotor	+ 1,8	+ 3,6
Eier	+ 1,2	+ 1,5
Feste Brennstoffe	+ 1,2	+ 1,5
Personenkraftwagen	+ 1,0	+ 4,4
Fremde Reparaturen an Kraftwagen	+ 0,6	+ 3,8
Schuhe	+ 0,5	+ 2,4
Gas	+ 0,4	+ 5,0
Friseurleistungen	+ 0,4	+ 3,9
Roggen- und Mischbrot	+ 0,4	+ 3,7
Herrn- und Knabenoberbekleidung	+ 0,4	+ 1,8
Damen- und Mädchenoberbekleidung	+ 0,4	+ 1,1
Weizenmehl	+ 0,3	+ 1,9
Bier	+ 0,3	+ 1,6
Kaffee	- 0,6	- 8,0
Frischobst	- 2,3	+ 15,8
Kartoffeln	- 4,3	- 6,4

Dr. Günter Weinreich

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
Statistik — Wegweiser durch die 90er Jahre	1	5
Deutsche Statistik — Quo vadis?	3	157
Statistik der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Weg zur Einheit	8	523
Statistik der DDR im Umbruch	4 ¹⁾	
Die Statistik auf dem Weg zur deutschen Einheit	7 ¹⁾	
Erhebungen für besondere Zwecke — Ein neues Instrument der amtlichen Statistik	10	687
Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen	11	757
„Singles“ — Versuch einer Beschreibung	10	703
Zur Entwicklung einer Klassifikation von Dienstleistungen	5	315
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 über „Dienstleistungen für Unternehmen“	8	529
Dienstleistungsberufe im Produzierenden Gewerbe	9	623
Nutzung der Bodenfläche in der Bundesrepublik Deutschland	6	389
Kombinationen der Viehhaltung	8	550
Zur Struktur der Ausbildungsberufe	3	212
Neue Bundesstatistik über Krankenhäuser	10	693
Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1985	2	137
Zur Neuberechnung des Index der Großhandelsverkaufspreise auf Basis 1985	3	228
Zur Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1985	1	47
Finanzierungssalden für den öffentlichen Bereich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Finanzstatistik	6	383
Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988	3	182
Input-Output-Rechnung 1970 bis 1986	2	69
Aufkommen und Verwendung von Energie 1978 bis 1988	9	614
Bevölkerung		
Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen	11	757
„Singles“ — Versuch einer Beschreibung	10	703
Ausländerfamilien 1988	2	80
Entwicklung der Einbürgerungen seit 1986	5	319
Ausländer 1989	8	540
Wahlen		
Grundlagen und Daten der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990	10	673
Erwerbstätigkeit/Streiks		
Dienstleistungsberufe im Produzierenden Gewerbe	9	623
Frauen im öffentlichen Dienst	5	323
Auszubildende 1989	10	725
Erwerbstätigkeit im April 1989	7	451
Erwerbstätige 1970 bis 1989	4	245
Entwicklung und Struktur der Erwerbslosigkeit	1	16
Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen	11	768
Erwerbstätigkeit von Ausländern 1988	2	85
Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1988	2	130
am 30. Juni 1989	10	730
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 über „Dienstleistungen für Unternehmen“	8	529
Beschäftigung von Frauen, Teilzeitkräften und Auszubildenden nach der Größe der Ar- beitsstätten	2	95
Insolvenzen 1989	3	195
Insolvenzverluste 1988	8	545

¹⁾ Sonderdruck als Beilage

	Heft	Seite
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Kombinationen der Viehhaltung	8	550
Eigentums- und Besitzverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe 1989	11	775
Kaufwerte für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke 1989	11	781
Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Gemüse 1990	11	790
Ernten im Marktobstbau 1990	11	794
Weinmosternte 1989	2	100
Tierische Erzeugung 1989	6	394
Seefischerei 1989	6	400
Produzierendes Gewerbe		
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1988	7	466
Eisenschaffende Industrie im Jahr 1989	5	330
Bautätigkeit und Wohnungen		
Nutzung der Bodenfläche in der Bundesrepublik Deutschland	6	389
Bauwirtschaft und Bautätigkeit 1989	4	258
Wohnungsmieten privater Haushalte im Januar 1988	4	263
Wohngeld 1989	10	709
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1988	10	716
Inlandsreiseverkehr 1989	6	403
Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) 1989	5	335
Außenhandel		
Außenhandel 1989	2	103
nach Ursprungs- und Bestimmungsländern	3	200
nach Waren	4	271
mit den Entwicklungsländern 1989	7	476
im vierten Vierteljahr 1989	3	207
im ersten Vierteljahr 1990	6	408
im zweiten Vierteljahr und im ersten Halbjahr 1990	9	632
Verkehr		
Eisenbahnverkehr 1989	5	341
Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs 1988	1	31
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1989	6	414
Binnenschifffahrt 1989	9	639
Luftverkehr 1989	7	482
Geld und Kredit		
Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988	11	798
Bauspargeschäft 1989	9	645
Aktienmarkt im Jahr 1989	1	35
Bildung und Kultur		
Zur Struktur der Ausbildungsberufe	3	212
Berufliche Schulen 1988/89	2	110
Öffentliche Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung 1987	2	123
Auszubildende 1989	10	725
Studenten im Wintersemester 1989/90	5	345
Prüfungen an Hochschulen 1988	7	486
Pressestatistik 1988	9	650
Gesundheitswesen		
Neue Bundesstatistik über Krankenhäuser	10	693
Ausgaben für Gesundheit 1988	8	556
Krankenhausstatistik von 1958 bis 1988	5	352
Versicherungen		
Sozialversicherung im Jahr 1989	4	278

Sozialleistungen

	Heft	Seite
Sozialhilfeempfänger 1988	6	421
Sozialhilfeaufwand 1989	11	809
Jugendarbeit 1988	7	493
Jugendhilfe 1988	2	116

Finanzen und Steuern

Finanzierungssalden für den öffentlichen Bereich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Finanzstatistik	6	383
Ausgaben für Gesundheit 1988	8	556
Finanzplanung von Bund und Ländern 1989 bis 1993	1	43
Kommunale Finanzplanungen 1989 bis 1993	4	294
Öffentliche Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung 1987	2	123
Frauen im öffentlichen Dienst	5	323
Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1988	2	130
am 30. Juni 1989	10	730
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Februar 1990	6	430
Vermögen und seine Besteuerung 1986	8	564
Bruttolohn und seine Besteuerung 1986	5	358
Umsätze und ihre Besteuerung 1988	5	364
Öffentliche Finanzen 1989	4	286
im ersten Halbjahr 1990	10	736
Öffentliche Schulden 1989	6	434

Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Ausgaben privater Haushalte für Freizeitgüter	3	219
Wohnungsmieten privater Haushalte im Januar 1988	4	263
Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988	11	798
Budgets ausgewählter privater Haushalte 1989	7	498

Löhne und Gehälter

Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1988	7	466
Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1988	10	716
Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1989	4	298

Preise

Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1985	2	137
Zur Neuberechnung des Index der Großhandelsverkaufspreise auf Basis 1985	3	228
Zur Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1985	1	47
Preise im Jahr 1989	1	52
Januar 1990	2	146
Februar 1990	3	234
März 1990	4	305
April 1990	5	373
Mai 1990	6	438
Juni 1990	7	509
Juli 1990	8	574
August 1990	9	659
September 1990	10	743
Oktober 1990	11	815

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Finanzierungssalden für den öffentlichen Bereich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Finanzstatistik	6	383
Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988	3	182
Input-Output-Rechnung 1970 bis 1986	2	69
Aufkommen und Verwendung von Energie 1978 bis 1988	9	614
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1989	3	158
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 1990	9	589
Sozialprodukt im Jahr 1989	1	6

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	416*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	428*	„
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	429*	„
 Ausgewählte Tabellen		
Erwerbstätigkeit		
Erwerbstätige nach Berufsgruppen und ausgewählten Berufsordnungen	430*	einmalig
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet	432*	„
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	434*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	435*	„
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	436*	„
Sozialleistungen		
Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe	438*	einmalig
Löhne und Gehälter		
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie; durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe	439*	vierteljährlich
Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	440*	„
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	441*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	443*	„
Statistische Monatszahlen für das Gebiet der ehemaligen DDR	445*	„

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1987	1988	1989	Juni 90	Juli 90	Aug 90	Sept. 90	Juni 90	Juli 90	Aug. 90	Sept 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1986	1987	1988	Juni 89	Juli 89	Aug 89	Sept 89	Mai 90	Juni 90	Juli 90	Aug. 90
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	- 1,0	+ 7,3	+ 15,2	- 9,8	+ 11,7	+ 13,4	+ 6,6	- 3,3	+ 8,4	- 4,7	- 1,2
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	- 5,3	+ 2,8	+ 5,4	- 11,9	+ 14,4	+ 10,0	+ 4,4	- 8,9	+ 4,4	+ 4,1	- 8,2
Gewerbliche Wirtschaft	- 0,4	+ 8,4	+ 16,7	- 9,2	+ 11,7	+ 14,0	+ 7,0	- 2,5	+ 8,4	- 5,2	- 0,3
Rohstoffe	- 9,4	- 0,5	+ 15,4	- 15,4	- 8,2	+ 9,5	+ 8,8	- 0,7	+ 3,6	+ 13,7	- 2,1
Halbwaren	- 15,3	+ 3,6	+ 19,5	- 16,5	- 5,0	- 7,6	- 7,8	- 4,0	+ 3,9	- 3,3	+ 0,4
Fertigwaren	+ 4,1	+ 10,2	+ 16,3	- 7,3	+ 16,7	+ 18,8	+ 9,5	- 2,5	+ 9,4	- 6,9	- 0,2
Ländergruppen (Ursprungslander)											
Industrialisierte westliche Länder dar. EG-Länder	+ 0,1	+ 7,2	+ 15,0	- 10,2	+ 13,9	+ 12,2	+ 7,1	- 3,5	+ 9,2	- 9,6	+ 2,0
Entwicklungslander	- 0,2	+ 5,4	+ 13,8	- 9,3	+ 17,3	+ 11,6	+ 10,8	- 1,9	+ 10,0	- 13,3	+ 6,9
Staatshandelslander	- 5,0	+ 9,1	+ 13,8	- 12,7	- 3,8	+ 15,0	+ 2,1	- 5,3	+ 5,4	+ 23,0	- 13,8
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 0,2	+ 7,6	+ 12,9	- 16,9	+ 4,6	- 0,6	- 8,5	- 9,4	+ 6,9	- 8,5	- 2,0
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	- 3,4	+ 9,7	+ 10,7	- 17,9	+ 5,7	- 2,8	- 12,9	- 6,8	+ 14,8	- 2,1	- 14,5
Gewerbliche Wirtschaft	+ 0,4	+ 7,9	+ 13,1	- 16,9	+ 4,6	- 0,6	- 8,3	- 9,6	+ 6,5	- 8,9	- 1,2
Rohstoffe	- 9,0	+ 1,6	+ 11,0	- 19,8	- 4,0	- 7,6	- 8,1	- 10,3	- 1,4	- 11,7	+ 12,8
Halbwaren	- 6,6	+ 12,6	+ 12,6	- 25,7	- 8,2	- 5,2	- 7,6	- 8,6	- 0,1	- 2,2	+ 1,1
Fertigwaren	+ 1,0	+ 7,7	+ 13,1	- 16,3	+ 5,5	- 0,2	- 8,3	- 9,6	+ 7,0	- 9,2	- 1,5
Ländergruppen (Bestimmungslander)											
Industrialisierte westliche Länder dar. EG-Länder	+ 1,8	+ 8,1	+ 12,5	- 17,3	+ 4,1	- 0,7	- 7,7	- 10,1	+ 5,3	- 8,9	+ 1,7
Entwicklungslander	+ 3,9	+ 10,9	+ 14,4	- 19,0	+ 3,5	- 0,5	- 7,5	- 9,8	+ 5,1	- 12,1	+ 6,1
Staatshandelslander	- 6,8	+ 3,6	+ 14,5	- 12,0	+ 9,1	+ 0,9	- 7,2	- 9,9	+ 18,3	- 2,2	- 21,3
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	+ 4,5	+ 8,8	+ 5,1	- 40,9	- 23,0	- 49,0	- 57,6	- 31,9	- 0,6	- 30,0	- 7,7
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	- 1,0	+ 7,3	+ 15,2	- 9,8	+ 11,7	+ 13,4	+ 6,6	- 3,3	+ 8,4	- 4,7	- 1,2
Ausfuhr	+ 0,2	+ 7,6	+ 13,0	- 16,9	+ 4,6	- 0,6	- 8,5	- 9,5	+ 6,9	- 8,5	- 1,9
Index des Volumens											
Einfuhr	+ 5,4	+ 6,4	+ 7,3	- 2,6	+ 16,6	+ 17,4	+ 7,9	- 2,9	+ 6,6	- 3,7	- 4,2
Ausfuhr	+ 2,9	+ 6,7	+ 8,1	- 16,5	+ 6,0	+ 2,1	- 7,1	- 10,0	+ 6,0	- 6,5	- 2,3
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	- 6,1	+ 0,9	+ 7,4	- 7,4	- 4,2	- 3,5	- 1,2	- 0,4	+ 1,7	- 1,0	+ 3,1
Ausfuhr	- 2,6	+ 0,9	+ 4,5	- 0,5	- 1,2	- 2,6	- 1,4	+ 0,6	+ 0,9	- 2,2	+ 0,3
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	+ 3,7	- 0,1	- 2,7	+ 7,4	+ 3,2	+ 1,0	- 0,2	+ 1,0	- 0,8	- 1,2	- 2,7
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	- 1,7	+ 3,0	+ 0,5p	- 5,0				- 7,5			
Straßenverkehr	+ 0,5	- 1,4	+ 2,4p								
Luftverkehr	- 12,0	+ 8,0	+ 6,3								
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	- 2,8	+ 1,2	+ 1,7	- 8,7				- 5,9			
Straßenverkehr											
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	+ 3,3	+ 7,9	+ 5,9								
Binnenschifffahrt	- 3,7	+ 5,6	+ 0,6	- 2,3				- 2,5			
Seeschifffahrt	- 1,3	+ 4,6	+ 0,4								
Luftverkehr	- 7,4	+ 17,5	+ 12,9								
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	- 3,3	+ 5,6	- 2,5	+ 18,9				+ 2,3			
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen	+ 3,0	- 3,3	+ 1,3	- 7,3	+ 21,2	+ 17,1	+ 5,0	- 10,6	+ 4,3	- 17,2	- 4,1
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 3,1	- 3,7	- 0,8	- 8,0	+ 20,6	+ 16,1	+ 3,4	- 9,5	+ 4,8	- 17,6	- 3,3
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	- 4,8	+ 5,2	+ 0,4	- 7,5	+ 0,5	+ 7,6		- 9,9	+ 1,1	+ 5,2	
Getotete	- 11,0	+ 3,1	- 2,7	+ 0,9	- 9,6	+ 17,5		- 5,3	+ 1,3	+ 12,6	
Schwerverletzte	- 7,8	+ 2,1	- 2,8	- 4,9	+ 1,5	+ 6,9		- 7,5	+ 1,0	+ 4,1	
Leichtverletzte	- 2,9	+ 6,7	+ 1,3								
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 3,7	+ 1,7	- 1,6	- 1,1	+ 4,9	+ 5,3		- 3,2	- 4,4	+ 1,8	
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	+ 10,6	+ 14,9	+ 3,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,9p		+ 1,1	+ 0,0	+ 0,6p	
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	+ 30,4	- 20,8	+ 3,0	+ 8,7	+ 8,5	+ 8,1		+ 0,7	- 1,3	+ 1,2	
Kredite an inländische Kreditinstitute	- 14,5	+ 75,6	+ 21,1	+ 4,3	+ 2,3	+ 7,4		- 1,2	+ 3,0	- 1,4	
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privat- personen	+ 4,1	+ 6,0	+ 5,8	+ 6,3	+ 6,3	+ 6,7p		+ 0,5	+ 0,2	+ 0,5p	
an öffentliche Haushalte	+ 3,5	+ 5,4	+ 7,3	+ 8,0	+ 7,9	+ 7,9p		+ 1,0	+ 0,1	+ 0,3p	
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	+ 6,1	+ 8,2	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 2,8p		- 1,2	+ 0,5	+ 1,4p	
	+ 6,6	+ 5,4	+ 5,5	+ 6,3	+ 5,6	+ 6,3p		+ 0,5	- 0,3	+ 1,1p	
	+ 5,5	+ 3,0	- 3,1	- 4,2	- 4,2	- 4,1p		- 0,3	- 0,9	- 0,2p	
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	+ 4,8	+ 18,5	- 14,7	+ 10,7	+ 21,0	+ 23,3	+ 28,0	- 4,1	+ 0,1	+ 5,4	+ 26,9
Bauspareinlagen (Bestände)	- 3,1	+ 0,7	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 0,1	- 0,5	- 0,2	+ 0,2
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	- 2,9	- 6,1	- 2,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1987	1988	1989	Jul 90	Aug. 90	Sept. 90	Okt. 90	Jul 90	Aug. 90	Sept. 90	Okt. 90	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
1986	1987	1988	Jul 89	Aug. 89	Sept. 89	Okt. 89	Jun 90	Jul 90	Aug. 90	Sept. 90		
Preise												
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	- 3,8	+ 1,2	+ 5,5	- 1,5	- 2,7	- 3,2	.	- 0,5	- 0,8	- 0,6	..	
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	- 5,3	+ 0,9	+ 6,4	- 3,1	- 4,4	- 5,2	.	- 0,8	- 1,2	- 0,9	...	
Neubauten und neue Maschinen	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,5	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,2	.	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	...	
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	- 2,8	+ 0,1	+ 8,7	- 3,5	- 9,6p	- 11,9p	.	- 0,7	- 4,4p	- 1,1p	p	
Pflanzliche Produkte	+ 0,6	- 2,9	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,3	.	- 1,4	- 2,8	+ 0,7	.	
Tierische Produkte	- 4,1	+ 1,3	+ 11,6	- 5,2	- 13,0p	- 16,3p	.	- 0,5	- 4,9p	- 1,7p	.	
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte	- 1,2	+ 0,1	+ 8,7	+ 5,9	+ 6,0	.	.	- 2,9	- 1,0	.	.	
Index der Grundstoffpreise²⁾	- 4,8	+ 2,5	+ 5,4	- 3,4	- 2,2	- 0,6	..	- 0,3	+ 1,8	+ 2,1	.	
Inländische Grundstoffe	- 2,9	+ 3,1	+ 4,4	- 1,2	- 1,7	- 1,6	...	- 0,5	+ 0,1	+ 0,3	..	
Importierte Grundstoffe	- 8,2	+ 1,5	+ 7,1	- 7,6	- 3,2	+ 1,3	...	+ 0,1	+ 5,3	+ 5,4	.	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	- 2,5	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,0	- 0,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	
Investitionsgüter ³⁾	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel) ³⁾	+ 0,3	+ 0,4	+ 4,8	+ 1,5	+ 4,1	+ 5,1	+ 5,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,1	
Elektrizität, Fernwärme und Wasser	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	- 2,1	- 2,1	- 2,1	- 2,1	- 1,9	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	
Bergbauische Erzeugnisse	- 28,5	- 2,8	+ 3,5	+ 13,7	+ 13,4	+ 13,3	+ 3,1	- 0,1	± 0,0	± 0,3	- 3,3	
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	- 0,4	+ 1,6	+ 3,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	
Erz des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	- 3,1	+ 1,9	+ 6,3	- 1,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 3,3	+ 0,1	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,0	
dar: Mineralerzeugnisse	- 6,6	- 6,6	+ 17,8	- 2,2	+ 11,8	+ 16,4	+ 23,9	+ 0,8	+ 14,3	+ 7,7	+ 8,4	
Eisen und Stahl	- 6,1	+ 2,7	+ 5,5	- 1,4	- 1,5	- 1,4	- 2,1	- 0,3	- 0,1	± 0,0	- 0,7	
Chemische Erzeugnisse	- 2,9	+ 1,5	+ 2,9	- 2,3	- 2,5	- 1,9	+ 0,8	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	+ 2,5	
Erz des Investitionsgüterproduzierenden Gewerbes	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	
dar: Maschinenbauzeugnisse ⁴⁾	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,1	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	
Straßenfahrzeuge ⁵⁾	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	± 0,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 0,6	+ 1,8	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	
Erz des Verbrauchsgüterproduzierenden Gewerbes	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	
dar: Textilien	- 0,4	+ 0,4	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	± 0,0	+ 0,1	
Bekleidung	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	
Erz des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes	- 2,3	+ 1,2	+ 2,4	+ 0,1	± 0,0	- 0,5	- 0,7	± 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	
Preisindizes für Bauwerke												
Wohngebäude ⁶⁾	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,5		+ 6,7				+ 1,3a)			
Bürogebäude ¹⁾	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,6		+ 6,1				+ 1,3a)			
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude ¹⁾	+ 1,8	+ 2,1	+ 3,6		+ 7,3				+ 1,3a)			
Gewerbliche Betriebsgebäude ¹⁾	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,4		+ 6,6				+ 1,5a)			
Straßenbau ⁶⁾	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,1		+ 6,7				+ 1,0a)			
Brücken im Straßenbau ⁶⁾	+ 1,5	+ 1,9	+ 3,3		+ 6,5				+ 1,2a)			
Index der Großhandelsverkaufspreise¹⁾	- 3,7	+ 0,8	+ 5,1	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,6	- 0,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,6	
dar: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 4,6	- 0,3	+ 3,2	+ 2,4	+ 3,7	+ 2,4	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	- 1,8	- 1,3	
Index der Einzelhandelspreise⁶⁾	+ 0,4	+ 0,6	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,9	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,7	
dar: Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 0,7	+ 0,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,5	- 0,8	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 0,2	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,3	± 0,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	- 0,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,6	- 0,3	- 0,3	- 0,3	+ 0,2	
Bekleidung, Schuhe	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	
Wohnungsmieten, Energie ⁷⁾	- 1,2	+ 1,0	+ 3,5	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,9	+ 4,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,2	
Wohnungsmieten	+ 1,6	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	
Energie ⁷⁾	- 9,3	- 2,7	+ 5,0	+ 2,1	+ 5,3	+ 5,2	+ 8,6	- 0,1	+ 4,0	+ 1,3	+ 4,4	
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	
Güter f. die Gesundheits- und Körperpflege	+ 1,8	+ 1,5	+ 3,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	
Güter f. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 1,0	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,3	+ 3,3	+ 5,0	+ 6,2	± 0,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5	
Güter f. Bildung, Unterhaltung, Freizeit ⁸⁾	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	
Güter f. d. persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 2,3	+ 3,8	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	± 0,0	- 1,2	± 0,0	+ 0,1	
4-Pers.-Haush. v. Beamten und Angest. mit höherem Einkommen	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	
4-Pers.-Haush. von Arbeitern u. Angest. mit mittl. Einkommen	+ 0,1	+ 1,1	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,4	± 0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempf. mit geringem Einkommen	+ 0,3	+ 1,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	
Einfache Lebenshaltung eines Kindes ⁹⁾	+ 0,6	+ 1,0	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,5	
Index der Einfuhrpreise	- 5,3	+ 1,3	+ 4,5	- 3,9	- 2,7	- 0,7	.	± 0,0	+ 1,6	+ 2,4	.	
dar.: Güter aus EG-Ländern	- 3,9	+ 0,7	+ 3,9	- 2,1	- 1,1	+ 0,6	.	- 0,1	+ 1,3	+ 2,2	.	
Güter aus Drittländern	- 7,0	+ 1,7	+ 5,1	- 6,0	- 4,2	- 2,1	.	± 0,0	+ 2,2	+ 2,6	.	
Index der Ausführpreise	- 0,9	+ 2,1	+ 2,8	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	.	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	...	
dar: Güter für EG-Länder	- 1,4	+ 2,0	+ 2,7	- 0,1	- 0,2	± 0,0	.	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	...	
Güter für Drittländer	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	.	± 0,0	± 0,0	+ 0,3	...	

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Einschl. Ackererschleppern - 5) Ohne Ackererschleppern - 6) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 7) Ohne Kraftstoffe - 8) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes - 9) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976, nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet
a) August 1990 gegenüber Mai 1990

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1987	1988	1989	1989			1990 ⁵⁾	1990 ⁵⁾		
					2 Vj	3 Vj	4 Vj	1 Vj	Juli	Aug	Sept
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1 000	61 238	61 715	62 679	61 990	62 260	62 679				
dar. Ausländer ¹⁾	1 000	4 241	4 489	4 846			4 846				
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	382 564	397 738	398 608	122 201	131 394	91 821	56 819	38 915	51 749	42 462
Ehescheidungen	Anzahl	129 850	128 729	126 628							
Lebendgeborene	Anzahl	642 010	677 259	681 537	168 294	180 464	167 112	167 144	65 933	66 954	63 147
dar. Ausländer	Anzahl	67 191	73 518	79 868	20 606	20 979	19 830	18 584			
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	62 358	67 957	69 668	16 787	18 383	17 568	16 930			
Gestorbene ²⁾	Anzahl	687 419	687 516	697 730	169 289	163 477	182 806	189 318	56 890	56 291	52 064
dar. Ausländer	Anzahl	8 030	8 598	8 695	2 169	2 080	2 259	2 210			
Gestorbene im 1 Lebensjahr	Anzahl	5 318	5 080	5 074	1 177	1 182	1 297	1 242			
Uberschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 45 409	- 10 257	- 16 193	- 995	+ 16 987	- 15 694	- 22 174	+ 9 043	+ 10 663	+ 11 083
Deutsche	Anzahl	- 104 570	- 75 177	- 87 366	- 19 432	- 1 912	- 33 265	- 38 548			
Ausländer	Anzahl	+ 59 161	+ 64 920	+ 71 173	+ 18 437	+ 18 899	+ 17 571	+ 16 374			
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	Anzahl	617 037	903 892	1 522 190	283 302	426 445	582 362				
dar. Ausländer	Anzahl	473 341	648 550	770 771	174 737	243 924	197 902				
Fortzüge	Anzahl	401 256	421 947	544 967	112 464	174 165	151 010				
dar. Ausländer	Anzahl	334 204	359 089	438 277	91 310	138 901	115 964				
Uberschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 215 781	+ 481 945	+ 977 223	+ 170 838	+ 252 280	+ 431 352				
dar. Ausländer	Anzahl	+ 139 137	+ 289 461	+ 332 494	+ 83 427	+ 105 023	+ 81 938				
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	6,9	7,3	7,7			7,7				
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,3	6,5	6,4	7,9 ⁵⁾	8,4 ⁵⁾	5,9 ⁵⁾		7,3	9,6	8,1
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	21,2	21,0	20,4							
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	10,5	11,0	11,0	10,9 ⁵⁾	11,5 ⁵⁾	11,1 ⁵⁾		12,3	12,4	12,1
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	15,8	16,3	16,5			17,6				
	% aller Lebendgeb.	10,5	10,9	11,7	12,2	11,7	12,3				
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 368	1 413	1 444 ⁶⁾	1 423 ⁶⁾	1 439 ⁶⁾	1 496 ⁶⁾				
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	9,7	10,0	10,2	10,0	10,2	10,5				
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,2	11,2	11,2	11,0 ⁵⁾	10,4 ⁵⁾	12,0 ⁵⁾		10,6	10,4	10,0
dar. Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,9	1,9	1,8			2,0				
Gestorbene im 1 Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8				
Wanderungen³⁾											
Zuzüge											
dar. Ausländer	% aller Zuzüge	76,7	71,8	50,6	61,7	57,2	34,0				
Fortzüge											
dar. Ausländer	% aller Fortzüge	83,3	85,1	80,4	81,2	79,8	76,8				
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6				
dar. Ausländer ¹⁾	%	- 6,0	+ 5,8	+ 8,0			+ 8,0				
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	+ 2,8	+ 4,0	+ 0,2	+ 5,8	- 7,1	+ 4,7	+ 7,3	+ 2,0	+ 17,4	- 12,0
Ehescheidungen	%	+ 6,0	- 0,9	- 1,6							
Lebendgeborene	%	+ 2,6	+ 5,5	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,9	+ 5,0	+ 8,5	+ 7,7 ^r	+ 11,2
dar. Ausländer	%	+ 14,6	+ 9,4	+ 8,6	+ 10,7	+ 8,1 ^r	+ 8,7 ^r	+ 9,1			
Gestorbene ²⁾	%	- 2,1	+ 0,0	+ 1,5	- 0,1	+ 0,4	+ 2,3	+ 6,5	+ 4,3	+ 1,6 ^r	- 0,7
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	%	+ 3,1	+ 46,5	+ 68,4	+ 49,5	+ 45,4	+ 132,7				
dar. Ausländer	%	- 1,3	+ 37,0	+ 18,8	+ 25,7	+ 15,2	+ 15,4				
Fortzüge	%	- 2,2	+ 5,2	+ 29,2	+ 32,6	+ 29,4	+ 27,8				
dar. Ausländer	%	- 4,0	+ 7,5	+ 22,1	+ 29,9	+ 20,2	+ 12,7				

1) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters - 2) Ohne Totgeborene - 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes, ab 1988 ohne ungeklärt und ohne Angabe - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 5) Vorläufiges Ergebnis - 6) Geschätzt nach Calot - Verfahren (siehe WiSta 8/1981, S. 549 ff.)

Erwerbstätigkeit

Zum Aufsatz: „Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen“ Erwerbstätige nach Berufsgruppen und ausgewählten Berufsordnungen

Ergebnisse des Mikrozensus

1 000

Berufsgruppe Ausgewählte Berufsordnung 1)	Erwerbstätige											
	1973		1978		1982		1985		1987 2)		1989	
	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen
Landwirte	812	261	619	168	596	170	506	106	473	90	387	60
Landwirte	792	256	593	157	577	187	485	101	456	87	371	57
Tierzüchter, Fischereiberufe	12	/	11	/	10	/	6	/	7	/	6	/
Verwalter, Berater in der Landwirtschaft und Tierzucht	13	/	17	/	11	/	12	/	11	/	12	/
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger	918	700	680	535	532	416	508	397	462	355	400	315
Landarbeitskräfte	97	37	85	42	92	52	85	51	69	34	53	28
Familieneigene Landarbeitskräfte, a n g	807	658	584	489	427	358	411	341	382	317	338	284
Gartenbauer	158	41	172	50	183	55	204	71	208	72	227	80
Forst-, Jagdberufe	54	7	54	/	55	/	56	/	49	/	51	/
Bergleute	139	/	108	/	113	/	103	/	106	/	86	/
Mineral-, Erdol-, Erdgasgewinner	12	/	13	/	9	/	8	/	6	/	6	/
Mineralaufbereiter	/	/	5	/	5	/	5	/	/	/	/	/
Steinarbeiter	28	/	25	/	25	/	24	/	18	/	23	/
Baustoffhersteller	35	/	22	/	17	/	14	/	12	/	8	/
Keramiker	33	14	36	14	31	13	30	12	31	11	33	12
Glasmacher	41	10	34	9	37	9	32	8	34	9	33	8
Chemiearbeiter	238	55	213	48	223	50	211	43	225	44	210	39
Chemiebetriebswerker	166	29	159	28	171	30	163	25	178	28	166	23
Kunststoffverarbeiter	55	20	49	17	51	17	49	16	61	21	67	22
Papierhersteller, -verarbeiter	76	35	64	25	56	24	60	23	59	23	59	21
Drucker	175	28	160	27	156	27	156	30	159	34	158	33
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	69	14	67	16	55	11	50	10	51	10	44	8
Metallerzeuger, Walzer	74	/	61	/	59	/	50	/	45	/	47	/
Formier-, Formgießer	63	/	40	/	40	/	46	/	39	/	38	/
Metallverformer (spanlos)	83	29	75	24	56	21	60	17	64	19	62	15
Metallverformer (spanend)	313	18	287	12	256	12	236	10	227	10	213	10
Dreher	171	5	187	/	150	/	133	/	119	/	116	/
Metalloberflächenbearbeiter, -verguter, -beschichter	52	10	48	7	37	/	38	8	37	7	40	6
Metallverbinder	156	30	146	24	146	26	132	24	136	23	129	23
Schweißer, Brennschneider	129	6	123	/	122	6	109	/	113	/	106	/
Schmiede	45	/	40	/	32	/	26	/	25	/	23	/
Feinblechler, Installateure	278	/	266	/	282	/	290	/	291	5	276	/
Rohrinstallateure	181	/	181	/	207	/	201	/	204	/	192	/
Schlosser	896	10	813	9	858	14	811	16	849	17	807	15
Mechaniker	564	30	588	25	602	31	589	32	617	33	604	27
Kraftfahrzeuginstandsetzer	312	/	316	/	340	/	321	6	340	6	338	/
Feinmechaniker	47	5	48	/	45	5	47	5	56	10	54	7
Sonstige Mechaniker	168	17	191	17	183	21	190	18	187	15	174	14
Werkzeugmacher	120	/	124	/	132	/	144	/	140	/	143	/
Metallfeinbauer und zugeordnete Berufe	67	21	86	27	98	37	118	41	111	45	109	39
Elektriker	688	53	634	45	680	39	679	45	702	50	701	41
Elektroinstallateure, -monteure	501	18	453	19	487	19	468	20	474	17	500	19
Fernmeldemonteure, -handwerker	68	/	60	/	67	/	78	/	82	5	68	/
Montierer und Metallberufe, a n g	354	158	344	147	300	133	317	140	325	135	353	149
Metallarbeiter o n A	230	67	209	61	182	56	165	49	170	39	178	49
Spinnberufe	64	40	37	20	27	17	27	14	25	14	23	11
Textilhersteller	84	39	59	27	44	20	42	16	42	19	39	15
Textilverarbeiter	470	420	360	326	308	282	273	246	249	224	243	217
Schneider	127	88	101	78	88	70	85	69	81	66	81	64
Oberbekleidungsnaher	160	157	93	90	93	91	74	71	62	61	63	61
Naher, a n g	120	117	128	126	93	92	85	83	77	75	74	71
Textilveredler	20	/	21	6	18	/	15	/	12	/	11	/
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	145	73	122	63	98	49	93	44	83	37	71	34
Back-, Konditorwarenhersteller	122	8	132	15	134	19	140	22	140	23	132	22
Fleisch-, Fischverarbeiter	136	6	138	12	135	9	146	14	140	13	125	8
Speisenhersteller	227	168	246	177	278	193	282	190	291	187	299	188
Getranke-, Genußmittelhersteller	36	10	30	7	29	6	25	/	26	5	21	/
Übrige Ernährungsberufe	36	8	29	6	30	6	28	6	31	7	27	/
Maurer, Betonbauer	549	/	442	/	436	/	384	/	336	/	346	/
Zimmerer, Dachdecker, Gerüstbauer	178	/	161	/	172	/	179	/	167	/	163	/
Zimmerer	120	/	101	/	106	/	108	/	101	/	94	/
Straßen-, Tiefbauer	111	/	95	/	107	/	102	/	93	/	95	/
Bauhilfsarbeiter	220	/	128	/	123	/	107	/	84	/	94	/
Bauausstatter	145	/	126	/	129	/	128	/	107	/	111	/
Raumausstatter, Polsterer	54	6	45	6	47	7	50	8	45	7	47	7
Tischler, Modellbauer	316	/	304	/	320	8	307	8	302	10	307	11
Tischler	296	/	304	/	306	7	296	8	289	9	295	10
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	308	14	272	12	282	14	275	13	281	15	283	17
Maler, Lackierer (Ausbau)	269	/	217	/	230	6	223	/	217	5	214	8
Warenprüfer, Versandfertigmacher	424	248	382	220	367	203	337	185	347	195	353	180

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975 - 2) Revidierte Hochrechnung, Basis Volkszählung 1987

Erwerbstätige nach Berufsgruppen und ausgewählten Berufsordnungen

Ergebnisse des Mikrozensus

1 000

Berufsgruppe Ausgewählte Berufsordnung 1)	Erwerbstätige											
	1973		1978		1982		1985		1987 2)		1989	
	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	1 181	475	987	367	945	351	833	318	872	329	958	343
Maschinen und zugehörige Berufe	356	10	336	15	344	13	344	20	320	15	333	22
Ingenieure	429	6	415	10	485	12	507	18	529	18	551	26
Ingenieure des Maschinen- und Fahrzeugbaues	73	/	62	/	71	/	78	/	95	/	96	/
Elektroingenieure	67	/	59	/	88	/	81	/	94	/	95	/
Architekten, Bauingenieure	135	/	137	6	159	6	148	8	146	9	152	13
Chemiker, Physiker, Mathematiker	45	/	50	/	51	/	53	/	61	7	63	8
Techniker	707	39	728	46	792	52	739	54	789	57	813	57
Vermessungstechniker	16	/	19	/	22	/	21	/	24	/	21	/
Industriemeister, Werkmeister	128	/	122	/	137	/	116	5	124	5	133	6
Technische Sonderfachkräfte	208	96	193	85	218	103	221	106	223	112	229	121
Technische Zeichner	116	54	100	47	110	56	114	59	126	68	122	68
Warenkaufleute	2 082	1 226	2 008	1 206	2 077	1 302	2 083	1 283	2 113	1 308	2 147	1 332
Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäufer	623	198	597	195	600	193	646	236	678	262	698	268
Verkaufser	1 130	948	1 140	933	1 224	1 030	1 181	955	1 180	951	1 187	967
Handelsvertreter, Reisende	193	16	154	12	151	15	146	19	139	18	151	24
Bank-, Versicherungskaufleute	493	202	488	199	589	262	608	261	648	283	651	280
Bankfachleute	325	154	328	154	406	208	420	206	449	224	440	218
Lebens-, Sachversicherungsfachleute	157	45	151	42	172	49	178	51	186	54	199	59
Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	144	36	175	46	182	49	207	68	225	76	258	98
Berufe des Landverkehrs	973	15	908	19	894	24	818	28	820	28	806	28
Eisenbahnbetriebsregler, -schaffner	134	/	122	/	103	/	72	/	72	/	64	/
Kraftfahrzeugführer	744	8	701	15	713	20	677	23	677	22	675	24
Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	45	/	47	/	43	/	41	/	44	/	44	/
Berufe des Nachrichtenverkehrs	209	88	185	84	186	95	188	87	196	97	189	92
Postverteiler	143	40	132	45	130	51	141	49	147	58	143	55
Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	514	80	477	78	476	75	465	79	469	83	483	75
Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer	574	93	603	110	750	137	695	132	730	152	857	182
Unternehmer, Geschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter	512	79	514	87	651	108	569	94	592	107	687	115
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	48	13	64	20	71	26	86	34	92	37	114	58
Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige	284	28	297	50	310	58	392	69	305	62	290	61
Leitende und administrativ entscheidende Verwaltungsfachleute	267	26	277	48	283	55	368	66	282	58	268	58
Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	493	300	479	293	495	291	644	378	657	374	719	382
Buchhalter	309	214	269	198	255	185	343	249	316	233	315	232
Datenverarbeitungsfachleute	73	13	102	21	131	26	180	39	217	51	282	60
Bürofach-, Bürohilfskräfte	3 400	2 084	3 546	2 221	3 726	2 416	3 462	2 335	3 676	2 474	3 805	2 582
Bürofachkräfte	2 929	1 655	3 086	1 802	3 262	1 995	2 936	1 849	3 141	1 976	3 287	2 098
Stenographen, Stenotypisten, Maschinschreiber	365	356	355	345	366	353	418	407	438	426	425	416
Dienst-, Wachberufe	223	47	230	51	239	45	224	41	240	48	229	39
Sicherheitswahrer	719	6	752	8	758	10	781	9	797	13	810	15
Rechtswahrer, -berater	80	6	100	12	105	15	122	21	128	23	135	27
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	58	29	81	39	82	41	98	48	104	55	105	51
Künstler und zugeordnete Berufe	142	38	135	40	152	52	148	52	175	61	170	65
Ärzte, Apotheker	178	50	195	56	218	65	230	67	245	72	269	83
Ärzte	109	26	128	32	146	36	155	39	164	44	181	50
Übrige Gesundheitsberufe	589	536	716	630	871	760	960	829	1 028	879	1 065	910
Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	305	277	329	289	416	352	452	378	492	407	502	413
Sprechstundenhelfer	143	142	205	203	252	249	278	273	292	289	300	298
Sozialpflegerische Berufe	168	140	266	220	314	257	361	290	413	326	473	378
Kindergartenrinnen, Kinderpflegerinnen	85	82	125	121	126	121	136	134	150	145	172	166
Lehrer	543	255	693	336	770	375	748	360	742	356	777	375
Hochschullehrer, Dozenten an höheren Fachschulen und Akademien	69	15	62	12	68	15	58	11	59	10	65	14
Gymnasiallehrer	90	31	109	37	121	43	155	55	149	55	146	50
Real-, Volks-, Sonderschullehrer	309	180	425	246	468	271	405	241	382	227	410	246
Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, a n g	45	7	68	12	80	21	70	18	85	24	87	29
Seelsorger	59	16	51	12	53	10	52	10	54	12	56	12
Körperpfleger	211	154	208	168	227	189	229	191	243	205	238	204
Gastbetreuer	364	219	360	217	369	225	391	240	394	250	389	241
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute	203	100	199	101	186	90	199	106	204	109	201	107
Kellner, Stewards	132	100	124	89	150	111	151	104	150	111	151	109
Hauswirtschaftliche Berufe	219	216	170	165	177	172	180	173	172	167	171	164
Hauswirtschaftliche Betreuer	178	176	121	119	119	116	110	106	101	99	105	101
Reinigungsberufe	682	603	681	574	691	594	610	520	578	486	565	472
Raum-, Hausratreiniger	517	511	507	497	539	523	472	456	440	422	435	414
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft, a n g	184	168	57	50	44	39	43	37	34	29	37	31
Arbeitskräfte mit noch nicht bestimmtem Beruf	58	20	91	33	56	24	83	35	65	31	203	91
Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe	145	73	220	78	182	68	486	195	522	210	626	250
Insgesamt . . .	27 066	9 974	26 021	9 695	26 774	10 182	26 626	10 225	27 083	10 505	27 742	10 794

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975 - 2) Revidierte Hochrechnung, Basis Volkszählung 1987

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Zum Aufsatz: „Kaufwerte für landwirtschaftlich Durchschnittliche Kaufwerte für Flächen der

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von . bis unter . Hektar	Jahr	Insgesamt 2)			Davon Veräußerungsfälle der landwirtschaftlichen Nutzung von bis unter je ha Fläche					
		Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	unter 30			30 – 40		
					Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Veräußerungsfälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung
Insgesamt 2)	1978	29 068	27 324	25 732	3 290	4 451	18 698	7 376	7 749	19 904
	1979	27 922	26 070	30 474	3 227	4 177	22 629	7 026	7 181	23 141
	1980	25 997	25 151	36 036	3 006	3 909	27 613	6 577	7 257	28 417
	1981	25 853	27 955	39 245	3 258	4 930	28 025	6 562	7 849	30 561
	1982	27 316	32 888	37 105	3 643	6 101	26 628	7 477	9 490	27 953
	1983	29 652	35 800	38 103	3 890	6 493	27 241	7 806	10 183	28 603
	1984	31 423	38 268	38 265	4 070	6 770	26 108	8 239	10 937	27 852
	1985	34 315	43 444	36 884	4 547	8 062	25 860	8 896	12 355	27 061
	1986	35 281	45 275	34 825	4 530	8 215	23 864	8 958	12 958	25 779
	1987	32 349	45 751	32 700	4 137	8 579	22 346	8 361	13 551	24 842
1988	31 722	44 564	31 511	4 148	7 641	21 503	7 923	12 283	23 482	
1989	31 481	44 485	30 924	4 254	7 726	22 455	8 200	12 550	23 663	
davon. 0,1 – 0,25	1978	9 018	1 511	31 730	833	135	22 442	1 836	315	19 935
	1979	8 664	1 452	34 446	739	125	23 144	1 815	307	22 207
	1980	7 965	1 327	38 601	701	116	25 935	1 611	273	24 952
	1981	6 843	1 141	44 027	591	95	26 942	1 381	235	28 085
	1982	6 923	1 148	43 228	601	98	25 926	1 646	274	26 141
	1983	7 422	1 246	47 414	541	91	26 813	1 572	268	29 164
	1984	8 009	1 340	50 868	622	106	27 439	1 754	292	30 165
	1985	8 513	1 425	49 538	762	128	28 716	1 820	307	30 274
	1986	9 198	1 536	48 926	750	125	25 477	1 874	318	28 549
	1987	8 235	1 372	47 214	714	120	25 660	1 701	285	29 312
1988	7 997	1 338	43 313	717	122	22 302	1 704	289	28 658	
1989	7 530	1 262	40 010	704	120	21 853	1 618	273	24 668	
0,25 – 1	1978	12 776	6 562	25 449	1 224	655	16 254	3 417	1 818	17 677
	1979	12 223	6 283	29 503	1 292	685	18 877	3 168	1 678	20 749
	1980	11 277	5 832	33 833	1 177	632	23 001	2 948	1 552	23 388
	1981	11 458	6 054	39 302	1 338	743	26 379	2 990	1 599	27 903
	1982	11 781	6 196	38 538	1 374	780	26 307	3 238	1 717	26 173
	1983	12 806	6 815	41 307	1 492	840	28 224	3 455	1 875	27 982
	1984	13 191	6 929	41 990	1 568	865	25 526	3 428	1 848	27 959
	1985	14 387	7 584	41 205	1 627	903	26 806	3 695	1 988	27 914
	1986	14 718	7 730	40 481	1 661	908	24 393	3 792	2 038	26 890
	1987	13 052	6 860	38 920	1 477	810	24 231	3 282	1 773	26 094
1988	12 901	6 793	36 891	1 492	813	21 871	3 238	1 743	25 263	
1989	12 889	6 869	34 607	1 605	873	21 914	3 380	1 841	24 200	
1 – 2	1978	4 147	5 773	25 138	635	895	17 835	1 206	1 695	18 891
	1979	3 980	5 523	29 667	604	845	22 467	1 170	1 635	22 501
	1980	3 801	5 288	34 533	600	844	26 735	1 109	1 545	27 181
	1981	4 110	5 735	41 369	619	867	29 503	1 168	1 646	30 311
	1982	4 381	6 110	38 670	786	1 110	28 061	1 294	1 794	28 704
	1983	4 873	6 797	40 643	874	1 230	28 183	1 436	2 013	30 062
	1984	5 262	7 341	40 721	847	1 192	28 890	1 588	2 221	28 161
	1985	5 698	7 990	39 849	974	1 382	26 964	1 671	2 339	28 878
	1986	5 591	7 838	39 082	915	1 299	26 504	1 567	2 205	28 226
	1987	5 145	7 245	36 713	733	1 063	23 690	1 538	2 173	26 637
1988	5 057	7 122	35 700	792	1 117	23 913	1 403	1 981	25 943	
1989	5 276	7 455	34 384	816	1 155	23 183	1 521	2 161	25 719	
2 – 5	1978	2 456	7 307	25 265	455	1 390	20 157	734	2 200	20 557
	1979	2 423	7 267	32 115	455	1 360	25 016	704	2 138	25 218
	1980	2 322	6 926	36 417	401	1 207	28 853	716	2 120	30 399
	1981	2 673	7 986	39 244	540	1 650	28 261	808	2 417	32 542
	1982	3 161	9 558	36 725	643	1 943	28 772	989	3 004	29 314
	1983	3 409	10 287	37 013	741	2 253	27 544	1 031	3 120	28 907
	1984	3 657	11 010	37 710	761	2 311	26 833	1 094	3 290	29 285
	1985	4 236	12 878	37 090	859	2 643	27 849	1 271	3 874	28 190
	1986	4 134	12 564	35 036	853	2 610	25 112	1 240	3 750	28 108
	1987	4 052	12 481	33 458	781	2 415	24 200	1 243	3 887	26 261
1988	4 075	12 464	32 478	814	2 521	23 457	1 110	3 400	25 398	
1989	4 079	12 592	31 526	770	2 432	24 196	1 212	3 779	24 631	
5 und mehr	1978	671	6 171	25 672	143	1 376	18 581	183	1 722	22 411
	1979	632	5 545	29 186	137	1 162	22 110	169	1 423	23 777
	1980	632	5 777	38 588	127	1 111	29 731	193	1 767	32 070
	1981	769	7 039	36 691	170	1 575	27 806	215	1 952	30 793
	1982	1 070	9 876	34 893	239	2 191	24 144	310	2 702	27 255
	1983	1 142	10 655	34 395	242	2 079	25 976	312	2 906	27 615
	1984	1 304	11 648	33 577	272	2 296	24 092	375	3 286	25 944
	1985	1 481	13 567	31 134	325	3 006	23 198	439	3 845	24 119
	1986	1 640	15 607	28 328	351	3 273	21 614	485	4 648	22 062
	1987	1 865	17 794	27 017	432	4 170	20 468	597	5 433	22 465
1988	1 692	16 847	25 917	333	3 068	18 891	468	4 872	20 201	
1989	1 707	16 307	26 623	359	3 146	21 015	469	4 496	21 579	

1) Ohne Hamburg, Bremen und Berlin – 2) Veräußerungsfälle von Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung ohne Gebäude und ohne Inventar

**genutzte Grundstücke“
landwirtschaftlichen Nutzung im Bundesgebiet 1)**

Grundstücke mit Ertragsmeßzahlen in Hundert der landwirtschaftlichen Nutzung									Jahr	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von ... bis unter ... Hektar	
40 – 50			50 – 60			60 und mehr					
Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung	Ver- äußerungs- fälle	Fläche der landw. Nutzung	Kaufwert je ha Fläche der landw. Nutzung			
Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM	Anzahl	ha	DM			
6 990	6 259	24 386	4 664	3 925	29 346	6 748	4 940	40 045	1978	Insgesamt2)	
6 749	6 013	29 323	4 585	3 838	35 947	6 335	4 861	45 150	1979		
6 431	5 981	33 825	4 327	3 666	43 125	5 656	4 337	53 432	1980		
6 118	5 913	37 520	4 185	4 109	44 887	5 730	5 153	60 687	1981		
6 381	6 777	36 086	4 186	4 779	44 197	5 629	5 741	58 668	1982		
6 903	7 500	36 129	4 530	5 041	46 090	6 523	6 584	59 639	1983		
7 331	8 027	37 572	4 914	5 659	45 872	6 869	6 874	61 352	1984		
7 917	9 381	36 103	5 167	5 863	45 798	7 788	7 783	58 013	1985		
8 005	9 485	34 250	5 637	6 212	44 266	8 151	8 404	53 159	1986		
7 572	9 539	33 674	5 223	6 468	39 407	7 056	7 613	51 434	1987		
7 367	9 453	31 181	5 228	7 159	38 006	7 056	8 027	47 916	1988		
7 464	9 713	29 995	4 976	6 819	38 713	6 587	7 677	45 575	1989		
2 107	353	25 796	1 604	269	35 384	2 638	439	45 601	1978		davon. 0,1 – 0,25
2 044	343	27 456	1 626	270	37 941	2 440	406	50 737	1979		
1 910	320	32 268	1 609	267	44 119	2 134	352	54 936	1980		
1 617	273	35 432	1 299	217	48 329	1 955	321	65 144	1981		
1 689	282	33 680	1 201	202	46 497	1 786	293	71 841	1982		
1 875	316	38 074	1 328	223	51 150	2 106	349	72 903	1983		
1 957	329	38 310	1 442	242	55 121	2 234	371	82 172	1984		
1 924	323	38 376	1 474	248	54 518	2 533	419	75 733	1985		
2 086	355	38 337	1 677	278	53 265	2 811	461	74 859	1986		
1 987	329	36 080	1 515	254	52 789	2 318	384	73 101	1987		
1 809	304	34 703	1 472	247	47 826	2 295	375	65 460	1988		
1 864	314	31 759	1 288	215	45 714	2 056	340	62 774	1989		
3 180	1 636	22 835	2 049	1 008	28 301	2 906	1 446	40 354	1978	0,25 – 1	
3 035	1 566	26 121	1 985	997	34 054	2 743	1 358	46 237	1979		
2 898	1 496	29 991	1 823	922	38 992	2 431	1 229	53 392	1980		
2 845	1 516	34 615	1 817	930	44 721	2 468	1 265	62 927	1981		
2 882	1 512	33 899	1 832	944	44 285	2 455	1 262	63 994	1982		
3 094	1 650	37 103	1 965	1 026	49 437	2 800	1 424	65 583	1983		
3 208	1 659	38 639	2 071	1 054	50 122	2 916	1 503	66 720	1984		
3 532	1 854	36 492	2 190	1 131	49 084	3 343	1 709	64 177	1985		
3 515	1 833	36 082	2 337	1 209	49 483	3 413	1 743	63 126	1986		
3 160	1 654	34 129	2 193	1 131	45 721	2 940	1 491	62 314	1987		
3 168	1 667	33 670	2 130	1 112	45 424	2 873	1 458	56 331	1988		
3 114	1 655	30 988	2 058	1 079	42 479	2 732	1 421	54 120	1989		
1 008	1 391	24 247	585	811	31 385	713	982	38 673	1978		1 – 2
995	1 363	28 303	570	794	33 797	641	885	48 176	1979		
945	1 326	32 911	522	724	40 933	625	850	52 720	1980		
956	1 334	38 449	606	829	48 925	761	1 058	66 049	1981		
980	1 369	37 442	606	845	48 327	715	992	62 020	1982		
1 042	1 455	39 553	641	887	51 436	880	1 213	64 252	1983		
1 177	1 635	39 954	739	1 030	53 400	911	1 263	64 631	1984		
1 316	1 844	39 112	792	1 115	52 609	945	1 309	63 228	1985		
1 246	1 747	38 542	881	1 221	49 596	982	1 366	59 859	1986		
1 246	1 747	37 737	722	1 005	46 038	906	1 258	56 251	1987		
1 179	1 657	35 435	770	1 089	45 073	913	1 278	53 476	1988		
1 253	1 775	32 817	785	1 105	43 810	901	1 259	53 479	1989		
537	1 553	24 806	339	995	29 122	391	1 169	37 526	1978	2 – 5	
532	1 592	33 566	319	969	38 084	413	1 209	45 605	1979		
543	1 618	34 826	290	874	43 968	372	1 107	52 561	1980		
574	1 671	40 813	348	1 042	46 227	403	1 206	59 504	1981		
645	1 929	37 494	384	1 132	42 895	500	1 550	55 592	1982		
678	2 034	38 121	428	1 279	47 246	531	1 601	56 559	1983		
739	2 184	38 711	463	1 400	47 746	600	1 825	57 704	1984		
849	2 560	39 176	525	1 599	45 995	732	2 201	54 958	1985		
830	2 490	34 773	550	1 667	44 557	661	2 047	52 950	1986		
825	2 506	33 450	557	1 686	41 748	646	1 986	51 773	1987		
860	2 619	33 050	582	1 737	40 820	709	2 187	46 571	1988		
890	2 707	32 110	578	1 768	39 625	629	1 906	46 201	1989		
158	1 325	25 577	87	843	26 973	100	904	41 606	1978		5 und mehr
143	1 149	29 577	85	809	37 165	98	1 002	38 188	1979		
135	1 221	38 599	83	878	48 130	94	800	54 791	1980		
126	1 118	35 937	115	1 092	39 996	143	1 303	54 152	1981		
185	1 685	35 738	163	1 655	42 648	173	1 643	53 102	1982		
214	2 045	30 627	168	1 626	39 460	206	1 998	52 758	1983		
250	2 221	33 732	199	1 934	37 035	208	1 912	54 404	1984		
296	2 799	30 789	186	1 770	38 010	235	2 146	49 599	1985		
328	3 061	29 806	192	1 837	35 663	284	2 787	40 207	1986		
354	3 303	31 228	236	2 393	30 569	246	2 494	38 897	1987		
351	3 206	25 827	274	2 974	30 183	266	2 728	39 480	1988		
343	3 262	26 030	267	2 652	33 880	269	2 751	34 987	1989		

Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen

Jahr Monat	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Wirtschaftsgruppen										
		Bergbau	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisen-schaffende Industrie	NE-Metall-erzeugung und -halb-zeugwerke	Maschinen-	Straßen-fahrzeug- bau	Schiff-	Elektro-technik	Chemische Industrie	Textil- gewerbe	Beklei-dungs-

Beschäftigte am Monatsende

1 000

1987 ³⁾ D	7 054,8	203,4	148,9	194,4	70,7	989,6	851,8	36,5	972,0	571,8	222,4	177,5
1988 ³⁾ D	7 037,8	193,7	149,5	185,1	69,2	978,8	856,3	34,0	977,2	575,3	218,1	170,0
1989 ³⁾ D	7 213,1	183,3	150,0	182,6	68,6	1 019,4	872,2	32,7	1 013,8	582,0	213,5	167,6
1989 ³⁾ Juli	7 244,1	182,6	153,4	182,6	69,4	1 020,6	876,5	32,4	1 021,8	584,2	212,6	165,8
Aug.	7 293,0	184,1	154,3	183,1	69,6	1 031,2	879,7	32,8	1 028,6	589,1	213,0	167,2
Sept.	7 299,8	182,6	154,1	183,9	69,2	1 037,7	877,5	33,1	1 026,2	588,9	213,5	167,9
Okt.	7 294,1	180,4	154,1	182,9	68,8	1 038,1	877,0	33,2	1 025,6	586,6	214,0	166,5
Nov.	7 303,5	179,8	153,6	182,9	68,9	1 042,7	879,9	33,4	1 025,5	586,5	214,0	166,2
Dez.	7 276,3	178,6	150,8	182,5	68,8	1 042,7	878,0	33,2	1 021,9	585,5	212,8	164,8
1990 ⁴⁾ Jan.	7 286,4	176,8	145,0	179,5	68,1	1 053,9	874,7	33,4	1 017,5	586,5	210,9	166,1
Febr.	7 317,6	176,5	143,0	180,0	68,6	1 060,3	882,0	33,6	1 024,3	586,9	211,0	166,3
Marz	7 341,1	175,9	147,0	180,0	68,7	1 063,1	883,6	33,6	1 028,8	589,0	210,8	165,9
April	7 336,6	174,0	149,3	179,1	68,6	1 064,0	881,2	33,3	1 028,2	588,4	210,4	164,3
Mai	7 356,6	173,9	150,6	178,0	68,7	1 067,0	884,9	33,4	1 029,8	588,9	210,4	163,3
Juni	7 384,1	173,1	151,8	178,4	69,2	1 070,4	887,9	33,3	1 034,8	590,7	209,4	162,7
Juli	7 442,7	172,2	153,8	177,9	70,2	1 078,9	897,8	33,2	1 044,1	594,5	208,6	162,1
Aug.	7 491,9	173,8	155,0	178,5	70,4	1 086,7	899,5	33,5	1 048,9	599,3	208,4	163,3
Sept.	7 503,3	172,4	154,5	178,8	69,7	1 091,8	898,4	33,9	1 048,6	598,3	208,7	163,7

Umsatz insgesamt¹⁾

Mill. DM

1987 ³⁾ D	123 072,1	2 645,0	2 468,1	3 445,7	1 734,5	13 437,4	17 263,2	506,5	13 535,6	14 071,6	2 981,0	1 904,4
1988 ³⁾ D	130 138,8	2 660,2	2 670,2	4 061,3	2 178,5	14 557,8	17 939,0	475,7	14 233,9	14 925,7	3 087,4	1 944,5
1989 ³⁾ D	142 021,0	2 375,7	2 870,3	4 474,4	2 479,1	16 179,5	19 606,1	453,5	15 555,0	16 043,0	3 279,9	2 038,4
1989 ³⁾ Juli	132 410,4	2 311,8	3 105,4	4 108,3	2 393,4	14 985,7	17 901,0	327,8	14 167,2	15 509,6	2 868,4	2 106,0
Aug.	132 712,1	2 096,0	3 146,7	4 473,5	2 397,5	14 603,9	15 029,7	562,9	14 288,0	15 346,1	2 916,0	2 498,0
Sept.	150 030,6	2 235,7	3 308,9	4 813,2	2 668,6	16 607,2	18 979,8	857,6	17 937,7	16 035,4	3 608,8	2 699,6
Okt.	153 410,4	2 483,4	3 466,7	4 697,1	2 673,8	16 471,2	21 637,5	525,4	16 606,9	16 980,1	3 784,1	2 196,5
Nov.	152 255,4	2 664,0	3 107,4	4 457,9	2 497,1	17 070,1	21 841,5	447,9	16 942,5	16 098,9	3 564,5	1 928,0
Dez.	149 492,0	2 628,5	2 364,1	3 784,4	1 975,5	21 884,1	20 034,7	618,0	18 272,4	14 510,9	2 895,7	1 464,2
1990 ⁴⁾ Jan.	141 233,0	2 599,6	2 084,6	4 218,1	2 377,2	15 058,5	20 289,3	380,9	15 153,8	16 694,5	3 518,8	2 454,8
Febr.	139 200,4	2 326,0	2 190,9	4 045,2	2 116,7	15 213,1	20 736,4	310,6	15 057,0	15 859,8	3 458,2	2 516,3
Marz	157 571,4	2 479,1	2 910,3	4 636,2	2 425,1	17 738,0	23 718,2	688,0	17 581,9	17 415,5	3 822,6	2 778,4
April	142 489,1	2 162,8	2 971,6	4 086,9	2 191,7	15 886,5	20 752,0	615,9	15 404,6	15 607,7	3 194,1	1 806,8
Mai	153 529,4	2 243,7	3 396,5	4 285,0	2 461,5	17 789,9	22 373,1	1 028,9	16 619,8	16 556,9	3 411,0	1 486,5
Juni	148 692,8	2 170,9	3 322,6	4 143,8	2 256,9	17 792,2	20 840,0	1 459,4	16 584,9	16 006,7	3 262,7	1 530,4
Juli	145 989,1	2 053,9	3 424,1	3 532,3	2 272,3	17 149,0	19 690,9	489,1	16 075,2	15 796,7	3 238,1	2 366,5
Aug.	144 552,9	2 144,5	3 377,2	3 929,5	2 308,3	16 091,8	17 550,0	299,6	15 609,4	15 719,5	2 979,1	2 734,6
Sept.	158 394,3	2 195,0	3 412,3	4 334,3	2 370,0	18 493,2	21 087,6	641,5	18 847,6	16 123,8	3 618,4	2 807,9

darunter Auslandsumsatz²⁾

Mill. DM

1987 ³⁾ D	36 543,9	275,4	279,6	1 235,8	541,9	5 944,9	8 148,2	307,5	4 223,0	5 933,3	788,6	359,4
1988 ³⁾ D	39 562,5	272,5	313,9	1 517,9	678,3	6 479,5	8 563,0	293,0	4 461,4	6 514,4	850,3	372,2
1989 ³⁾ D	43 765,7	202,7	332,0	1 658,1	726,7	7 382,2	9 497,5	218,8	4 933,8	7 016,9	953,4	418,8
1989 ³⁾ Juli	40 695,5	234,9	326,3	1 523,0	661,2	7 077,7	8 448,6	154,3	4 533,6	6 663,9	873,9	494,8
Aug.	39 577,9	178,4	313,0	1 711,2	718,1	6 810,5	7 164,9	359,7	4 505,2	6 612,2	827,8	598,4
Sept.	45 970,4	207,1	349,2	1 806,7	781,4	7 563,0	9 262,7	463,8	5 605,9	6 877,6	1 051,2	625,2
Okt.	46 643,0	183,7	365,1	1 703,9	766,8	7 600,1	10 624,2	324,5	5 072,1	7 297,9	1 050,0	419,7
Nov.	46 452,7	172,0	360,9	1 674,6	730,5	7 888,5	10 857,6	203,8	5 234,2	6 951,3	995,8	282,0
Dez.	45 659,0	165,6	287,3	1 510,6	644,0	9 782,1	9 616,8	149,7	5 457,1	6 139,4	874,2	250,6
1990 ⁴⁾ Jan.	43 216,2	215,4	306,6	1 461,2	709,7	6 481,6	9 935,4	250,8	4 663,4	7 224,4	1 045,7	558,8
Febr.	43 226,0	152,4	289,1	1 351,1	624,5	7 074,1	10 210,4	149,7	4 742,4	6 971,3	1 064,6	585,7
Marz	49 755,3	185,1	335,9	1 589,8	698,4	8 093,2	11 603,4	525,6	5 749,1	7 709,8	1 144,4	637,1
April	43 456,4	174,1	317,4	1 304,8	666,4	7 202,0	9 853,4	478,7	5 190,3	6 746,5	935,2	330,5
Mai	46 972,5	189,9	346,4	1 425,2	711,3	8 062,4	10 548,4	551,7	5 341,0	7 139,9	997,7	215,0
Juni	44 665,2	148,7	337,5	1 437,9	676,5	8 207,7	9 656,6	273,7	5 196,9	6 814,1	964,9	272,2
Juli	41 878,9	145,7	320,8	1 094,3	666,5	7 573,9	8 956,6	157,6	4 947,4	6 396,5	962,5	531,4
Aug.	39 386,1	133,0	302,5	1 322,1	679,8	6 763,3	7 616,1	83,7	4 637,8	6 285,1	859,5	637,1
Sept.	44 935,2	169,2	317,6	1 424,9	694,9	8 424,1	9 479,0	356,7	5 067,5	6 620,0	998,5	604,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 411

Darstellung nach der „Systematik der Wirtschaftszweige“. Ausgabe 1979. Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschli. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt - Im Hinblick auf die einzelnen Stufen der Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe Heppt, E „Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe“ in Wirtschaft und Statistik 6/1979, S. 394 ff

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren - 3) Endgültige Ergebnisse - 4) Vorläufiges Ergebnis

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1985 = 100

Jahr Monat	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe										
		zusammen	Herst u Verarb v Spalt- u Brutstoffen	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisen-schaffende Industrie	NE-Metall-halbzweigwerke	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	Ziehereien und Kaltwalzwerke	Chemische Industrie	Holzbearbeitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Papperzeugung	Gummi-verarbeitung
1987	100,4	93,8	—	101,4	81,6	93,9	88,8	90,4	94,7	104,6	102,4	105,8
1988	110,2	103,4	136,3	109,9	96,6	115,6	98,8	104,3	101,9	113,4	110,9	112,2
1989 ³⁾	122,4	110,3	62,6	120,6	101,3	129,8	112,4	116,1	107,8	128,3	119,9	111,4
1989 ³⁾ Aug.	113,7	103,9	95,3	137,5	89,0	121,2	109,0	109,5	101,6	123,6	107,3	102,6
Sept.	125,7	109,9	30,7	138,7	96,2	125,2	113,5	107,7	107,1	138,1	121,4	112,7
Okt.	126,9	115,5	36,6	141,6	94,9	129,4	126,2	118,6	113,8	144,6	126,1	127,3
Nov.	125,6	109,7	49,4	125,4	97,4	128,7	113,5	115,3	105,2	138,2	129,2	122,6
Dez.	123,8	96,9	61,4	90,8	81,8	118,7	100,3	99,4	98,3	116,8	103,3	95,0
1990 Jan.	125,1	111,8	75,1	89,2	95,0	133,5	114,0	114,2	114,7	125,2	128,4	109,8
Febr.	124,9	107,9	14,0	96,1	94,4	121,4	118,5	117,6	108,1	130,6	122,3	109,3
März	140,5	121,1	134,1	129,2	110,1	134,4	125,8	125,6	118,8	145,9	139,6	120,6
April	122,5	108,8	30,7	133,4	95,8	130,4	109,1	113,0	105,4	135,0	119,7	112,7
Mai	129,3	113,3	.	147,4	93,5	129,0	117,1	115,5	110,7	147,2	.	118,8
Juni	123,5	109,5	.	144,9	92,3	120,7	112,2	108,4	107,7	135,7	.	108,8
Juli	125,3	107,2	.	147,6	90,0	122,1	105,1	110,3	104,7	129,2	.	107,0
Aug.	127,0	105,9	.	144,9	85,5	117,7	107,2	106,3	104,9	132,8	.	106,5
Sept.	133,6	112,6	.	143,2	92,0	116,5	107,9	110,6	113,4	142,1	.	114,5

Jahr Monat	zusammen	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe										
		Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Hartung	Stahl- und Leichtmetall-, Schienenfahrzeug- ⁴⁾	Maschinenbau	Straßenfahrzeug	Herstellung von Kraftwagen und -motoren	Schiffbau	Luft- u Raumfahrzeugbau	Elektrotechnik	Feinmechanik, Optik, H v Uhren ⁵⁾	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	Herst von Buro-maschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen
1987	102,4	103,1	106,2	99,0	105,6	105,6	68,0	—	103,9	104,5	108,0	96,7
1988	113,0	116,4	119,0	113,9	112,4	112,2	68,1	122,6	114,4	112,0	117,5	98,9
1989 ³⁾	128,7	133,3	126,2	134,4	127,8	127,0	120,7	190,5	124,8	116,8	130,0	95,4
1989 ³⁾ Aug.	117,4	129,1	132,0	126,2	120,1	120,5	76,4	108,0	109,7	108,4	123,4	82,3
Sept.	130,3	133,7	155,4	129,4	118,5	117,6	155,0	264,2	128,9	117,4	131,2	116,5
Okt.	129,9	141,8	122,5	133,7	127,9	125,6	135,0	130,2	128,6	123,9	144,4	94,9
Nov.	133,9	138,6	124,7	133,8	132,7	130,9	175,8	156,4	134,4	127,6	140,2	107,6
Dez.	143,5	121,6	116,0	139,3	138,6	138,0	203,9	519,5	141,9	113,2	116,8	112,5
1990 Jan.	132,4	137,7	121,5	139,9	142,8	142,4	47,8	121,6	128,0	127,6	141,2	82,3
Febr.	131,3	144,8	118,4	139,5	131,3	130,1	29,6	156,4	133,3	125,6	138,1	82,6
März	146,4	150,9	141,7	155,3	147,8	146,6	134,2	99,9	144,9	136,0	151,3	114,1
April	128,9	137,4	138,2	132,2	137,1	136,3	94,4	122,7	125,0	113,2	139,2	75,6
Mai	138,0	146,7	133,3	142,7	141,9	140,1	142,3	155,6	132,9	130,0	149,2	87,1
Juni	132,3	134,3	132,7	138,1	131,1	129,0	62,1	172,6	130,1	126,4	141,9	106,8
Juli	136,7	135,8	144,1	141,0	150,3	148,1	36,3	207,6	126,3	119,6	144,3	92,5
Aug.	136,1	134,2	171,1	129,7	155,2	155,0	22,3	146,7	134,7	112,8	142,9	92,7
Sept.	140,3	135,5	145,4	131,7	142,2	139,1	92,3	380,7	135,7	122,1	146,6	118,4

Jahr Monat	zusammen	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe										
		Feinkeramik	Herstellung und Verarbeitung von Glas	Herstellung von Holz- und Polstermöbeln	Papier- und Papperverarbeitung	Druckerei, Vervielfältigung	Herstellung von Kunststoffwaren	Ledererzeugung	Lederverarbeitung	Herstellung von Schuhen	Textilgewerbe	Bekleidungs-gewerbe
1987	105,4	100,5	105,2	109,8	106,2	109,8	111,5	97,2	95,9	92,3	97,8	101,4
1988	112,8	106,8	115,0	119,5	113,3	116,8	125,7	94,7	95,5	92,5	99,2	107,0
1989 ³⁾	122,5	115,8	121,1	130,5	123,2	127,5	138,9	99,7	97,5	93,3	107,7	114,3
1989 ³⁾ Aug.	118,6	106,8	110,4	124,9	120,1	120,9	130,9	78,6	72,6	61,0	97,9	147,1
Sept.	137,6	122,9	127,2	131,5	121,2	129,5	141,1	101,4	120,7	120,0	131,7	194,2
Okt.	136,8	121,0	127,2	144,8	131,4	139,6	149,9	113,3	160,1	174,4	122,1	133,6
Nov.	125,6	109,6	130,3	143,2	128,8	139,3	145,3	110,5	109,2	107,3	113,5	76,9
Dez.	106,4	90,4	123,2	115,6	113,7	137,8	122,5	105,8	75,3	70,7	84,4	61,7
1990 Jan.	123,9	125,8	130,9	141,2	136,5	132,5	148,8	115,5	72,4	55,6	101,5	86,3
Febr.	133,3	134,1	125,5	142,8	128,7	123,1	149,8	95,2	85,5	75,6	111,6	172,2
März	154,3	137,0	132,2	151,5	143,9	140,9	166,0	95,5	132,4	131,8	136,5	223,2
April	125,1	120,2	117,3	133,4	129,3	131,2	149,6	90,8	140,9	154,1	103,5	96,8
Mai	128,6	123,8	124,1	144,1	139,5	140,1	162,2	88,0	116,4	116,1	104,8	72,2
Juni	118,9	112,8	124,9	132,5	135,0	132,8	149,8	95,2	83,2	73,0	93,9	64,8
Juli	119,4	116,3	117,2	128,3	140,3	134,3	151,5	86,2	62,2	45,0	88,3	84,7
Aug.	133,6	112,9	119,3	140,0	139,9	137,7	150,7	68,9	78,1	63,5	96,0	187,3
Sept.	147,8	120,1	135,2	152,0	139,5	143,1	159,8	80,6	128,7	123,8	125,8	200,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Darstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe) – 3) Endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen – 4) Ab 1988 einschl. Lokomotivbau und Feld- und Industriebahnwagenbau – 5) Ab 1988 einschl. H v Uhren

Sozialleistungen

Zum Aufsatz: „Sozialhilfeaufwand“
Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 1989
 Mill. DM

Hilfeart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Wurttem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
Hilfe zum Lebensunter- halt	11 810,7	566,9	686,6	1 369,9	324,0	4 019,1	1 154,1	510,8	1 067,6	1 024,3	255,2	832,2
außerhalb von Ein- richtungen	10 806,3	522,6	684,5	1 283,7	310,3	3 739,2	1 044,2	468,4	1 042,3	829,5	229,0	652,6
laufende Leistun- gen	9 072,5	450,7	522,7	1 094,1	239,3	3 193,9	893,8	405,8	853,8	674,9	194,5	548,9
einmalige Leistun- gen	1 733,8	71,9	161,8	189,6	71,0	545,2	150,4	62,6	188,5	154,7	34,5	103,7
in Einrichtungen	1 004,4	44,2	2,1	86,2	13,7	279,9	109,9	42,5	25,2	194,8	26,3	179,6
Hilfe in besonderen Lebenslagen	16 963,8	853,5	877,7	2 089,1	288,8	5 100,1	1 490,8	832,3	1 989,2	2 119,9	231,7	1 090,7
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrund- lage	7,8	0,3	0,6	0,6	0,1	0,5	4,1	0,4	0,7	0,4	0,0	0,1
Vorbeugende Gesund- heitshilfe	78,4	4,5	7,4	14,0	3,9	19,3	10,8	3,4	10,9	1,9	2,1	0,1
Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisa- tion, Hilfe zur Fami- lienplanung	1 381,2	51,0	106,9	200,2	31,9	386,1	112,7	52,8	140,9	150,0	22,6	126,1
Hilfe für werdende Mutter und Woch- nerinnen	18,2	0,4	0,2	2,2	0,6	7,7	0,9	0,9	1,5	2,9	0,2	0,6
Eingliederungshilfe für Behinderte	5 868,0	255,5	294,1	889,9	63,8	1 659,6	491,5	344,3	682,3	872,8	77,9	236,4
Blindenhilfe	6,2	0,0	0,1	0,3	0,1	—	0,1	4,8	0,0	0,0	—	0,6
Hilfe zur Pflege	9 147,6	524,0	412,2	915,8	178,3	2 913,2	824,7	409,0	1 104,2	1 045,1	124,0	697,0
Hilfe zur Weiterfüh- rung des Haushalts	69,1	2,9	39,4	2,1	2,2	8,9	4,7	1,9	1,1	3,6	1,5	0,7
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	336,2	10,7	15,0	59,5	6,7	93,4	35,8	9,3	45,0	32,6	3,3	24,9
Altenhilfe	32,2	0,7	1,6	4,0	1,0	10,4	5,3	1,6	1,0	2,4	0,2	4,0
Hilfe in anderen be- sonderen Lebens- lagen	19,0	3,3	0,1	0,5	0,3	1,0	0,2	3,9	1,5	8,2	0,0	0,1
Ausgaben insgesamt	28 774,5	1 420,4	1 564,4	3 459,0	612,8	9 119,2	2 644,9	1 343,1	3 056,7	3 144,2	486,9	1 922,8
außerhalb von Ein- richtungen	13 030,9	622,3	833,7	1 563,2	351,5	4 378,6	1 274,5	560,2	1 245,8	1 095,6	271,4	834,1
in Einrichtungen	15 743,6	798,1	730,7	1 895,8	261,3	4 740,6	1 370,4	782,9	1 810,9	2 048,6	215,5	1 088,7
Einnahmen insgesamt	6 186,1	328,5	200,2	698,9	116,6	2 142,7	564,6	268,5	712,6	679,1	104,1	370,3
außerhalb von Ein- richtungen	2 619,7	129,6	75,5	342,5	61,4	971,1	226,7	117,2	260,5	214,3	54,5	166,4
in Einrichtungen	3 566,4	198,9	124,7	356,4	55,2	1 171,6	337,9	151,3	452,0	464,8	49,6	203,9
Reine Ausgaben ins- gesamt	22 588,4	1 091,9	1 364,1	2 760,1	496,2	6 976,5	2 080,3	1 074,6	2 344,2	2 465,2	382,8	1 552,5
außerhalb von Ein- richtungen	10 411,2	492,7	758,2	1 220,7	290,1	3 407,5	1 047,8	443,0	985,3	881,4	216,9	667,7
in Einrichtungen	12 177,2	599,2	606,0	1 539,4	206,1	3 569,0	1 032,5	631,6	1 358,8	1 583,8	166,0	884,8

Löhne und Gehälter

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden und durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie

Jahr ¹⁾ Monat	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	Industrie (ohne Bauindustrie)	Elektrizitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- versorgung	Bergbau	Grundstoff- und Produktions- güter- industrie	Investitions- güter- industrie	Verbrauchs- güter- industrie	Nahrungs- und Genuß- mittel- industrie	Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)
-----------------------------	--	-------------------------------------	---	---------	---	--------------------------------------	------------------------------------	--	---

Männer

Bezahlte Wochenstunden

1987 D	40,5	40,5	41,0	38,5	40,8	40,0	41,1	43,5	40,8
1988 D	40,5	40,5	40,9	39,7	41,4	39,6	41,1	43,5	40,5
1989 D	40,4	40,3	40,4	39,4	41,0	39,6	40,9	43,2	40,6
1989 Juli	40,5	40,3	40,3	40,0	41,0	39,6	40,9	43,3	41,6
1989 Okt	40,4	40,2	40,2	39,5	40,8	39,6	40,8	43,5	41,6
1990 Jan	39,6	39,8	39,8	39,9	40,2	39,2	40,3	42,3	38,6
1990 April	40,0	39,9	39,5	40,4	40,5	39,3	40,5	42,8	40,3
1990 Juli	40,0	39,9	39,5	40,0	40,4	39,2	40,3	43,2	40,7

Bruttostundenverdienst in DM

1987 D	18,55	18,68	20,41	19,72	18,81	19,04	17,22	17,03	17,65
1988 D	19,32	19,49	21,15	20,25	19,57	19,94	17,92	17,68	18,29
1989 D	20,09	20,27	22,10	20,76	20,32	20,78	18,61	18,30	18,89
1989 Juli	20,21	20,39	22,36	20,81	20,40	20,94	18,71	18,38	19,02
1989 Okt	20,30	20,51	22,39	20,90	20,63	21,01	18,82	18,55	19,01
1990 Jan	20,48	20,62	22,76	21,51	20,79	21,03	19,00	18,59	19,23
1990 April	20,80	20,89	23,27	21,88	21,10	21,23	19,35	19,02	20,20
1990 Juli	21,40	21,54	23,51	21,63	21,49	22,19	19,78	19,32	20,50

Frauen

Bezahlte Wochenstunden

1987 D	39,0	39,0	40,1	/	39,6	38,5	39,3	40,3	/
1988 D	38,9	38,9	40,1	/	39,7	38,1	39,3	40,2	/
1989 D	38,7	38,7	39,6	/	39,4	37,9	39,3	40,2	/
1989 Juli	38,6	38,6	39,4	/	39,3	37,7	39,2	40,3	/
1989 Okt	38,5	38,5	39,4	/	39,1	37,8	39,1	40,0	/
1990 Jan	38,4	38,4	39,0	/	39,0	37,7	38,9	39,6	/
1990 April	38,3	38,3	38,7	/	38,9	37,6	38,8	39,7	/
1990 Juli	38,3	38,3	38,7	/	39,0	37,7	38,8	39,8	/

Bruttostundenverdienst in DM

1987 D	13,61	13,60	15,44	/	14,53	14,52	12,54	12,02	/
1988 D	14,21	14,21	16,09	/	15,13	15,20	13,05	12,44	/
1989 D	14,76	14,76	16,75	/	15,61	15,76	13,57	12,94	/
1989 Juli	14,86	14,86	16,93	/	15,65	15,87	13,67	13,01	/
1989 Okt	14,90	14,90	16,86	/	15,87	15,87	13,73	13,07	/
1990 Jan	15,01	15,01	17,11	/	15,93	15,94	13,87	13,22	/
1990 April	15,18	15,18	17,52	/	16,07	16,11	14,00	13,58	/
1990 Juli	15,68	15,68	17,60	/	16,46	16,81	14,35	13,78	/

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe

DM

Jahr ¹⁾ Monat	Industrie ²⁾ , Handel, Kredit- institute und Versiche- rungsgewerbe	Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	Industrie (ohne Bau- industrie)	Elektri- zitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- versorgung	Bergbau	Grund- stoff- und Produktions- güter- industrie	Investi- tions- güter- industrie	Ver- brauchs- güter- industrie	Nahrungs- und Genuß- mittel- industrie	Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteil- bau im Hochbau)	Handel, Kredit- institute und Versiche- rungsgewerbe
-----------------------------	--	--	--	--	---------	--	---	---	--	---	---

Männer

1987 D	4 485	4 868	4 873	4 656	5 312	4 958	4 984	4 403	4 414	4 816	3 827
1988 D	4 654	5 061	5 066	4 806	5 395	5 155	5 197	4 565	4 575	4 965	3 960
1989 D	4 824	5 244	5 249	4 934	5 578	5 345	5 386	4 722	4 734	5 159	4 102
1989 Juli	4 835	5 261	5 264	4 967	5 527	5 341	5 413	4 726	4 729	5 218	4 104
1989 Okt	4 869	5 291	5 295	4 958	5 628	5 408	5 425	4 771	4 802	5 224	4 141
1990 Jan	4 907	5 301	5 309	5 002	5 816	5 438	5 419	4 794	4 830	5 162	4 218
1990 April	4 965	5 365	5 363	5 039	5 862	5 470	5 481	4 859	4 882	5 412	4 269
1990 Juli	5 076	5 516	5 516	5 130	5 870	5 561	5 690	4 942	4 950	5 522	4 310

Frauen

1987 D	2 875	3 238	3 250	3 305	3 429	3 494	3 269	2 923	3 063	2 971	2 652
1988 D	2 989	3 368	3 382	3 412	3 611	3 643	3 405	3 031	3 175	3 056	2 754
1989 D	3 108	3 487	3 500	3 513	3 786	3 770	3 522	3 139	3 297	3 188	2 867
1989 Juli	3 118	3 492	3 504	3 535	3 773	3 760	3 530	3 147	3 301	3 205	2 880
1989 Okt	3 140	3 520	3 533	3 522	3 817	3 825	3 546	3 171	3 345	3 208	2 896
1990 Jan	3 195	3 542	3 555	3 566	3 942	3 847	3 562	3 197	3 379	3 238	2 969
1990 April	3 225	3 576	3 586	3 612	3 971	3 863	3 597	3 231	3 411	3 354	2 997
1990 Juli	3 281	3 676	3 688	3 657	3 977	3 943	3 738	3 298	3 458	3 385	3 026

1) D = Durchschnitt aus 4 Erhebungsmonaten - 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk

Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

1985 = 100

Jahr ¹⁾ Monat	Alle erfaßten Wirt- schafts- bereiche	Produzierendes Gewerbe		Elektri- zitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- ver- sorgung	Berg- bau	Grund- stoff- und Produktions- gewerbe	Investitions- güter produ- zierendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter produ- zierendes Gewerbe	Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbe	Bau- gewerbe (ohne Spezial- bau, Stukka- teur- gewerbe, Gipserei, Ver- putzerei)	Handel ²⁾ (o. Han- delsver- mittlung), Kredit- institute und Ver- sicherungs- gewerbe	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Friseur- gewerbe	Gebiets- körpers- chaften
		einschl. Hoch- und Tiefbau, Handel (o. Han- delsver- mittlung), Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe	einschl. Hoch- und Tiefbau											

Arbeiter³⁾

Tarifliche Stundenlöhne

1987 D	108,0	—	108,0	107,6	106,4	107,9	108,5	108,4	107,5	107,1	109,2	107,3	103,4	107,5
1988 D	111,6	—	111,9	110,2	108,7	111,6	112,8	112,6	111,1	110,9	112,9	109,6	108,3	109,4
1989 D	115,8	—	116,1	114,4	111,2	115,8	117,2	116,8	115,2	114,7	117,3	113,7	112,4	113,8
1986 Jan	102,1	—	101,8	103,1	101,7	101,6	101,5	102,2	101,9	101,7	102,9	102,8	100,8	104,1
April	102,9	—	102,5	103,1	101,7	101,9	101,5	103,6	103,1	104,4	104,1	104,1	101,0	104,1
Juli	104,9	—	105,1	103,9	104,9	104,6	105,4	105,4	104,2	104,7	105,6	104,2	101,0	104,1
Okt	105,2	—	105,4	104,6	105,1	105,9	105,4	105,6	104,9	104,8	105,9	104,3	101,4	104,1
1987 Jan	106,1	—	105,8	106,8	105,7	105,9	105,9	106,3	105,8	104,9	107,2	106,4	103,0	107,5
April	108,1	—	108,2	106,8	105,7	107,4	109,3	108,0	107,0	107,6	108,9	107,4	103,0	107,5
Juli	108,7	—	108,8	108,3	105,8	108,7	109,3	109,5	108,2	107,9	110,3	107,7	103,0	107,5
Okt	109,0	—	109,1	108,3	108,2	109,4	109,3	109,8	108,8	108,0	110,4	107,7	104,7	107,5
1988 Jan	109,1	—	109,3	108,3	108,6	109,5	109,3	110,4	109,6	108,2	110,5	107,7	105,5	107,5
April	112,0	—	112,4	110,0	108,7	111,4	114,0	112,3	110,9	111,6	112,9	109,9	108,5	110,0
Juli	112,6	—	112,9	111,3	108,7	112,4	114,0	113,7	111,7	111,9	114,1	110,4	108,5	110,0
Okt	112,8	—	113,1	111,3	108,8	113,0	114,0	113,9	112,3	112,0	114,2	110,5	110,5	110,0
1989 Jan	113,3	—	113,5	112,2	111,1	113,5	114,2	114,5	113,1	112,0	114,3	111,4	111,1	111,5
April	116,0	—	116,3	114,2	111,1	115,0	118,2	116,1	114,6	115,3	117,3	114,1	112,5	114,5
Juli	116,7	—	117,0	115,5	111,2	116,8	118,2	117,8	115,6	115,6	118,6	114,5	112,5	114,5
Okt	117,1	—	117,4	115,7	111,4	117,9	118,2	118,6	117,3	115,7	118,8	114,6	113,3	114,5
1990 Jan	118,5	—	118,6	119,8	114,8	118,5	118,5	119,7	118,2	118,2	118,8	117,9	113,8	119,2
April	120,4	—	120,2	120,8	114,8	119,0	118,6	121,8	120,0	124,7	121,8	120,5	114,5	120,8
Juli	123,0	—	123,5	122,0	114,9	121,4	124,8	123,6	121,2	125,3	123,4	120,9	117,2	121,0

Angestellte³⁾

Tarifliche Monatsgehälter

1987 D	107,1	107,2	107,6	107,4	106,6	107,9	107,7	107,7	107,3	107,0	106,4	106,6	—	106,9
1988 D	109,9	110,4	110,6	110,0	109,0	111,2	110,3	111,2	111,2	110,6	109,8	109,1	—	108,8
1989 D	112,6	113,2	113,4	112,4	111,2	114,2	112,8	114,1	114,3	114,3	112,9	111,9	—	110,9
1986 Jan	101,8	101,2	101,2	102,9	101,9	101,6	100,5	101,5	101,9	101,8	101,3	101,8	—	103,4
April	102,6	102,2	101,7	102,9	101,9	101,8	100,6	103,0	103,2	104,4	103,2	103,7	—	103,4
Juli	104,1	104,4	104,7	103,7	104,9	104,7	104,7	104,9	104,1	104,7	103,9	104,0	—	103,4
Okt	104,3	104,7	105,0	104,4	105,2	105,9	104,7	105,1	104,8	104,7	104,0	104,0	—	103,4
1987 Jan	105,5	105,0	105,3	106,6	105,9	106,0	104,9	105,5	105,7	104,8	104,4	105,1	—	106,9
April	107,2	107,4	107,8	106,6	105,9	107,1	108,6	107,3	106,9	107,6	106,6	106,8	—	106,9
Juli	107,8	108,1	108,5	108,1	105,9	108,7	108,6	108,8	108,0	107,7	107,3	107,2	—	106,9
Okt	107,9	108,3	108,8	108,1	108,6	109,6	108,6	109,1	108,7	107,8	107,4	107,2	—	106,9
1988 Jan.	108,0	108,5	109,0	108,1	108,9	109,6	108,7	109,7	109,7	108,0	107,4	107,2	—	106,9
April	110,2	110,5	110,7	109,7	108,9	110,4	110,8	110,6	110,9	111,4	110,2	109,2	—	109,4
Juli	110,6	111,1	111,3	111,1	108,9	111,9	110,8	112,1	111,7	111,5	110,8	110,0	—	109,4
Okt	110,8	111,3	111,5	111,1	109,3	112,8	110,8	112,3	112,3	111,6	110,9	110,0	—	109,4
1989 Jan	111,3	111,5	111,7	112,0	111,1	112,8	110,8	112,8	112,9	111,7	111,1	110,5	—	110,9
April	112,7	113,4	113,6	112,0	111,1	113,6	113,5	114,0	114,0	115,1	113,0	111,9	—	110,9
Juli	113,1	113,9	114,0	112,7	111,1	114,7	113,5	114,7	114,8	115,2	113,6	112,6	—	110,9
Okt	113,2	114,1	114,2	112,7	111,5	115,5	113,5	114,9	115,5	115,3	113,7	112,6	—	110,9
1990 Jan.	115,0	115,0	114,7	115,3	114,4	115,9	113,6	115,4	116,0	115,4	115,5	114,6	—	115,0
April	115,8	116,0	115,6	115,3	114,5	116,2	113,6	117,5	117,4	121,0	116,9	116,8	—	115,0
Juli	117,7	118,7	119,2	116,4	114,5	117,7	120,1	119,0	118,3	121,5	117,7	117,7	—	115,0

1) Durchschnitt aus 4 Monatswerten, Stand jeweils Monatsende — 2) Nachweis für Arbeiter Nur Handel (ohne Handelsvermittlung) — 3) Männliche und weibliche Arbeiter bzw Angestellte zusammen

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1985 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektrizität, Fernwärme, Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1987 D	95,1	97,2	97,2	86,3	103,8	101,9	96,8	104,9	95,1	104,2
1988 D	96,3	98,8	98,8	87,9	105,5	103,8	98,0	107,0	95,5	105,2
1989 D	99,3	102,1	102,2	93,4	107,8	106,5	100,4	109,7	100,1	106,2
1989 Sept	99,6	102,5	102,6	93,6	108,2	107,0	101,2	110,1	100,5	106,2
1989 Okt	100,1	102,7	102,8	93,7	108,4	107,2	101,3	110,5	100,9	106,3
1989 Nov	100,0	102,4	102,5	92,9	108,4	107,3	101,1	110,5	100,4	106,3
1989 Dez	100,0	102,5	102,6	93,3	108,4	107,4	100,8	110,5	101,1	106,3
1990 Jan.	100,1	102,7	102,7	92,6	109,1	107,8	100,8	111,2	101,4	105,9
1990 Febr	100,1	102,6	102,7	92,0	109,5	108,1	100,4	111,6	101,1	105,9
1990 März	100,2	102,7	102,8	91,9	109,7	108,2	100,4	111,8	101,1	106,0
1990 April	100,7	102,9	103,0	91,9	110,3	108,4	100,6	112,4	101,3	106,0
1990 Mai	100,8	103,1	103,2	91,7	110,5	108,8	100,7	112,7	101,3	106,0
1990 Juni	100,8	103,1	103,2	91,3	110,7	108,9	100,7	112,9	101,3	106,0
1990 Juli	100,7	103,2	103,3	91,4	110,9	109,2	100,7	113,2	101,6	104,0
1990 Aug	101,3	103,9	104,0	93,4	111,1	109,4	100,8	113,5	104,0	104,0
1990 Sept.	101,7	104,4	104,5	94,9	111,3	109,6	100,7	113,6	105,6	104,0
1990 Okt.	102,1	105,1	105,2	96,8	111,5	110,0	100,6	113,9	106,8	104,1

Jahr Monat	Elektrizität, Fernwärme, Wasser	Bergbauliche Erzeugnisse		Mineralerzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug (einschl Edelmetallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter Elektrizität	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hoch- ofen-, Stahl-, Warmwalz- werke ⁴⁾		
1987 D	105,1	64,1	101,5	62,5	45,0	102,2	91,8	91,9	80,5	102,6
1988 D	105,8	62,3	102,4	58,4	37,2	103,1	94,3	94,0	102,7	105,6
1989 D	106,7	64,5	103,8	68,8	51,0	104,3	99,5	98,9	115,5	110,6
1989 Sept	106,6	64,6	105,0	69,5	53,8	104,6	99,5	99,0	116,7	111,3
1989 Okt	106,7	68,7	105,0	70,8	56,5	104,8	99,5	98,9	113,6	111,4
1989 Nov	106,7	69,1	105,0	69,7	54,6	104,9	99,4	98,8	106,3	111,2
1989 Dez	106,7	69,2	105,1	72,7	62,1	105,0	99,8	99,4	101,7	111,1
1990 Jan	105,9	69,5	105,1	71,9	57,2	105,3	99,7	99,1	96,7	111,8
1990 Febr	105,9	69,5	105,1	68,6	50,1	105,6	99,3	98,4	95,9	111,6
1990 März	105,9	69,9	105,1	67,4	47,8	106,1	98,6	97,6	101,6	111,8
1990 April	105,8	72,6	105,0	67,1	47,0	106,4	98,5	97,5	100,8	112,3
1990 Mai	105,8	73,2	105,0	66,1	45,2	106,9	98,4	97,3	100,1	113,4
1990 Juni	105,8	73,1	105,0	65,2	43,3	107,1	98,5	97,5	97,9	113,4
1990 Juli	103,5	73,0	105,0	65,7	44,9	107,3	98,2	97,2	98,4	113,4
1990 Aug	103,5	73,0	105,0	75,1	58,3	107,4	98,1	97,0	98,4	113,9
1990 Sept	103,5	73,2	105,0	80,9	62,5	107,5	98,1	97,0	99,3	113,8
1990 Okt	103,6	70,8	105,2	87,7	76,0	107,9	97,4	96,3	94,5	114,4

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl Ackerschleppern)				
		zusammen	darunter Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerbliche Arbeitsmaschinen	Kraft- 5) maschinen	Land- maschinen	Land- maschinen
1987 D	105,5	99,9	96,6	105,3	104,8	106,4	107,3			
1988 D	106,7	100,8	98,9	107,5	106,0	109,0	110,0	107,6	112,5	107,3
1989 D	111,2	103,2	102,6	110,9	109,3	112,4	113,3	110,7	115,8	110,0
1989 Sept	111,8	103,9	103,5	111,9	110,3	113,0	113,9	111,3	116,0	110,1
1989 Okt	112,1	103,8	103,2	112,6	111,2	113,4	114,3	111,2	116,4	111,9
1989 Nov	112,5	103,5	102,6	112,7	111,6	113,5	114,4	111,4	116,5	112,1
1989 Dez	112,5	103,4	102,5	112,8	111,8	113,6	114,5	111,7	116,5	112,4
1990 Jan.	114,5	103,8	103,4	113,1	112,0	114,6	115,3	112,1	119,4	112,7
1990 Febr	115,3	104,0	103,7	113,3	112,1	115,1	115,8	112,4	119,6	112,8
1990 März	115,4	104,2	103,8	113,6	112,3	115,4	116,1	112,8	119,6	113,1
1990 April	115,9	104,5	104,1	114,3	113,4	116,3	117,0	113,4	120,6	113,3
1990 Mai	116,6	104,6	104,2	114,9	113,7	116,8	117,5	114,2	121,7	113,3
1990 Juni	116,7	105,2	104,3	115,6	114,3	117,1	117,8	114,4	121,7	113,4
1990 Juli	116,5	105,4	104,2	116,0	114,9	117,4	118,2	114,7	121,9	113,6
1990 Aug	117,0	105,4	104,2	116,3	115,1	117,5	118,3	114,8	121,9	113,7
1990 Sept.	117,4	105,4	104,3	116,4	115,2	117,7	118,5	115,0	121,9	113,9
1990 Okt	117,4	105,5	104,2	116,8	115,4	118,2	118,9	115,7	122,8	116,6

Fußnoten siehe folgende Seite

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)

1985 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Fullhalter u.a.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter fein- mecha- nische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Straßenzug- maschinen, Kraft- rader ⁶⁾	Zubehör, Einzel- und Ersatz- teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1987 D	106,0	107,0	103,3	104,2	101,4	104,0	105,3	101,6	102,8	91,1	93,0
1988 D	108,5	109,8	104,5	107,2	102,3	105,5	107,0	103,4	103,6	92,5	89,3
1989 D	111,0	112,6	105,6	109,8	103,5	107,4	110,1	106,8	102,6	95,2	88,8
1989 Sept.	111,0	112,6	105,9	109,7	103,8	107,7	110,6	107,3	102,5	94,7	89,3
Okt.	111,2	112,9	105,9	109,7	103,8	108,1	111,4	107,5	102,8	94,4	87,6
Nov.	111,3	113,0	105,9	109,9	103,6	108,2	111,5	107,4	103,0	94,1	87,6
Dez.	111,3	113,0	105,9	110,2	103,5	108,2	111,6	107,4	103,2	93,9	87,6
1990 Jan.	112,8	114,9	106,3	113,3	103,9	108,8	112,9	107,7	103,9	93,1	86,6
Febr.	113,2	115,3	106,7	113,5	104,2	109,0	113,6	108,0	105,4	93,7	86,6
Marz	113,4	115,5	106,8	113,5	104,5	109,1	113,7	108,4	105,7	93,1	86,8
April	113,6	115,6	107,0	114,8	105,0	109,4	113,8	109,0	106,5	93,3	87,1
Mai	113,7	115,7	107,0	114,8	105,0	109,8	114,0	109,3	106,4	93,4	87,1
Juni	113,7	115,7	107,1	116,3	105,2	110,1	114,3	109,6	106,4	93,3	87,1
Juli	113,7	115,7	107,2	116,3	105,3	110,3	114,4	109,9	106,4	93,0	86,9
Aug.	114,4	116,8	107,2	116,3	105,5	110,4	114,3	110,0	106,9	92,8	86,2
Sept.	114,5	116,8	107,3	116,3	105,6	110,7	114,7	110,0	106,7	92,9	85,8
Okt.	114,9	117,2	107,4	116,3	105,5	111,2	114,7	110,1	106,7	95,2	85,6

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff ⁷⁾ , Zellstoff, Papier und Pappe	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1987 D	103,9	100,5	100,3	105,6	92,8	99,9	103,8	100,5	100,5	97,4
1988 D	106,1	100,5	100,0	108,5	94,7	101,2	106,3	103,6	100,6	99,2
1989 D	108,7	102,3	105,4	112,5	100,4	105,3	109,6	106,2	102,5	99,4
1989 Sept.	109,5	102,5	106,6	113,3	101,0	106,1	110,1	106,1	103,0	99,8
Okt.	109,5	103,4	108,9	113,7	101,4	106,2	110,8	106,3	103,3	99,9
Nov.	109,5	103,6	110,1	113,9	101,4	106,5	110,3	106,1	103,3	100,3
Dez.	109,5	104,2	111,4	114,1	101,3	106,8	110,3	106,1	102,9	100,8
1990 Jan.	109,6	104,4	112,3	115,2	101,2	107,1	110,6	106,5	102,3	100,9
Febr.	109,9	104,8	113,3	115,8	100,9	107,6	110,8	106,5	102,3	101,4
Marz	110,0	105,1	113,3	116,2	100,8	107,6	110,8	106,4	102,5	101,3
April	111,2	105,0	113,3	116,9	100,7	107,6	111,1	106,5	102,5	101,4
Mai	112,6	105,2	113,5	117,3	100,6	107,8	112,4	106,7	102,8	102,0
Juni	112,8	105,6	112,9	117,4	100,4	107,8	112,8	106,6	102,3	102,3
Juli	113,6	106,0	112,3	117,9	100,2	107,9	113,1	107,2	102,4	101,8
Aug.	113,7	106,2	112,0	118,0	99,5	108,1	113,2	107,5	102,3	101,7
Sept.	113,9	106,6	111,5	118,2	99,1	108,3	113,3	108,1	103,9	101,9
Okt.	114,5	106,8	110,4	118,4	98,8	108,4	113,3	109,3	104,1	100,3

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schalmühlen- erzeugnisse	Milch, Butter, Kase	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1987 D	103,5	103,4	99,2	103,3	95,8	94,8	98,7	95,4	103,3	105,1
1988 D	104,8	104,6	99,6	104,7	96,9	94,1	101,3	94,4	104,8	106,9
1989 D	107,0	106,8	101,6	106,6	99,0	90,8	105,3	100,6	109,3	110,3
1989 Sept.	107,2	107,0	102,2	107,2	99,9	89,6	105,7	105,5	109,9	111,2
Okt.	107,8	107,6	102,3	107,3	100,0	89,2	105,8	106,3	109,9	112,0
Nov.	107,7	107,6	102,5	107,3	99,8	89,0	106,0	106,1	110,0	112,7
Dez.	107,9	107,8	102,4	107,4	99,4	88,6	105,8	106,0	109,9	113,3
1990 Jan.	108,6	108,2	102,6	107,8	98,9	88,2	104,9	105,1	113,4	113,9
Febr.	108,7	108,4	102,7	108,0	98,4	87,9	104,2	105,8	113,8	114,3
Marz	108,8	108,5	102,8	108,2	98,4	87,3	103,6	103,8	113,8	114,9
April	109,0	108,6	102,9	108,2	98,6	87,1	103,3	104,1	113,8	115,7
Mai	109,1	108,8	102,8	108,6	98,8	86,7	102,9	105,1	113,8	116,5
Juni	109,2	108,8	102,8	108,8	98,8	86,2	103,0	105,5	113,8	116,8
Juli	109,4	109,2	102,9	109,1	98,8	85,7	102,8	106,3	113,8	117,6
Aug.	109,6	109,3	102,8	109,5	98,9	85,2	102,7	106,3	113,8	118,6
Sept.	109,6	109,2	102,8	109,8	98,7	85,5	102,7	105,0	113,9	119,1
Okt.	110,1	109,7	102,9	110,0	98,7	85,7	102,4	104,8	113,8	120,2

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt - 4) Ohne Ferrolegierungswerke. - 5) Verbrennungsmotoren, Gas- und Dampfturbinen - 6) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotor sowie deren Verbrennungsmotoren - 7) Ohne Preisrepräsentanten für Holzschliff

Preisindex für die Lebenshaltung

1985 = 100

Jahr Monat 6)	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe 7)										
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren 8)	Nahrungs- mittel, Getranke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten 9), Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für				
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten 9)	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	

Alle privaten Haushalte 1)

1987 D . . .	100,1	100,1	100,1	103,2	96,7	103,4	80,3	102,2	103,2	97,4	101,6	106,0
1988 D . . .	101,4	101,4	100,3	104,5	97,7	105,6	78,1	103,3	104,7	98,9	102,7	110,0
1989 D . . .	104,2	104,2	102,6	106,0	101,1	108,8	82,0	104,9	108,6	103,3	103,8	113,1
1989 Sept. .	104,4	104,6	102,4	106,2	101,7	109,4	82,7	105,4	108,8	103,1	103,5	113,4
Okt . . .	104,7	104,9	102,8	106,5	102,1	109,6	83,6	105,6	109,0	103,5	103,8	113,4
Nov. . . .	104,9	105,0	103,1	106,5	102,4	109,9	83,9	105,7	109,1	103,2	104,3	113,6
Dez. . . .	105,2	105,3	103,6	106,5	103,1	110,1	85,8	105,8	109,2	103,4	104,6	113,7
1990 Jan . . .	105,8	105,7	104,4	106,6	103,4	110,6	85,7	106,1	109,5	104,1	106,1	114,3
Febr. . . .	106,2	106,0	105,3	106,7	103,0	111,0	83,5	106,3	109,7	104,7	106,5	115,5
Marz . . .	106,3	106,2	105,3	106,9	103,2	111,3	83,5	106,5	109,9	104,6	106,5	115,9
April . . .	106,5	106,3	105,9	107,0	103,5	111,7	83,4	106,8	110,0	104,7	105,8	115,9
Mai	106,7	106,4	106,3	107,2	103,7	112,0	83,1	107,1	110,1	104,7	106,1	115,8
Juni	106,8	106,5	106,2	107,2	103,7	112,3	82,7	107,2	110,3	104,8	106,0	116,1
Juli	106,8	106,7	105,9	107,3	104,0	112,7	82,6	107,5	110,3	104,8	105,7	116,1
Aug.	107,1	107,1	105,6	107,4	105,2	113,1	85,9	107,6	110,4	106,5	105,6	114,7
Sept. . . .	107,5	107,6	105,3	107,8	105,7	113,4	87,0	107,7	110,6	108,3	105,8	114,7
Okt	108,2	108,3	105,5	108,1	107,0	113,6	90,8	108,1	110,7	109,9	106,1	114,8

4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höheren Einkommen 2)

1987 D	100,6	100,6	100,1	103,3	97,4	103,3	78,8	102,3	102,9	97,4	102,0	106,0
1988 D	102,1	102,2	100,3	104,6	98,6	105,6	76,5	103,3	104,7	98,9	103,2	110,7
1989 D	104,9	105,0	102,4	106,1	102,0	108,8	80,5	104,9	107,7	103,6	104,6	113,7
1989 Sept. . .	105,1	105,3	102,2	106,3	102,6	109,4	81,2	105,3	107,9	103,4	104,4	114,0
Okt	105,4	105,6	102,5	106,6	103,0	109,6	82,2	105,5	108,0	103,8	104,7	114,0
Nov.	105,5	105,7	102,8	106,6	103,3	109,9	82,5	105,6	108,1	103,5	105,2	114,3
Dez.	105,9	106,0	103,4	106,6	103,9	110,1	84,4	105,7	108,2	103,6	105,4	114,5
1990 Jan	106,4	106,4	104,3	106,7	104,3	110,6	84,3	106,0	108,4	104,2	106,3	115,1
Febr.	106,9	106,8	105,1	106,8	104,0	111,0	82,1	106,2	108,6	104,9	106,6	116,6
Marz	107,0	106,9	105,2	107,0	104,3	111,3	82,1	106,4	108,8	104,9	106,6	116,9
April	107,2	107,1	105,7	107,1	104,6	111,7	82,1	106,7	108,8	105,0	106,1	116,9
Mai	107,4	107,2	105,9	107,3	104,8	112,1	81,9	107,0	108,9	105,1	106,4	116,9
Juni	107,5	107,4	105,8	107,4	104,9	112,3	81,4	107,2	109,1	105,2	106,3	117,3
Juli	107,5	107,5	105,6	107,5	105,1	112,7	81,4	107,3	109,1	105,3	106,1	117,3
Aug	107,7	107,8	105,4	107,6	106,2	113,1	84,7	107,5	109,1	107,0	106,0	115,2
Sept	108,1	108,3	105,1	107,9	106,7	113,4	85,7	107,6	109,3	109,0	106,3	115,2
Okt	108,7	108,8	105,4	108,3	107,8	113,6	89,4	107,8	109,4	110,4	106,6	115,3

4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen 3)

1987 D	99,9	99,9	99,9	103,4	97,4	103,4	81,2	102,2	102,4	95,5	101,6	107,0
1988 D	101,0	101,0	100,0	104,7	98,6	105,9	79,0	103,2	103,2	96,7	102,8	110,6
1989 D	103,9	104,0	102,3	106,1	102,0	109,3	82,2	104,7	108,9	101,9	104,0	114,1
1989 Sept. . .	104,1	104,4	102,3	106,4	102,5	109,9	82,7	105,1	109,1	101,7	103,9	114,4
Okt	104,4	104,7	102,7	106,6	102,9	110,1	83,6	105,2	109,3	102,1	104,1	114,4
Nov	104,5	104,7	103,0	106,6	103,3	110,4	84,0	105,4	109,5	101,7	104,5	114,1
Dez	104,9	105,0	103,5	106,6	103,8	110,6	85,5	105,5	109,6	101,8	104,8	114,4
1990 Jan	105,4	105,3	104,1	106,7	104,2	111,1	85,6	105,7	109,8	102,5	105,9	114,7
Febr.	105,8	105,6	105,1	106,8	104,1	111,5	84,1	106,0	110,0	102,9	106,3	115,7
Marz	106,0	105,8	105,1	107,1	104,3	111,8	84,1	106,2	110,1	103,0	106,3	116,3
April	106,2	106,0	105,6	107,1	104,6	112,1	84,2	106,4	110,2	103,0	105,8	116,3
Mai	106,4	106,1	106,0	107,4	104,8	112,5	84,0	106,8	110,4	103,1	106,1	116,2
Juni	106,5	106,3	105,9	107,5	104,9	112,8	83,7	106,9	110,6	103,2	106,0	116,8
Juli	106,5	106,4	105,6	107,5	105,1	113,1	83,6	107,1	110,8	103,2	105,8	116,8
Aug	106,9	107,0	105,5	107,7	106,1	113,5	86,0	107,2	110,9	105,4	105,8	116,1
Sept.	107,4	107,5	105,2	108,0	106,5	113,8	86,9	107,3	111,1	107,6	106,0	116,1
Okt	108,0	108,1	105,4	108,3	107,4	114,0	89,7	107,6	111,2	109,1	106,3	116,4

Fußnoten siehe folgende Seite.

Preisindex für die Lebenshaltung

1985 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getranke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen⁴⁾

1987 D	100,0	100,0	99,3	103,2	97,9	103,8	83,5	102,7	103,6	98,1	102,9	107,2
1988 D	101,0	101,1	99,2	104,6	99,3	106,5	81,6	104,0	104,9	99,4	104,6	111,2
1989 D	104,0	104,1	101,5	106,2	102,6	110,3	83,7	105,8	113,4	103,1	105,7	114,9
1989 Sept. . . .	104,1	104,5	101,1	106,4	103,1	110,9	84,1	106,3	113,7	103,2	105,0	115,3
Okt	104,5	104,8	101,5	106,7	103,5	111,1	85,0	106,5	113,9	103,4	105,4	115,3
Nov	104,7	105,0	101,8	106,8	103,9	111,4	85,4	106,8	114,0	103,2	106,3	115,3
Dez. . . .	105,2	105,3	102,6	106,8	104,3	111,6	86,4	106,8	114,1	103,3	106,8	115,7
1990 Jan	105,9	105,7	103,6	106,9	104,8	112,1	86,8	107,0	114,3	103,9	109,4	115,9
Febr. . . .	106,3	105,9	104,4	107,1	104,8	112,5	86,1	107,3	114,5	104,0	110,2	116,6
März	106,4	106,1	104,3	107,3	105,1	112,8	86,1	107,4	114,6	104,2	110,0	117,0
April	106,7	106,2	105,1	107,4	105,3	113,2	86,2	107,7	114,7	104,1	108,8	117,0
Mai	107,0	106,4	105,8	107,5	105,5	113,4	86,1	108,0	114,9	104,3	109,3	117,0
Juni	107,1	106,6	105,6	107,6	105,7	113,7	86,0	108,2	115,1	104,5	109,0	117,9
Juli	107,0	106,7	105,0	107,7	105,9	114,0	85,8	108,4	115,3	104,5	108,5	118,0
Aug	107,2	107,1	104,5	107,8	106,5	114,4	87,2	108,6	115,4	105,7	108,2	118,0
Sept. . . .	107,3	107,5	104,0	108,2	106,9	114,7	87,8	108,8	115,5	106,9	108,4	118,0
Okt	107,7	107,9	104,1	108,5	107,6	114,9	89,5	109,1	115,7	107,8	109,0	118,4

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1987 D	100,8		99,8	103,3	97,9	104,0	80,6	102,3	102,9	104,7	103,3	103,5
1988 D	101,8		100,2	104,7	99,5	106,9	78,3	103,3	104,2	106,6	105,6	104,5
1989 D	104,6		103,2	106,3	103,8	110,8	83,8	104,4	106,1	111,5	108,0	106,0
1989 Sept. . . .	104,7		102,9	106,6	104,5	111,4	84,5	104,7	106,5	113,0	108,4	106,3
Okt	105,0		103,2	106,8	104,9	111,7	85,7	104,8	106,7	113,0	108,6	106,6
Nov. . . .	105,2		103,4	107,0	105,2	112,0	85,9	104,9	106,9	113,0	108,6	106,8
Dez. . . .	105,8		104,5	107,0	106,1	112,2	88,5	105,0	107,1	113,0	108,7	107,0
1990 Jan	106,4		105,5	107,1	106,3	112,8	88,0	105,1	107,4	114,3	108,9	107,1
Febr. . . .	106,8		106,5	107,3	105,6	113,1	84,2	105,4	107,6	114,4	109,2	107,2
Marz	107,0		106,5	107,6	105,9	113,5	84,1	105,6	107,8	114,5	109,4	107,4
April	107,8		108,2	107,6	106,0	113,9	83,7	105,7	108,0	114,8	109,5	107,6
Mai	108,7		110,1	107,8	106,1	114,2	83,0	105,9	108,2	114,8	109,8	107,9
Juni	108,5		109,6	107,9	106,1	114,5	82,2	106,0	108,3	115,0	109,9	108,2
Juli	107,8		107,9	108,0	106,3	114,7	82,1	106,1	108,5	115,1	110,0	108,2
Aug	107,7		106,9	108,1	107,9	115,1	87,3	106,2	108,8	115,1	110,4	108,3
Sept. . . .	107,6		106,1	108,5	108,5	115,4	89,0	106,4	109,1	115,3	110,7	108,6
Okt.	108,1		106,3	108,9	110,3	115,6	94,9	106,7	109,2	115,3	110,9	108,7

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7

1) Lebenshaltungsausgaben von rd 3 105 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985 - 2) Lebenshaltungsausgaben von rd 4 964 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985. - 3) Lebenshaltungsausgaben von rd 3 044 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985 - 4) Lebenshaltungsausgaben von rd 1 526 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985 - 5) Bedarfsstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1 bis 18 Lebensjahr; Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke - 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes - 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck) - 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfische, Frischfleisch, und Blumen - 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaus, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt

Statistische Monatszahlen

für das Gebiet der ehemaligen DDR

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1989	1990						
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Bevölkerung									
Bevölkerungsstand am Jahres-/ Monatsende	1 000	16 434	16 273	16 259	16 247	16 216	16 184	16 157	...
Eheschließungen	Anzahl	130 989	8 534	14 224	18 096	9 788	12 428	9 857	...
Lebendgeborene	Anzahl	198 922	15 408	16 044	15 275	15 526	15 149	13 892 r	13 505
Gestorbene	Anzahl	205 711	16 706	16 355	16 142	15 614	15 780	13 995	...
Erwerbstätigkeit									
Arbeiter und Angestellte	1 000	3 193		2 961 2)		2 777	2 710	2 584	...
Industrie 1)	1 000	460		371 2)		361	367	350	...
Bauwirtschaft 1)3)	1 000								...
Arbeitslose am Monatsende	1 000		64,9	94,8	142,1	272,0	361,3	444,8	536,8
Männer	1 000		37,4	54,1	72,9	131,5	169,0	200,0	245,7
Frauen	1 000		27,3	40,7	69,2	140,5	192,2	244,8	291,1
Offene Stellen	1 000		73,6	54,3	41,4	27,7	20,4	24,3 r	24,7
Kurzarbeiter 4)	1 000					656	1 450	1 729	1 704
Produzierendes Gewerbe									
Index der industriellen Warenproduktion 5)	1985 = 100	111,9	108,0	102,6	95,9	62,4	53,2	54,5	...
darunter:									
Energie- und Brennstoffindustrie	1985 = 100	103,9	90,2	89,2	81,1	55,0	47,9	59,6	...
Chemische Industrie	1985 = 100	109,3	102,0	93,5	89,7	67,5	53,2	52,6	...
Metallurgie	1985 = 100	105,7	99,6	97,1	83,3	42,1	35,5	35,8	...
Baumaterialienindustrie	1985 = 100	109,0	110,0	112,1	111,8	67,4	44,8	39,1	...
Maschinen- und Fahrzeugbau	1985 = 100	115,8	121,6	117,3	123,4	81,9	73,1	73,9	...
Elektrotechnik/Elektronik/ Gerätebau	1985 = 100	138,6	141,1	139,3	132,5	95,1	73,5	77,2	...
Leichtindustrie	1985 = 100	113,4	108,5	100,2	87,6	55,5	49,8	53,5	...
Textilindustrie	1985 = 100	111,7	111,7	91,4	83,1	53,4	49,0	51,5	...
Lebensmittelindustrie	1985 = 100	104,7	98,9	94,2	75,1	42,7	38,8	39,1	...
Produktion ausgewählter Erzeugnisse									
Elektroenergie	GWh	118 977	9 018	8 458	7 973	7 767	6 378 r	6 399	...
Stadtgas	Mill. m ³	7 270	565	482	430	453	345	358	...
Rohbraunkohle	1 000 t	301 058	22 797	22 153	19 981	17 331	15 263	16 290	...
Zement	1 000 t	12 229	957	958	979	697	368	320	...
Walzstahl	1 000 t	9 383	719	723	648	511 r	469 r	433	...
Synthetische Faserstoffe	1 000 t	192	17	14	12	8	7	7	...
Papier	Mill. m ²	13 696	930	956	492				...
Personenkraftwagen	Anzahl	216 969	14 851	15 616	14 060	7 901	9 376	8 637	...
Lastkraftwagen	Anzahl	38 786	2 472	2 928	2 963	2 773 r	1 928	1 480	...
Farbfernsehempfänger	1 000 St.	615	49	53	47	57	57	44	...
Oberbekleidung für Herren	1 000 St.	14 530	1 075	1 017	1 343	977	990	949	...
Oberbekleidung für Damen	1 000 St.	16 365	1 196	1 251	1 063	1 005	905	949	...
Bautätigkeit									
Gebaute Wohnungen	Anzahl	92 347	4 918	6 024	5 906	4 702	4 542	6 758	...
dar. Neubauwohnungen	Anzahl	83 361	4 736	5 842	5 618	4 476	4 423	6 644	...
Einzelhandel 6)									
Einzelhandelsumsatz insgesamt	Mill. DM					5 855	6 195	5 815	...
Nahrungs- und Genußmittel	Mill. DM					3 300	3 536	3 233	...
Industriewaren	Mill. DM					2 585	2 659	2 582	...
Schuhe und Lederwaren	Mill. DM					142	139	143	...
Stoffe, Konfektion, Wirk- und Strickwaren	Mill. DM					556	581	581	...
Möbel, Kulturwaren, Sportartikel	Mill. DM					360	376	351	...
Haushalt- und Wirtschaftswaren	Mill. DM					272	288	283	...
Technik und Fahrzeuge	Mill. DM					325	323	320	...
Haushaltchemie	Mill. DM					271	290	284	...
Brenn- und Baustoffe, flüssige Kraftstoffe	Mill. DM					659	662	620	...

1) Als Arbeiter und Angestellte werden alle abhängigen Erwerbstätigen nachgewiesen, ohne Lehrlinge, Monatsdurchschnitte; ohne die Beschäftigten in genossenschaftlichen und privaten Betrieben, in denen es im September 1989 in der Industrie 166 000, in der Bauindustrie 84 000 abhängig Beschäftigte gab. — 2) Durchschnitt des 2. Vierteljahres — 3) Umfaßt die Bauindustrie und das Bauhandwerk — 4) Stand Mitte des Monats. Bei der Arbeitsverwaltung angemeldete Kurzarbeit. Kurzarbeitergeld wird bei vorübergehendem Arbeitsausfall bezahlt, wenn zu erwarten ist, daß den Arbeitnehmern die Arbeitsplätze erhalten bleiben (übereinstimmend mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) der Bundesrepublik Deutschland, die Zahlung von Kurzarbeitergeld ist für das Gebiet der ehemaligen DDR etwas erweitert (§ 63, Abs. 4 und 5 des AFG), und zwar auf schwerwiegende strukturelle Verschlechterungen der Lage von Wirtschaftszweigen bzw. im Zusammenhang mit betrieblichen Strukturveränderungen, die durch die Wirtschafts-, Nahrungs- und Sozialunion hervorgerufen wurden) — 5) Index der Bruttoproduktion, Monatsangaben arbeitstäglich bereinigt, nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR, die z.T. erheblich von der Systematik der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes abweicht (z.B. Chemische Industrie u.a. einschl. Kunststoffindustrie, Kali- und Phosphatbergbau, Metallurgie = Herstellung von Eisen und Stahl, NE-Metallen und Erzeugnissen daraus, u.a. einschl. Erzbergbau, ohne Gießereien, Maschinen- und Fahrzeugbau, einschl. Gießereien, Stahlbau und EBM-Waren, Gerätebau = u.a. Feinmechanik und Optik, Leichtindustrie = u.a. Holz- und -verarbeitung, Zellstoffindustrie, Papier- und Pappeverarbeitung, Musik- und Sportgeräte, Spielwaren, Kulturwaren (Schallplatten, Tonbänder u.a.), Schuh- und Bekleidungsindustrie, Lederwaren, Glas- und Feinkeramik, Lebensmittelindustrie einschl. Hochsee- und Küstenfischerei). — 6) Gliederung nach der Binnenhandelschlüsseliste der ehemaligen DDR für Warenumsatz und Warenfonds

Statistische Monatszahlen

für das Gebiet der ehemaligen DDR

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1989	1990						
			April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Außenhandel 1)									
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	757	792	1 481	.
Warengruppen 2)									
Nahrungsmittel und lebende									
Tiere	Mill. DM	15	28	22	...
Getranke und Tabak	Mill. DM	10	7	7	..
Rohstoffe (ausgenommen Nah- rungsmittel und mineralische Brennstoffe)	Mill. DM	46	38	58	...
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw.	Mill. DM	337	293	501	.
Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	Mill. DM	-	0	0	..
Chemische Erzeugnisse, a.n.g. Bearbeitete Waren vorwiegend nach Beschaffenheit	Mill. DM	65	17	39	..
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Mill. DM	52	102	208	...
Verschiedene Fertigwaren	Mill. DM	195	222	489	...
Andere Waren u. -verkehrs- vorgänge	Mill. DM	27	45	121	...
Ländergruppen (Ursprungslander)									
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	146	247	441	..
dar. EG-Länder	Mill. DM	92	137	233	..
Entwicklungslander	Mill. DM	24	40	83	..
Staatshandelslander	Mill. DM	587	502	957	..
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	2 522	2 556	4 206	..
Warengruppen 2)									
Nahrungsmittel und lebende									
Tiere	Mill. DM	12	44	81	.
Getranke und Tabak	Mill. DM	5	5	6	.
Rohstoffe (ausgen. Nahrungs- mittel und mineralische Brennstoffe)	Mill. DM	33	23	42	..
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw.	Mill. DM	31	43	70	.
Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	Mill. DM	0	1	1	.
Chemische Erzeugnisse, a.n.g. Bearbeitete Waren vorwiegend nach Beschaffenheit	Mill. DM	321	259	399	.
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Mill. DM	244	280	618	.
Verschiedene Fertigwaren	Mill. DM	1 601	1 408	2 140	.
Andere Waren u. -verkehrs- vorgänge	Mill. DM	257	465	765	.
Ländergruppen (Bestimmungslander)									
Industrialisierte westliche Länder	Mill. DM	166	274	652	.
dar. EG-Länder	Mill. DM	102	181	352	.
Entwicklungslander	Mill. DM	104	95	181	.
Staatshandelslander	Mill. DM	2 251	2 185	3 360	.
Einfuhr (-) bzw. Ausfuhr- überschuß (+)	Mill. DM	+ 1 765	+ 1 765	+ 2 725	.
Verkehr									
Gütertransportmenge (öffentl. Verkehr)									
Eisenbahn	1 000 t	339 280	25 289	24 027	20 420	15 640	12 787	13 045r	15 831
Binnenschifffahrt	1 000 t	19 259	1 614	1 609	1 446	898r	512r	643r	880
Straßenverkehr	1 000 t	140 746	11 652	10 956	9 850	7 400r	5 099r	4 236	..
Straßenverkehrsunfälle									
Unfälle insgesamt 3)	Anzahl	48 101	5 674	6 435	7 082	6 893	7 526	7 465	..
Getotete 4)	Anzahl	1 624	175	211	254	297	289	309	..
Verletzte	Anzahl	41 197	4 436	5 643	5 849	5 925	6 411	5 823	..
beschädigte Fahrzeuge	Anzahl	71 708	8 953	9 952	11 426	11 238	12 600	12 489	..
Löhne und Gehälter									
Monatlicher Bruttoverdienst je Arbeiter und Angestellter									
Industrie (ohne Baubetriebe)	DM	1 350
Hoch- und Tiefbau	DM	1 702
Preise 5)									
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1989 = 100	94,5	94,9	96,6	98,2
Nahrungsmittel, Getranke, Tabakwaren	1989 = 100	115,4	111,9	111,4	112,2
Bekleidung, Schuhe	1989 = 100	57,5	59,9	64,4	66,9
Wohnungsmieten, Energie 6)	1989 = 100	100,0	100,0	100,0	100,0
Wohnungsmieten	1989 = 100	100,0	100,0	100,0	100,0
Energie 6)	1989 = 100	100,0	100,0	100,0	100,0
Mobel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1989 = 100	74,5	74,9	76,3	76,6
Güter für die Gesundheits- und Körper- pflege	1989 = 100	119,4	121,4	122,6	123,4
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	1989 = 100	85,2	89,2	89,8	92,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	1989 = 100	88,5	90,9	95,2	99,6
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Be- herbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1989 = 100	99,0	102,0	105,1	105,3

1) Ohne innerdeutschen Handel - 2) Nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC 3), Ausgabe 1988 - 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. mit einem Sachschaden von über 800 DM - 4) Einschl. Getoteter, die innerhalb von 3 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind (in der Bundesstatistik werden Getotete nachgewiesen, die bis zum 30. Tag nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind) - 5) Als Wagungsschema werden die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben aller privaten Haushalte im Gebiet der ehemaligen DDR herangezogen - Preisbasis ist der Jahresdurchschnitt 1989 - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes